

elam

D 2835 E

MAGAZIN FÜR
JUNGE LEUTE

Doppelheft DM 2,—
6 Frankfurt/M. 1 Januar/Februar 1—2/70

DIE WAHRHEIT ÜBER BLACK PANTHER KLASSENKAMPF IN USA



Tagebuch eines
Lehrlingsausschusses
So wirds gemacht

Junge Garde der 70er Jahre
SDAJ-Kongreß

PFUND-SACHEN

Reife Leistung

Zwölf Bäuerinnen produzieren Jahr für Jahr hunderttausend Enten in bester Qualität.

Arno Rommel, LPG-Vorsitzender der Landwirtschaftlichen Produktionsgemeinschaft Ostoranienburg im Berliner Rundfunk

Verschmort

Hätten die Amerikaner das Dorf mit Napalm verschmort, niemand würde darüber ein Wort verlieren.

„Die Welt“ am 1. Dezember 1969 über den Massenmord in My Lai/Südvietnam

Edler Schweiß

Wie gesagt, dieses Problem ist des Schweißes der Edlen wert. Doch ich frage mich, ob die so gesammelte Flüssigkeit nicht für andere Zwecke oder in andere Wege besser kanalisiert werden könnte.

Peter Riemer, Redakteur der „Holzarbeiterzeitung“ über die Forderung nach einer gewerkschaftseigenen Tageszeitung, Dortmund, 3. 11. 69

Nichtbefassung

Das Präsidium schlägt vor, über soviel Dummheit nicht zu diskutieren.

Versammlungsleiter Frank von Auer auf dem Jungsozialisten-Kongreß über die Presseerklärung Peter Cortiers nach dessen Abwahl.

Gute Information

Von einem Aussichtsturm aus konnte das Leben jenseits des Eisernen Vorhangs gut beobachtet werden. Die Fernsicht reichte bis nahe 50 km. Die 50 jungen Gewerkschafter waren ergriffen von der öden Szenerie.

IG-Bergbau-Organ „Einheit“ über den Besuch einer Jugendgruppe an der DDR-Grenze, Nr. 22/69

Einkaufen

Wenn die jungen Leute nicht mehr einkaufen wollen, dann müssen wir uns überlegen, ob wir überhaupt noch Lehrlinge ausbilden wollen.

Unternehmer Otto Pfannenberg (Elektroeinrichtungen, Hamburg) zur modernen Lehrlingsausbildung

Arbeitsstellung

Um eine Wurst auf Kredit bat ein hungriger Tippelbruder den Würstchenverkäufer vor dem Eingang zur Dresdner Bank in der Hamburger Innenstadt. „Darf ich nicht“, gab der zur Antwort. „Ich hab einen Vertrag mit der Bank: die dürfen keine Würstchen verkaufen, und ich darf keinen Kredit geben!“

Peter Schütt in dem Textdienst „Agitprop“ 8/69

Noch besser

Die Zusammenarbeit zwischen den Jungsozialisten und den Jungdemokraten muß besser werden als bis-

her. Bisher gab es nämlich gar keine Zusammenarbeit. DJD-Bundesvorstandsmitglied Erich Loßmann auf dem Bundeskongreß der Jungsozialisten.

Patentlösung

Diese evtl. politisch interessierten jüngeren Jahrgänge wenden sich nachweislich in Ihrer Mehrheit den politisch extremen — um nicht demokratiefeindlichen Partelen zu sagen — Gruppierungen zu. Ein Blick auf die altersmäßige Zusammensetzung von ADF und NPD beweist das klar. Darum Finger weg von derartigen unvernünftigen Forderungen! — ÖTV-Gruppe Bundespatentamt München.

Leserbrief gegen die Wahlalter-Herabsetzung im „ÖTV-Magazin“ 11/69



elban

MAGAZIN
FÜR
JUNGE LEUTE



Lieber Leser, diese Zeitschrift hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder dafür stark gemacht, daß die Regierungen beider deutscher Staaten endlich Vereinbarungen über das Zusammenleben in Deutschland, über die Sicherung des Friedens in Mitteleuropa treffen. Konkrete und annehmbare Vorschläge hat es seitens der DDR in den zwanzig Jahren ihrer Existenz oft gegeben. Doch CDU-Politik – die nie von Vernunft und Realismus gezeichnet war – verhinderte er-

folgreich auch die geringsten Ansätze einer Entspannung zwischen den beiden deutschen Staaten. Nun liegt ein Vertragsentwurf „über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland“ auf dem Tisch – wiederum vorgelegt von der Regierung der DDR.

Seit nunmehr zwanzig Jahren erkennt die DDR die Bundesrepublik völkerrechtlich verbindlich an. Es ist an der Zeit, daß unsere Regierung die DDR gleichermaßen anerkennt. Dazu bietet der von Walter Ulbricht vorgeschlagene Vertrag eine geeignete Grundlage. Der Vertragsentwurf beschäftigt sich mit allen Fragen, die im Interesse der europäischen Sicherheit unverzüglich angepackt werden müssen: Regelungen für den Gewaltverzicht, für Grenzfragen, für atomare Abrüstung, für den besonderen Status von Westberlin, für die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen, für den UNO-Beitritt beider deutscher Staaten. Wer in der Lösung dieser Probleme Nachteile sieht, ist entweder böswillig oder steht auf der Honorarliste des Springer-Verlages. Nicht wegzudiskutierende Vorteile wären jedenfalls: wachsendes Ansehen beider deutscher Staaten vor den Augen der Weltöffentlichkeit und zunehmende Souveränität.

Schließlich ergibt sich auch für die Behandlung des Vertragsentwurfes in der Bundesrepublik eine neue Situation. Die CDU/CSU sitzt nicht mehr auf den Regierungsbänken, von wo sie die Spaltung Deutschlands kontinuierlich und systematisch vertiefte. SPD und FDP haben uns im Wahlkampf und in der Regierungserklärung eine neue Politik versprochen. Wie anders könnte eine neue Politik zu verstehen sein, wenn nicht als totale Abkehr vom CDU/CSU-Kurs? Von der neuen Regierung muß verlangt werden, daß sie den Vertrag unterzeichnet! An der völkerrechtlich verbindlichen Anerkennung der DDR führt heute wie früher kein Weg vorbei. Sie ist Prüfstein für die Wahrhaftig-

keit einer neuen Politik, für die Echtheit des oft beschworenen Friedenswillens. SPD und FDP müssen sich jetzt den Notwendigkeiten stellen. Wer aber, wie die tonangebenden Kreise der CDU/CSU und der Springer-Presse, Gift und Galle gegen den Vorschlag der DDR spuckt, führt Böses im Schilde. Dem muß unterstellt werden, daß er die Pläne der militärischen oder nichtmilitärischen Einverleibung der DDR immer noch nicht aufgegeben hat. Diesen Kräften kann in den Arm gefallen werden: durch Unterzeichnung des Vertrages. In der Diskussion über den Vertragsentwurf muß die Gelegenheit genutzt werden, endgültig Abschied zu nehmen vom Rechtskurs der CDU/CSU.

Willy Brandt hat erklärt, daß eine europäische Sicherheitskonferenz gut vorbereitet werden müsse. Wie könnte sie besser vorbereitet werden, als durch die Unterschrift zum Vertrag? Damit muß die neue Politik beginnen.

Wenn wir vom Frieden in Europa sprechen, dann darf auch der Frieden für Vietnam nicht vergessen werden. Denn Bruch mit der CDU-Politik bedeutet auch, endlich die Unterstützung für die Mörder von My Lai einzustellen. Wir können ein eindeutiges Bekenntnis für das tapfere Volk Vietnams abgeben, indem wir unsere Regierung drängen, die provisorische Regierung Südvietnams und die Demokratische Republik Vietnam anzuerkennen, anstelle einer Handvoll korrupter Militärs in Saigon. Wer von Vietnam spricht, sollte auch nicht müde werden, finanzielle Solidarität zu üben. Die Überweisung auf das Konto „Hilfsaktion Vietnam“, Postscheckkonto Essen 90040, sollte jeder als persönlichen Prüfstein in Sachen Vietnam werten.

Herzlichst

(Hans-Jörg Hennecke)

P.S.: Nach dieser Doppelnummer erscheint die nächste elban-Ausgabe am 1. März 1970.

HERAUSGEBER

Pfarrer Willi Heintzeler / Bernhard Jendrejewski / Rolf Jürgen Priemer / Karl Hubert Reichel / Karl Heinz Schröder / Pastor Horst Stuckmann / Werner Weismantel

CHEFREDAKTEUR

Ulrich Sander

STELLV. CHEFREDAKTEUR

Hans-Jörg Hennecke, Dortmund (verantwortlich)

GESTALTUNG

Jerken Diederich

REDAKTION

46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAG

Weltkreisverlags GmbH.
6104 Jugenheim a. d. B.
Alsbacher Straße 65

DORTMUNDER BÜRO

46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAGSGESCHÄFTSFÜHRER

Werner Maletz

PREIS INLAND

Einzelpreis DM 1,— einschl. Mehrwertsteuer / Jahresabonnement DM 13,— einschl. Zustellgebühr

STAMMKAPITAL DER G.M.B.H.:

31500 DM. Teilhaber: Werner Weismantel, Jugenheim/B. (DM 10500,—) Karl Heinz Schröder, Offenbach (DM 10500,—), Werner Maletz, Essen (DM 10500,—)

FOTOS: Associated Press, ap-Nowosti, Deutsche Presseagentur, Agentur Döhrn, Ernst Günther, Hans-Jürgen Moser, Klaus Rose, Günter Rossenbach, SNCC, Manfred Scholz, Manfred Tripp.

TITELBILD: Jerken Diederich

Druck:
Hosch GmbH.,
Frankfurt/M.



INHALT

Umfrage/Reportage:

Was bringen die 70er Jahre? **5**

USA:

Die Wahrheit über Black Panther (siehe auch Magazin) **10**

Arbeiterjugend:

2. Bundeskongreß der SDAJ **15**

Arno Ploog:

Ihr Horoskop für 1970 **20**

Satire:

Brief an einen Genossen **22**

Arbeitskreis Lehrlinge

Neustadt/W. So wirds gemacht! **26**

Kultur:

Kürbiskern - ein Porträt **31**

Blätter für Jugendleiter,

Jungsozialisten, DBJR u. a. **33**

Dokumente:

2. Bundeskongreß der SDAJ **35**

Magazin des Monats **45**

Soziales:

„Sündenregister“ — Informationen **54**

Vietnam:

Kampf an der Kulturfront **58**

Bücher:

Waffen im Klassenkampf **63**

elan-Krml:

Ein Teddy für Bob **64**

Song:

Agitpropper in Düsseldorf **67**

Film **72**

Die Welt verändern wir Lieder der Arbeiterbewegung

Die Welt verändern wir

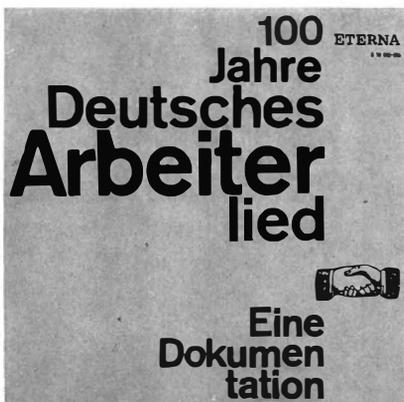
Hanns-Eisler-Lieder
u. a. Die Welt verändern wir — Lied
von der blauen Fahne — Lied der
Werk tätigen
Bestell Nr.: 8 10 006
Preis: DM 19,—

Brüder, zur Sonne, zur Freiheit

Arbeiterkampflieder
u. a. Brüder, zur Sonne, zur Freiheit
— Bandiera rossa, — Bei Leuna —
Der kleine Trompeter — Auf, auf
zum Kampf
Bestell Nr.: 8 10 007
Preis: DM 19,—

100 Jahre Deutsches Arbeiterlied

Eine Dokumentation (Doppeltasche)
u. a. Sozialistenmarsch — Brüder
zur Sonne — Brüder seht die rote
Fahne — Vorwärts und nicht ver-
gessen — Moorsoldaten —
Spaniens Himmel — Dem Morgenrot
entgegen



Revolutionäre Deutsche Arbeiter- lieder

u. a. Lied der Werk tätigen — Ein-
heitsfrontlied — Thälmannkolonne
Bestell Nr.: LDY 4096
Preis: DM 9,—

Roter Oktober

Eine Schallplattensammlung
(4 Platten):
Einzeltitle: Oktobersturm — Aufbau
— Der heilige Krieg — Frieden der
Welt
(mit ausführlicher Textbeilage)
Bestell Nr.: 5 80 018/21
Preis: DM 36,—

Die Internationale

Wacht auf, Verdammte dieser Erde
Bestell Nr.: 4 10 119
Preis: DM 5,—



Weil wir jung sind, ist die Welt so schön

Jugend und Massenlieder
1. Folge
Bestell Nr.: 8 20 509
Preis: DM 19,—

Das Lied im Kampf geboren

u. a. Lied der Roten Matrosen —
Roter Wedding — Komsomolzen-
lied — Rotes Spartakiade-Lied —
Das rote Signal — Auf Proletarier
Bestell Nr.: 8 10 026
Preis: DM 19,—

Für den Frieden der Welt

Lieder aus der DDR
u. a. Schützt diese Welt — Es lebe
das Brot — Signale der Jugend —
Antikriegslied 65 — Wir brauchen
den Frieden
Bestell Nr.: 8 10 027
Preis: DM 19,—

20 Jahre Deutsche Demokratische Republik

Zeitgeschichtliche Dokumente
u. a. mit Ausschnitten aus Reden
von Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl,
Walter Ulbricht, Johannes R. Becher,
Thomas Mann, Bertolt Brecht.
Bestell Nr.: 8 10 164/65
(Doppeltasche)
Preis: DM 28,—

Bestellungen bitte an:

Weltkreis-Verlags-GmbH
Schallplatten
46 Dortmund, Brüderweg 16



**WAS
BRINGEN
DIE
70er
JAHRE**

?



WAS BRINGEN DIE 70er JAHRE ?

Freitagnachmittag vor der Hoesch-Lehrwerkstatt in Dortmund. Drei Jungen sind damit beschäftigt, die Straße zu fegen. Wir fragen einen: „Du bist bei Hoesch beschäftigt?“

„Ja.“

„Was lernst du?“

„Dreher.“

„Wie oft müßt ihr fegen?“

„Einmal in der Woche so. Draußen.“

„Und müßt ihr drinnen auch fegen?“

„Ja, jeden Tag. Freitags von viertel vor drei bis viertel nach drei die Schlosser – und die Dreherlehrlinge von halb drei bis viertel nach drei. An den anderen Tagen von drei bis viertel nach drei.“

Und als dann drei weitere Lehrlinge herauskommen und beginnen, Zigarettenschachteln und Kippen zusammenzufegen, sagt einer: „Wir wollen Schlosser und Dreher lernen – nicht Straßenfegen!“

Um zwanzig nach drei kommen die ersten Lehrlinge aus dem Betrieb: Feierabend. Wir gehen hinüber und stellen folgende Frage: „Einige Politiker haben den Wahlkampf unter der Parole ‚Sicher in die Siebziger Jahre‘ geführt. Was erwartet ihr euch von den nächsten zehn Jahren – im Beruf, in der Politik und im persönlichen Leben?“

Hier die Antworten:



Hoesch-Lehrlinge und was sie wünschen: „Ne richtige Ausbildung, nicht wie hier so.“

Wolfgang B. (16 Jahre alt):

„Eine bessere Ausbildung. Grundsätzlich müssen hier die Lehrlinge fegen. Außerdem – wir dürfen hier nicht rauchen. Wir haben einen Antrag gestellt, und jetzt sollen die Eltern darüber entscheiden. Nächste Woche ist dann eine Elternbesprechung hier. Mal sehen, was dabei herauskommt. Werden wir wohl nichts mehr von haben – wir haben jetzt im Mai Prüfung – bis das mal durch ist. Politisch erwarte ich: keinen Krieg.“

Manfred B. (15 Jahre alt):

„Mehr Gleichberechtigung hier. Daß wir uns nicht von jedem Ausbilder anmotzen lassen müssen.“

Peter K. (16 Jahre alt):

„Es muß besser werden, vor allem für die Jugend. Beispielsweise Studium. Und die Schulen.“

Henning K. (17 Jahre alt):

„Erstmal die Ausbildung. Schlecht ist sie nun gerade nicht. Aber daß wir nicht, wie ich zum Beispiel, den halben Tag wischen müssen und fegen. Das könnte flachfallen, das müßte nicht so sein. Die können sich ja für nachmittags 'nen Mann nehmen.“

Michael P. (17 Jahre alt):

„Ne richtige Ausbildung, nicht wie hier. Was der Beruf braucht, soll er auch haben. Wenn wir ins Werk kommen, dann sind wir billige Malocher. Wir fegen dann den ganzen Tag, machen hier die ganze Dreckarbeit. Sicher in die 70er Jahre? Wenn ich sicher leben will, dann ohne Wehrmacht. Also Abschaffung der Bundeswehr. Wenn man keine Bundeswehr hat, dann kann einem auch kein Land mit Krieg was wollen. Wenn wir nicht schießen, dann schießen

die anderen ganz bestimmt auch nicht. Die wollen nämlich auch in Frieden leben.“

Petra N., Erika H. (beide 14 Jahre alt):

„Ich würde erstmal sagen: 'ne bessere Schulausbildung. Und auch Berufsschulausbildung.“

Ich find sie meistens ein bißchen rückständig.“

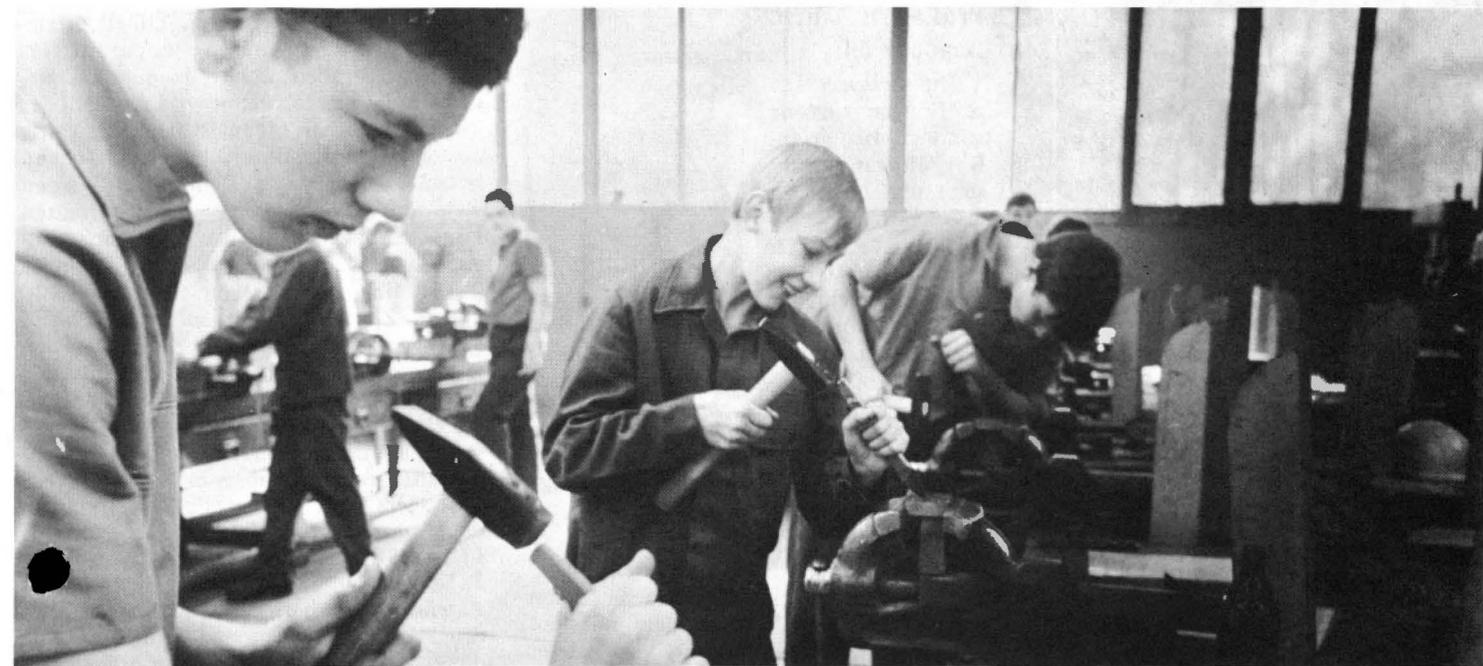
„Es müßten mehr Fachlehrer da sein. Der Fachunterricht müßte mehr Anschauungsunterricht sein, nicht theoretisch, so mehr praktisch.“

„Von den Politikern erwarte ich, daß sie das wahr machen, was sie versprochen haben, vor allen Dingen.“

„Es ist ja nicht Sache, daß sie nur leere Versprechungen machen.“

Peter F. (16 Jahre alt):

„Ja, momentan ist das so: daß der Lehrling ziemlich wenig zu sagen hat, daß die Betriebsleitung sagt, das ist so und so und so, auch wenn sie eventuell einsieht, daß das andere eventuell auch so sein könnte. Dann heißt es, ihr könntet zwar recht haben, aber wir führen das so durch, wie wir das machen. Ich bin hier ziemlich neu noch, und ich habe festgestellt, daß die Ausbilder ein ziemlich autoritäres Prinzip haben. Also die schreien einen an. Ohne Grund. Von einem Mitspracherecht im Betrieb habe ich bis jetzt noch nichts gemerkt. Wir haben natürlich die Obmänner hier, die Vertrauensleute, die können natürlich über den Betriebsrat einiges versuchen. Wir sind momentan dabei, das Rauchen hier einzuführen, wenigstens in den Pausen. Und das ist ein ziemlich harter Kampf. Der Jugendvertreter ist ziemlich aktiv. Der setzt sich ein. Und das wichtigste ist, der Betriebsrat steht so ziemlich auf seiner Seite.“



Hoesch-Lehrwerkstatt, Lehrlinge: „Daß ich hier 'ne Lehre angefangen hab, das tat mir schon manchmal leid.“

Jürgen H. (16 Jahre alt):

„Daß sich einiges ändert. Wir haben zum Beispiel jetzt Weihnachtsgeld bekommen. Das sollte alles ausgezahlt werden. Aber das ist alles versteuert worden.“

Willi T. (17 Jahre alt):

„Erstmal, daß ich mit 18 Jahren wählen darf. Auch volljährig mit 18. Daß auch jüngere Menschen in den Bundestag aufgenommen werden, die aktiv in der Politik mitwirken. Zweitens, daß ich von der Bundeswehr zurückgestellt werde, solange meine Ausbildung dauert. Ich mach mein Praktikum, da kommt ja jetzt die Fachoberschule und dann die Ingenieurschule.“

Wir gehen auf zwei Jungen zu, die gerade ein Moped besteigen. Als wir uns vorstellen und die Fragen abschließen wollen, taucht der Pförtner auf. „Wer hat die Kippen hier hingeschmissen, und wer hat die Streichholzschachtel hier weggeworfen, he?“ „Ich rauch nicht,“ sagt der eine, „und ich hab ein Feuerzeug,“ meldet sich sein Kumpel.

„Ich sage euch, ich laß den Hund los, wenn hier sich noch einer mal ne Kippe ansteckt!“

„Wer ist das?“ fragen wir.
„Das ist der Pförtner.“ Und leiser: „Das ist typisch für Hoesch.“

Hubert M. (16 Jahre alt):

„Also, erstmal beruflich gesehen. Ich habe Realschulbildung und wollte dann auf Ingenieurschule gehen: Informationstechnik, Datenverarbeitung und so was. Daß ich hier 'ne Lehre angefangen hab', das tat mir schon manchmal leid. Da ist zum Beispiel

jetzt ein Fall: in der Berufsschule gibts jetzt eine Klasse für Starkstromelektriker, die Realschüler sind. Alle meine Freunde aus unserer Klasse sind in dieser Berufsschulklasse drin, aber hier auf Hoesch ist das unmöglich, daß man in diese Klasse reinkommt.“

Der Pförtner kommt noch einmal, versucht, uns zu vertreiben:

„Dies ist Werksgelände noch.“

„Haben Sie Angst?“

„Nein, da müssen Sie sich 'ne Genehmigung holen. Wenn Sie die Genehmigung haben, dürfen Sie hier stehen bleiben.“

„Wo hört das Werksgelände auf?“

„Da auffe Straße.“

Wir setzen dort unsere Befragung fort.

Rainer M. (16 Jahre alt):

„Es soll viel mehr auf Entwicklungshilfe Wert gelegt werden. Der Konflikt zwischen Nord und Süd, der wird ja früher oder später sowieso den Konflikt zwischen Ost und West übertreffen. Also, daß da eben mehr Wert gelegt werden soll als auf irgendwelche Imagefragen wie: Wer kommt als erster zum Mond.“

Manfred B. (15 Jahre alt):

„Heute zum Beispiel haben wir einen Test gehabt, ob wir geeignet wären als Starkstromelektriker. Jetzt haben sie also nach der Probezeit noch einen Test gemacht. Da war ein Dr. Dalle oder, ich weiß nicht, wie er hieß, und der warf da mit unmöglichen Ausdrücken 'rum. 'Du Arschloch', sagte er zu einem im Betrieb. Aber ich weiß nicht, aber der kann doch nicht 'Du Arschloch' sagen.“

Außerdem müßte auf sportlichem Gebiet mehr getan werden.“

Mit einem Lehrling, der seinen Namen nicht nennen wollte, entwickelte sich folgender Dialog:

„Was erwartest du dir von den nächsten zehn Jahren?“

Pause. Dann: „Weiß ich nicht.“

„Was müßte denn besser werden – im Leben der Jugendlichen. Müßte mehr für sie getan werden? Meinst du, für die Jugend wird genug getan?“

„Joa.“

„Ist denn in deinem Betrieb alles in Ordnung?“

„Joa.“

„Bist du vollkommen zufrieden? Braucht sich gar nichts zu ändern?“

„Nee.“

„Ist das vielleicht dein Meister, der jetzt hierbei steht?“

„Joa.“

Hinter dem Lehrling war ein Ausbilder aufgetaucht:

„Ich möchte gern zuhören, mehr nicht.“

Wir fragen ihn: „Können Sie uns Ihren Namen sagen, Ihre Funktion im Betrieb?“

„Ist nicht so wichtig.“ Er tritt den Rücken zug an.

Wir fragen weiter.

Peter M. (17 Jahre alt):

„Gute Lehrzeit so. Die ist jetzt auch schon gut, aber besser könnte sie ruhig sein. Und daß unser Beruf, den wir jetzt lernen, Zukunft hat.“



WAS BRINGEN DIE 70er JAHRE ?

Unsere Fragen:

Was können uns die 70-er Jahre bringen? Was kann jeder einzelne tun, um das neue Jahrzehnt richtig zu gestalten? Was wünschen Sie sich persönlich für die nächsten Jahre?

Unsere Gesprächspartner:

Prof. Dr. Fritz Baade,
Prof. für wirtschaftl. Staatswissenschaft. Erfolgsbuch: „Der Wettlauf zum Jahre 2000“. 1949 – 1965 Mitglied des Bundestag (SPD).

Dr. Robert Jungk,
Publizist und Dozent. Erfolgsbücher: „Heller als tausend Sonnen“, „Die Zukunft hat schon begonnen“, „Wie leben wir morgen?“. 1961: Internationaler Friedenspreis Lüttich.

Prof. Dr. Josef Schleifstein,
Mitherausgeber der Mehring-Gesamtausgabe, Leiter des Instituts für marxistische Studien und Forschungen (Frankfurt/Main). Mitglied des Parteivorstandes der DKP.

Yeyedwa Zungu,
Sekretär für die Jugend und Studenten im Südafrikanischen Nationalkongreß, z.Zt. London.

Heinz Kaminski,
Ingenieur, Direktor und Mitbegründer der Sternwarte Bochum. Veröffentlichungen zur Satelliten- und Weltraumforschung.

Rolf Jürgen Priemer,
Schriftsetzer, Bundesvorsitzender der SDAJ, Mitherausgeber des e l a n.

Prof. Dr. Fritz Baade, Kiel:

1. Die siebziger Jahre bringen uns bestimmt die größte Bevölkerungsexplosion der bisherigen Menschheitsgeschichte. Die Menschheit hat 7800 Jahre gebraucht, um die Ziffer von einer Milliarde zu erreichen, in den zehn Jahren von 1970 bis 1980 wird sie sich aber allein um eine Milliarde vermehren. Das gibt die Gefahr einer Welthungersnot, sie kann abgewehrt werden, wenn bei der explosiven Steigerung der Erdbevölkerung eine noch stärker explosive Steigerung der Nahrungsmittelproduktion stattfindet.

Diese Möglichkeiten sind gegeben. Nachdem es Mexiko gelungen ist, in zehn Jahren seine Ernteerträge zu verdoppeln, während 15 Jahren zu verdreifachen, kann dieses mexikanische Wunder sich in die vom Hunger bedrohten Entwicklungsländer ausbreiten. Ein solcher Prozeß ist bereits im Gange, man nennt das, was heute in der Türkei, in Pakistan und Indien vor sich geht, eine grüne Revolution. Wenn diese „Grüne Revolution“ richtig gefördert wird, so kann sich der Sieg über den Hunger schon in der Mitte der siebziger Jahre abzeichnen und bis zum Ende der siebziger Jahre vollendet werden.

Das alles hat aber keinen Zweck, wenn wir in dieser Zeit nicht auch einen entscheidenden Sieg über den Rüstungswahnsinn erringen. Im Rahmen eines wirklichen Rüstungsabkommens zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion können dann auch die Rüstungsausgaben der Bundesrepublik mittelbar gesenkt werden. Von dem Geld, das die Länder durch Verringerung ihrer Rüstungsausgaben sparen, können sie keinen besseren Gebrauch machen, als es in erster Linie im Bildungswesen zu investieren – dies gilt insbesondere auch für die Bundesrepublik.

2. Die Bewohner der Bundesrepublik können in diesem Sinne nichts Besseres tun, als daß sie die Parteien politisch unterstützen, die gegenwärtig die Kleine Koalition bilden.

3. Gesicherten Frieden.

Dr. Robert Jungk, Technische Universität West-Berlin

1. Die 70-er Jahre werden ein Jahrzehnt der Unruhe und der Unsicherheit sein. Jetzt wird die fehlende Zukunftsplanung der Nachkriegsjahre, insbesondere die Vernachlässigung der zivilen



Infrastruktur (Verkehr, Gesundheit, Erziehung usw.) zugunsten unproduktiver Rüstungsausgaben sich ganz deutlich zeigen. In diesem Jahrzehnt wird die Zahl der jungen Menschen bis zu 18 Jahren gewaltig ansteigen. Ein erhöhter Einfluß der Jugend ist zu erwarten. In der Dritten Welt werden viele Jugendliche keine Arbeit erhalten können und gezwungen werden, sich politisch zu radikalisieren.

2. Der einzelne kann nur dann menschlicheren Zielen und vernünftigerer Politik zum Durchbruch verhelfen, wenn er sich mit anderen Menschen, die ähnliche Ziele verfolgen, zusammenschließt. Besonders wichtig erscheint mir die Herausarbeitung und Propagierung greifbarer humaner Notwendigkeiten und Aufgaben in West und Ost. Besonders hoffe ich auf die Rehabilitation der Anhänger eines humanen Sozialismus in der CSSR.

3. Mein Kontakt mit der studentischen Jugend in Westberlin hat mich tief beeindruckt und beeinflusst. Ich möchte mit dieser Jugend gegen veraltete Strukturen und für eine bessere Welt eintreten.

Prof. Dr. Josef Schleifstein, Institut für marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/Main:

1. Daß in den siebziger Jahren die für uns charakteristische wissenschaftlich-technische Revolution fortschreiten wird, ist exakt voraussehbar. Was sie aber dem arbeitenden Menschen bringen wird, das hängt von der gesellschaftlichen Entwicklung ab, die in ihrer historischen Tendenz, nicht aber in den Einzelheiten voraussehbar ist. Von Karl Marx stammt das Wort, der wissenschaftlich-technische Fortschritt im Kapitalismus gleiche jenem indischen Götzen, der den Nektar nur aus den Seelen Erschlagener trinke. Produktion zum Zwecke der Destruktion, eine ungeheure Vergeudung menschlicher und materieller Produktivkräfte zum Zwecke der Zerstörung – das ist der furchtbare Wahnsinn dieser Gesellschaft, die den Völkern den barbarischen Krieg gegen Vietnam aufzwingt.

Alle Bemühungen um die Meisterung der Zukunft werden also nur dann fruchtbar sein, wenn sie auf den gesellschaftlichen Fortschritt zielen. Der wiederum ist nur im Kampf gegen die übermächtigen, großkapitalistischen Interessen und für realen Einfluß des arbeitenden Volkes im wirtschaftlichen und politischen Leben erreichbar. Um es auf eine knappe Formel zu bringen: die siebziger Jahre werden dem Arbeiter, besonders der arbeitenden und lernenden Jugend nur das bringen, was sie sich selbst erkämpfen.



2. Die notwendigen demokratischen gesellschaftlichen Umgestaltungen können und werden nur das Resultat breiter Volksbewegungen sein. Aber solche Bewegungen entstehen aus dem organisierten Handeln vieler einzelner. Wer weiß, daß etwas verändert werden muß, darf sich nicht mit diesem Wissen begnügen. Er muß versuchen, neue Mitstreiter zu gewinnen. Wenn er der selbst auferlegten Verpflichtung immer besser gerecht werden will, muß er das nötige theoretische Rüstzeug gewinnen. Ohne Zweifel wird sich in den siebziger Jahren die Unruhe in der jungen Generation, das Suchen nach neuen Wegen und Ideen verstärken. Aber Unruhe ist noch kein Programm, und auch die leidenschaftlichste Begeisterung kann nicht die Klarheit über Ziele und Wege ersetzen. Ein zentrales Problem für die progressiven und besonders die sozialistischen Kräfte in der Jugend wird es also sein, recht vielen jungen Arbeitern und Angestellten, Studenten und Schülern marxistische Erkenntnisse über die gesellschaftlichen und politischen Ziele der Arbeiterbewegung, über konkrete Methoden und Formen des Kampfes zu vermitteln und sie für diesen Kampf zu gewinnen.

3. Persönlich wünsche ich mir, durch meine wissenschaftliche und politische Arbeit etwas zu dieser Entwicklung in der Jugend beitragen zu können. Natürlich wünsche ich mir auch anderes, darunter etwas, was auch mit „elan“ zu tun hat: nämlich die intensive Pflege künstlerischer Selbsttätigkeit in der Arbeiterjugend (alte und neue revolutionäre Lieder, Gedichte, politische Satire, Agitprop-Stücke usw.), die viel bewirken kann.

Yeyedwa Zungu, Komitee der Jugend und Studenten im Südafrikanischen Nationalkongreß

Lassen Sie mich mit der Feststellung beginnen, daß ich nicht mit dem Anspruch auf Richtigkeit voraussagen kann, was in den nächsten zehn Jahren geschehen wird. Aber lassen Sie mich hinzufügen, daß ganz Südafrika im Zeichen des bewaffneten Kampfes gegen die rassistischen, faschistischen Regimes stehen wird. Wir haben in Angola die MPLA, die dortige Nationale Befreiungsfront; es gibt in Mozambique eine Widerstandsbewegung; in Sababua, das Rhodesien genannt wird, kämpft ZAPU, in Amibia (Südost-Afrika) die SEAPO; in der Südafrikanischen „Republik“ haben wir den Südafrikanischen Nationalkongreß. Alle diese Bewegungen stehen bereits mitten im Kampf, aber lassen Sie mich hinzufügen, daß der bewaffnete Kampf in den verschiedenen



Ländern nicht auf gleicher Ebene steht. Einige Bewegungen haben den Kampf früher, andere später aufgenommen, was begründet ist in den unterschiedlichen Bedingungen, die in den verschiedenen Ländern für den bewaffneten Kampf herrschen.

Aber ich bin sicher, daß die nächsten zehn Jahre ein Anwachsen dieses Kampfes erleben werden. Es geht um die Befreiung der Menschen ganz Südafrikas vom Faschismus und Rassismus.

Heinz Kaminski, Sternwarte Bochum: (Auf dem Bild rechts)



1. Ich möchte sagen, daß die siebziger Jahre in ihrer Entwicklung bestimmt werden durch weitere Ergebnisse in Naturwissenschaft und Technik, weltweit und im Kosmos. Es beginnt hier etwas wirksam zu werden, was auch ein politischer Motor für das anbrechende neue Jahrtausend sein wird, daß die entscheidenden Impulse nicht mehr von den Nur-Politikern ausgehen, sondern die Wissenschaft bestimmt mehr und mehr die Entwicklung des menschlichen Zusammenlebens auf dieser Erde.

2. Die Aufgabe eines denkenden Menschen in dieser Welt ist es, sich ein möglichst klares und umfassendes Bild der Welt zu verschaffen, in der er lebt. Wenn ihm dieses gelingt, und dazu ist auch erforderlich, daß die Wissenschaft eine andere Einstellung zur Öffentlichkeit einnimmt, dann wird auch von dieser Seite her das soziale Leben auf dieser Erde, die Soziologie, völlig neue Impulse erhalten.

3. Eine kontinuierliche Entwicklungsmöglichkeit für meine wissenschaftlichen Vorhaben.

Rolf Jürgen Priemer, Dortmund

Die junge Generation unseres Landes erwartet viel von den nächsten Jahren und Jahrzehnten.

Sie erwartet:

- Sichere Arbeitsplätze;
- eine weitsichtige Vorbereitung auf die Umwälzung in der Wissenschaft, Technik, Wirtschaft und Gesellschaft;
- Mitbestimmung in allen Bereichen;



- eine Politik des Friedens und der guten Zusammenarbeit mit allen Völkern;
- die Durchsetzung von Demokratie und Humanität in der Bundesrepublik;
- die Abschaffung der alten Besitz- und Machtverhältnisse.

Unsere Erwartungen für die letzten drei Jahrzehnte unseres Jahrhunderts sind begründet in den anti-imperialistischen und sozialistischen Umwälzungen unserer Epoche. Auch die Praxis in unserem Lande zeigt täglich, daß unsere Erwartungen und Forderungen keine Träumerei sind.

Umwälzende Entdeckungen und Erfindungen revolutionieren in einem nie gekannten Ausmaß die materiell-technischen Grundlagen der Arbeitswelt. Wichtige Entscheidungen der Zukunft müssen deshalb jetzt in den Schulen, in Werkstätten, in Labors und den Hörsälen fallen. Es liegt auf der Hand, daß die wissenschaftlich-technische Revolution zu tiefgreifenden Wandlungen der beruflichen Vor- und Weiterbildung führen muß, weil sie die Funktion des Arbeiters oder des Angestellten sowie den Charakter und den Inhalt ihrer bisherigen Tätigkeit verändert.

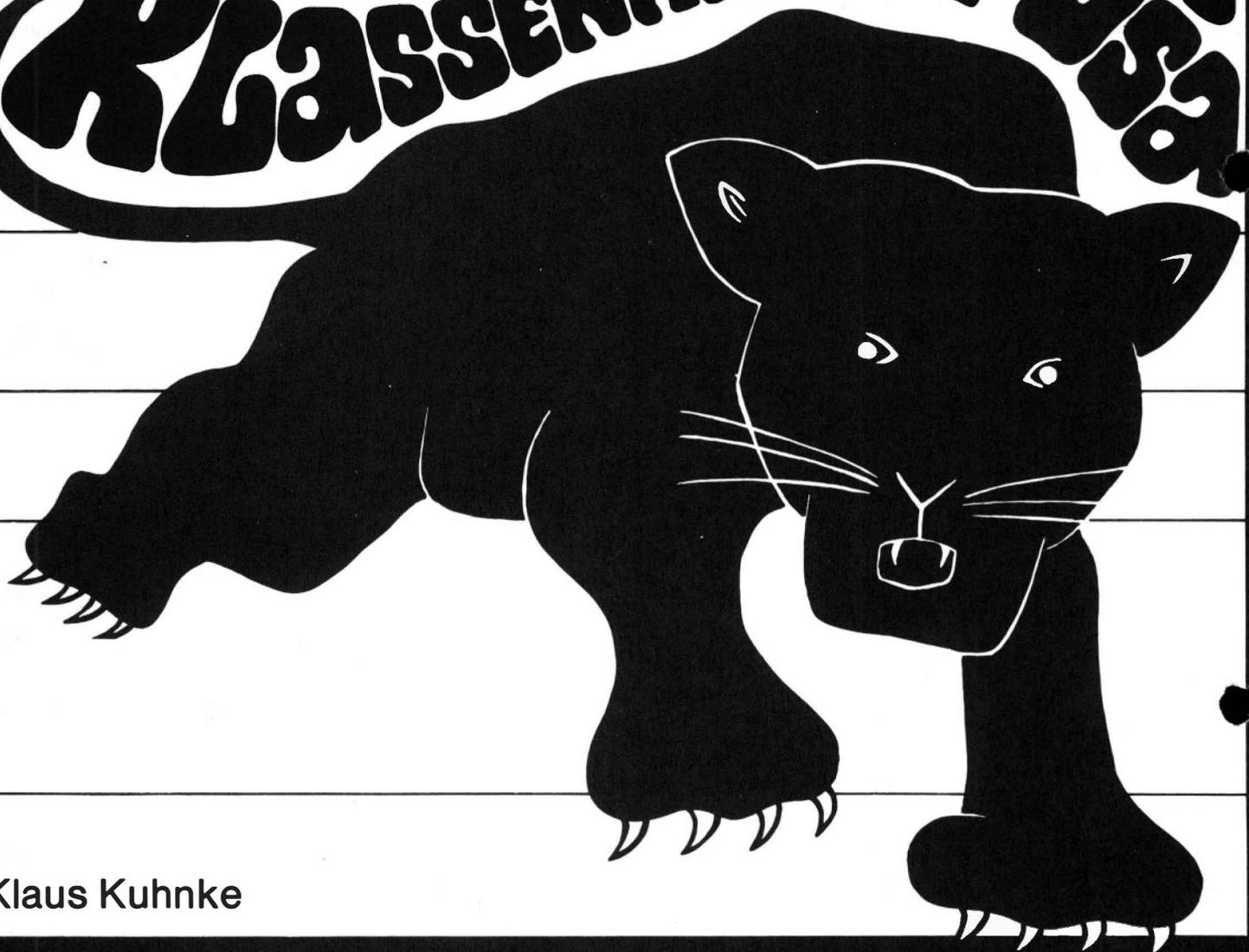
Es fällt den bürgerlichen Zukunftsforschern relativ leicht zu erklären, wie bestimmte Entwicklungen auf dem Gebiet der Produktion, der Medizin, der Technik, der Bevölkerungsstruktur vor sich gehen können. Wie aber werden sich die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Zukunft gestalten?

Im Gegensatz zu der Zukunftsdemagogie der herrschenden Klasse wollen wir als Sozialisten – den Lehren Lenins folgend – der Arbeiterjugend deutlich machen, daß wir für solche Reformen eintreten, die zu wesentlichen Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse führen, die die Macht des Großkapitals zurückdrängen, die die Massen mobilisieren und den Weg für eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft öffnen.

Nichts jedoch geschieht über Nacht, nichts mit einem Schlage, nichts durch fromme Wünsche. Um die „Frist“ des Imperialismus abzukürzen, muß man jeden Tag, jede Stunde gegen ihn kämpfen, muß man klug und berechnend heute den nächsten und morgen den übernächsten Schlag gegen ihn führen, muß man heute den ersten und morgen den zweiten Schritt gehen.

Die verschiedensten politischen Gruppierungen unseres Landes versäumen häufig zu sagen, was jetzt zu tun ist: Einmal den imperialistischen Aggressor in die Schranken weisen, seine Ziele entlarven, Massenaaktionen zur Einstellung des imperialistischen Krieges in Vietnam, die imperialistischen Regierungen zur Einschränkung der Rüstung, zum Verzicht auf bakteriologische und chemische Waffen, zur Begrenzung der strategischen Waffensysteme, zur Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrages usw. zu zwingen. Wer das Jahr 2000 erleben, wer nicht vom Großkapital verheizt werden will, der muß so handeln.

DIE WAHRHEIT ÜBER BLACK PANTHER KLASSENKAMPF IN USA



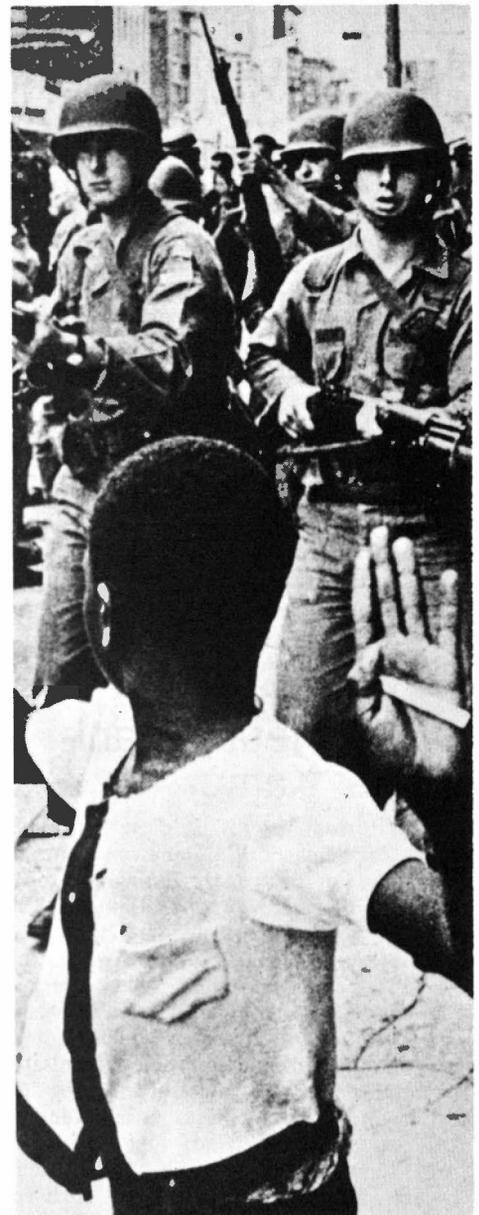
Klaus Kuhnke

Nixons Vize Spiro Agnew nennt sie Kriminelle. Sanfte Liberale, die „das Beste“ für die Schwarzen wollen, werfen ihnen Rassismus vor. Zeitungen der Bundesrepublik schildern ihre Führer als gewalttätige Zuchthäusler, derweil sich gewalttätiger Faschismus in den USA ankündigt. Was sind ihre wahren Ziele? Was steckt hinter jener Organisation mit dem abenteuerlichen Namen „Black Panther“? Unser Mitarbeiter ist ein Kenner des Kampfes der schwarzen Bevölkerung in den USA. Er berichtet über den Kampf gegen den Faschismus in den USA.



Von Rassenfanatikern in Boston ermordet: der 19jährige weiße Student G. M. Carotenutti. Er wurde niedergeschossen. Danach wurden mit einem Messer in seinen Rücken die Worte „Nigger Lover“ (Negerfreund) einschneiden.

Seit 200 Jahren Opfer der Gewalt, fordern sie jetzt Macht für die Unterdrückten: Bewaffnete Black-Panther-Anhänger in Sacramento/California.



In den letzten zwei Jahren gab es in den USA kaum „Rassenunruhen“ in den schwarzen Ghettos. Die meisten Weißen in den USA, aber nicht nur dort, werten dies als ein Zeichen dafür, daß die Radikalen und Revolutionäre an Unterstützung und Einfluß unter den Schwarzen verloren haben, daß diese jetzt wieder auf die gemäßigten Schwarzen und auf die „fortschrittlichen“ Weißen hören. Doch dies ist ein gewaltiger Irrtum, genau das Gegenteil ist der Fall. Die radikalen Organisationen, besonders die Black Panther Party, hatten die Unruhen nämlich nicht nur nicht entfacht, sondern sogar mit allen Mitteln zu verhindern gesucht, und daß Unruhen in der letzten Zeit kaum aufflackerten, obwohl Anlässe genug vorhanden waren, ist nicht zuletzt ihr Verdienst. Dieses Verhalten der Black Panther mag auf den ersten Blick unverständlich erscheinen, vor allem dem Beobachter im Ausland, der sich nur durch die Presse informieren kann. Die Presse aber berichtet nur über die spektakulären Ereignisse, nicht aber über Hintergründe und Ursachen.



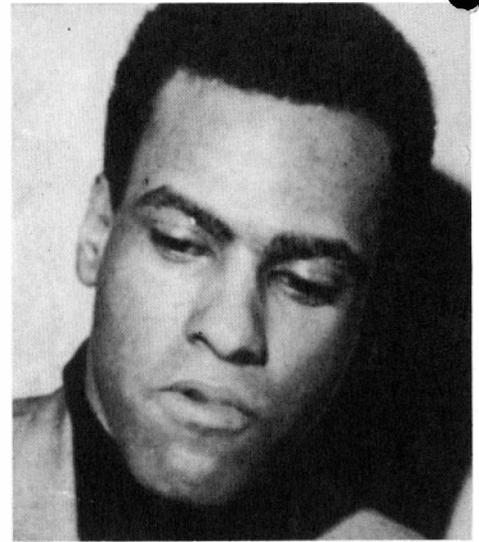
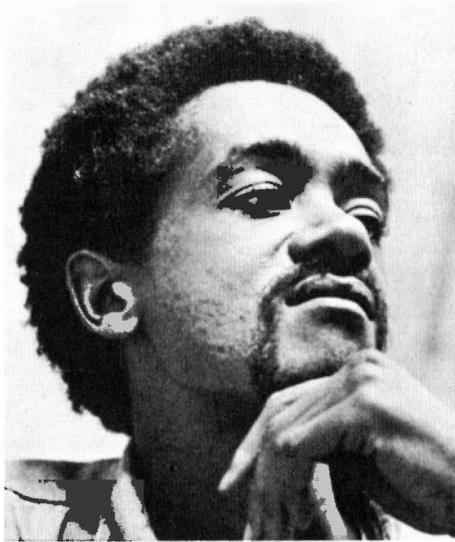
Spontanen Aufständen ...

Die „Rassenunruhen“, wie sie 1967 sehr massiert auftraten, waren, wie selbst eine vom damaligen Präsidenten eingesetzte offizielle Untersuchungskommission bestätigte, alle spontan entstanden und trugen den Charakter einer Panik, die durch völlig unangemessenes Vorgehen der Polizei ausgelöst wurde. Es waren verzweifelte und hilflose Reaktionen auf die Unterdrückung und polizeiliche Gewalt. Die Schwarzen waren daher weder bewaffnet noch organisiert. Fast alle bei den Unruhen Getöteten waren Schwarze. Solche spontanen Aufstände waren daher letzten Endes für die Schwarzen selbstzerstörerisch, sie gaben der herrschenden Klasse nur die Möglichkeit, auf „legale“ Weise Schwarze töten und die schwarzen Gemeinden zu verwüsten. Das hatten die Black Panther erkannt. Und darum versuchten sie, dieses zu verhindern. Gleichzeitig begannen sie mit der Organisation der politischen Macht der Schwarzen.

... folgt jetzt organisierter Kampf

Organisatorisch vereint ist diese politische Macht der Schwarzen in der Black Panther Party, die im Frühjahr 1966 von Bobby Seale und Huey P. Newton in Oakland, Kalifornien, gegründet wurde. Ihre Hauptaufgabe sahen beide darin, den Schwarzen in den Ghettos klarzumachen, daß sie sich gegen brutalen Polizeiterror in den schwarzen Gemeinden selbst verteidigen müßten und daß hierzu Solidarität und eine Organisation vonnöten sei. Die Selbstverteidigung der Schwarzen ist für sie lebensnotwendig. Worüber alles Geschwätz der Liberalen nicht hinwegtäuschen kann, die meinen, die Schwarzen hätten zwar recht, sich zu beklagen, es gäbe ja sehr viel zu bemängeln, doch mit Gewalt könnten sie nichts ändern, würden sie nur alles verschlimmern. Bei dieser Argumentation wird geflissentlich übersehen, daß die Schwarzen Gewalt bisher nicht ausgeübt, sondern seit mehr als zweihundert Jahren in den USA erduldet haben. Nachdem sie lange genug friedlich demonstriert, Petitionen eingereicht, Dokumentationen ihrer Unterdrückung und Ausbeutung und des Polizeiterrors veröffentlicht hatten, ohne daß sich in der Praxis etwas änderte, sie nur zurückgewiesen und zusammengeschlagen oder erschossen worden sind, haben sie erkannt, daß es sich weder, wie sie anfangs glaubten, um ein moralisches noch um ein „Rassenproblem“ handelt, sondern daß der Rassismus ein sehr wichtiger Faktor im Kampf der herrschenden Klasse um die Erhaltung ihrer Macht darstellt.

Sie haben jetzt, von der herrschenden Klasse dazu gezwungen, begonnen, ihre Verteidigung selbst in die Hand zu nehmen. Daher war, wie Julius Lester schreibt, „Black Power nichts als der nächste Schritt in einer logischen Entwicklung“ des Wider-



Bobby Seale und Huey P. Newton, Gründer der Black Panther Party. Ihre Losung: ganisierter Widerstand!

Wegen „Mißachtung des Gerichts“ wurde Black-Panther-Führer Bobby Seale Anfang November in Chicago zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Er hatte den Richter zu treffend einen „Rassisten“ genannt und war deshalb gefesselt und geknebelt dem Gericht vorgeführt worden.



Eldridge Cleaver, Informationsminister der Black Panther Party: „Wir kümmern uns nicht um die Hautfarbe. Es handelt sich um Klassenkampf.“

1967/68: Verzweiflungstaten unterdrückter Massen. Wie ein Schlachtfeld, nachdem der Rauch verzogen ist, liegt der Platz in Chicago da. Er war Schauplatz blutiger Zusammenstöße der Schwarzen mit der Polizei.





standes der Schwarzen.

Da die herrschende Klasse in den USA zu erkennen beginnt, welche Gefahr ihr droht, wenn die revolutionären und antifaschistisch-demokratischen Kräfte sich in einer Organisation zusammenschließen, versucht sie natürlich, dies mit allen Mitteln zu verhindern, immer bemüht, nicht gleichzeitig in der eigenen und der Weltöffentlichkeit zu bestätigen, was die Black Panther ihr vorwerfen: die Anwendung faschistischer Methoden. Man bedient sich daher noch weitgehend „legaler“ Mittel. Das heißt, die Black Panther, obwohl sie sich strikt an die Gesetze halten, werden in der Öffentlichkeit als Verbrecher hingestellt, gegen die mit aller Schärfe vorgegangen werden müsse. So bezeichnete etwa Spiro Agnew, der amerikanische Vize-Präsident, die Black Panther als eine „völlig unverantwortliche anarchistische Gruppe von Kriminellen“. Und das ist beileibe kein Ausnahmefall.

Faschistische Methoden: KZs ...

Auch hierzulande bedient man sich dieses Verfahrens, wenn etwa Kai Hermann, ehemaliger ZEIT und jetziger SPIEGEL-Reporter, schreibt, Eldrige Cleaver, der Informationsminister der Black Panther Party, sei ein „Zuchthäusler“, der die Schwarzen lehre, kriminelle Delikte seien politische Heldentaten. Auf diese Weise wird schon die Rechtfertigung dafür unters Volk gebracht, daß die Black Panther, sollten die bisherigen Unterdrückungsmethoden nicht mehr ausreichen, ins Konzentrationslager gebracht werden müßten. Davon gibt es in den USA mehrere (übrigens gab es auch schon im zweiten Weltkrieg). Vorübergehend wurden auch schon Demonstranten darin untergebracht.

... und „auf der Flucht erschossen“

Noch allerdings beschränkt man sich darauf, die bisherigen Methoden stark zu intensivieren. Black Panther werden unter den abenteuerlichsten Beschuldigungen verhaftet und eingesperrt, ihre Partei-Büros im ganzen Land ziemlich regelmäßig von der Polizei überfallen und verwüstet, wobei die Polizisten mitnehmen, was ihnen unter die Finger kommt, um die Arbeit zu torpedieren. Sie stehlen sowohl Mitgliederlisten als auch die Parteikassen. Oder Black Panther werden „auf der Flucht“ oder „in Notwehr“ erschossen. Und noch ist kein Polizist, der einen Schwarzen erschossen hat, verurteilt worden, auch wenn die Beweise für einen vorsätzlichen Mord noch so stichhaltig und erdrückend waren. In den meisten Fällen wird noch nicht einmal Anklage erhoben.

Ein weiteres Mittel, das auch viele Liberale anwenden, um die Black Panther zu isolieren, ist, sie hinzustellen als blutrünstige Rassisten. Doch genau dies sind sie nicht.

Sicher in die siebziger Jahre

strassentexte

von Peter Schütt

Quer-Verlag

KONZERTIERTE AKTION

Um eine Bockwurst auf Kredit bat ein hungriger Tippelbruder den Würstchenverkäufer für dem Eingang zur Dreadner Bank in der Stünnenstraße. „Darf ich nicht“, gab der zur Antwort. „Ich hab einen Vertrag mit der Bank: die dürfen keine Würste verkaufen, und ich darf keinen Kredit geben!“

STREIK

CHLORO-FORMIERTE GESELLSCHAFT

Die Wahrheit wird unters Volk gebracht, um seine Widerstandsfähigkeit zu stärken. Sie wird in Form von Drogen an die Soldaten verteilt, Untersuchungshäftlingen wird sie in den Hintern gespritzt, Schulkindern unter die Kakaospeine gemischt. Die Arbeiter finden sie als bare Münze freitags in der Lohnkütte, als Postwurfsendung wird sie allen Hausfrauen zugänglich gemacht.



ERKLÄRUNGEN DEUTSCHER POLITIKER

„Die Bundeswehr ist ein Instrument der deutschen Außenpolitik“, erklärt der Verteidigungsminister. „Erstes Ziel der deutschen Außenpolitik ist die Wiedervereinigung“, ergänzt der Kanzler und feierlich fährt er fort: „Wir haben keine territorialen Forderungen“.

Nicht minder feierlich hat neunzehnhundertfünfunddreißig Adolf Hitler diesen Satz ausgesprochen.

180 Seiten-französische Plakatgrafik. DM 9,-

QUER- VERLAG

2 Hamburg 22, Oberaltenallee 72

Um dem entgegenzuwirken, appellierte Bobby Seale, Vorsitzender der Black Panther Party, an alle progressiven Organisationen „zu begreifen, daß sie solidarisch zusammenstehen müssen, welche Hautfarbe auch immer sie haben – wir kümmern uns nicht um die Hautfarbe, wir haben begriffen und lehren es weiter, daß es sich um einen Klassenkampf handelt gegen die Unterdrückungs- und Ausbeutungsklasse der Kapitalisten und Imperialisten.“

Vereinte Front gegen Faschismus

Aufgrund dieser Erkenntnis, aber auch um der Gefahr einer Zerschlagung der Partei und des Widerstands durch die Polizei vorzubeugen, und vor allem um aus der defensiven Haltung herauszukommen, in der sie durch ständigen Polizeiterror gehalten werden, fand im Juli 1969 in Oakland, Kalifornien, eine Konferenz statt, die zum Ziele hatte, eine übergreifende, die Zersplitterung der Linken aufhebende, revolutionäre Organisation, eine „Vereinte Front gegen den Faschismus in Amerika“ zu bilden. Einberufen wurde die Konferenz von der Black Panther Party, organisiert von vier schon bestehenden „National Committees To Combat Fascism“ (Nationale Komitees zur Bekämpfung des Faschismus) und unterstützt von mehr als vierzig lokalen und nationalen Organisationen. Zur Konferenz, an der rund dreitausend Personen teilnahmen, zu achtzig Prozent Weiße, kamen Vertreter von rund dreihundert Organisationen. Sie vereinigte Studenten, Lehrer, Arbeiter, religiöse, ethnische, politische und Antikriegs-Gruppen.

Zum erstenmal fanden sich Vertreter aller relevanten oppositionellen Gruppen zusammen. Ein Wendepunkt in der Geschichte der amerikanischen Linken, der für die amerikanische Gesellschaft folgenreicher sein kann als die Landung der ersten Menschen auf dem Mond, die zur gleichen Zeit erfolgte, ein, wie Eldrige Cleaver es bezeichnete, „Zirkus, um das Volk von den wahren Problemen, die es hier auf der Erde gibt, abzulenken.“ Und wer den Rummel, der hierum veranstaltet wurde, erlebt hat, kann dies nur bestätigen. Ein riesiges Verschleierungsschauspiel, das nicht nur das eigene Volk, sondern auch die übrige Welt, über die fortschreitende Faschisierung der USA hinwegtäuschen soll. Bobby Seale sagte dazu in seiner Begrüßungsansprache: „Wir können nicht herumsitzen und sagen, in diesem Land existiert kein Faschismus, weil wir noch keine sechs Millionen Menschen in Konzentrationslagern sehen und die Braunhemden noch nicht sehen. . . . Einige Leute mögen sagen, daß der Faschismus hier noch nicht wirklich vorhanden ist. Nun, wir sagen – warum sollen wir solange warten, bis es soweit ist? “ Natürlich hat die Konferenz nicht mit einem Schläge alle Differenzen über die politische Einschätzung der Lage sowie die politische Strategie, die einzuschlagen wäre, zwischen den verschiedenen Gruppen

und Organisationen beendet; ja es gab auch auf dieser Konferenz große Diskussionen über deren Struktur und Ablauf. Einig aber waren sich alle, vom amerikanischen SDS (Studenten für eine demokratische Gesellschaft) bis hin zur Kommunistischen Partei, über die Notwendigkeit einer Organisation, die auf Bundesebene alle echt oppositionellen Gruppen zusammenfaßt. Und Bobby Seal erhielt allgemeine Zustimmung, als er in seiner Schlußansprache ausführte: „Einige Leute wundern sich über diese Art Konferenz. Was wir den Leuten klarzumachen versuchen ist, daß drei Tage Zusammensein nicht das Ende des Kampfes ist. Dies ist erst der Beginn von dem, was getan werden muß. . . (Wir werden) in naher Zukunft eine Amerikanische Befreiungsfront schaffen, um den habgierigen Geschäftsmann, den demagogischen Politiker und die faschistischen Polizisten, die die Leute ermorden, brutalisieren und terrorisieren, zu bekämpfen. . .

Antikapitalistische Strategie

Seale erteilte auch denen eine entschiedene Absage, die versuchen, die Schwarzen gegen die Weißen auszuspielen und umgekehrt, die immer noch glauben, es handle sich um eine bloße Integration der Schwarzen in die amerikanische Gesellschaft. Denn integriert sind sie schon längst, und zwar als wichtiger Bestandteil der Besitz- und Machtlosen, der Ausgebeuteten und Unterdrückten. Bobby Seale: „Wir werden Rassismus nicht mit Rassismus bekämpfen. Wir werden den Rassismus mit Solidarität bekämpfen. . . Wir werden den Kapitalismus nicht mit mehr Kapitalismus – mit schwarzem Kapitalismus – bekämpfen, denn schwarzer Kapitalismus perpetuiert mehr schwarzen Rassismus. Wir werden den Kapitalismus mit einem grundlegenden sozialistischen Programm bekämpfen. . . Wir werden den Imperialismus in Amerika nicht mit mehr Imperialismus bekämpfen. Wir werden den Imperialismus mit proletarischem Internationalismus bekämpfen.“ Zu übertriebener Euphorie gibt diese Konferenz keinen Anlaß, aber die Hoffnung scheint nicht unbegründet, daß hier der Anfang getan wurde, die in viele Gruppen zersplitterte US-Linke in einer breiten demokratischen und sozialistischen Bewegung zusammenzufassen, daß sie aus einer bisher größtenteils defensiven zu einer offensiven Strategie findet und sich die Bedingungen des Kampfes nicht mehr durch die herrschende Klasse diktieren läßt, sondern diese selbst bestimmen kann. Erst wenn dies geschafft ist, wenn ein revolutionäres Programm entwickelt und eine revolutionäre Organisation geschaffen sind, bleibt die Befreiung der USA nicht mehr bloße Hoffnung. Einen Anfang dazu hat die Black Panther Party gemacht. Und das ist in der Tat ein historischer Wendepunkt in der Geschichte der US-Linken, der nicht nur für die USA, sondern international von Bedeutung ist.

Junge Garde der 70er Jahre

2. Bundeskongreß der SDAJ

Sie wurde gegründet in Essen am 10. Geburtstag von Karl Marx. Neunzehn Monate danach trafen erneut junge Marxisten im Ruhrgebiet, diesmal in Dortmund zusammen, um das Erreichte einzuschätzen und ihren künftigen Weg zu bestimmen.

Von der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend ist die Rede. Und von den jungen Arbeitern, Schülern und Studenten, die in den vergangenen Monaten Bundeswehrmilitaristen verunsichert und kapitalistische autoritäre Betriebsstrukturen in Fra-

ge gestellt haben. Die halfen, die Neonazis in die Schranken zu weisen. Die für das vietnamesische Brudervolk einstanden. Die mit dem Kampf um Mitbestimmung und bessere Berufsausbildung die Frage nach der Zukunft der jungen Generation in diesem Lande stellten. Die sich eng mit der Arbeiterjugend in der DDR verbanden. Die um die Notwendigkeit der sozialistischen Perspektive dieses Landes wußten und dafür den Kampf um die demokratische Umgestaltung aller Bereiche der Gesellschaft aufnahmen.

Von ihnen ist die Rede: Von den inzwischen rund 10.000 Mitgliedern der jüngsten Arbeiterjugendorganisation der Bundesrepublik, die 162 Gruppen und Clubs schufen; die in den Gewerkschaften und Lehrlingszentren für die Aktionseinheit der Arbeiterjugend wirken. Und dabei konsequent den Feind der Arbeiterjugend beim Namen nennen.

Hier und auf den Seiten 35 und folgende soll ausführlich berichtet werden über den 2. Bundeskongreß der SDAJ. Die Berichterstattung darüber soll nicht den langatmigen und verlogenen Berichten der Gegner der Arbeiterjugend vorbehalten bleiben. Auch deshalb hat sich ein gründlich am 13. und 14. Dezember beim Dortmunder Kongreß umgesehen. In erster Linie sollen hier die 284 Delegierten und Gastdelegierten und ihre Gäste zu Wort kommen, sollen die Beschlüsse und Resolutionen wiedergegeben werden sowie Auszüge aus dem Referat.

Womit beginnen? Berichte von Kongressen werden gern mit den Höhepunkten der Tagung eingeleitet. Was war der Höhepunkt?

War es die Begeisterung und Sympathie für die Vertreter des Landes, das den Kommunismus verwirklicht, des Landes Lenins? Minutenlang der Beifall für den Vorsitzenden des Komitees der sowjetischen Jugendorganisationen, Gennade Janajew, der an die langen gemeinsamen Kampftraditionen russischer und deutscher Arbeiterjugend erinnerte, die vor 51 Jahren mit dem Telegramm ihren Anfang nahm: „Die um Liebkecht vereinte deutsche Jugend begrüßt die russischen Genossen und erklärt, daß sie bereit ist, ihren ruhmreichen Weg zu gehen.“ Diese Bereitschaft wurde jetzt erneut bekräftigt, als Janajew ein

Banner des Leninschen Komsomol überreichte und die Einladung an 250 SDAJler aussprach, 1970 die Sowjetunion zu besuchen.

War es die kämpferische Solidarität für das heldenhafte vietnamesische Volk und seine Jugend, die das Kongreßgeschehen prägte und die durch das skandalöse Einreiseverbot für die Abgesandten der FNL-Jugend durch die Bundesregierung nur noch verstärkt wurde: Die letzten Tage der Kongreßvorbereitung waren bestimmt gewesen vom Kampf um die Einreiseerlaubnis: Protesttelegramme der Gruppen, Proteste zahlreicher Persönlichkeiten und Verbände, Demonstration in Bonn, Besuch bei Außenminister Scheel. Aber die neue Regierung wollte unbedingt ihre Solidarität mit den Mördern von My Lai über die Forderungen der Jugend stellen. Ihr Verhalten strafte die schönen Reden in der Regierungserklärung Lügen. Und ihr Verhalten bestärkte die Jugendlichen in ihrem Kampf. So als der Kongreß am Samstagnachmittag seine Verhandlungen unterbrach, um an der „bisher größten Anti-Vietnam-Demonstration, die je im Ruhrgebiet stattfand“ (Westfälische Rundschau) teilzunehmen, die in Wirklichkeit eine Pro-Vietnam-Demonstration war und eine Anti-Aggressoren-Demonstration. Bereits während des Kongresses hatten die Delegierten 2000,- DM für Vietnam gesammelt; darunter 210,- DM aus dem kleinen Sold der anwesenden Gruppe von Soldaten. Einen Gutschein für eine LKW-Ladung mit Medikamenten überbrachte ein Vertreter des Landesverbandes Bayern. Unter lebhafter Zustimmung des Kongresses wurde eine dreiköpfige Delegation mit dem Ergebnis der Sammlung nach Berlin entsandt. Dort, in der Hauptstadt der DDR, hielt sich die

FNL-Vertretung auf, die bei uns nicht einreisen durfte. Und so kam der Kongreß doch noch zu einer Ansprache des Genossen Dinh Van, Mitglied des Exekutivkomitees des Jugendverbandes der FNL im Bezirk Quang Nam/Da Nang – per Tonband, das die SDAJler aus Berlin mitbrachten.

Es gab nicht den Höhepunkt. Es gab viele. Keiner soll hier höher bewertet werden. So die Zustimmung, die der Vertreter der jungen Sozialisten aus der DDR fand, der Sekretär des Zentralrates der FDJ, Erich Rau, der stolz über das in der DDR Erreichte berichtete und die neue Regierung in Bonn zum Realitätssinn ermahnte: „Wer versucht, bei uns seinen Fuß in die Tür zu stellen, damit die Herren Abs und Strauß hindurchmarschieren können, kann sich bestenfalls die Zehen quetschen.“

So die Rede des jungen französischen Kommunisten, der eine kampfstärke Bruderorganisation vertrat. So das leidenschaftliche Engagement des Kongresses für die griechischen Genossen, das im spontanen Gesang der „Internationale“ Ausdruck fand, ausgelöst durch die Rede eines jungen griechischen Patrioten und durch die Antwort des Kongreßpräsidenten: „Wir versprechen Euch, daß wir an Eurer Seite kämpfen werden, bis die griechischen Obristen, die heute die Herrschaft ausüben, dort sind, wo sie Demokraten und anständige Menschen hinbringen.“

Überhaupt die internationale Beteiligung am Kongreß. Man kann sagen, am Rande des Kongresses fand ein kleines Gipfeltreffen progressiver Jugendorganisationen Europas statt. Neben Griechenland, Frankreich, DDR und UdSSR waren vertreten: eine Delegation des bulgarischen Dimitroff-Komsomol, eine Abordnung des Altpolnischen Komitees für die Zusammenarbeit der Jugendorganisationen, Delegationen des Rumänischen Kommunistischen Jugendverbandes, des Ungarischen Kommunistischen Jugendverbandes KISZ, der Progressiven Jugend Luxemburgs und der FDJ von Westberlin. Der Weltbund der demokratischen Jugend (Sitz Budapest) hatte die finnische Delegierte Anja Lempinen entsandt. Großes Interesse an der Arbeit der SDAJ zeigte auch der Südafrikanische Nationalkongreß (Sitz London), der seinen Sekretär für Jugend und Studenten nach Dortmund geschickt hatte. Die Begegnungen bewiesen: die SDAJ hat treue Freunde. Unzählbar die Gespräche während des kurzen Besuches dieser Delegationen in der BRD. So z.B. in den Redaktionsräumen des elan. Dazu bot aber besonders ein abschließender Empfang Gelegenheit, den Sowjetbotschafter Zarapkin an seinem Sitz in Rolandseck für die ausländischen Delegationen und die Vertreter fortschrittlicher Jugendorganisationen der Bundesrepublik gab.

Dort in Rolandseck stellte sich alles ein: „Falken“ und SHB, JuSos und Jungdemokraten, Naturfreunde, Bundesjugendring, SDS-Spartakus, DKP, Gewerkschaftsjugend. Sie trafen sich mit den Gästen des Kongresses und mit der SDAJ, und die Sozialdemokraten unter den Teilnehmern stellten sich scherzhaft die Frage, ob sie jetzt aus der SPD ausgeschlossen werden.

Ihr Parteipräsidium hatte es nämlich wenige Tage zuvor für richtig gehalten, nicht nur die Mitgliedschaft in der SDAJ für unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD, sondern auch jede „Betätigung für die SDAJ“ für ausschlußwürdig zu erklären. „Betätigung“ kann sehr viel sein. Die SDAJ-Delegierten stellten klar: Das richtet sich gegen die Aktionseinheit der Arbeiterjugend! Davor hat auch die neue Regierung Angst. Sie will den antikommunistischen Spaltplatz säen. Ihre schönen Worte in die Richtung der kritischen Jugend waren also doch nur leeres Gerede.

Der Hetze im Stile des Kalten Krieges stellten die Delegierten ihre konstruktive Politik für die Interessen der Jugend entgegen. Die 214 ordentlichen



Junge Garde der 70er Jahre

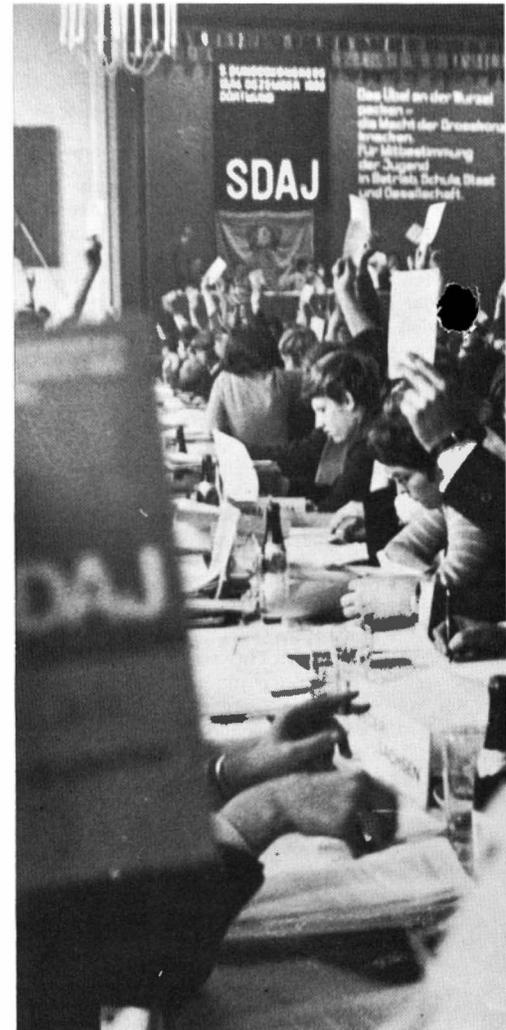
und 70 Gastdelegierten, sie waren die Hauptpersonen des Kongresses: Jung – das Durchschnittsalter lag bei 20 Jahren – und selbstbewußt stellten sie sich als Kämpfer vor, denen man ansah, daß sie es ernst meinten mit der Erfüllung ihrer Beschlüsse. Ein Viertel der Delegierten waren Mädchen, die gleich den männlichen Genossen kritisch und sachkundig diskutierten. Da war niemand, der wie der Blinde von der Farbe sprach. Da war der Soldat, der über den antimilitaristischen Kampf berichtete. Der Schüler, der für eine Verbesserung der Schülerarbeit des Verbandes eintrat. Der Vertreter aus einer Songgruppe, der die Kunst als Waffe darstellte. Rund 80 Prozent der Delegierten: Lehrlinge, junge Arbeiter und Angestellte. Ihre Diskussionsreden, erarbeitet in Betriebsgruppen, Lehrlingszentren und Gruppen, waren die Beiträge zum Motto des Kongresses: „Das Übel an der Wurzel packen – die Macht der Großkonzerne knacken. Für Mitbestimmung der Jugend in Betrieb, Schule, Staat und Gesellschaft.“

Der Angelpunkt „Mitbestimmung und Bildung“ war allen Delegierten bewußt. Zeigt doch das Beispiel Vietnam wie kaum je zuvor, daß Technik und Wissenschaft – gegen die Menschen gerichtet – zum Fluch werden können. Deshalb ist der Kampf um Mitbestimmung und Demokratie, um demokratische, der Menschheit dienende Bildung zur Existenzfrage geworden.

Höhepunkte? Der SDAJ-Bundeskongreß war Höhepunkt der politischen Bewegung der Arbeiterjugend, geeignet, die Bewegung voranzubringen. Das machte ein Blick in die Gästeliste aus dem Inland und in die Grußschreiben deutlich, die den Kongreß von Betriebsjugendvertretungen, Jugendfunktionären, Künstlern, DGB-Kreisjugendausschüssen erreichten. Vertreter hatten entsandt die VVN, die DFU, die Gewerkschaftsjugend/DGB, die Christliche Arbeiterjugend, die „Spartakus“-Studenten, mehrere Jugendvertretungen und Republikanische Clubs. Besonders stürmisch gefeiert: die Delegation der Deutschen Kommunistischen Partei. Der Antifaschist Kurt Bachmann, Vorsitzender der DKP, stellte klar, was die deutschen Kommunisten und die jungen Marxisten der SDAJ untrennbar verbindet: das Bekenntnis zu den Ideen von Marx, Engels und Lenin. Bachmann unter stürmischem Beifall: „Mit großer Freude sind wir der Einladung zu Eurem II. Bundeskongreß gefolgt. Kämpft Ihr doch als selbständige sozialistische Organisation der arbeitenden und lernenden Jugend für dieselben Ziele wie wir: für die Interessen der Arbeiterklasse.“

Klassenbezogen und kämpferisch stellte sich die junge Garde der siebziger Jahre vor, beschloß sie den Weg ihrer Organisation. Ein nächster Kampftag ist bereits anvisiert: ein Kampftag für europäische Sicherheit und für Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrages durch den Bundestag am 8. Mai 1970, dem 25. Jahrestag der Niederlage des deutschen Faschismus. Der Kampf geht weiter.

Ulrich Sander





Hart wurde um Anträge und Kongreß-Dokumente gerungen. 53 Delegierte sprachen zur Diskussion. Auf den Seiten 35 – 42 dieser e l a n-Ausgabe bringen wir Auszüge.

Wenige Tage vor dem Kongreß demonstrierten in Bonn Hunderte gegen das Einreiseverbot für die südvietnamesische Delegation. Unter diesem Druck empfing Bundesaußenminister Scheel eine Vertretung der Demonstranten zu einem kurzen Gespräch. Zur Verblüffung seiner Gäste nannte Scheel das Einreiseverbot „einen Akt der Menschlichkeit“.



Vietnam-Demonstration in Dortmund. Die Delegierten beteiligten sich an der antimilitaristischen Kampfdemonstration. Im Bild der DKP-Vorsitzende Kurt Bachmann, der als Gast am Kongreß teilnahm, Rolf Jürgen, Priemer und Bundeswehrosoldaten.



Drei Delegierte wurden am ersten Kongreßtag nach Berlin entsandt. Sie besuchten dort die Delegation der FNL Südvietnams, die nach dem Willen der Bundesregierung nicht einreisen durfte. Vera Stiller berichtet von dem Gespräch mit den jungen Vietnamesen, übermittelt ihre Bitte, die Aktionen gegen die amerikanische Aggression zu verstärken und zeigt einen Pokal, der aus Metallteilen eines über Vietnam abgeschossenen amerikanischen Bombers gefertigt wurde und den sie als Geschenk für die SDAJ überreicht bekam.

Aus Grußansprachen

Gennadi Janajew, Vorsitzender des Komitees der Jugendorganisation der UdSSR, Mitglied des ZK-Büros des Komsomol:

Lenins Vermächtnis, „den Kommunismus zu erlernen“, ist unserer Ansicht nach die Pflicht eines jeden Komsomolzen. Nicht großsprecherische Erklärungen, in denen man das Wort „Revolution“ mit drei „R“ schreibt, sondern eine ernsthafte, tiefeschürfende bescheidene und aufopferungsvolle Arbeit entspricht dem Geiste Lenins, seinen Forderungen an die Kommunisten. Wir sind froh festzustellen, daß auf dieser zuverlässigen Grundlage auch die Tätigkeit Eurer Organisation aufgebaut ist.

Valentin Karamantschew, Mitglied des ZK-Büros des Dimitroff-Komsomol Bulgariens:

Die bulgarische Jugend verfolgt aufmerksam Ihre Tätigkeit. Wir unterstützen fest Ihre Aktionen gegen den Neofaschismus und Revanchismus, für ein demokratisches Bildungswesen, für Mitbestimmung in Betrieben, Schulen und in der Gesellschaft.

Wir, die Jugend der Volksrepublik Bulgariens, sind fest davon überzeugt und glauben daran, daß die engen freundschaftlichen Verbindungen zwischen der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend und dem Dimitroff-Komsomol zur Festigung der Freundschaft zwischen dem bulgarischen Volk und den fortschrittlichen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland beitragen.

Jürgen Lalmer, Mitglied der Bundesjugendleitung der Naturfreundejugend:

Im Auftrag der Bundesjugendleitung der Naturfreundejugend Deutschlands wünsche ich Eurem Kongreß einen guten und erfolgreichen Verlauf. Diesem Kongreß kommt wegen des konsequenten Kampfes der SDAJ für die Rechte der Arbeiterjugend, für die Mitbestimmung der Jugend in Betrieb, Staat und Gesellschaft eine besondere Bedeutung zu. Wir hoffen auch in Zukunft auf eine solidarische Zusammenarbeit unserer Organisationen im Kampf gegen eine reaktionäre und restaurative Entwicklung für die Rechte der Jugend und der Arbeiterklasse.

Panagiotou Stavros, 2. Sekretär der Lambra-kljugend in der BRD:

Wir möchten Euch hier an dieser Stelle einige bescheidene Geschenke von den politischen Gefangenen der Insel Jaros überreichen. Diese Geschenke wurden auf der KZ-Insel hergestellt und symbolisieren die Konsequenz und Treue des griechischen Volkes für Demokratie, Freiheit, Frieden und den sozialen Fortschritt. Das Recht ist mit uns, und wir sind fest davon überzeugt, daß wir siegen. Nieder mit dem Faschismus! Es lebe die Demokratie! Es lebe die Solidarität!

Peter Vajo, Sekretär des ZK des Ungarischen Kommunistischen Jugendverbandes (KISZ):

Die Aktion der SDAJ für die Rechte der Leberlinge, für ein zeitgemäßes Berufsausbildungsgesetz löste große Anerkennung unter den jungen Arbeitern von morgen aus.

Der konsequente Kampf der SDAJ gegen Neofaschismus und Revanchismus hat wesentlich dazu beigetragen, daß die neofaschistische NPD in den Bundestag nicht eingezogen ist.

Es bereitet uns eine große Freude, daß eine Jugendorganisation in der Bundesrepublik existiert, die sich konsequent für die Grundrechte der Jugend einsetzt und für eine bessere Zukunft kämpft.

Yeyedwa Zungu, Sekretär für Jugend und Studenten im Südafrikanischen Nationalkongreß:

Die BRD, verbunden mit dem südafrikanischen Regime durch wirtschaftliche Bande und auf dem Gebiet der Kernwaffenforschung, spielt eine Schlüsselrolle in der konspirativen Zusammenarbeit, die bezweckt, unser Volk permanent zu unterdrücken.

Zweitens stellt unsere Teilnahme an diesem Kongreß eine wichtige Entwicklung dar. Diese ist die Herstellung einer engen Verbindung zwischen der fortschrittlichen Bewegung dieses Landes und uns. Wir hoffen, daß diese Verbindung sich festigen und die Zusammenarbeit zwischen uns stärker wird in unserem Kampf.

Es sind die sozialistischen Länder und die fortschrittliche Bewegung der ganzen Welt, die uneingeschränkte Hilfe geben an allen Völkern, die für ihre nationale Befreiung kämpfen. Die Rolle, die die fortschrittlichen Bewegungen spielen, ist eine wertvolle Unterstützung für die bewaffneten Kämpfe der Nationalen Befreiungsbewegungen in vielen Teilen der Welt.

Andrzej Majkowski, stellv. Vorsitzender des sozialistischen Jugendverbandes ZMS:

Die polnische Jugend, die polnischen Jugendorganisationen, begrüßten mit großer Sympathie die Gründung der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend. Wir sehen nämlich in Ihrer Organisation Klassenbrüder, die konsequenteste, von Weisungen des Marxismus-Leninismus geleitete Kraft der jungen Generation in der Bundesrepublik, welche die Jugend zum Kampf um den Sozialismus auffordert und mobilisiert.

Möge uns erlaubt sein, die Überzeugung zum Ausdruck zu bringen, daß die Kontakte und Zusammenarbeit zwischen den polnischen Jugendorganisationen — insbesondere aber zwischen dem Verband der Sozialistischen Jugend, deren Grundstock junge Arbeiter bilden — und der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend, noch reger und fruchtbringender sein werden.

Erich Rau, Sekretär des Zentralrates der FDJ:

Wir sind froh, heute hier sagen zu können, FDJ und SDAJ sind Freunde, gute Freunde geworden. Gemeinsam bauen wir am Sozialismus — wir stehen in der Praxis, Ihr aber müßt noch um den Sieg der Arbeiterklasse ringen. Aber wir sind überzeugt, auch an den Großbetrieben des Ruhrpotts werden eines Tages die 3 Buchstaben VEB stehen. SDAJ hoch, wir sind Genossen, die rote Fahne weht siegentschlossen!

Delegation der FNL-Jugend Südvietnams:

Jedem Menschen ist es klar, daß die neue westdeutsche Regierung die alte reaktionäre Politik der Kiesinger-Regierung weiterhin fortsetzt, daß sie die Politik der USA im verheerenden Aggressionskrieg in Vietnam unterstützt, daß sie große Angst vor der gerechten Stimme der südvietnamesischen Bevölkerung und Jugend hat. Sie ist auch erfüllt mit Furcht vor der mit jedem Tag wachsenden Kampfbewegung der progressiven Kräfte in der Deutschen Bundesrepublik, Kräfte, die einen entschiedenen Kampf gegen alle reaktionären Maßnahmen der westdeutschen Regierung, für Freiheit, Demokratie und sozialen Fortschritt führen und von der Regierung der Bundesrepublik die sofortige Einstellung all ihrer Schützenhilfe für die USA und das Saigoner Marionettenregime fordern.

Kurt Bachmann, Vorsitzender der DKP:

Auch bei dem Kampf für eine fortgeschrittene Demokratie, für die demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft wird die Jugend eine entscheidende Rolle spielen. Ohne die Masse der arbeitenden und lernenden Jugend kann die Gesellschaft nicht verändert werden.

Kein Sieg der Arbeiterklasse wurde je ohne aktive Teilnahme der Jugend erzielt. Umgekehrt hat die Jugend in der Geschichte nur dann eine bedeutende Rolle gespielt, wenn sie ihren Kampf eng mit dem Kampf der Arbeiterklasse verbunden hat. Deswegen ist es von großer Bedeutung, daß sich die SDAJ zum aktiven Kern der Gewerkschaftsjugend rechnet, daß die SDAJ auf dem Wege

ist, die Bedürfnisse der arbeitenden und lernenden Jugend für die 70er und auch schon für die 80er Jahre in Worte zu fassen und den Kampf dafür zu organisieren.

Yves Bornat, Mitglied des Zentralrates der Kommunistischen Jugend Frankreichs:

Die Bewegung der Kommunistischen Jugend Frankreichs begrüßt den Kampf, den die SDAJ gegen die Wiedererstehung des Nazismus in der Bundesrepublik, gegen die NPD führt.

Wie Ihr, liebe Genossen, hat das französische Volk die Erfahrung des Faschismus während des 2. Weltkrieges gemacht. Die Dokumente über die nazistischen Verbrechen, die uns unsere Eltern übermittelt haben, die schmerzhaften historische Erfahrung, die die Völker mit der nazistischen Barbarei gesammelt haben, verpflichten uns, daß der Kampf gegen

die Wiedergeburt des Faschismus auch unsere Aufgabe ist. Deshalb fordern wir in Frankreich mit Nachdruck das Verbot der NPD.

Bei uns wird die Fahne Europas hochgehalten. Wir sind gegen das Europa der Trusts, gegen ein Europa, das dem Appetit des amerikanischen Imperialismus ausgeliefert ist.

Dumitru Georghisan, Mitglied des ZK-Büros des Rumänischen Kommunistischen Jugendverbandes:

Wir verfolgen mit großem Interesse und Sympathie die Taten der fortschrittlichen und demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik, in deren Reihen eure Organisation eine aktive Rolle einnimmt, Taten, die gegen den Militärblock NATO, gegen den Imperialistischen Krieg in Vietnam gerichtet sind, für Frieden, Fortschritt und Sozialismus.

Am Rande des Kongresses

Werner Teriet, Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstandes der SDAJ Nordrhein-Westfalens, wurde während des Kongresses von dem Vertreter des Weltfriedensrates, Wilhelm Breuer, mit der Lambrakis-Medaille ausgezeichnet. Teriet erhielt die Medaille als Anerkennung und Auszeichnung seines antimilitaristischen Kampfes, geleistet als Wehrpflichtiger bei der Bundeswehr. Die Medaille, die den Namen des 1963 von griechischen Faschisten ermordeten Politikers Gregoris Lambrakis trägt, wird alljährlich auf Beschluß des Weltfriedensrates verliehen.

Flughafen Düsseldorf-Lohhausen. Die Bundesvorstandsmitglieder Wolfgang Gehrcke, Erwin Seel und Dieter Keller erwarten die polnische Delegation. Keiner der drei kennt die erwarteten Gäste. An der Zollkontrolle werden zwei Fluggäste besonders gefilzt. Völlig klar: das sind unsere polnischen Freunde. Kurz entschlossen spricht Erwin Seel die Besucher an, radebrecht, begrüßt im Namen des SDAJ-Bundesvorstandes. Und schon werden herzlich Hände geschüttelt und — zur leichten Verwunderung der Gäste — Bruderküsse ausgetauscht. Gemeinsam und mit strahlendem Blick verlassen fünf Männer die Wartehalle Lohhausen.

Lächelnd und schulterklopfend besteigen alle den Pkw, den Erwin Seel daraufhin in Richtung Essen startet. Freundliche Gespräche werden begonnen... „Die sowjetische Delegation ist auch schon da...“ Ebenso freundlich lächeln die Gäste. „Habt ihr Zeit, nach dem Kongreß noch einige Tage zu bleiben?“ Natürlich haben sie.

Kurz vor Essen stellt Erwin Seel die Frage, die in erheblichem Maße der Wahrheitsfindung dient: „Wie fliegt ihr eigentlich zurück?“

Die Antwort kommt prompt: „Düsseldorf — Paris — Istanbul.“

Erwin Seel ergänzt: „Und dann Warschau!“ Konsequenterweise wiederholen die Gäste „Düsseldorf — Paris — Istanbul.“

„Fliegt ihr nicht nach Warschau zurück?“ ist die dann folgende — nur teilweise berechnete — Frage; „Was sollen wir in Warschau?“ Eine Gegenfrage, die schon berechtigter ist.

Dann stellt sich heraus: die Polen sind gar keine Polen, sondern Türken. Und sie wollen auch nicht zum SDAJ-Bundeskongreß, sondern als Kaufleute nach Solingen, um Messer zu importieren. Aber sonst stimmte alles...“

Unfreiwillig sorgte Wolfgang Jerrentrup — Sprecher der Wahlkommission — für einen Gag. Brillendes Gelächter „danke“ ihm. Bei der Bekanntgabe des Wahlergebnisses für die Revisoren begann Wolfgang mit den Worten: „Ich verkünde das Urteil...“

„Die Einladung ausgeschlagen hatten die CSSR und Jugoslawien.“ Das wußte die „Welt“ des Herrn Springer am Tage nach dem Kongreß zu berichten. Was die „Welt“-Leser nicht erfahren durften war, daß aus beiden Ländern Telegramme vorlagen, die auf ein ausgezeichnetes Verhältnis zwischen SDAJ und den betreffenden Jugendorganisationen hinwiesen. So schrieb der Jugendbund Jugoslawiens: „Wir wünschen Euch viele Erfolge in weiterer Arbeit und hoffen auf weitere Entwicklung unserer Zusammenarbeit. Freundliche Grüße für alle Teilnehmer des Kongresses.“ Und aus Prag kabelte der Föderalrat der Kinder- und Jugendorganisationen der CSSR:

„Wir schätzen hoch eure Kampf für die grundlegenden Interessen der Jugend der BRD für Weltfrieden und Sicherheit gegen den Imperialismus, Neonazismus, Revanchismus und Militarismus. Wir schätzen es, daß eure Organisation zu den Ereignissen in unserem Lande im vergangenen Jahr eine grundsätzliche internationalistische Haltung eingenommen hat. Wir möchten Euch versichern, daß Ihr in der tschechoslowakischen Jugendbewegung Verbündete in eurem gerechten Kampf habt.“

elans rotes Jah



Steinbock

(22. Dezember bis 20. Januar)

Sie sollten das neue Jahr nutzen, um sich durchzuboxen. Begnügen Sie sich nicht mit den kleinen Annehmlichkeiten. Jetzt ist es Zeit für die längst fällige große Lohn- bzw. Gehaltserhöhung. Beraten Sie sich mit Ihren Kollegen und handeln Sie dann gemeinsam. Teilen Sie Ihre Sympathien richtig ein. Rücksicht für den Faltschen schadet nur! Dies gilt wo immer Sie tätig sind. Handeln Sie entschlossen, und der Erfolg lächelt Ihnen zu.



Wassermann

(21. Januar bis 19. Februar)

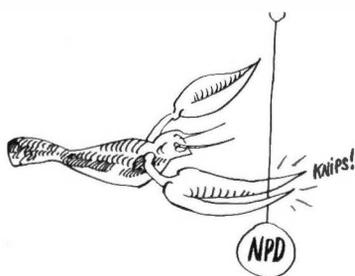
Sie stehen vor wichtigen Entscheidungen. Jetzt müssen die großen Fragen unserer Zeit angepackt, ihre Lösung mutig ins Auge gefaßt werden. Sagen Sie nicht, der einzelne könne dafür nichts tun. Wenn alle Wassermänner – das ist ein Zwölftel der Menschheit – zusammenhalten, werden sie sich durchsetzen: Alle Waffen ins Meer! Die Unterdrückten und von Krieg heimgesuchten Völker werden es Ihnen danken. Außerdem treten spürbare Steuer- und Preisminderungen in den Bereich des Möglichen.



Fische

(20. Februar bis 20. März)

Es ist nicht immer eigene Schuld, wenn erhoffter Erfolg ausbleibt. In diesem Gesellschaftssystem setzt sich nicht der Kluge und Tüchtige durch, sondern der Stärkere. Suchen Sie Verbündete. Einigkeit macht stark. Fangen Sie ruhig etwas Neues an, z.B. denken Sie darüber nach, wie Flick an seine Millionen gekommen ist, während Ihr Lohn stets nur bis zum 15. reicht. Sie können dabei zu interessanten Ergebnissen kommen. Teilen Sie anderen diese Ergebnisse mit!



Krebs

(22. Juni bis 22. Juli)

Böse Mächte der Vergangenheit beunruhigen Sie? Für weitere Nachsicht mit ihnen ist die Zeit nicht geeignet. Sonst stellen sich Nachteile in privaten, beruflichen und allen anderen Bereichen ein. Also die Entscheidung nicht so lange verschieben: die Neonazis sind zu verbieten. Tun Sie dafür was Sie können. Das ist viel: Diskussion, Aufklärung, Aktion. Achten Sie auch auf die Nazis in den staatstragenden Parteien! Und auf jene, die sagen: Mal muß doch Schluß sein mit dem Gerede von der Vergangenheit.



Löwe

(23. Juli bis 23. August)

Achten Sie auf liebe Freunde und Verbündete. Es sind nämlich nicht Ihre Freunde, sondern die Verbündeten Ihres Gegners! Machen Sie das der Umwelt klar. Das gilt für die Wehrpolitik wie für den beruflichen Bereich. Daher: Mißtrauen Sie den Reden des Vertreters der Geschäftsleitung. Er ist nur Handlanger des Chefs und wird stets dessen Interessen vertreten. Ihre Interessen liegen woanders. Die Kollegialität am Arbeitsplatz bewährt sich!



Jungfrau

(24. August bis 23. September)

Schlucken Sie den Ärger nicht länger herunter, gehen Sie auf die Barrikaden! Die Gesundheit muß Ihnen jetzt wichtig sein. Verstöße gegen Unfallverhütungsvorschriften und Jugendarbeitsschutzgesetz gehören daher an die Öffentlichkeit; Gewerkschaft und Gewerbeaufsicht sind einzuschalten. Nicht zimperlich sein mit dem Chef, der ist es auch nicht mit Ihnen. Hauen Sie ruhig mal auf den Tisch. So etwas wirkt Wunder. Unterstützen Sie den Betriebsrat und die Jugendvertretung.

es-Horoskop

Zeichnungen: Arno Ploog
Text: Ulrich Sander



Widder

(21. März bis 20. April)

Sie sollten sich über veraltete Schranken mutig hinwegsetzen, die vor allem den jungen Menschen errichtet wurden. Sie müssen wachsam sein, Ihre Wünsche ordnen und dann verwirklichen. Andere machen es nämlich nicht für Sie. Kämpfen Sie selbst für Ihre Zukunft. Mit allerlei Störungen will die Obrigkeit Ihre Pläne durchkreuzen. Haben Sie keine Angst! Solche wie Sie gibt es viele. Sie müssen sie nur finden. Dann überwinden Sie alle Hürden. Achten Sie auf Bremsen in den eigenen Reihen.

Stier

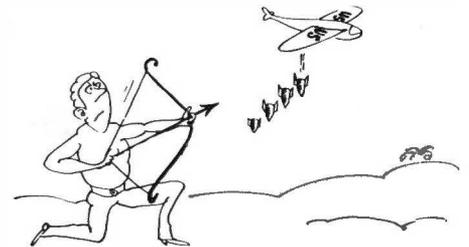
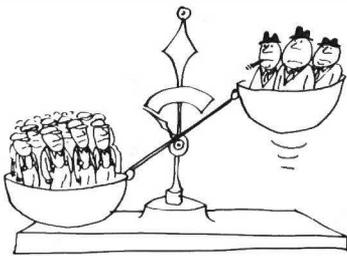
(21. April bis 20. Mai)

Das ist ein Auftakt! Die am 22. April Geborenen sollten sich für einen hundertjährigen Mit-Stier Lenin interessieren und gleich ihm ihre Feinde auf die Hörner nehmen. Anschließend sind Sie wie umgewandelt. Ihre Kollegen und Nachbarn werden staunen. Um den 8. Mai Geborene sollten den Zusammenhang zwischen oben dargestellten feindlichen Kräften und der Katastrophe beachten, die vor 25 Jahren ihr Ende fand. Aufpassen! Diese Kräfte wirken noch.

Zwillinge

(21. Mai bis 21. Juni)

Mutlos? Pessimistisch? Dazu besteht kein Grund. Gerade jetzt ist die beste Gelegenheit, sich über die Möglichkeit tiefgreifender Veränderungen zu informieren, die das Leben der ganzen Menschheit bestimmen werden. Werden Sie aktiv. Engagieren Sie sich politisch. Keine Unruhe und Aufregung scheuen, wenn sie sich in die richtige Richtung bewegt. Alles Bestehende darf über den Haufen geworfen werden. Vergessen Sie aber nicht die kleinen Veränderungen, die zusammen die Umwälzung ausmachen können.



Waage

(24. September bis 23. Oktober)

Die Solidarität der Kollegen zahlt sich aus. Die Bosse wissen jetzt, woran sie sind. Davon überzeugt, daß Arbeiter ohne Unternehmer, nicht aber Unternehmer ohne Arbeiter auskommen können, haben Sie die Probe aufs Exempel gemacht und gestreikt. Die Lohnerhöhung war beträchtlich. Halten Sie jetzt fest, was Sie besitzen und zeigen Sie auf dem Weg zur Erfüllung Ihrer Wünsche Ruhe und Ausdauer. Die Firma braucht Sie? Gehen Sie dennoch zum Arzt in die notwendige Behandlung.

Skorpion

(24. Oktober bis 22. November)

Sie lieben das Leben. Achten Sie auf jene, die Ihnen an den Kragen wollen. Unter ihnen sind hierzulande Uniformierte sehr zahlreich. Haben Sie erst einmal bemerkt, daß man gegen diese Kategorie etwas ausrichten kann, so werden in Ihnen jetzt ganz neue Energien geweckt. Fragen Sie, warum die Rüstungskosten steigen und wer etwas davon hat. Ansonsten: Gute Zeiten fürs Familienleben. Lehnen Sie Überstunden im Betrieb ab und fordern Sie einen Lohn, der auch ohne Überstunden ausreicht.

Schütze

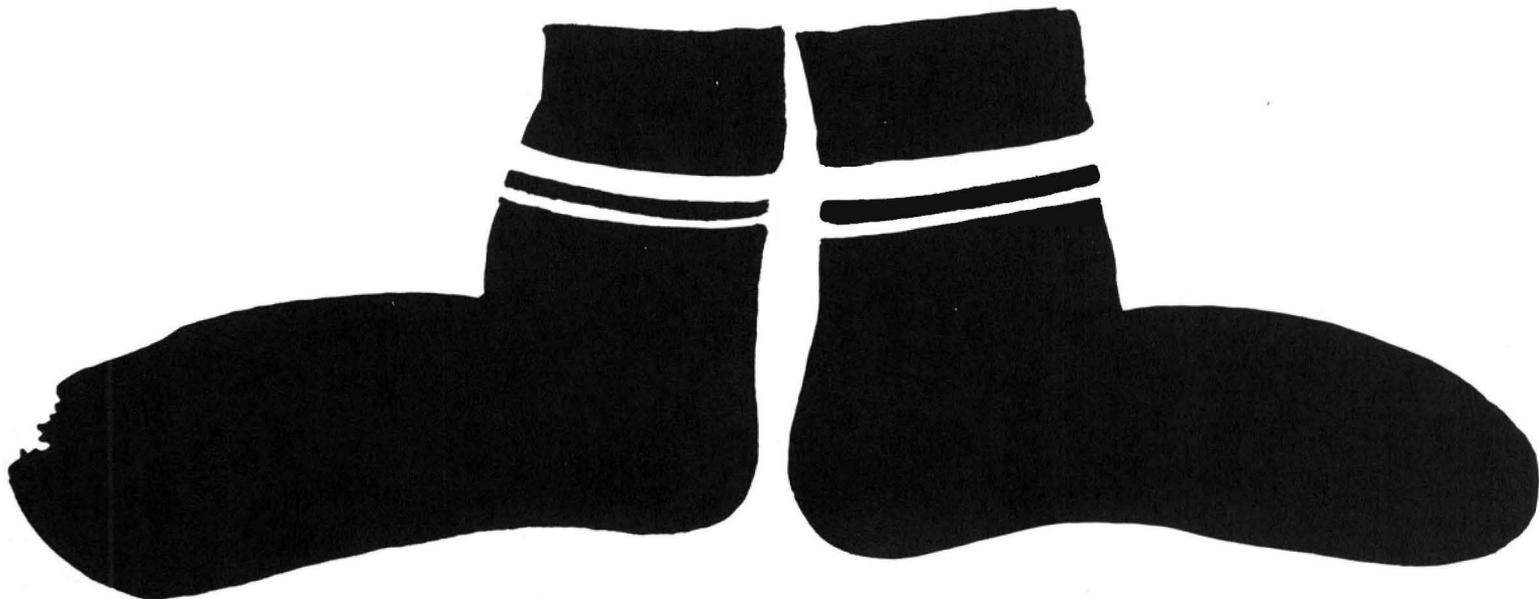
(23. November bis 21. Dezember)

Jetzt wird es ernst! Sie haben den Feind im Visier. Nun nicht mehr zögern. Die um den 28. November Geborenen sollten ihres vor 150 Jahren geborenen Mit-Schützen Engels gedenken und keine Horoskope mehr lesen, sondern handfeste Dinge. Zum Beispiel jenes kommunistische Manifest, das obiger Schütze gemeinsam mit einem Stier verfasste. Sie machen dabei die Entdeckung Ihres Lebens! Jene Herren schrieben das richtige für jede Lebenslage. Erkundigen Sie sich! Und richten Sie sich danach.

Eva-Maria Bubenberger

DIE UNTERWANDER SOCKEN

Oder:
Gedanken des tollen Herbie



Lieber
Genosse Jürgen!

Anbei übersende ich Dir ein Paar Socken, die Du nach unserer Frankreichreise in meinem Wagen liegen lassen hattest. Du wirst sie sicher noch gebrauchen können, darum schicke ich sie Dir zurück.

Ich kann aber nicht umhin, ein paar Worte dazu zu machen. Weil Dir nämlich durch dieses Zurückschicken und durch meinen Brief politischer Schaden entstehen kann, den ich von Dir abwenden möchte, indem ich Dich warne und auf einige Tatsachen aufmerksam mache.

Wenn Du nur ein Irgendwer wärest, könnte ich meine Worte sparen – aber Du bist SPD-Mitglied. Das wäre nun allein nicht so schlimm, schließlich ist die SPD ja eine „staatsbejahende“ Partei (hat, glaube ich, Strauß ihr bescheinigt, sollte ein Kompliment sein).

Der Haken ist nur, daß ich Mitglied der DKP bin, und daß Du das weißt.

Wenn nun Deine Partei erfährt, daß ich Dir einen Brief geschrieben habe, so wird sie das allein nicht so tragisch nehmen. Sie wird die Annahme des Briefes durch Dich mit Deiner Jugend und Deiner mangelnden politischen Erfahrung entschuldigen. Wie solltest Du auch mit 19 Jahren alle Schliche der Kommunisten kennen?

Wenn Deine Partei aber erfährt, daß ich Dir ein Paar Socken geschickt habe, dann, so fürchte ich, wirst Du ganz schön in den Schwitzkasten genommen werden. Wenn stell' Dir mal vor, der „Tolle Herbie“ (sozialdemokratischer Käfer, voller Name: Herbert Wehner, läuft und läuft und läuft, mit antikommunistischem „Super“ vollgetankt, immer hinter der Geschichte her) würde davon Kenntnis bekommen (z.B. vom SPD-Kreisvorstand Köln, der neulich einige Eurer aufmüpfigen Jungsozialisten mit einem Federstrich aus der Partei und ins politische Jenseits beförderte).

Nicht auszudenken!

Der „Tolle Herbie“ würde nämlich denken:

1. **Gedanke:** „Socken – was steckt dahinter? Natürlich die Kommunisten!“ (denkt er immer).

2. **Gedanke:** „Wozu sollen die Socken gut (für die SPD natürlich schlecht) sein?“

3. **Gedanke:** „Die Sache könnte wirklich harmlos sein. Er hat die Socken im Auto liegen lassen, und sie schickt sie ihm zurück, weil sie ihm ja gehören. Aber halt...“

4. **Gedanke:** „... geht ja gar nicht! Die können doch gar nicht gemeinsam in Urlaub gewesen sein, denn zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gibt es keine Gemeinsamkeiten.“

(Beschuß des Parteivorstandes der SPD)

Da Du aber, lieber Jürgen, ehrlich wie Du bist, beweisen kannst (Zeugen Gisela und Peter, Rechnung vom Campingplatz usw.), daß wir d o c h gemeinsam in Urlaub waren, keimt jetzt im „Tollen Herbie“ ein furchtbarer Verdacht:

5. **Gedanke:** „Hinter den Socken steckt wirklich kommunistische Strategie und Taktik. Der Empfänger soll was damit machen! Natürlich anziehen. Aber wohin geht er dann auf diesen Socken? Beispielsweise zu SPD-Parteiversammlungen!“

Und damit liegt „Herbie“ gar nicht mal so schief! Denn ich erinnere mich noch gut eines Telefongesprächs – und Telefongespräche werden nach Verabschiedung der Notstandsgesetze bekanntlich öffentlich geführt –, wo Du Dich mit mir darüber unterhieltest, daß Du in die SPD eintreten willst (was Du ja dann auch getan hast). Wie Du Dich erinnern wirst, habe ich einige Bedenken geäußert und Dir empfohlen, Deine Entscheidung von einem gründlichen Studium der Geschichte der Arbeiterbewegung und der politischen Parteien, abhängig zu machen. Du meinstest, das sei nicht nötig, Dir seien die Schwächen der SPD bekannt, Du würdest dieser Partei mit dem Vorsatz beitreten, sie bei ihren Versprechungen, Programmen zu nehmen und für einen Kurs einstehen, der eine wirkliche Demokratisierung der Bundesrepublik in allen Lebensbereichen bewirkt – kurzum, Du wolltest daran mitarbeiten, daß, wie Du sagtest, „die SPD einen Ruck nach links“ macht. Ich gab Dir zu bedenken, daß dies im Laufe von über 50 Jahren schon andere (vergeblich) versucht hätten, wie z.B. die Kölner Jungsozialisten, als sie sich weigerten, im Wahlkampf solche SPD-Kandidaten zu unterstützen, die mit Parolen wie „Ruhe und Ordnung“ hausieren gingen. Die Belohnung, die sie dafür kassiert haben, ist Dir ja bekannt: Rauschmiß.

Gut, Du bist dennoch in die SPD eingetreten – Glück und Segen!

Vielleicht hättest Du aber besser daran getan, die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und der SPD intensiv zu studieren. Sie hätte Dich nämlich gelehrt Hinter einem Paar simpler Socken können böse Gefahren lauern!

Denn wie denkt der „Tolle Herbie“ weiter?

6. **Gedanke:** „Sie hat ihm die Socken geschickt, damit er sich auf sie machen soll, um die SPD „nach links“ zu drängen – zurück zu jenen gräßlichen Zeiten, wo im Programm noch stand, man sei eine Arbeiterpartei.“

7. **Gedanke:** „Wenn das keine kommunistische Taktik ist – auf anderer Leute Socken zum Ziel zu kommen!“

8. **Gedanke:** „.....!!!“ (Den sagt er Dir natürlich nicht, den merkst Du erst, wenn Dir der Hintern wehtut, und zwar von jenem Tritt, welcher Dich.....)

9. **Gedanke:** „Sieht man mal wieder: zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gibt es keine Gemeinsamkeiten!“ (Weil Du, lieber Jürgen, nämlich keiner mehr bist).

Lieber Jürgen!

Damit Du nicht meinst, ich spinne, muß ich darauf aufmerksam machen, wie die Sache weitergehen könnte, wenn man dahinter kommt. Stell Dir doch bitte folgendes vor:

Sitzung des Parteipräsidiums der SPD – Herbie berichtet:

„Liebe Gen.....“ (hier verschluckt er sich, hustet fürchterlich, wird schamrot – Rückfall in Klassenkampfdenken!!! – faßt sich wieder und fährt fort:)

„Liebe Freunde!

Ich muß euch leider von einem besonders raffinierten Fall kommunistischer Unterwanderung unserer Partei berichten. Der Beweis ist hier! (Herbie haut – jawohl – DIE SOCKEN auf den Präsidiumstisch) Diese Socken gehören einem SPD-Mitglied! (Fragendes Staunen ringsum) Jenes Mitglied ließ sie im Wagen einer Kommunistin liegen, mit der es eine g e m e i n s a m e Reise nach Frankreich unternommen hatte! (Unruhe, Empörung, Schmidt fragt: „Ist er Soldat – Ein Fall für den MAD!“)

Die Kommunistin schickte dem Mitglied die Socken per Post zu. Ihr seht, Freunde, die Kommunisten scheuen sich nicht, alle legalen Mittel, unsere Bundespost, bis zur Neige auszuschöpfen! (Alle wie aus einem Mund: „Infam!“)

Das alles wäre nun nicht so schlimm. Aber die Socken haben ihren Zweck nicht verfehlt. Das Mitglied hat sich offensichtlich auf dieselben gemacht und hat neulich in Köln folgende, eines Sozialdemokraten zutiefst unwürdige Fragen gestellt:

Frage 1) Warum hat die SPD/FDP-Regierung noch keinen Verbotsantrag gegen die NPD gestellt, obwohl Genosse Wischniewski auf Fragen von Bürgern bei einem Wählergespräch auf dem Kölner Neumarkt erklärt hat, die SPD werde, wenn sie an die Regierung käme, sofort einen Verbotsantrag gegen die NPD stellen?

(Heilloser Durcheinander im Präsidium. Wischniewski: „Verleumdung! Habe höchstens gesagt, wir würden ein Verbot überlegen! Außerdem, bin ich die Regierung? Genosse! Verleumdung!“)

Frage 2) Warum schweigt die Bundesregierung zu dem amerikanischen Massaker von My Lai, und warum ist das Thema



„Vietnam“ für die SPD-Führung noch immer tabu?

(Schmidt, sehr erregt: „Das ist doch die Höhe! Sind die USA unsere Verbündeten oder sind sie es nicht? Also! Wir beschmutzen doch nicht das eigene Nest!“)

Brandt: „Schon in meiner Regierungserklärung habe ich klargemacht, daß wir die Politik der NATO vorbehaltlos fortsetzen! Unsere Verbündeten und das deutsche Volk erkennen das an. Basta!“
Alle: „Sehr richtig!“ Herbie: „Jawoll! Weiter!“)

Frage 3) Wann schließt sich der Parteivorstand selbst aus der SPD aus? Ich kann es mir nämlich nicht erklären, wie der Parteivorstand das Kunststück fertigbringen will, einerseits der SED einen „Redneraustausch“ und „Gespräche“ anzubieten und andererseits „jede organisatorische und politische Beziehung zu kommunistischen Organisationen, besonders zur SED“ als „parteiwidriges Verhalten“ zu bezeichnen. (Richtlinie für Ostkontakte)

(Herzliches Gelächter ergreift die Runde. Herbie nimmt die Pfeife aus dem Mundwinkel: „Hahaha, ist der Junge naiv! Wenn wir das sagen, dann wissen wir doch, daß die drüben das gar nicht annehmen können mit ihrem Anerkennungs-fimmel!“)

Schmidt: „Und wenn sie's trotzdem tun?“

Herbie: „Mensch, Helmut, bist du hinterm Mond? Dann sprechen wir sie doch nicht als Kommunisten an, sondern als Machthaber ohne demokratische Legitimation, also nur auf Regierungsebene!“

Wischniewski: „Menschliche Erleichterung!“

Brandt, sehr ruhig: „Wie schon in der Bibel steht: Was der Herr tut, ist wohlgetan.“

Herbie: „Mensch, Willy! Bibel! Klasse! Weiter!“

Frage 4) Wenn die Bundesregierung erklärt, die DDR sei ein selbständiger Staat deutscher Nation, warum erkennt sie die DDR nicht auch völkerrechtlich an?

Dadurch ist die DDR doch noch nicht „Ausland“

(Verlegenes Schweigen ringsum. Nach längerer Pause Brandt: „Äh ----- Das Gutachten zur Auslegung des Völkerrechts wird irgendwann auch einmal fertig. Aber eines erklärt die deutsche Sozialdemokratie schon jetzt feierlich vor dem gesamten deutschen Volk: ----- Äh
“)



Herbie: „Na ja, das kann man sich nicht einfach aus dem Ärmel schütteln. Am besten wir beauftragen eine Kommission mit der Formulierung, wenn das Gutachten fertig ist.“

Schmidt: „Sehr richtig! Ist jetzt Schluß, Herbie?“

Herbie: „Jawoll, an dieser Stelle hat der Versammlungsleiter die Versammlung vertagt.“

Wischniewski: „Das wurde auch Zeit.“

Herbie abschließend:

Liebe Freunde! Aus diesen wirren Fragen habt Ihr ersehen, wie raffiniert, gewissermaßen auf Socken, die Kommunisten Unruhe in unser Parteivolk tragen. Denn eins steht doch fest:

Ein normaler Mensch wäre niemals auf solche Fragen gekommen! ! !

Deshalb werden wir nach wie vor wachsam sein und erklären vorsorglich noch einmal: zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gibt es keine Gemeinsamkeiten!“

Brandt, zögernd aus dem Hintergrund: „Aber Herbie, wenn wir erklären, daß die DDR ein selbständiger Staat ist, dann haben wir doch eine gemeinsame Grenze, oder nicht?“

Herbie, tieferschüttert: „Kommunist!“

Lieber Jürgen!

Bitte entschuldige diese ausführliche Vision aus dem SPD-Präsidium. Ich wollte Dir damit aber nur verständlich machen warum ich Deinen Socken eine solche Bedeutung beimesse und Dich hiermit bitten, Dich nicht auf dieselben zu machen. Schiebe alle mit den Socken verbundenen Gedanken weit von Dir! Am besten, wenn Du diesen Brief gleich vernichtest. Damit ersparst Du Dir viel Ärger.

Und denk an den tollen Herbie: Ein normaler Mensch kommt auf solche Fragen an die Bundesregierung nicht.

Wenn Du aber solche und ähnliche Fragen (wie z.B. nach Mitbestimmung, Preisen, Löhnen u.ä.) dennoch hören oder lesen solltest, z.B. in Gewerkschaftszeitungen, in Tageszeitungen oder Illustrierten, denk an Herbie: mit ihnen hat die SPD nichts gemeinsam – keine normalen Menschen!

*Herzlichst
Deine Eva*

Gegenwartsliteratur im Aufbau-Verlag Berlin und Weimar

Anna Seghers · Das Vertrauen

Roman 455 Seiten · Ganzleinen 8,70 DM
Mit diesem Roman, der einen wichtigen Zeitabschnitt der Entwicklung der DDR reflektiert — er spielt in den Jahren 1952/53 —, nimmt Anna Seghers Haupthandlungen und Haupthelden ihres 1959 erschienenen Romans „Die Entscheidung“ auf. Wie jener Titel das Thema ihres Romans abgab, so steht auch „Das Vertrauen“ als Symbol dieses Buches, in dem die Autorin erneut ihre epische Meisterschaft beweist.

Wolfgang Joho · Das Klassentreffen

Geschichte einer Reise · 200 Seiten · Ganzleinen 6,— DM
Vierzig Jahre sind vergangen, seitdem etwa zwanzig Absolventen des Gymnasiums in der süddeutschen Stadt K. ihr Reifezeugnis in den Händen hielten. Was ist aus ihnen geworden?, so fragt der Besucher aus der DDR, als sie sich im Jahre 1967 zur Jubiläumsfeier wieder-treffen. Ihre Lebensläufe, an denen sich ein Stück deutscher Geschichte ablesen läßt, versucht der Erzähler zu ergründen — und aus seiner Reise in die Vergangenheit wird eine interessante Reise in die Gegenwart der beiden deutschen Staaten.

Günter Kunert · Kramen in Fächern

Geschichten, Parabeln, Merkmale
196 Seiten · Ganzleinen 6,60 DM
Der Band enthält Geschichten und Impressionen mit vorwiegend parabolischem Charakter: Viele dieser Prosastücke versuchen durch Analogien, Wesentliches sinnfällig zu machen, sie wollen nicht wörtlich, aber beim Wort genommen werden. „Kramen in Fächern“ — ein eindrucksvolles Ensemble von Bemühungen um Ausdrucksfähigkeit moderner Prosa.

Siegfried Pitschmann Kontrapunkte

Geschichten und kurze Geschichten
204 Seiten · Ganzleinen 6,30 DM
„Kontrapunkte“ enthält zwölf Geschichten und elf kurze Geschichten, deren zeitlicher Bogen von 1938 bis in die unmittelbare Gegenwart reicht. Der Autor schildert in ihnen die geistige Haltung der Menschen in dieser Zeit und die gesellschaftliche Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands.

Jurek Becker · Jakob der Lügner

270 Seiten · Ganzleinen 6,90 DM
Der Autor erzählt die Geschichte eines wohlthätigen Lügners, der durch seine erfundene Wahrheit Hoffnung und Willen zum Überleben bei seinen Gettogenossen zu stärken versucht. — Jurek Becker, der einen großen Teil seiner Kindheit in Getto und KZ verbrachte, schildert den antifaschistischen Widerstand in einer bisher nicht gestalteten Weise.

Aufbau-Verlag Berlin und Weimar

108 Berlin, Französische Straße 32
Deutsche Demokratische Republik



Arbeitskreis Lehrlinge in Aktion

Ein dokumentarisches Beispiel für die Selbsthilfe von Lehrlingen und jungen Arbeitern. Praktiziert von einem Arbeitskreis Lehrlinge (AKL)
Ort der Handlung: Neustadt an der Weinstraße.
Autoren: Mitglieder des Arbeitskreises Lehrlinge



Vorgeschichte

In den Monaten März und April fanden in zwei Gremien, a) bei der Naturfreundejugend Deutschlands Gruppe Neustadt und b) bei der Jugend der IG Metall OJA Neustadt, Diskussionen über die Thematik „Berufsausbildung“ statt. Unabhängig voneinander gelangte man zu dem Resultat, sich durch eine öffentliche Diskussion über dieses Problem an die Betroffenen zu wenden, um mit ihnen gemeinsam Lösungen anzureißen. Durch personelle Verbindungen angeregt, trafen sich Vertreter beider Organisationen Ende April zu einem klärenden Gespräch. Da man von den gleichen Voraussetzungen ausging und die gleichen Ziele verfolgte, lautete das Ergebnis: Öffentliche Diskussion am Freitag, dem 9. Mai 1969, im DGB-Haus in Neustadt/Weinstraße.

Thema: „Der Lehrling als Sklave seines Lehrherrn?“

Ein Flugblatt wurde konzipiert und an der hiesigen Berufsschule an die Lehrlinge ausgegeben.

Öffentliche Diskussion: Freitag, 9. Mai, DGB-Haus

Entgegen den Erwartungen der Veranstalter war die Beteiligung der Lehrlinge sehr gut. Da der Hauptakzent auf dem Gespräch lag, beschränkte sich der Referent des Abends auf ein kurzes Einleitungsreferat. Daraufhin setzte eine rege und engagierte Diskussion ein. Verschiedene Teilnehmer verbanden ihre theoretischen Ausführungen mit Beispielen aus ihrer täglichen Praxis, indem sie Mißstände aus ihren Betrieben anprangerten. In allen Beiträgen war spürbar eine Unzufriedenheit mit ihrer Ausbildung, wie sie derzeit vorgenommen wird. Einen wichtigen Beitrag artikulierte ein Diskutant aus einem Industriebetrieb, indem er sagte:

„Wir Lehrlinge dürfen in dieser Frage in Zukunft nicht mehr abseits stehen, sondern wir müssen uns aktiv um unsere Belange kümmern. Dazu der Vorschlag: Bilden wir eine Arbeitsgemeinschaft, die Aktionen in Gang setzt, damit die Mängel in unserer Berufsausbildung aufgedeckt

und die Voraussetzungen für eine bessere Lehre gegeben werden.“

Die Veranstalter nahmen die Anregung dankbar auf.

Konstituierung des Arbeitskreises Lehrlinge

Freitag, 15. Mai

Zum ersten Gespräch erschienen 25 Interessierte. Diese konstituierten nach einer längeren Diskussion den ARBEITSKREIS LEHRLINGE.

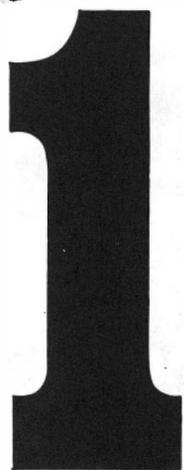
Nach einer eingehenden Aufarbeitung der Diskussionsbeiträge und Anregungen von der öffentlichen Veranstaltung faßte man den Entschluß, zur Analyse der Situation der Lehrlinge und ihrer Ausbildung in Neustadt eine Befragungsaktion durchzuführen.

Treff 1 und 2: Ausarbeitung eines Fragebogens Mittwoch, 21. Mai und Montag 2. Juni

Nach zwei längeren Beratungen erstellte der ARBEITSKREIS einen detaillierten Fragebogen.

Treff 3: Herstellung des Fragebogens Donnerstag, 5. Juni

In kollektiver Arbeit wurde das Konzept des Fragebogens auf Matrize übertragen, auf dem Vervielfältigungsapparat abgezogen, sortiert und geheftet. Für viele Kollegen zum ersten Mal ein Exempel für solidarische Handlung. Man opferte für die gemeinsame Sache einen Feiertag.



**Aktion 1,
Woche vom 9. – 13. Juni**

Mitglieder des Arbeitskreises Lehrlinge (AKL) verteilten jeden Morgen vor Schulbeginn die selbst produzierten Fragebogen vor der Berufsschule an die Lehrlinge.

Treff 4, Montag, 16. Juni

Zählung der rückläufigen Fragebogen – das Ergebnis war ermutigend: von 1500 zur Verteilung gekommenen Bogen kamen 20 Stück zurück.

Diskussion, was hatten wir falsch gemacht?

Geplant war:

a) Mit der Schülermitverwaltung (SMV) zu verhandeln mit der Absicht, sie für dieses Projekt zu gewinnen. Denn so hätten die jeweiligen Klassensprecher diese Bogen in den Klassen verteilen und nach der Stunde wieder einsammeln können. Doch diese Unterredung endete negativ. Man beschied uns abschlägig.

Ergebnis: SMV sieht ihre Interessen in der Organisierung von Beat-Parties, aber nicht in einer Mitarbeit bei einer Befragungsaktion. Jener Leute, die sie eigentlich vertreten sollte.

b) Nun die Fragebogen vor der Berufsschule zu verteilen mit dem Hinweis: Diese können bei der angegebenen Adresse abgegeben oder an diese geschickt werden. Einmütig stellten wir fest, daß wir bei unserer Planung das Trägheitsmoment unserer Kollegen unterschätzt haben. Jene sind zwar bereit so etwas auszufüllen, doch nicht irgendwo hinzubringen.

PFÄLZISCHE AUTOMOBIL-VERKAUFSGESELLSCHAFT M.B.H.
VOLKSWAGEN- UND AUTO UNION-HÄNDLER



VERKAUF REPARATUR-BETRIEB ERSATZTEILLAGER · ANAL-TANKSTELLE

Pfälz. Automobil-Verkaufsgesellschaft mbH 673 Neustadt/Waldstr. Postfach 1

Herrn
Eugen Mehrmann
6731 Speyerdorf
Obergärten 13

Telefon (06321) 7353
Tele. 04 64777
Telegramm Pfälz auto Neustadt/Waldstr.
①
Büchertext
Commerzbank AG 289 11 38
Deutsche Bank AG 06 / 02 278
Dresdner Bank AG 37 06
Sparkassen 72 02
Postfachadresse:
Lehrerhofen 348 02

Dr. Zechen

Ihre Nachname von

Unser Zeichen

Bu.

673 Neustadt an der Weinstraße
Hilfenstraße 14 · Postfach 1

20.6.1969

Betr.: Lehrling Bernd Mehrmann

Sehr geehrter Herr Mehrmann,

wir machen Sie darauf aufmerksam, dass Ihr Sohn bereits 2 Monate kein Geld bekommen hat, weil die Berichte nicht vorliegen. Er ist wiederholt angesprochen worden, die Berichte zu schreiben.

Außerdem ist bekannt, dass der Betrieb eine Krankmeldung innerhalb von 2 Tagen zu beanspruchen hat und ebenso die Gesundmeldung. Die erstere Bescheinigung traf nach 8 Tagen bei der Krankenkasse ein, obwohl von der Firma 6 Wochen das Gehalt beansprucht wird und die Gesundmeldung fehlt noch ganz.

Ihr Sohn ist ferner angesprochen worden, den Schnurrbart zu entfernen, da er zurzeit in der Verkaufsteilung arbeitet. Da er darauf nicht reagiert, werden wir ihn versetzen müssen auf einen Arbeitsplatz, wo sein gepflegtes Aussehen nicht von der Kundschaft kritisiert wird.

Wegen der laufenden Schwierigkeiten und der Mangel an guten Willen bei Ihrem Sohn, sehen wir uns veranlasst, bereits heute das Arbeitsverhältnis nach Ablauf des Lehrvertrages per 31.12.1969 zu kündigen.

Hochachtungsvoll

Pfälzische Automobilverkaufsgesellschaft mbH.
Volkswagen- und Auto Union-Händler

2

Aktion 2, Woche vom 18. – 20. Juni

- Wieder standen wir vor der Berufsschule, und zwar in der Mittagspause. Holten uns die Kollegen heran, soweit es möglich war, und baten sie, gleich den Fragebogen auszufüllen.
- Es fanden sich einige wenige, die die Bogen mit in ihre Klassen nahmen, dort austeilten und wieder einsammelten.
- Mitglieder des Arbeitskreises sorgten für den Umlauf unter ihren Kollegen in ihrem Betrieb und holten sie wieder ein.

Treff 5, Montag, 23. Juni

Fazit unserer neuen Taktik: 500 Bogen an den Mann gebracht – 200 Bogen zurückerhalten.

Bei unserer ersten gemeinsamen oberflächlichen Durchsicht stießen wir auf die Beispiele einiger Lehrlinge aus dem Kraftfahrzeughandwerk.

Die darin angedeuteten Mißstände veranlaßten uns, die Betroffenen zu unserem nächsten Gespräch einzuladen.

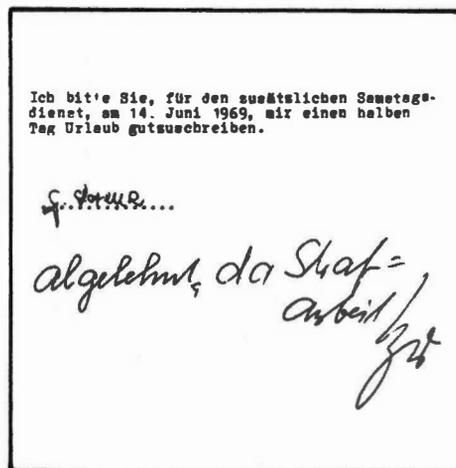
Treff 6, Montag, 30. Juni

Im AKL schilderten 3 Lehrlinge des Kraftfahrzeughandwerks von der Firma „Pfälzische Automobil – Verkaufsgesellschaft mbH (VW-Vertretung) Vorfälle während ihrer Ausbildung:

Vorfall 1: Bernd Mehrmann – kfm. Lehrling (3. Lehrjahr) erklärte uns seinen Fall und belegte ihn mit einem Schreiben der Firma (siehe Faksimile) an seinen Vater, vom 20. Juni 1969.

Vorfall 2: Gabi Lorenz – kfm. Lehrling (1. Lehrjahr) gab uns folgende Darstellung ihres Falles, was ebenfalls schriftlich belegt ist: (siehe Faksimile).

Sie mußte an einem Samstagmorgen zusätzlich Dienst machen mit der Begründung, sie hätte auf ihrem Schreibtisch noch soviel Arbeit liegen. Dies ergab sich dadurch,



weil sie drei Wochen nur halbtags an ihrem eigentlichen Arbeitsplatz tätig sein konnte, während sie in der anderen Zeit in der Ablage für eine kranke Kollegin aushelfen mußte. Sie verrichtete den angeordneten Dienst. Daraufhin

wollte sie in der nächsten Woche zu Recht als Vergütung einen halben Tag Urlaub. Ihr schriftlich eingereichtes Gesuch an die Ausbilderin, Frau Burde, kam mit dem Vermerk „abgelehnt, da Strafarbeit“ zurück.

Vorfall 3: Josef Kaiser – gewerblicher Lehrling, berichtete uns über einen Vorfall, wo ein Lehrling – statt in der Werkstatt zu lernen – auf dem Bau seines Chefs helfen mußte.

Aus ihren gemeinsamen weiteren Erklärungen und aus den schriftlichen Darstellungen der anderen war zu entnehmen, daß bei VW ein regelrechter WC-Dienst eingerichtet worden war, den die Lehrlinge durchführen mußten.

In der anschließenden Diskussion über das Gehörte kristallisierten sich zwei Meinungen unter den Teilnehmern des AKL heraus.

a) Bitte an den zuständigen Sekretär der Metall, ein Gespräch mit der Geschäftsleitung dieser Firma zu führen.

b) Diese Vorfälle müssen in die Öffentlichkeit, damit Druck erzeugt wird. Gleichzeitig oder anschließend ein Gespräch IG Metall und Geschäftsleitung.

Nach einer ausführlichen Debatte und mit Einverständnis der Betroffenen wurde folgender Vorschlag zur Abstimmung gestellt: Diese Vorfälle sind ein Beispiel für die immer wieder auftauchenden Mißstände in der Berufsausbildung, so daß davon die Öffentlichkeit informiert werden muß.

Deshalb führt der AKL am Samstag, dem 5. Juli 1969, in der Innenstadt von Neustadt eine Aufklärungsaktion durch:

- durch einen aufzubauenden Informationsstand;
- durch Verteilung von Flugblättern;
- gleichzeitig ergeht an den zuständigen Sekretär der IGM die Bitte, ein solches Gespräch zu führen.

Eine Arbeitsgruppe wurde mit der Erstellung des Flugblattes und des Informationsstandes beauftragt. Sie sollte sich von der Gemeindepolizei auch die Aufstellung des Informationsstandes genehmigen lassen.

3

Aktion 3: Informationsstand Samstag, 5. Juli

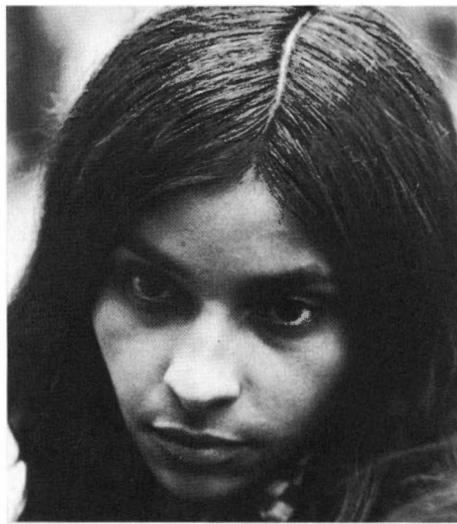
An diesem Samstagmorgen sah sich die Neustädter Bevölkerung bei ihren Einkaufsspaziergängen im Zentrum der Stadt zum ersten Mal mit Slogans von Lehrlingen wie „Die Lehrlinge sind stark verstimmt, weil die Ausbildung im Handwerk stinkt“ konfrontiert. Um den Informationsstand und die Flugblattverteiler bildeten sich schnell Diskussionsgruppen, denn der Name VW ist eben doch ein Begriff. Und daß Lehrlinge mit ihren Anliegen auf die Straßen gehen, ist auch für die Neustädter ungewohnt und neu. Die Schlagzeile auf dem Flugblatt lautete „100 Jahre alte Reichsgewerbeordnung – 100 Jahre alte Ausbildungsmethoden bei VW“. Überraschend positiv war die Reaktion der Bevölkerung. Der Aufforderung, sich mit den jungen Leuten bei VW solidarisch zu erklären und sich in unsere ausgelegten Unterschriftenlisten einzutragen, kamen viele antan nach.

Treff 7, Montag, 7. Juli

Für uns hieß es nun: Auswertung dieser Aktion, um sie den anderen Lehrlingen vermitteln zu können.

Ein Vertreter der VW-Lehrlinge gab einen kurzen Lagebericht aus den neueren Vorgängen in der Firma:

1. Am Montagmorgen (am heutigen Tag) wurde sofort der von uns kritisierte WC-Dienstplan abgehängt und der WC-Dienst abgeschafft.
2. Ebenfalls wurde der sogenannte Telefondienst weggelassen. Die kaufmännischen Lehrlinge mußten abwechselnd in der Telefonvermittlung Dienst tun. (Was wir allerdings noch nicht einmal gefordert hatten).
3. Es wurde angeordnet, daß den Lehrlingen, die Stadtbotendienstgänge zu erledigen haben, keine privaten Einkäufe mehr aufgetragen werden dürfen.
4. Die ausstehende Ausbildungsbeihilfe soll in den nächsten Tagen überwiesen werden. (Es geschah am 8. Juli 1969 – AKL)



Dieses Teilergebnis sollte mit dem Text des ursprünglichen Flugblatts zusammen den Lehrlingen an der Berufsschule mitgeteilt werden.

Gespräch Dienstag, 8. Juli

Angeregt durch unsere Bitte fand an diesem Tag in den Räumen der Firma ein solches Gespräch statt.

Reaktionen Mittwoch, 9. Juli

Es erreicht uns ein Schreiben der Industrie- und Handelskammer, wo sie uns bittet, per Gelegenheit ein Gespräch mit ihnen zu führen.

Donnerstag, 10. Juli

Das Staatl. Gewerbeaufsichtsamt in Neustadt setzt sich mit der Sprecherin des Arbeitskreises, Kollegin Christa Wenz, telefonisch in Verbindung und begehrt eine Information.



4

Aktion 4: Woche vom 14. – 18. Juli

Verteilung des Flugblattes zur Information der Lehrlinge über unseren Informationsstand und seine bisherigen Ergebnisse.

Treff 8, Montag, 21. Juli

Nach Berichten und Recherchen unsererseits schien diese Angelegenheit zur Zufriedenheit gelöst:

- a) die Kündigung von Bernd Mehrmann wurde zurückgenommen;
- b) das Mädchen hat seinen halben Tag Urlaub bekommen.

Wir wollten uns nun an die Gesamtauswertung unserer Fragebogenaktion machen.

Da platzte wie eine Bombe die Nachricht in unsere Reihen, daß die Kollegin Gabi Lorenz entlassen werden sollte. Jedoch wußte niemand näher Bescheid und sie war ausgerechnet nicht anwesend. Sofort wurde ein neuer kurzfristiger Treff für zwei Tage später anberaumt.

Treff 9, Mittwoch, 23. Juli

Kollegin Gabi Lorenz berichtete: Die IHK Zweigstelle Neustadt habe sich mit einem Brief an ihren Vater gewandt, der zum Inhalt hatte, daß die Firma (VW-Vertretung) ihr zum 31.7.69 kündigen möchte. Die IHK bitte nun Herrn Lorenz um eine Stellungnahme.

Für uns war klar: Eine eindeutige Reaktion dieser Firma auf das mutige Verhalten von Kollegin Gabi Lorenz während der Geschichte um die dortige Ausbildung.

Das mußte verhindert werden. Aber wie? Für uns stand allerhand auf dem Spiel, denn sollte sie tatsächlich entlassen werden, wäre damit die Arbeit des AKL diskreditiert. Niemand würde mehr Mißstände aufdecken wollen.

Wir waren in einer Zwickmühle! Denn der Termin war geschickt gewählt – dazu noch äußerst kurzfristig –: Urlaubszeit. Durch öffentliche Aktionen konnten wir dieser Sache zu dem jetzigen Zeitpunkt kein Gewicht geben.

Also mußte ein klärendes Gespräch mit allen Parteien gemeinsam geführt werden.



So luden wir ein: Vertreter der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer, der Firma, des Staatl. Gewerbeaufsichtsamtes und die Kollegen Zubek und Pairan von der Gewerkschaft. Niemand von uns glaubte an diesem Abend so recht an das Zustandekommen dieses Gespräches. Aus verschiedenen Gründen mußten wir es kurzfristig in 8 Tagen ansetzen.

Diskussion

Mittwoch, 30. Juli

Es hatten sich eingefunden von der IHK die Herren Kauffmann und Neugebauer aus Neustadt – zusätzlich von der IHK Ludwigshafen Herr Assessor Fuchs, von der HWK Neustadt Herr Becker, von der Pfälz. Automobil-Verkaufsgesellsch. der Inhaber Herr Filibek und sein Rechtsberater Herr Girisch, sowie Kollege Zubek vom DGB-Kreisvorstand Neustadt und Kollege Pairan von der IG Metall VSt Neustadt, Kollegin Gabi Lorenz und ihr Vater, weiterhin 20 Teilnehmer des AKL.

Unsere erste Feststellung an diesem Abend: wir hatten unsere Kraft gewaltig unterschätzt. Die Gesprächsleitung übernahm Kollege Otto König vom Arbeitskreis. Nach einem kurzen Abriß über die Entstehung und die Arbeit des Kreises, lenkte er die Diskussion sofort auf das akute Problem: Die Kündigung von Kollegin Gabi Lorenz.

Rechtsanwalt Girisch, der sich nicht in der Rolle als Berater des Firmenchefs, sondern in der Rolle als Vermittler sehen wollte, was sich in der Diskussion selbst widerlegte, versuchte sich in drei Methoden: 1. Wollte er einen Keil zwischen den AKL und die Gewerkschaft treiben. Doch die Spitze fing Koll. Zubek auf, indem er formulierte: „Die Gewerkschaft steht voll hinter den Aktionen des Arbeitskreises.“ 2. unterstellte er dem Arbeitskreis, daß dieser mit seinen Flugblättern gegenüber der Firma Geschäftsschädigung betrieben hätte. Dann kam er 3. auf die angeblichen Verfehlungen von Kollg. Lorenz und ihres Vaters.

Mit dem letzteren meinte er: Herr Lorenz führte vor geraumer Zeit eine Unterredung mit Frau Burde, der Ausbilderin, welche

beiderseits heftig verlaufen sein sollte. Es zeigte sich, daß es ein wesentlicher Vorteil war, daß Herr Lorenz anwesend war, denn dieser wies mit Entschiedenheit diese Vorwürfe zurück. Ansonsten hätten diese unwidersprochen im Raum gestanden. Im weiteren Verlauf des Abends beleuchteten die Teilnehmer des AKL vor allem die Problematik der Berufsausbildung und infolgedessen die Mißstände exemplarisch an diesem Fall.

In der Beurteilung der „Vergehen von Frl. Lorenz“ lagen die Vertreter der IHK auf der Linie des AKL und offenbarten dem Firmenchef Herrn Filibek, daß keinerlei Gründe vorliegen würden, dieses Lehrverhältnis zu lösen, ohne sich dabei nicht ins Unrecht zu setzen.

Der Gesprächsleiter resultierte aus den vorgebrachten Beiträgen und Meinungen von allen Seiten die Haltlosigkeit der Vorwürfe von seiten der Firma und erklärte auf Anregung, da keine neuen Aspekte mehr sichtbar waren, diese Diskussion zur Vermittlungsverhandlung. Er bat Herrn Filibek zu entscheiden, ob er an der Kündigung festhalten oder diese sofort zurückziehen wolle.

Doch dieser sah sich im Moment außerstande. Er wolle erst noch mal mit seinem Rechtsberater sprechen.

Auf Anregung des AKL wurde jedoch ein weiteres Gespräch für den 1. August 1969 bei der IHK festgelegt.

Telefongespräch Freitag, 1. August, Nachmittag

Kollege Zubek teilte dem Gesprächsleiter vom Mittwochabend mit, daß der Firmenchef Herr Filibek beim Gespräch auf der IHK die Kündigung von Kollegin Gabi Lorenz zurückgenommen hätte. Sie kann somit ihre Lehre dort fortführen.

Kurze Schlußbemerkung

Nicht: Ende gut – alles gut. Sondern Intensivierung der begonnenen Aktivität auf dem Sektor Lehrlingsarbeit. Das heißt: Aufklärung der Lehrlinge über ihre Situation – Vermittlung von Zusammenhängen.

Mehr Wissen durch MARXISTISCHE TASCHENBÜCHER

Reihe: Sozialistische Klassiker

Karl Marx

Lohnarbeit und Kapital/Lohn, Preis und Profit

137 S., kartoniert, 2,40 DM

Kritik des Gothaer Programms

ca. 210 S., kartoniert, ca. 4,— DM

Friedrich Engels

Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft

ca. 140 S., kartoniert, ca. 2,40 DM

Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates

ca. 280 S., kartoniert, ca. 4,— DM

W. I. Lenin

Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus

163 S., kartoniert, 3,— DM

Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus

156 S., kartoniert, 2,40 DM

Staat und Revolution

ca. 280 S., kartoniert, ca. 4,— DM

Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution

176 S., kartoniert, 2,40 DM

Reihe: **Marxismus aktuell**

Heinz Schäfer

Lohn, Preis und Profit heute

116 S., glanzkartoniert, 3,— DM

Walter Schellenberg

Wie lese ich „das Kapital“?

154 S., glanzkartoniert, 3,— DM

Schleifstein/Heiseler

Lenin über Trotzki

208 S., glanzkartoniert, 3,— DM

Freyberg/Steinhaus

Dokumente und Materialien der vietnamesischen Revolution

Band 1: Südvietnam

Band 2: Nordvietnam

ca. 130 bis 180 S., ca. 3,— DM

Juri N. Dawydow

Freiheit und Entfremdung

147 S., glanzkartoniert, 3,— DM

Farle/Schöttler

Chinas Weg — Marxismus oder Maoismus?

242 S., glanzkartoniert, 5,— DM

Friedemann Schuster

Die Septemberstreiks — Auf den Arbeiter kommt es an!

129 S., glanzkartoniert, 3,— DM

Die DDR — Aufbau, Entwicklung und Zukunft

Autorenkollektiv

320 S., glanzkartoniert, 4,— DM

Handbuch für Arbeiter und Angestellte zur betrieblichen und gesellschaftlichen Praxis

368 S., Plastikeinband, 7,50 DM

Lenin — Biographie

860 S., 41 Bilder, Ganzleinen, 11,50 DM

Bestellungen durch Buchhandel oder Verlag

**Verlag
Marxistische Blätter**
6 Frankfurt/Main
Melsengasse 11

Literatur –
für wen?

kürbiskern

B 20094 F

Jürgen Theobaldy: Landnahme
Eckart Krumbholz: Landschaftsbilder auf Tassen
Wolf, Kern, Lorenz, Symann, Kunert, Zober,
Mawer, Packe, Braun: Gedichte
W. Bräunig: Die einfachste Sache der Welt
Günther Rücker: Der Herr Schmidt
Dokumente über Stieber
Greiswe: Nachrichten aus einer Springer-Redaktion
Gespräch mit Prof. Dr. P. A. Thießen (DDR)
Gespräch mit Max Reimann
W. Fritzsche: Intellektuelle der Bayer. Revolution
Klaus Kuhnke: Zwei Gedichte
Dieter Koffmane: Biographische Notiz
Drei Arbeiterprotokolle
Peter Hacks: Hamlet ohne Geheimnis
Mitbestimmungsstatut für Theater in der BRD

4/69

Porträt einer
sozialistischen
Literatur
zeitschrift

Arbeiterprotokolle in einer Literaturzeitschrift, die in der Bundesrepublik erscheint – wann hat es das schon mal gegeben? „kürbiskern“ macht es im jüngsten Heft (4/1969) möglich. Im Damnitzverlag, München, erscheint die Zeitschrift zwar nur vierteljährlich. Aber sie bringt auch jedesmal Stoff, vor allem für junge Arbeiter und Studenten, über den sich gut und gern ein Vierteljahr nachdenken und diskutieren läßt.

Literatur – das ist für „kürbiskern“ nicht nur, was sich als Roman, Schauspiel oder Gedicht absichtlich literarisch gibt. Manches, was sich Roman, Schauspiel oder Gedicht nennt, ist gar keine Literatur, sondern Kitsch, Nachgemachtes, Werbung für Konsum, Rüstung, Krieg. Literatur ist meist verdächtig, wenn sie geschminkt einherkommt.

Sie sollte nicht „schön“ schlimme Wahrheiten verschleiern, die Machenschaften von Kapitalisten, Militärpolitikern, Rassenhetzern in „feiner“ Form weglügen. Literatur sollte ehrlich sein und die Dinge genau zeigen, wie sie sind und wie sie auf die Menschen einwirken. Dann ist Literatur gut. Gute Literatur ist besser als „schöne“ Lite-

atur. Gute Literatur, die dem Menschen hilft, die Verhältnisse bewußt macht und änderungsreif, kann aber auch in Reportagen und in Dokumenten, ebenso wie in Arbeiterprotokollen zu finden sein, die für die bürgerliche Literatur tabu sind, weil sie das Prinzip einer bevorrechtigten – der Besitz- und Bildungsbürger-Klasse, infrage stellen.

Eine Zeitschrift, die sich mit Literatur befaßt, ist in der Bundesrepublik heute schon in der Regel ein Manipulationsmittel des Bürgertums, ein Spiegel bürgerlicher „schöner“ Selbstgefälligkeit. Eine Literaturzeitschrift, die Arbeiterprotokolle veröffentlicht, ist dagegen ganz bestimmt eine Zeitschrift, die ein demokratisches Verständnis von Literatur hat, Literatur meint, die alle angeht. Zu einer solchen Literatur – und nur zu ihr – gehören auch Arbeiterprotokolle.

Eines der Arbeiterprotokolle stammt aus Penzberg in Bayern, übrigens dem Wahlkreis von Franz Josef Strauß. Oskar B., früher Bergmann, jetzt Schlosser, sagte unter anderem zum Thema Unternehmermonopole ganz konkret: „Das Bergwerk in Penzberg, das hatte Jahrzehnte einfach

eine Monopolstellung. Und sie haben eben auch der Stadt die Pistole auf die Brust gesetzt und haben gesagt: Hierhin kommt kein anderer Betrieb. Obwohl die Stadt selber von der Oberkohle nichts eingenommen hat. Aber sie hat hier diktatorisch bestimmt: ‚hier wird keine andere Industrie angesiedelt‘. Obwohl schon große Firmen, insbesondere auch Frauenbetriebe wollten hierher kommen, Spinnereien oder Webereien, also typische Frauenbetriebe. Agfa wollte mal her. Die sind einfach nicht hergekommen, weil das Bergwerk sich dagegen gewehrt hat.“ In der Kohlenkrise aber wurde das Bergwerk geschlossen. Viele Arbeiter standen auf der Straße. Vor allem die Älteren.

„Und der größte Teil der Bergleute ist dann durch den Neubau der MAN in Penzberg, die ja hier die ganzen Reiseomnibusse und Stadtomnibusse bauen, ist dort umgeschult worden. . . Ein großer Teil der dort nicht Untergekommenen ist zu Pendlern verurteilt. Man muß ja so weit gehen, daß jeder, der jetzt bei der MAN ist, auch Angst hat, wenn er jetzt aus dem Betrieb rauskommt, wo soll er denn hingehen. Dann ist er verurteilt zum Pendler, 60 Kilometer nach München und wieder zurück“.

*

Solche Protokolle, bei der werktätigen Bevölkerung aufgenommen, geben den Hintergrund an, benennen die Herrschaftsstrukturen der Bundesrepublik. Vor diesem Hintergrund muß zeitgenössische Literatur als ein Instrument, sozusagen ein Seismograph der Gesellschaftskritik bestehen können. Die Maßstäbe für die literarischen Texte liefert im „kürbiskern“ in erster Linie die Frage nach dem Wirklichkeitsgehalt. Die Frage nach der Form kommt dabei nicht zu kurz. Aber sie wird niemals vom Inhalt isoliert. Dichtungen, die Luftblasen gleichen, nichts als schöne Form, kommen im „kürbiskern“ höchstens mal versehentlich vor. Alle, die sich hier zu Wort melden, wollen etwas wichtiges zur Veränderbarkeit der Welt sagen, und die meisten haben auch etwas zu sagen, das die Zeit zum Lesen und Drübernachdenken lohnt.

Auf die Frage: „Wozu noch Literatur?“ antwortet Hannes Stütz, der zusammen mit Friedrich Hitzer und Manfred Vosz die Zeitschrift herausgibt: „Wenn sich jemand ernsthaft diese Frage stellen könnte, wäre das die Großbourgeoisie. . . Sie hat eine prächtige Trennung von ‚hoher‘ Literatur, die ein paar Hunderttausend Literarisierte versorgt, und der Masseliteratur für den -zig-Millionen-Pöbel, die Maßstäbe für das Bewußtsein der Beherrschten setzt. Auf das bischen Klimbim der ‚hohen‘ Literatur wäre also notfalls zu verzichten. Der Verzicht fällt ihr trotzdem schwer. Die Frage: Wozu noch Literatur? wird in diesen Kreisen nicht gestellt. Warum nicht? Sie müssen – mit einem Wort – das System, unter dessen Gesetz sie tatsächlich stehen, geistig bewältigen und es als ein zwar außermoralisches, aber als das bestfunktionierende Wirtschaftssystem der Welt einleuchtend

Hosch
druckt von DIN A 6
bis DIN A 1
Bücher, Broschüren,
Prospekte,
Kataloge, Briefbogen,
Preislisten,
Drucksachen aller
Art

HOSCH

HOSCH GmbH
6 Frankfurt am Main
Heddernheimer
Landstraße 78 a

darstellen. Wenn das unternehmerische Bürgertum mit Hilfe seiner besten Exponenten und mit Hilfe bester Köpfe zu einer geistig bewußten und sich selbst verstehenden und zu sich selbst stehenden Schicht würde, wäre alles gewonnen."

Solche besitzbürgerlich orientierte „schöne Literatur“ soll also das Selbstbewußtsein des unternehmerischen Bürgertums, der Herrschaftsklasse der Bundesrepublik, geistig in Schuß halten.

„kürbiskern“ beteiligt sich darum nicht an dem bürgerlichen Fragespiel: „Literatur – wozu?“ mit tiefsinnigen Deutungen einer angeblich durch Literatur vermittelten „Seelengröße“. Denn „kürbiskern“ benutzt, wie in dem zitierten kritischen Grundsatzartikel von Hannes Stütz, die Frage: „Literatur – wozu?“, um sie als „bewußt abstrakt“ zu entlarven. „kürbiskern“ fragt stattdessen: „Literatur – für wen?“ Dazu meint der Herausgeber der Zeitschrift: „Kein Schreibender kommt um eine Antwort auf diese Frage herum. Je konkreter die Antwort ausfällt, desto größer wird der Beitrag der Literatur zum Bewußtsein unserer Bevölkerung von ihrer Wirklichkeit, ihren Feinden, ihrer Zukunft und von sich selbst sein. Dazu Literatur“.

Dabei ist freilich der Blick nicht nur auf deutsche Zustände gerichtet. Die Literatur vom Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt wird im „kürbiskern“ in deutschen Übersetzungen allen nahe gebracht, die hier, beispielsweise, über „die vietnamesische Kulturfront“ und deren Selbstverständnis genauer Bescheid wissen möchten. DRV-Kulturminister Che Lan Vien, selbst eine der bedeutenden Stimmen Vietnams in der heutigen Weltliteratur, schreibt im „kürbiskern“ über seine Kollegen: „Diese Dichter des Leidens haben verstanden, daß die Revolution ihnen gehört.“

Ein Literatur-Produzent aus der Bundesrepublik, Lektor Frank Benseler (Luchterhand-Verlag) pflichtet, auf unsere Verhältnisse bezogen, im gleichen Heft des „kürbiskern“ den Männern und Frauen der vietnamesischen Kulturfront bei mit seinen „Vor-Sätzen zur Produktion von Literatur“, indem er bekennt: „Parteilichkeit und Engagement für das Volk sind Voraussetzung“.

Einige Literaten, die Cliquenwirtschaft und bürgerlichen Ehrgeiz in diesem dafür ungeeigneten Organ zur Richtschnur machen wollten, haben inzwischen festgestellt, daß sie auf dem falschen Dampfer waren und sind von (über) Bord gegangen. Der Kern der Zeitschrift „kürbiskern“ blieb davon unberührt. Und der Vorsatz wird in jedem neuen Heft aktualisiert:

„Die Literaturproduzenten müssen aufhören, zum Schein zu produzieren und Schein zu produzieren.“ Denn man ist beim „kürbiskern“ überzeugt, eine Überzeugung, die sich von den Mitarbeitern auf die Leser überträgt: „Da die Kultur so gut zur Unterdrückung zu verwenden war, wird sie auch bei der Befreiung eine große Bedeutung haben“.

Friedhelm Baukloh

blätter

JuSos auf richtigem Kurs

Für Mitbestimmung der Jugend- und Arbeiterpolitik/Die Baracke ist verärgert über den Bundeskongreß/Von Ulrich Sander

„Ein Wendepunkt in der Geschichte der Jungsozialisten soll der Kongreß werden!“ Das forderte einer der ersten Diskussionsredner in der Kongreßhalle auf der Münchener Theresienhöhe bei der Eröffnung des Bundeskongresses 1969 der Jungsozialisten.

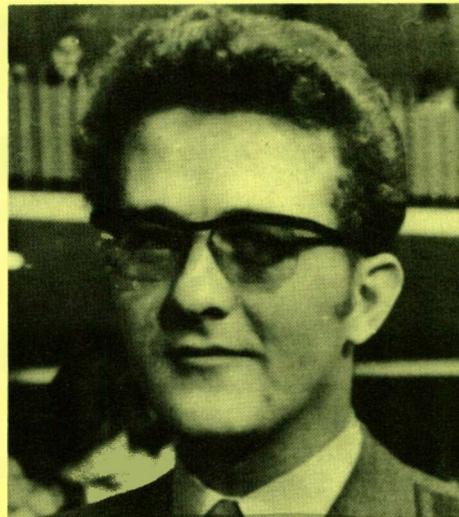
Der Redner: Daher solle man den bisherigen Bundesvorsitzenden, den SPD-vorstandshörigen Rechtsopportunisten Peter Corterier (MdB) abwählen, ohne sich seinen Geschäftsbericht anzuhören. Der Forderung wurde entsprochen. 146 Delegierte kümmerten sich nicht um den aus Angst vor der politischen Niederlage eilig ausgesprochenen Rücktritt Peter Corteriers; sie wählten ihn ab. Nur elf von 204 Delegierten hielten zu dem Mann der Bonner Baracke.

Der neue Bundesvorsitzende, der Frankfurter Karsten Voigt (28), sprach zwei Tage später ebenfalls von einem Wendepunkt in der JuSo-Geschichte: Voigt: Die Delegierten der 150.000 jungen Sozialdemokraten haben eine Politik formuliert, die sie als ihre Konsequenz des Godesberger Programms und der Traditionen der SPD betrachten. Alle Tendenzen zur Veränderung der Gesellschaft, wie sie im Godesberger Programm formuliert sind, wollen die jungen Sozialdemokraten aufgreifen. Voigt unterstrich: „Wir wollen nicht den Bruch mit der Partei.“

Die Diskussionsredner – mit Ausnahme des heftig kritisierten Bundessekretärs Ernst Eichengrün – wünschten dagegen den Bruch mit der herrschenden Ideologie in der SPD, weil sie die Ideologie der Herrschenden ist. Sie bemühten sich, zwanzig Jahre Bundesrepublik aus der Klassenposition junger Sozialisten zu analysieren und eine klassenmäßige Strategie zu entwickeln. Wenn das noch nicht immer überzeugend gelang, wenn oft nur theoretisiert

wurde, ohne konkrete Kampfaufgaben zu stellen, so hatten die Delegierten am wenigsten Schuld daran. Die Organisation stand vor einem Fiasko und mußte einen völligen Neubeginn wagen. Weder in der Bildungsarbeit, noch in den Beziehungen der Jungsozialisten zu ihr nahestehenden Organisationen, noch in ihren internationalen Beziehungen war eine jungen Sozialisten gemäße Arbeit betrieben worden. Im Auftrage des Parteiapparats hatten Leute wie Corterier und Eichengrün jahrelang jede eigenständige Regung, jedes progressive Bündnis und jede dem Geist des Antikommunismus widersprechende Aktion zu unterdrücken versucht. Für den desolaten Zustand der JS-Organisation tragen sie die Hauptschuld.

Daß die Jungsozialisten heute keine „Linksextremisten“ an der Peripherie der Partei und kein „Brückenkopf der APO“ sind, wie es der abgehalfterte Corterier in einer Presseerklärung darzustellen sich bemühte, ist auch dem Parteivorstand klar. Ein Unterbezirksvorstandsmitglied Voigt und



ein Parteiratsmitglied Norbert Gansel – er vertritt Schleswig-Holstein in diesem hohen Gremium und wurde zum stellvertretenden JS-Vorsitzenden gewählt – muß der Parteivorstand wohl oder übel ernst nehmen, ebenso wie die zahlreichen Abgeordneten aus Kommunen und Ländern unter den Delegierten. „Wir sind die SPD der 80er Jahre,“ rief der zweite Vize-Vorsitzende, Thomas von der Vrings (Hannover), aus, der ebenfalls in München gewählt wurde. Er ließ aber durchblicken, daß die Progressiven in der SPD bereits jetzt die aus der Wahlalterherabsetzung sich ergebende taktische Hinwendung der Partei zur Jugend zu nutzen gedenke. Eine Partei, die 1973 sieben Jahrgänge von Jungwählern gewinnen will, kann sich einen Konflikt mit den Jungsozialisten nicht leisten, meinte von der Vrings.

Aufstand gegen die Gängelei

Bisher allerdings hatte sich die SPD den Konflikt mit der Jugend noch allemal geleistet. „Alle reden von der Jugend,“ schrieb rechtzeitig zum Bundeskongreß der „Stern“. „Die SPD besonders. Aber keine Partei gängelt ihre Junioren so sehr wie es die regierenden SPD-Senioren mit den Jungsozialisten tun.“ Da kündigt der Parteirat auf Betreiben des SPD-Geschäftsführers Hans-Jürgen Wischnewski die Herabsetzung der Altersgrenze für JuSos von 35 auf 25 Jahre an, um aktive und profilierte Funktionäre auszuschalten. Da verschwinden auf „unerklärliche Weise“ Briefe aus Ungarn und der DDR, um Kontakte zu den dortigen Jugendorganisationen zu hintertreiben. Da wird ein verabredeter Besuch des JS-Vorstandes beim Zentralrat der FDJ kurzerhand und ohne Benachrichtigung des JuSo-Vorstandes vom Parteivorstand abgesagt. Da müssen alle Drucksachen und Vervielfältigungen von der SPD-Führung genehmigt werden. Schließlich dürfen die jungen Mitglieder nicht einmal ihren Bundesgeschäftsführer wählen – er wird von der „Baracke“ ernannt, hat aber Stimmrecht im JS-Vorstand – und alle Vorstandsmitglieder müssen vom PV bestätigt werden.

Damit wollen die Jungsozialisten aufräumen. In München fingen sie damit an, Wischnewski, oberster Angestellter der Par-

tei, wurde von den Konferenzteilnehmern ausgebuht, sein Referat kurzerhand von der Tagesordnung abgesetzt. Die Parteiführung hatte es nicht für nötig befunden, mehrere Vertreter der Spitzengremien zu entsenden. Brandt, Eppler und Ehmke entschuldigten sich; Wehner zog es vor, zum „Kuratorium Unteilbares Deutschland“ zu gehen.

Wischniewski, verblüfft über die Konsequenzen, die die Delegierten aus der Haltung des PV zogen, weigerte sich nun, in der Diskussion zu sprechen. Vor einigen ausgesuchten Journalisten, an ihrer Spitze Redakteure des „Rheinischen Merkur“ und der „Welt“, plauderte er darüber, was die Partei mit der Jugend vorhat: Eine Fragebogenaktion unter jungen Parteimitgliedern soll den Nachweis erbringen, daß diese nicht mit der Position der JuSo-Führung übereinstimmen. Die Jugendarbeit der Partei soll aus dem Organisationsreferat des Parteivorstandes ausgegliedert werden. Dafür wird eine neue Abteilung „Jugend und Bildung“ gebildet, die auch die Jungsozialisten betreuen soll. Abteilungsleiter soll am 1.2.1970 Klaus Flegel werden, bisher Bundesvorsitzender der „Falken“ und Bundesjugendringvorsitzender. „Ben Wisch“, wie er sich gern nennen läßt, mußte zugeben, daß die JuSos zu diesen Plänen nicht gehört wurden. Im übrigen ermahnte Wischniewski die Journalisten, die Jungsozialisten nicht überzubewerten: „Von zehntausend Ortsvereinen der SPD haben nur zehntausend Jungsozialisten-Arbeitsgemeinschaften.“ Mit ihnen hätten sich einige „atmosphärische Störungen“ ergeben, weil führende Vertreter der Partei infolge Wahlkampf und Regierungsbildung verhindert gewesen seien, mit ihnen zu sprechen.

Forderungen angemeldet

Indes, es war keine atmosphärische Störung, sondern eine ganz andere Wetterlage zu spüren, als die Anträge behandelt wurden. Gleich zu Beginn der Konferenz zeigten sich die Delegierten „betroffen, daß die von ihm (Brandt) geführte Bundesregierung bisher die amerikanische Kriegspolitik nicht verurteilt hat“. Gefordert wurde die Anerkennung der Regierungen Nordvietnams und der südvietnamesischen Befreiungsfront. Die Regierung soll sich auch jenen zehn Staaten im Europarat anschließen, die sich für den Ausschluß der griechischen Militärdiktatur aus diesem Rat einsetzen. Auch die Mitgliedschaft Griechenlands in der NATO und seine Assoziation in der EWG sollen aufgekündigt werden.

Die Konferenz beschloß eine „kollektive Antwort“ auf Wischniewskis Fragebogen. Darin wird Mitbestimmung der Jugend in allen Bereichen gefordert. „Echte Zusammenarbeit zwischen der Jugend und der Partei kann nur geschaffen werden, wenn die Initiative der Jugend von der Partei aufgenommen werden, wenn die Jugend die Zielsetzung der Partei mitbestimmen kann.“ Der Prozeß der Willensbildung von unten nach oben müsse in der Partei verwirklicht werden. „Die Verfolgung kriti-

scher Jungsozialisten mit Hilfe von Parteiordnungsverfahren“ und „Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber Gruppen, die links von der SPD stehen“, sollen ein Ende haben. Der Drang nach Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Jugend kam auch in dem Beschluß zum Ausdruck, künftig den Bundessekretär durch den Bundeskongreß zu wählen. Gewählt wurde der 25jährige Wolfgang Kiehne, bisher Bundessekretär des Sozialdemokratischen Hochschulbundes.

„SPD ohne sozialistische Konzeption“

In dem Beschluß „Zustand und Aufgabe der SPD“ wird verurteilt, daß die SPD ihre sozialistische Konzeption aufgegeben hat. „Ziel sozialdemokratischer politischer Arbeit muß nach Ansicht der Jungsozialisten die Demokratisierung aller Lebensbereiche der Gesellschaft sein – in Betrieb und Wirtschaft, Familie und Partei, Schule und Hochschule, Verwaltung und Justiz. Dazu gehört die konsequente Wahrnehmung der Interessen der Lohnabhängigen, dazu gehört weiter die Überführung der Produktionsmittel in die Nutzung und Verantwortung der Gesamtgesellschaft.“ In diesem Sinne sei die Aufklärung und Überzeugung breiter Volksschichten erforderlich. Und schließlich: „Auch wenn systemüberwindende Reformen heute noch nicht realistisch erscheinen, ist die SPD dennoch verpflichtet, alles zu unterlassen, was einer Veränderung und Reformierung unserer Gesellschaft entgegenstehen könnte.“

Der Grundwiderspruch dieser Gesellschaft, „der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion durch die Arbeitnehmerschaft und privater Aneignung durch die herrschende Klasse der Produktionsmittelbesitzer“, war die große Wiederentdeckung dieses JuSo-Kongresses. Entzug von Macht und Profit der Unternehmer und „Ausweitung der Macht der Arbeiter und Angestellten“ waren die Grundintentionen in den Beschlüssen zur Vermögensbildung, zur Mitbestimmung und zur Wirtschaftspolitik. Zurückdrängung der Macht des Großkapitals soll auch im europäischen Bereich erfolgen, wenn es nach den Jungsozialisten der BRD geht: „Nur eine konföderative Zusammenarbeit der europäischen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien sowie die Aktionseinheit aller Gewerkschaften der europäischen Länder wird verhindern können, daß die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Lohnabhängigen im Integrationsbereich geschädigt werden.“ Die Jungsozialisten, so wurde beschlossen, „haben die Aufgabe, die Beziehungen zu den Jugendorganisationen der kommunistischen und sozialistischen Parteien nicht nur in Osteuropa, sondern auch in Westeuropa aufzunehmen.“ Dieser Gedanke lag auch zahlreichen Diskussionsreden zugrunde, in denen eine verstärkte Zusammenarbeit der Arbeiterjugendverbände gefordert wurde.

Zusammenarbeit gewünscht

In Grußtelegrammen hatten auch „Falken“ und SDAJ den Jungsozialisten eine ver-

stärkte Zusammenarbeit vorgeschlagen. Die Gewerkschaftsjugend hatte ihren Bundesjugendsekretär Walter Haas nach München entsandt. Und DKP-Vorsitzender Kurt Bachmann kablete an die Delegierten: „Möge Ihr Kongreß dazu beitragen, den gemeinsamen Kampf aller Demokraten und Sozialisten in der deutschen Bundesrepublik für eine demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft zu verstärken.“ Und das sind weitere Forderungen der Jungsozialisten, die gemeinsam mit anderen demokratischen Kräften durchgesetzt werden sollen:

Novellierung des Berufsbildungsgesetzes; Kündigungsschutz für Jugendsprecher, auch wenn diese Lehrlinge sind; Amnestie für Demonstranten; Solidarität und Rechtshilfe für verfolgte „politische Gegner des bestehenden Herrschaftssystems“; Fortsetzung der Zahlung von Förderungsmitteln für den Verband Deutscher Studentenschaften; Abschaffung des Alliierten Rätebüros, das die Begegnung mit Bewohnern der DDR behindert; kostenlose Benutzung der öffentlichen Nahverkehrsmittel. Verurteilt wurde der Völkermord an brasilianischen Indianern.

Anerkennung der DDR

Der wohl schwerwiegendste Beschluß ist der, von dem sich der Parteivorstand als einzigem schnellstens ausdrücklich distanzierte: der Beschluß, in dem die völkerrechtliche Anerkennung der DDR gefordert wird. Ein Delegierter sprach es klar aus: „Am Anfang einer ernstzunehmenden echten Friedenspolitik kann nur die völkerrechtliche Anerkennung der DDR stehen.“ In dem ausführlichen Beschluß wird außerdem die Anerkennung der Oder-Neiße als endgültige polnische Westgrenze, die Nichtigkeitserklärung des Münchener Abkommens von Anfang an, der Verzicht auf ABC-Waffen und ihre Trägersysteme und die Anerkennung Westberlins als politisch eigenständiges Gebiet gefordert. Die Jungsozialisten sprachen sich außerdem für das Zustandekommen einer europäischen Sicherheitskonferenz aus.

Kein Beschluß verärgerte die Regierungs-SPD so sehr wie dieser mit dem Titel „Friedens- und Ostpolitik“. Werden hierin doch Forderungen erhoben, deren Verwirklichung einem endgültigen Bruch mit der CDU/CSU-Politik gleichkommt, einem Wandel in der Politik, zu dem die SPD und FDP noch immer nicht bereit sind.

Hier muß der Druck der demokratischen Kräfte ansetzen. So forderten es viele Delegierte. Sie nannten es „Ausstrahlung auf die SPD“ und „es kommt darauf an, daß die CDU kaputtgemacht wird“. Die Mehrzahl der Delegierten fand in ihren Diskussionsbeiträgen allerdings oft nicht den konkreten politischen Bezug heraus. Das muß kritisch vermerkt werden angesichts einer Diskussion, die sich oft in langwierigen theoretischen Höhenflügen erschöpfte. Sicher nicht zufällig sagte Karsten Voigt: „Sozialistische Theorie erhält

Fortsetzung auf Seite 43

**elan-extra
Dokumen-
tation
vom 2.
Bundes-
kongreß
der SDAJ,
Dortmund
13./14.
12. 69**

Aus Referat und Diskussionsbeiträgen



Aus dem Referat von Rolf Priemer auf dem 2. Bundeskongreß der SDAJ

Wir können heute Lenin am Vorabend seines Geburtstages kaum besser ehren, als dadurch, daß wir die aktuellen Bezüge seiner Lehre vom Klassenkampf und von der Revolution zur heutigen Situation herstellen und daß wir mit Lenin die Auseinandersetzung auf theoretischem Gebiet mit der bürgerlichen und revisionistischen Ideologie, die auf die allgemeine Entwaffnung der revolutionären Kräfte hier bei uns abzielt, führen.

Die Jugendunruhen widerspiegeln – bei aller Vielfalt der Formen – ein beachtliches Anwachsen der gesellschaftlichen Aktivität der jungen Generation. Sie sind ein Ausdruck der sozialen und politischen Gegensätze des kapitalistischen Systems.

In den Aktionen hat die SDAJ konstruktiv politische Alternativen entwickelt, sich als auslösender Faktor und einigende Kraft in der Jugendbewegung unseres Landes erwiesen, als eine Organisation, die sich um breiteste Bündnisse aller jungen und älteren Demokraten und Sozialisten im Kampf für demokratischen und sozialen Fortschritt bemüht.

*

Unsere Solidarität gilt aber auch den jungen Nordamerikanern, die in der Hochburg des Imperialismus, in den USA, einen konsequenten Kampf für die Befreiung Vietnams vom US-Imperialismus führen. Mit besonderer Freude haben wir vor wenigen Tagen davon Kenntnis erhalten, daß sich die konsequentesten jungen Kämpfer gegen den US-Imperialismus jetzt zu einer marxistischen Arbeiterjugendorganisation zusammen-

schließen wollen. Von diesem Bundeskongreß wenden wir uns an die jungen Sozialisten der Vereinigten Staaten von Amerika und wünschen ihnen zum Gründungskongreß, der vom 26. – 28. Dezember 1969 in Chicago stattfindet, viel Erfolg. Wir erklären hier vom 2. Bundeskongreß der SDAJ in Dortmund: Dem Komplott zwischen den US- und den westdeutschen Imperialisten setzen wir die Kampfgemeinschaft der jungen Sozialisten der USA und der Bundesrepublik entgegen.

*

Wir als sozialistische Jugendorganisation vertreten die Auffassung, daß Demokratie beginnt, indem der Arbeiterklasse, ihrer Jugend entscheidende Rechte eingeräumt, ihre demokratischen Rechte verwirklicht werden und die Macht des Großkapitals eingeschränkt wird.

Gleich allen demokratischen Errungenschaften wird die Herabsetzung des Wahlalters nur dann richtig wirksam, wenn sie kein formaler Akt ist, sondern verknüpft ist mit der Durchsetzung weiterer demokratischer Forderungen der Arbeiterjugend wie gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Volljährigkeit mit 18 Jahren.

Weil wir seit Bestehen unserer Organisation für die Überwindung des reaktionären politischen Kurses und für die Durchsetzung der Jugendforderungen eingetreten sind, unterstützen wir alle sozialdemokratischen und liberalen jungen Menschen, die jetzt bestrebt sind, ihre Vorstellungen von einer neuen Politik durchzusetzen. Das wurde auch von der Bundeskonferenz der Jungsozialisten am vergangenen Wochenende eindeutig zum Ausdruck gebracht.

Die neu entstandenen Möglichkeiten, mit dem Regierungswechsel eine Änderung des Kurses in einigen Bereichen der Politik einleiten zu können, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Kampf um die Gewinnung der Jugend in eine neue Phase getreten ist.

elan-extra Dokumen- tation vom 2. Bundes- kongreß der SDAJ, Dortmund 13./14. 12. 69

So erhoffen bestimmte Teile des Großkapitals von der neuen Regierung, daß ihr zum Beispiel die Eingliederung der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften in das spätkapitalistische System, die Aussöhnung der revoltierenden Jugend mit dem Großkapital und die Aktivierung großer Teile der Jugend für die reaktionäre Politik besser gelingen möge, als den CDU-Regierungen.

Aufgabe der demokratischen Jugend ist es, durch verstärkte Selbsttätigkeit, aber auch durch höhere Organisiertheit und durch Zusammengehen von sozialdemokratischer, gewerkschaftlicher, christlicher, marxistischer, liberaler Jugend, von Schülern, Studenten, von jung und alt dafür zu sorgen, jetzt den vollständigen Bruch mit der CDU/CSU-Politik zu erzwingen.

Bereits jetzt, zu Beginn der wissenschaftlich-technischen Revolution wird die Arbeiterjugend von verschiedenen Auswirkungen dieses Prozesses erfaßt. Immer häufiger stellen junge Arbeiter die Frage: Was machen wir morgen, wenn wir unsere Lehre beendet haben? Eine solche Fragestellung ist der Ausdruck des Unbehagens am derzeitigen System von Bildung und Ausbildung im Kapitalismus, Ausdruck der Existenzunsicherheit. Mangelnde Bildung wird bereits in naher Zukunft Millionen Menschen als Problem der sozialen Sicherheit unmittelbar betreffen. Da mangelnde Bildung in Zukunft immer stärker als Teilursache zunehmender sozialer Verunsicherung anzusehen ist und die Interessen von Millionen Arbeitern unmittelbar berührt, stellen wir als junge Sozialisten für die nächste Etappe ein höheres demokratisches Bildungsniveau, eine qualifizierte Berufsausbildung in den Mittelpunkt unseres Kampfes.

Die Stärkung der Arbeiterjugend im Betrieb erfordert gleichzeitig den Kampf um die Stärkung der Gewerkschaftsorganisation, der größten Organisation der Arbeiterklasse.

Die besonders schlechte Lage der weiblichen Arbeiterjugend zwingt uns jedoch, bei den Kämpfen zur Verwirklichung unserer Forderungen die Interessen der Mädchen und jungen Frauen stets mit besonderem Nachdruck zu vertreten. Die Lage der weiblichen Jugend verlangt besondere Maßnahmen, damit in der Bundesrepublik in den nächsten Jahren die Gleichberechtigung der Frauen endlich nicht mehr nur in der Verfassung stattfindet.

Müßten nicht Jungen und Mädchen völlig gleichberechtigt mit dem neuesten Wissen in Naturwissenschaft, Technik, Wirtschaft, Politik usw. ausgerüstet werden? Erst dann wären sie in der Lage zu zeigen, was sie wirklich können. Erst dann wären sie in der Lage, die Anforderungen von Wissenschaft, Produktion, Wirtschaft und Politik der Zukunft zu erfüllen.

Müßte nicht ein demokratisches System besonderer Förderungsmaßnahmen für Mädchen und junge Frauen geschaffen werden?

Müßte nicht durch effektive Maßnahmen das reaktionäre bürgerliche Leitbild von der Frau als Magd des Haushaltes und des Mannes aus den Schulbüchern und der Öffentlichkeit verdrängt werden? Erst dann könnte die weibliche Jugend mit dem rechnen, was sie so sehr braucht: Verständnis für ihre besonderen Probleme und allgemeine Aufgeschlossenheit gegenüber dem Streben nach Gleichberechtigung.

Wir fordern von der neuen Bundesregierung, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, um den Frauen mehr als bisher zu helfen, ihre gleichberechtigte Rolle in Familie, Beruf, Politik und Gesellschaft zu erfüllen.

Wir sind durch die Bundeswehr gezwungen, einer internationalen Militärorganisation des Großkapitals – der NATO – zu dienen, die in Griechenland, Spanien, Portugal und anderswo Stütze reaktionärer Regime ist. Wer das nicht unterstützen will, der muß für den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO sein.

Das alte Militärsystem ist eine Brutstätte des Nationalismus, Neonazismus, der gewaltsamen Unterdrückung der Arbeiterbewegung und des militanten Antikommunismus. Dieses Militärsystem kann niemals eine Schule für uns sein. Wir sind für die Schule des antimilitaristischen Kampfes. Wir kämpfen dafür, daß Nationalismus, Neonazismus und Antikommunismus aus der Bundeswehr verschwinden. Die Organisationen der Arbeiterjugend müssen freie politische Betätigung in der Bundeswehr erhalten. Den Soldaten muß ein echtes Mitspracherecht in allen sie betreffenden Fragen eingeräumt werden.

Die Bundeswehr darf niemals im Innern gegen das Volk eingesetzt werden.

Uns zwingt die steigende Rüstung einen zunehmenden Raubbau am Volksvermögen auf. Noch mehr. Sie führt zunehmend dazu, daß junge Menschen in den Flugzeugwerken, in den Chemie-, Elektro- und Maschinenbaubetrieben oder wo sonst an einem Arbeitsplatz arbeiten, ihren Lebensunterhalt dadurch verdienen, indem sie Vernichtungsmittel produzieren:

Napalm, Kriegsfahrzeuge usw. Der Gegensatz zwischen unseren Interessen nach Frieden und kapitalistischer Rüstungsproduktion beherrscht mehr und mehr auch den Arbeitsplatz. Das bedeutet, daß Möglichkeit und Notwendigkeit der antimilitaristischen Tätigkeit auch in den Produktionsstätten wachsen. Es ist ebenso notwendig, daß unsere Arbeitsplätze und unsere Arbeit aus dem Teufelskreis von Rüstungsproduktion und Kriegen herausgelöst werden. Das bedeutet aber auch, daß aus der steigenden Militarisierung der Volkswirtschaft ein zusätzlicher und ernster Grund für die Notwendigkeit der Überführung der Rüstungskonzerne in Gemeineigentum erwächst. Die neue Bundesregierung hat erklärt, sie sei entschlossen, den Frieden zu erhalten, an einer europäischen Friedensordnung mitzuarbeiten, eine gute Zukunft zu sichern. Diesen Auftrag erhielt sie von ihren Wählern, die erwarten, daß damit ernst gemacht wird.

Der Kampf gegen Militarismus und Rüstungskapitalismus gehört zu den besten Traditionen unserer Arbeiterbewegung. Daher steht für uns als junge Sozialisten die Aufgabe der antimilitaristischen Arbeit

- die Rolle des Militarismus in unserer Zeit deutlich zu machen
- die Wahrnehmung der Rechte der Jugend im Kampf gegen den Militarismus breit zu entwickeln.

Sinkende Arbeitszeit steigerte den Umfang der Beeinflussung der Menschen durch die Konzerne in der Freizeit. Bisher wächst für die Masse der Jugend die Kluft zwischen zunehmender Freizeit und der mangelnden materiellen und ideellen Möglichkeiten zur sinnvollen Verwendung der Freizeit. Bisher ist es so, daß wie ein dichtes Spinnennetz ein von den Herrschenden getragenes System geistiger Manipulierung, weltfremder Idealisierung, menschenverachtender Brutalisierung und Kriminalisierung, demoralisierender Kulturdekadenz die Jugend umfängt – jede Persönlichkeitsentwicklung hemmend und verhin-dernd. Ganz gleich, ob es sich um die Darstellung nackter Tatsachen, von Haschorgien, oder der

Heroisierung von Verbrechen, ganz gleich ob es sich um antikommunistische Staatsdoktrin oder mittelalterliche Ausbildung handelt. Bisher ist es so, daß die Arbeitsproduktivität schon in der Freizeit und höhere Löhne für Jugendliche bis in die Jahre möglich macht, als ihnen tatsächlich ge-währt werden.

Als Genosse Lenin die Aufgaben eines sozialistischen Jugendverbandes entwickelte, unterstrich er immer wieder: Kapselt euch nicht ab, verwandelt euch nicht in Prahler, die Losungen ausrufen, sondern vereinigt eure Bildung, euer Wissen und eure Erziehung mit dem Schaffen der jungen Menschen.

Wir sollten uns darüber einig werden, daß wir als sozialistische Arbeiterjugendorganisation künftig nicht nur in die ideologische Diskussion eingreifen, sondern sie wesentlich bestimmen sollten. Daher gilt es durch erhöhte Selbstschulung uns die Lehre vom wissenschaftlichen Sozialismus anzueignen und einem breiten Kreis junger Menschen darzulegen. Das ist gerade in der kommenden Zeit notwendig, weil, wie ich bereits betonte, der Gegner seine Anstrengungen um die Gewinnung der Jugend erhöht. Weil wir uns stärker als bewußtseinsbildende Kraft unter der jungen Generation darstellen müssen. Und weil fundiertes klassenmäßiges Wissen die Geschlossenheit unserer Organisation weiter erhöht.

Die aufgestellten Forderungen können aber nur im gemeinsamen Kampf der jungen Generation unseres Landes verwirklicht werden. Dazu bedarf es starker Organisationen. Entscheidende Aufgaben der nächsten Zeit sind für uns: Stärkung der SDAJ durch Mitgliederwerbung und Werbung von Förderern, Popularisierung unserer Forderungen durch breite Öffentlichkeitsarbeit, Selbstschulung im wissenschaftlichen Sozialismus, vielfältige Aktionen und Entwicklung eines attraktiven Verbandslebens.

Wir gehen davon aus, daß der Beitrag der Arbeiterjugend zur Entwicklung der Kraft und Machtpotenzien unserer ganzen Klasse heute konkret im folgenden besteht:

- Gemeinsamer Kampf der Arbeiterjugend und ihrer Organisationen für die Durchsetzung einer auf den Frieden orientierten Politik, gegen Neonazismus.
- Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen allen Arbeiterjugendorganisationen, zwischen diesen und den progressiven Schüler- und Studentenorganisationen zur Durchsetzung unserer Forderungen nach Mitbestimmung und für ein demokratisches Bildungssystem.
- Entwicklung unserer Aktivität als junge Gewerkschafter, um die Forderungen der Gewerkschaft und der Gewerkschaftsjugend durchzusetzen.

elan-extra Dokumen- tation vom 2. Bundes- kongreß der SDAJ, Dortmund 13./14. 12. 69

Gegen NPD

Wolfgang Jerrentrup, Mannheim

Gerade in Mannheim hatten wir ein sehr gutes Beispiel für Zusammenarbeit zwischen Jugendorganisationen gegen die NPD und gegen den Rechtsradikalismus überhaupt. Durch Initiative der SDAJ entstand eine Jugendinitiative, innerhalb von einem Tag, der Jugendorganisationen angehörten wie die Jungsozialisten in der SPD, Jungdemokraten, Christliche Arbeiterjugend, der Jugend des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 12 - 16 Jugendorganisationen die ständig an dieser Zusammenarbeit bei dieser Jugendinitiative beteiligt waren. Diese Jugendinitiative organisierte die Demonstration vor einem Saal, wo die NPD eine Veranstaltung durchführte. Diese Demonstration wurde innerhalb von 2 Tagen organisiert und es kamen als gutes Beispiel, als Ansporn für die weitere Arbeiterjugendinitiative, 800 Jugendliche vor den Saal, um mit uns gegen diese Tendenzen, gegen diese NPD zu protestieren. Mit bezeichnend war für uns als Genossen der SDAJ folgendes: Wie ist die Reaktion der Jugendorganisationen nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses? Wie schätzen die Jugendorganisationen diesen Regierungswechsel ein? Nun, alle Jugendorganisationen waren in diesem Punkt einer Meinung:

1. durch die Verhinderung des Eintritts der NPD in den Bundestag ist der Rechtsradikalismus und Neonazismus in der Bundesrepublik noch lange nicht beseitigt. Es wurde auch das Beispiel aufgeführt, daß die NPD, die immerhin 1,5 Millionen Stimmen erhielt, mehr Stimmen erhielt, als die NSDAP 3 Jahre vor ihrer Machtübernahme. Das war das Beispiel für uns, in der Zusammenarbeit der Jugendinitiative diesen Kampf weiterzuführen, diesen Kampf auch so weiterzuführen, daß es uns unter anderem gelang, eine Wochenendschulung zu organisieren, die von dem Deutschen Gewerkschaftsbund bezahlt wird, wo alle diese Jugendorganisationen das Problem des Neonazismus und Rechtsradikalismus behandeln können.

Diskussionsbeiträge

Berufsausbildung

Jens Flegel, Hamburg

Es gibt viele Meinungen unter den jungen Leuten, die sagen, außer Kampf für bessere Berufsausbildung, habt ihr nichts Besseres auf dem Kasten. Nun, der Tätigkeitsbericht und der Entwurf unseres Dokuments beweisen, daß wir zu weitaus mehr Problemen der Arbeiterjugend Stellung bezogen haben und daß wir das Wesentliche tun, zu lernen und in die Tat umzusetzen, der Arbeiterjugend klassenbezogen unsere Meinung zu sagen und Wege aufzuzeigen. Richtig ist aber auch, daß wir durch unseren Einsatz und das klare Aufzeigen des Kampfes für bessere Berufsausbildung unsere Organisation stärken konnten und bekannt wurden unter der Arbeiterjugend.

Ich meine, wir sollten diesen Weg vorrangig weiter gehen. Genossen, wir haben heute die Tatsache zu verzeichnen, daß viele Gruppen der Gewerkschaftsjugend den Kampf für die Arbeiterjugend und betriebsbezogene Aktionsformen aufgegriffen haben. Das erfordert aber auch von uns, diese Aktionen nicht nur zu unterstützen, sondern die Aktivitäten weiter zu treiben, das heißt konkret, nicht nur aufzugreifen, daß Lehrlinge Milch holen und Auffegen müssen. Die vielen Blätter mit den richtigen und klugen Worten, die vielen Forderungskataloge sind von wichtiger Bedeutung. Es kommt aber darauf an, sie praxisbezogen in den Betrieben den Lehrlingen und Jungarbeitern zu erklären. Damit meine ich z.B. die Losung Berufsausbildung auf das Jahr 2000 gerichtet. Das müssen wir wirklich plastisch machen, auch selbsttätig eigene Vorstellungen entwickeln. Wir müssen dahingehend auch Berufsbilder selbst durchleuchten und auch hier eigenständige Methoden und Vorstellungen entwickeln für neue Berufsbilder aus den Erfahrungen, die wir selbst in den Lehrwerkstätten und im Betrieb gemacht haben. Das gleiche bezieht sich auch auf die Mitbestimmung. Die Mitbestimmung wird uns nicht per Gesetz am Tage X beschert. Das ist doch jedem klar, nach dem Wortlaut der Regierungserklärung. Die Mitbestimmung aber wird den Arbeiterjungs deutlich, wenn sie spüren, daß Berufsausbildungsverbesserungs-Forderungen durchgesetzt werden, mit klugen Vertretern und Betriebsräten, wenn Unternehmensleitungen zu Zugeständnissen gezwungen werden.

Vietnam

Heinz Meyer, Miesbach

Liebe Genossinnen und Genossen, die bayerische Delegation zum Bundeskongreß hatte die Absicht, den Vertretern der Jugendorganisation der FNL formell einen Lastwagen mit wertvollen Medikamenten zu überreichen.

Da die Vertreter der südvietnamesischen Befreiungsfront von der SPD/FDP-Regierung keine Einreise erhielten, schlage ich vor, den Abgesandten, die nach Berlin reisen, im Auftrage des Bundeskongresses dieses Geschenk zu übergeben.

Betriebsarbeit

Heino Hofmann, Hamburg

Ich möchte jetzt einmal ein Modell der konkreten Betriebsarbeit schildern, das sich auf Grund der guten Erfahrungen, die wir damit gehabt haben, zur Verallgemeinerung anbieten müßte. Die Bewegung um die Lehrlingsausbildung, die seit Gründung der SDAJ in Gang gekommen ist, hat jetzt insbesondere bei großen Betrieben und speziell bei uns die ersten Erfolge gezeigt.

Es werden ab nächsten Jahr in unserer Firma weitreichende technische Verbesserungen in der Berufsausbildung durchgeführt. Das lästige Einholen und Ausfegen wird auf ein verschwindendes Maß zurückgestellt, das heißt, es kann nur noch dort stattfinden, wo der Lehrling damit einverstanden ist. Das heißt aber für uns wiederum, daß wir nun eine neue Qualität in unserem Kampf erreichen müssen, denn diese Verbesserungen haben doch im Grunde nicht die unmittelbaren Interessen der Unternehmerr berührt, denn eine technisch bessere Berufsausbildung kann ihnen auch nur recht sein. Darum sind unsere neuen Schritte, daß wir bei der Wahl unserer Ausbilder selbst mitbestimmen wollen.

Es ist in dem Programm für das nächste Jahr vorgesehen, daß nur noch einige Gesellen Lehrlinge ausbilden dürfen. Unsere Forderung an die Betriebsleitung ist daher, daß wir diese mitbestimmen wollen. Des weiteren verlangen wir von der Firma eine weitere Grundausbildung im Beruf. Denn wie wir bei uns ausgebildet werden, können wir nach unserer Lehre nur in dem eigenen Betrieb weiterarbeiten oder müssen eine langwierige Umschulung in Kauf nehmen, weil die Technik in den einzelnen Betrieben ziemlich verschieden angewandt wird. Aber um derartige Forderungen durchzusetzen, die jetzt insbesondere wie die 2. Grundausbildung gegen die Profitinteressen der Firmenleitung laufen, ist es für uns notwendig, daß wir eine qualifizierte Mitbestimmung erreichen, denn nur Druck alleine wird dort nicht mehr genügen. Deshalb hat sich bei uns in der Firma auf Initiative einiger SDAJ-Genossen ein Arbeitskreis gegründet, der nicht irgendwie beengt ist, in dem alle mitarbeiten können, die Interesse haben. Unser erster Schritt war, daß wir eine Fragebogen-Aktion durchgeführt haben, mit der wir sämtliche oder fast alle erreichbaren Lehrlinge in unserem Betrieb nach ihrer Meinung zur Ausbildung und nach einigen konkreten Fakten befragt haben. Mit über 80 % sind erstaunlich viele Fragebogen wieder zu uns zurückgekommen, die uns ein wertvolles Material zur weiteren Arbeit gegeben haben.

Aus den Auswertungen unserer Fragebogen ging hervor, daß die fachliche Eignung der Ausbilder von einer leichten Mehrheit der Lehrlinge anerkannt wird, wogegen die pädagogische Eignung nur von 16 % der Befragten befürwortet wird. Des weiteren stellten wir fest, daß die meisten Lehrlinge der Meinung sind, insbesondere die des 3. Lehrjahres, daß die Ausbildung bisher nicht zeitgemäß war. Und daraus wiederum können wir entnehmen, daß die neuere zeitgemäßere Ausbildung die fachlichen Fähigkeiten der Ausbilder überschreiten wird. Deswegen ist eine weitere

Forderung, die wir jetzt stellen, daß der Ausbilder, der bisher den sozial niedrigsten Stand in der Firma hat, angehoben wird. Bisher war es immer so, daß, wenn mal wieder ein Ausbilder gebraucht wurde, durch die Firma gegangen wurde, und dann versuchte man einige zu bequatschen, ob sie nicht in die Lehrwerkstatt gehen wollten. Da haben sie zwar mehr Ärger, mehr Arbeit aber dafür auch weniger Geld. Und da ist natürlich, daß diese Ausbilder eine kontinuierliche schlechte Laune haben und diese auf die Lehrlinge abwälzen, und daß es so zu keiner guten Ausbildung kommen kann. Um in unserer Gruppe jetzt nicht nur eine Kampffront für die Interessen der Lehrlinge zu sein, sondern auch eine Bewußtseinsbildung zu schaffen und unsere Basis zu verbreitern, haben wir jetzt die Lehrlinge eingeladen, in den nächsten Tagen nach der Arbeit mal zu einer Zusammenkunft in eine Gaststätte in der Nähe der Lehrwerkstatt zu kommen, wo wir dann gemeinsam mit den Lehrlingen die Auswertung der Fragebogen diskutieren und weitere Aktionen und Maßnahmen beschließen werden.

Schüler

Dieter Gautier, Bremen

Der Genosse Rolf Priemer hat in seinem Grundsatzreferat auch zu den Schülerbewegungen Stellung genommen. Ich möchte mit ein paar Worten dazu etwas sagen, weil mich ein konkreter Anlaß dazu zwingt. Seit Dienstag dieser Woche protestieren zahlreiche Bremer Schüler und Studenten gegen die Verhaftung des ehemaligen Schülers Christoph Köhler, der in einem sogenannten Rädelführerprozeß verurteilt werden soll. Ich bin der Meinung, daß ein solcher Prozeß kurz vor der angekündigten Amnestie für sogenannte Demonstrationstätter eine ungeheure Provokation für alle progressiven Jugendlichen darstellt. Mit einem solchen Prozeß soll wiederum ein Exempel statuiert werden, um andere Jugendliche abzuschrecken und letztlich mundtot zu machen. Es ist geradezu ein Hohn, wenn der Bremer Bildungssenator Tate, der den schönen Beinamen Moritz trägt, erklärt, es hätte jederzeit die Bereitschaft des Senats gegeben, mit den Schülern über ihre Probleme zu sprechen. Schon am ersten Tag der Demonstration strafe er sich selber Lügen, als er einer Schülerdelegation den Eintritt in das Parlament verwehrte, die mit dem Senator über ihre Probleme sprechen wollte. Stattdessen bittet dann der Senat die gesamte Bevölkerung, durch aktive Mitarbeit gegen Radikalisierungstendenzen beizutragen, daß der Einsatz der staatlichen Gewalt unnötig wird.

Genossen, ich bin der Meinung, daß ist ein Aufruf zur Selbstjustiz und ich bin weiterhin der Meinung, daß ein solcher Aufruf einer SPD-Regierung schlecht zu Gesicht steht. Sie handelt sich dann damit auch prompt den Beifall der NPD-Fraktion in der Bremer Bürgerschaft ein. Ein weiterer Beweis dafür, lieferte zur gleichen Zeit der Direktor eines Bremer Gymnasiums. Dieser Direktor wollte Schüler von seiner Schule verweisen, die es gewagt hatten, an der Schulmauer Plakate von Marx anzuheften. Er war der Meinung, die Schüler hätten die schulische Ruhe und den schulischen Frieden gestört. Deshalb müßten sie also von der Schule verwiesen werden. Schließlich wurde das Ganze dann kommentiert mit den Worten, „Politik hat an unserer Schule nichts zu suchen und Elternversammlungen werden in Zukunft nur noch unter Polizeischutz stattfinden.“

Lehrlinge im Streik

Jan Roschmann, Jugendvertreter der Howaldtwerke in Kiel

Genossinnen und Genossen, ich bin Lehrling bei den Kieler Howaldtwerken, einer Werft mit 10 000 Arbeitern. Wie Ihr sicher gehört habt, haben wir im September d.J. 2 Wochen für die Lohnangleichung an die Hamburger Werften gestreikt. Für uns, die SDAJ, stellt sich jetzt die Frage, wie haben sich die Lehrlinge und jungen Arbeiter während des Streiks verhalten? Denn wir müssen beachten, daß fast alle jungen Kollegen das Wort Streik nur vom Hörensagen kannten. Überrascht mußte man feststellen, daß gerade die jungen Kollegen den harten Kern des Streiks bildeten. Auch die Lehrlinge standen an der Seite ihrer älteren Kollegen, wenn sie auch nicht konstruktiv am Streik teilnehmen konnten. Frage: Wie haben sich die Genossen in Kiel verhalten? Hier muß man ganz kritisch sagen, daß wir es nicht verstanden haben, in diese große Sache einzuhaken. Wir haben weder ein Flugblatt noch eine Stellungnahme zum Streik herausgebracht. Und wir haben den Lehrlingen im Betrieb kaum etwas sagen können. Zu berücksichtigen ist aber noch, daß auch wir, die Lehrlinge die in der SDAJ sind, den Streik nur vom Hörensagen kannten. Aber das soll keine Entschuldigung sein. Unser Verhalten während des Streiks war ein einziger Fehler. Aber ich kann sagen, so ein Streik ist eine gute Schule, und ich glaube, wir haben gelernt. Deshalb sind wir jetzt auch daran gegangen ein betriebliches Forderungsprogramm zu erarbeiten, in dem wir u.a. fordern, gerechte Urlaubs- und Weihnachtsgeldverteilung, Sprechstunden für Jugendvertreter, Mitbestimmung bei der Erstellung von Lehr- und Ausbildungsplänen usw. Also alles Forderungen, die jeden jungen Kollegen unmittelbar ansprechen. Mit solchen Forderungen, die jeder versteht und die jeden angehen, können wir sie auch für uns gewinnen. Und wenn wir, ihnen dann noch sagen können, wie sie kämpfen müssen, dann sind sie auch für den nächsten Streik gewappnet.

Bundeswehr

Peter Schäfer, Köln

Genossinnen und Genossen, ich spreche noch einmal unseren Kampf an, den Kampf der anti-imperialistischen Jugend in der Bundeswehr. Unser Auftreten hier in Uniform ist ein Bestandteil dieses Kampfes. Es soll zeigen, daß wir nicht gewillt sind, uns unsere Grundrechte beschneiden zu lassen. Es soll zeigen, daß wir bereit sind, den Kampf für die Fortführung, für unsere Grundrechte weiterzuführen.

Genossinnen und Genossen, wir kämpfen dafür in der Bundeswehr gemeinsam mit unseren Kameraden, daß die Bundeswehr nicht eines schönen Tages auch darauf gedrillt wird, genauso wie die amerikanische Armee, diese Greuel in Vietnam durchführen zu müssen. Wir kämpfen dafür, daß wir nicht zu solchen Massakern befohlen werden, wie sie in Vietnam von der amerikanischen Armee durchgeführt werden. Wir sind nicht bereit, uns immer und in jedem Fall den Befehlen unserer Offiziere unterzuordnen, sondern wir sind bereit, gegen diese Offiziere aufzutreten, wenn sie uns befehlen, schießt auf Eure eigenen Landsleute. Wir sind bereit, dagegen aufzustehen, wenn es heißt, schlagt streikende Arbeiter nieder. Wir brauchen für diesen Kampf, Genossen, volle Solidarität derjenigen Jugendlichen und Kameraden unter Euch, die zur Zeit im Zivilberuf stehen. Wir bitten Euch, uns in diesem Kampf in der Bundeswehr zu unterstützen.

Gruppenarbeit

Sonja Judik, Velbert

Im Arbeitsbericht wird gesagt, daß unsere Tätigkeit aus drei Bestandteilen besteht:

1. den Aktionen,
2. einer modernen Gruppen- und Clubarbeit,
3. der marxistischen Bildungsarbeit.

Was das erste angeht, waren wir, glaube ich, ganz gut. Für die Bildungsarbeit gibt es zumindest bei uns eine richtige Konzeption. Aber ich meine, was unsere Gruppen- und Clubarbeit angeht, da gibt es noch viele Versäumnisse. Wir führen in unserer Gruppe regelmäßig wöchentlich einen Gruppenabend durch. Wir verfügen über einen Gruppenkeller, haben also eigentlich ideale Bedingungen. Dennoch müßte meiner Meinung nach das Gruppenleben wesentlich vielgestaltiger sein. Ich muß sagen, dazu fehlen uns oft Ideen. Die Gruppenabende leben noch viel zu sehr davon, daß wir einen guten Referenten haben. Die Mitarbeit der einzelnen Gruppenmitglieder ist sehr schlecht. Das Programm ist viel zu einseitig als Bildungsprogramm angelegt. Aber andere Vorschläge gibt es kaum. Wir treffen uns zwar auch öfter außerhalb der offiziellen Gruppenabende, wissen wir dann oft mit uns selbst nichts anzufangen, und es werden Gammelabende, an denen die Zeit totgeschlagen wird.

Ich führe das hier nicht an, um unsere Gruppe irgendwie herunterzumachen, im Gegenteil, ich fühle mich insgesamt sehr wohl darin. Aber ich glaube, daß es in vielen Gruppen nicht anders ist und daß nicht schlechter Wille, sondern mangelnde Erfahrung, Überlastung unserer Funktionäre und anderes mehr die Ursache ist. Ich möchte deshalb hier vorschlagen, den neuen Bundesvorstand zu beauftragen, der gruppenpädagogischen Betreuung größere Aufmerksamkeit zu schenken. Hier den Erfahrungsaustausch zu organisieren und der Entwicklung der Fähigkeiten der Gruppenfunktionäre auf diesem Gebiet mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Das wird unsere Organisation und ihre Aktionsbereitschaft nicht schwächen, sondern stärken.

Militärpolitik

Herwart Prudlo, Peine

In den Beratungen der nuklearen Planungsgruppe der NATO auf der Brüsseler NATO-Tagung hat er (Helmut Schmidt) an einem Geheimplan mitgearbeitet, der u.a. vorsieht, schon in dem sogenannten Spannungsfall in Mitteleuropa Atomwaffen einzusetzen. Ist das etwa Mitarbeit an einer europäischen Friedensordnung? Nein! Das ist die kontinuierliche Fortsetzung der Politik der Stärke, die von der CDU/CSU geprägt wurde. Die Bundeswehr ist nach wie vor in ihrem Aufbau, im Wesen und Charakter eine Aggressionsarmee in den Händen von Kapitalisten, Militaristen, alten und neuen Nazis. Der Antikommunismus bildet heute ebenso die tragende Idee in der Kriegsideologie des deutschen Imperialismus wie er schon im 2. Weltkrieg das propagandistische Vorfeld war, hinter dessen die großdeutsche Wehrmacht den Angriff auf die Sowjetunion vorbereitete. Heute richtet sich der Hauptgedanke der anti-kommunistischen Erziehung der jungen Bundeswehrsoldaten konsequenterweise also gegen die Brüder und Schwestern in der DDR.

elan-extra Dokumen- tation vom 2. Bundes- kongreß der SDAJ, Dortmund 13./14. 12. 69

Rüstungshochburg

Sold Schmidt, Idar-Oberstein
Genossen, ich möchte etwas über die Situation in meinem Lande sagen, weil ich glaube, daß sie auch in gewisser Weise ein Extrem darstellt, nämlich die Situation erstens einmal, daß Milliardenbeträge ausgegeben werden für unsere Rüstung, für unsere Aufrüstung. Speziell in meinem Lande, in Rheinland-Pfalz, ist zu beobachten, daß die Truppenkonzentration die höchste Truppenkonzentration in Europa ist. Daß dort Giftgase gelagert werden, daß dort Mittel zur „Entlaubung“ hergestellt werden, die nicht nur zur Insektenbekämpfung dienen. Dort werden Mittel hergestellt, die auch die Wahrscheinlichkeit besitzen, hinauszugehen nach Vietnam. Deshalb, weil diese Truppenkonzentration so stark ist, die Ausgaben für die Rüstung so stark sind, weil Stollen jahrelang in Lorch am Rhein vorangetrieben werden, um militärische Dinge zu lagern, – daß dort keine Kaninchen gezüchtet werden, ist für jeden klar – aber welche Dinge werden dort gelagert?
Genossen, in diesem Lande, in dem so viel konzentriert ist an Macht, in diesem Lande sieht es so aus, daß Landkreise dort sind mit 144 Gemeinden, die ein Schwimmbad haben und zwanzig Sportplätze.
Unvorstellbar vielleicht, aber die Situation ist noch krasser in anderen Landgemeinden, das war der Landkreis Brunn. Überwiegend ist dort auch festzustellen, das Zwergschulensystem. Bei uns in Rheinland-Pfalz sieht es nämlich so aus, daß dort

mehr Kinder in Zwergschulen gehen, als sie z.B. in breitere Schulsysteme eingebaut werden können. D.h., für die Bildung unserer jungen Menschen wird wenig getan.

Weiter geht es mit einer ganz schändlichen Sache, die hier noch nicht angesprochen wurde. Nämlich der Lohnfrage. Ecklöhne gibt es in diesem Lande von 3,- DM in der Klein-Metallwarenindustrie und im Kfz-Handwerk. Und dann sehen wir uns die jungen Genossen an, die mit 15 Jahren 55 % Abschläge an diesem Ecklohn haben, und dann können wir uns ausrechnen, was diese jungen Menschen verdienen. Dann eine weitere Schändlichkeit, daß ein 20jähriger immer noch 8 % seines Ecklohnes abverlangt bekommt – als Abschlag. Auch dagegen sollte unsere Forderung meiner Ansicht nach laufen. Ich glaube, wenn wir die Situation so sehen, auf der einen Seite mächtige Rüstungsausgaben, auf der anderen Seite soziale Mißstände, und dann die Straffälligkeit noch beobachten in diesem Lande, dann sehen wir, daß 11 000 im letzten Jahr in diesem Lande straffällig wurden. D.h. so viele Straffällige wie z.B. die Stadt Wittlich oder die Lederstadt Kirn Einwohner hat, oder besser gesagt, wie die Ingenieurschulen, Fachhochschulen und technischen Hochschulen Schüler besitzen.

Arbeiterjugendpolitik

Doris Wichard, Dortmund

Wir diskutierten in unseren fünf Dortmunder Gruppen sehr intensiv über die Probleme der Lehrlingsausbildung in der Bundesrepublik, über die Notwendigkeit einer qualifizierten Ausbildung für das Jahr 2000 und über die Ursachen für unsere schlechte Ausbildung. Wir suchten Kontakt zu anderen, nicht organisierten Jugendlichen und jungen Gewerkschaftern. Wir kamen am 6.3.1969 zu der Gründung eines Ausschusses Dortmunder Lehrlinge. Am 25.4.1969 fand die erste Demonstration in Dortmund für ein einheitliches Berufsausbildungsgesetz statt. Sie wurde von dem Lehrlingsausschuß organisiert. Rund 300 Lehrlinge beteiligten sich an dieser Kundgebung auf dem Alten Markt mit anschließendem Trauerzug zur Industrie- und Handelskammer.

Diese Demonstration wurde in der lokalen Presse intensiv behandelt und wir erreichten eine breite Diskussion über die Ausbildung in Betrieb und Schule. In der Vorwoche zum 21. Juni veranstaltete die SDAJ Dortmund eine Abstimmung, in der die Lehrlinge und jungen Arbeiter aufgerufen wurden, sich zu dem gerade verabschiedeten Berufsausbildungsgesetz zu äußern. Wir verteilten die Stimmzettel vor Betrieben, Lehrwerkstätten und Berufsschulen. Eine Wahlurne wurde aufgestellt, in die jeder seinen Zettel einwerfen konnte. Rund 98 % der Beteiligten sprachen sich gegen das verabschiedete Gesetz aus. Der größte Teil unterzeichnete mit Adresse den Stimmzettel und erklärte sich somit bereit, sich aktiv für eine bessere Berufsausbildung einzusetzen und für die Mitbestimmung für die Jugend einzutreten. Da gerade eine solche Abstimmung Diskussionen heraufbeschwört, konnten wir einen nicht geringen Prozentsatz zur Mitarbeit in unserem Verband anregen und bekamen auf diese Weise neue Mitglieder. Im Laufe des Jahres führten wir verschiedene Betriebsaktionen durch.
Bei Peters, Hollstein & Kappert, Opel Stratemann und Berrang & Cornel wurden Flugblätter verteilt, auf denen konkrete Mißstände in den Betrieben aufgezeigt wurden.
Insbesondere bei V. Peters erreichten wir damit eine intensive Diskussion der Lehrlinge über ihre Probleme. Wir führten ein Gespräch, zu dem fast

alle angesprochenen Lehrlinge erschienen. Die Geschäftsleitung erklärte sich plötzlich nach zwei Flugblättern bereit, den Lehrlingen kostenlos Werksunterricht zu erteilen.

Vorher wurden Lehrlinge, bei denen die Facharbeiterprüfung gefährdet war, Nachhilfestunden von dem Ausbilder erteilt, die allerdings bezahlt werden mußten. Plötzlich blieben die Lehrlinge nicht mehr monatlang in einer Abteilung stecken sondern man richtete sich nach den aufgestellten Plänen. Man legte sogar Wunschzettel bereit, auf denen die Lehrlinge ihre Wünsche der Geschäftsleitung vortragen konnten.

Wir werden uns in Dortmund in Zukunft sehr intensiv mit dem Entwurf zur Mitbestimmung der Jugendvertreter in den Betrieben auseinandersetzen, den wir auf unserer Landeskonferenz beschlossen haben.

Wir werden schon im Dezember mit Jugendvertretern einiger Firmen zusammentreten, um dieses Papier auf die konkreten Bedingungen der einzelnen Betriebe zurechtzuschneiden.

Dieses Papier dient als Anregung für jede Jugendvertretung. Aus ihm können wir nicht wenige Forderungen gemeinsam mit den Betriebsräten der Leitung der einzelnen Betriebe vorlegen.

Wir werden uns in unserem Dortmunder Lehrlingsausschuß bemühen, für einzelne Betriebe Konzeptionen auszuarbeiten, und in den Betrieben zur Diskussion über die Mitbestimmungskonzeption auffordern und versuchen, Teile mit ihnen gemeinsam zu verwirklichen.

Denn die Mitbestimmung der Jugend wird nur durch die Jugend selbst und ihre Organisationen und Vertreter zu erreichen sein.

Europäische Sicherheit

Peter Bubenberger, Köln

Wir sind der Auffassung, daß das Problem des Friedens und der Sicherheit ein Problem ist, das die Jugend Europas und ganz besonders der Bundesrepublik angeht, weil, das wissen wir alle, bislang von der Regierung der CDU/CSU alles getan worden ist, eben diesen Frieden und diese Sicherheit in Europa zu torpedieren, nicht zu gewährleisten und wo Ansätze waren, keine aktive Politik zu entwickeln, diese Ansätze zu festigen. Ich meine, daß mit der neuen Regierungsbildung sich Möglichkeiten aufgetan haben, daß die Probleme des Friedens und der Sicherheit in Europa näher rücken. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik hat es eine Regierung fertiggebracht, bestehende Grenzen zunächst einmal zur Kenntnis zu nehmen. Und ich meine, das ist schon ein kleiner Fortschritt.

Gemeinsame Aktionen

Sonja Schmidt, München

Wir haben in München im Rahmen der Bundestagswahl durch viele Gespräche und Diskussionen erreicht, einen gemeinsamen Wahlauftritt gegen die NPD und die CSU mit Jungsozialisten, Gewerkschaftsgruppen und anderen Jugendorganisationen herauszubringen. Unsere Aufgabe ist es nun, diese Kontakte weiterzuentwickeln. In Unterhaltungen mit Kollegen und Freunden hören wir immer wieder, daß sie nur darauf warten, daß wir zu ihnen kommen und sie auffordern, mit uns gemeinsame Aktionen zu machen. Ich möchte nur noch einmal betonen, daß es unsere Aufgabe ist, Impulse weiterzugeben an andere Gruppen.



**Aus dem Schlußwort des
wiedergewählten Bundes-
vorsitzenden
Rolf-Jürgen Priemer**

Genossen, wir haben heute eine politische Erklärung nach einigen Stunden Diskussion auf diesem Kongreß, nach vorausgegangener Diskussion in den Gruppen und Landesverbänden beschlossen. Diese Erklärung stellt ebenfalls eine neue Etappe unseres Kampfes dar. Sie orientiert auf die Erwartungen der jungen Generation von heute, in ihren Erwartungen, die sie an die Zukunft stellen, und wir haben versucht, diese Erwartungen in konkrete Worte zu fassen und eine konkrete Arbeit zu organisieren.

Dieser Bundeskongreß hat auch Stellung genommen zu dem Unvereinbarkeitsbeschluß des SPD-Präsidiums. Und ich glaube, dieser Bundeskongreß hat dieser Entscheidung, diesem Gremium, die einzig richtige Antwort erteilt. Wir lassen uns von einem Herrn Wehner, wir lassen uns von dem SPD-Parteipräsidium nicht aus unserer richtigen Richtung bringen. Unsere Richtung beruht

auf unseren Erfahrungen, die wir in den 19 Monaten der Existenz unserer Organisation gesammelt haben. Wir ziehen den Schluß hieraus: die Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Jugendlichen, mit den Freunden von den Jungsozialisten, von den Falken, von der Gewerkschaftsjugend und allen Kräften von diesem Kongreß aus zu verstärken.

Genossinnen und Genossen! Ich appelliere von diesem Kongreß aus an alle unsere Mitglieder, diesen gemeinsamen Kampf, diese gemeinsamen Anstrengungen zu verstärken, sie zu entwickeln auf allen Ebenen: in der Gruppe, im Ortsverband, im Landesverband und im Bundesverband.

Genossinnen und Genossen! Wir haben einen bewegenden Kongreß gehabt. Wir werden unseren Kampf fortsetzen, gegen die NPD und den Neonazismus. Die NPD muß aus der politischen Landschaft der Bundesrepublik verschwinden!

Wir haben auf diesem Kongreß auch zu der US-Aggression, zu dem Völkermord der USA in Vietnam Stellung genommen. Wir verlangen von der Bundesregierung, daß sie sich sofort und unverzüglich von den Massakern der US-Truppen in Südvietnam distanziert. Und, Genossinnen und Genossen, wir werden nicht eher ruhen, bis dieser Krieg, bis dieser Völkermord in Vietnam beendet ist. Und so ist hier diskutiert, gefordert und beschlossen worden, daß dieser Jugendverband, die SDAJ, gemeinsam mit anderen Organisationen ihre Anstrengungen, ihre Aktivitäten, die schließlich zum sofortigen, totalen und bedingungslosen Abzug der Amerikaner aus Südvietnam führen, verstärken muß.

Genossinnen und Genossen, der 8. Mai 1970 ist für uns ein historisches Datum. Es ist der 25. Jahrestag an dem dem Hitlerfaschismus eine Niederlage bereitet wurde. Wir können diesen Tag zum Anlaß nehmen, ihn zu einem Höhepunkt in unserem Kampf um europäische Sicherheit, zu einem Höhepunkt unseres Kampfes um die Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrages durch den Bundestag zu machen und das sollten wir tun. Genossinnen und Genossen, ich glaube, daß dieser Kongreß gezeigt hat, daß alle Probleme, daß alle Fragen, die wir hier diskutiert und alle Beschlüsse, die wir hier gefaßt haben, dem Ziel dienen, nämlich die Arbeiterjugendbewegung der Bundesrepublik zu stärken und auch unsere Organisation zu stärken. Unsere Organisation muß sich politisch und ideologisch festigen, unsere Organisation muß organisatorisch stärker werden

und unsere Organisation muß personell gestärkt werden. Das bedeutet: wir werden in den nächsten Monaten und mehr Mitglieder kämpfen und wir werden sie auch erreichen.

Genossen, wir hatten auf diesem Kongreß eine Menge von Gästen. Wir hatten Gäste aus dem Inland und wir hatten Jugenddelegationen aus dem Ausland. Wir sind stolz, daß auf unserem Kongreß Jugenddelegationen von einer Repräsentanz teilgenommen haben, die bei keiner anderen Jugendveranstaltung in der Bundesrepublik bisher anzutreffen war. Ich möchte mich an dieser Stelle bei den internationalen Delegationen bedanken. Wir danken ihnen für ihr Kommen und wir danken ihnen für ihre herzliche Teilnahme. Wer diesen Kongreß miterlebte, kann den Schluß ziehen: Wir wollen alles veranlassen, um unser freundschaftliches Verhältnis zur Jugend der Deutschen Demokratischen Republik zu vertiefen. Die Deutsche Demokratische Republik ist der erste Staat des Sozialismus auf deutschem Boden! Wir sind stolz darauf!

Genossinnen und Genossen! Zu einem der Höhepunkte dieses Kongresses zählte der gestrige Nachmittag, als unser Genosse Genadi Janojew die Grüße des Leninschen Komsomols unserem Kongreß überbrachte. Wir erklären unsere tiefe Verbundenheit zu den Völkern der Sowjetunion und zum Leninschen Komsomol.

Mit dem Ruf „An alle! An alle! An alle!“ wurde 1917 eine neue Epoche eingeleitet und wir wissen, auch um die Bundesrepublik wird die Entwicklung des Sozialismus keinen Bogen machen! Darum werden wir diesen Kampf um die demokratische Erneuerung und gegen die Macht des Großkapitals verstärken.

Genossinnen und Genossen, vor wenigen Minuten wurde uns eine Einladung vom Leninschen Komsomol übermittelt, daß 250 Mitglieder der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend im nächsten Jahr, im Jahr des 100. Geburtstag von Wladimir Iljitsch Lenin, die Sowjetunion besuchen können. Genossen, wir danken dem Leninschen Komsomol für diese Einladung. Wir sind stolz als junge Marxisten der Bundesrepublik in den 19 Monaten unseres Bestehens ein so freundschaftliches Verhältnis zu diesem Jugendverband hergestellt zu haben. Es lebe das Kampfbündnis der sozialistischen Jugendbewegung in Europa und in der Welt! Es leben die revolutionären Ideen von Marx, Engels und Lenin! Es lebe der proletarische Internationalismus!

elan-extra
Dokumen-
tation
vom 2.
Bundes-
kongreß
der SDAJ,
Dortmund
13./14.
12. 69

Die Zukunft sichern

Für eine demokratische und fortschrittliche Bildung

Für das Mitbestimmungsrecht der Jugend

Erklärung, verabschiedet auf dem 2. Bundeskongreß

I.

Dieses Land braucht tiefgreifende gesellschaftspolitische Veränderungen.

Die geschichtliche Aufgabe der Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen demokratischen Kräften besteht in der Überwindung der reaktionären Macht des Großkapitals, in der Entwicklung zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Auf dem Wege dorthin müssen wir sagen, was heute und morgen zu tun ist, müssen wir konkrete Vorstellungen haben, die den Interessen der Mehrheit der Jugend unseres Landes entsprechen, die zur Veränderung des politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses in der Bundesrepublik zugunsten der Arbeiterklasse beitragen.

Als junge Sozialisten treten wir heute dafür ein:

- daß die alte Politik, die Politik der Ewiggestrigen, die der Fortschrittsgegner überwunden, daß die Macht der Monopole, die unserer Zukunft im Wege stehen, zurückgedrängt wird. Wir gehen dabei davon aus, daß demokratische Veränderungen und der Frieden nur durch Klassenkampf erzwungen werden können.

- daß der Jugend eine umfassende demokratische Bildung für morgen gesichert wird; daß die Arbeiterjugend — dem zahlenmäßig größten Teil der jungen Generation, dem jungen Teil der Klasse, die alle Werte schafft — durch umfassende Mitbestimmungsrechte und moderne Bildung die Möglichkeit erhält, auch die Schalthebel der Gesellschaft zu bedienen, ebenso wie die Schalthebel der modernen Maschinen.

Die Jugend erwartet viel von den 70-iger Jahren, von der Entwicklung zum Jahre 2000.

Sie will:
eine Politik des Friedens und der guten Zusammenarbeit mit allen Völkern.

Sie will:
sichere Arbeitsplätze,
• steigenden Lebensstandard, Kultur und Bildung,
• weltweite Vorbereitungen auf die Umwälzungen in Wissenschaft, Technik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Sie will:
freie Entfaltung des Individuums,
• Mitbestimmung in allen Bereichen,
• die Abschaffung der ungerechten Besitz- und Machtverhältnisse,
• die demokratische Umgestaltung der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse zugunsten des arbeitenden Volkes.

Es gilt, dieses Land und diese Gesellschaft zu verändern, besser und gerechter zu gestalten.

Wie können wir das erreichen?

Indem wir das Alte überwinden!

Das Alte

- das ist das Großkapital,
- das ist die CDU/CSU und die NPD,
- das ist ihre gemeinsame, reaktionäre Politik, die Politik der Ewiggestrigen.

Das Alte

- das ist ein Komplott von Fortschrittsgegnern.

Das Alte

- das ist die Unterstützung der faschistischen US-Massaker in Vietnam,
- das ist das Bündnis mit faschistischen Regimen, wie Spanien, Portugal, Griechenland und Südafrika,
- das ist die Förderung des Neonazismus in der Bundesrepublik,
- das ist der Drang nach Notstandsdictatur,
- das ist Bildungsnotstand,
- das ist die Politik der Bevormundung und der Diskriminierung der Jugend.

Für diesen Zustand ist das Großkapital und seine Hauptpartei, die CDU/CSU, verantwortlich.

Die 20jährige Geschichte der Bundesrepublik beweist: geschenkt wird der Jugend nichts.

Der Fortschritt setzt sich nur in dem Maße durch, wie die Jugend selbst in die für die Zukunft der Gesellschaft bestimmenden politischen und wirtschaftlichen Prozesse eingreift, wie sie am politischen und wirtschaftlichen Kampf teilnimmt und sich aktiv für ihre demokratischen Rechte engagiert.

Es kommt darauf an, daß für sie „mehr Demokratie wagen“ (Regierungserklärung Willy Brandts) keine Phrase bleibt, sondern in erster Linie Kampf zur Durchsetzung der eigenen Forderungen bedeutet. Demokratie bedeutet vor allem die Mitbestimmung der Arbeiterklasse und ihres jugendlichen Teils, der Arbeiterjugend, in Betrieb, Schule, Universität, Staat und Gesellschaft. So wird der Kampf der Jugend für die eigenen Rechte Bestandteil des Kampfes um demokratische Rechte des Volkes.

Die SDAJ will,
daß die Bundesrepublik ein fortschrittliches Land wird, in dem die Stimme der demokratischen Jugend etwas gilt, in dem sich die Jugend frei entfalten kann, so wie wir es der Jugend unseres Landes im Aktionsprogramm unseres Gründungskongresses vom 4./5. Mai 1968 vorgeschlagen und mit dieser Erklärung ergänzt haben.

II.

Bildung greift ins nächste Jahrhundert

Umwälzende Entdeckungen und Erfindungen revolutionieren in einem nie gekannten Ausmaß die materiell-technischen Grundlagen der Arbeitswelt.

Moderne Maschinensysteme, die eine veränderte Stellung des Menschen im Produktionsprozeß nach sich ziehen, bestimmen in zunehmendem Maße das Gesicht der Betriebe.

Alte Berufe sterben aus, viele scheinen automations sicher und verschwinden dennoch. Neue Berufe entstehen. Wo gestern noch 100 Arbeiter am Arbeitsplatz standen, wird morgen evtl. nur noch einer beschäftigt. 99 brauchen dann andere Arbeit.

Schon morgen können unter kapitalistischen Verhältnissen viele Arbeiter von diesen Veränderungen überrascht werden. Trotzdem werden bei uns 90 von 100 Jugendlichen so unterrichtet und ausgebildet, als gäbe es keine wissenschaftlich-technische Revolution. Mit den Kenntnissen und Methoden, die heute in Ausbildungstätten weitergereicht werden, kann — da eine breite Grundlagenausbildung nicht vorhanden ist — in sieben, zehn, fünfzehn Jahren niemand mehr etwas anfangen.

Wichtige Entscheidungen der Zukunft müssen jetzt in den Schulen, in Werkstätten, in Labors und in Hörsälen fallen. Es ist bald möglich, durch Nutzung thermonuklearer Reaktionen oder der Sonnenenergie bzw. von Ebbe und Flut, durch Nutzung der Wärme des Erdinneren, neue Energiequellen zu erschließen, um damit die gesamte Erdbevölkerung zu versorgen. Bis 1990 können voraussichtlich schon 1/3 der Welt-nahrungsmittel aus dem Meer gewonnen werden. In wenigen Jahren starten bemannte Weltraumunternehmen zu anderen Planeten.

Diese rasante Entwicklung erfaßt jeden von uns

Allein die Tatsache, daß heute von einer „Wissensexplosion“ gesprochen wird, zeigt, wie gewaltig die Anforderungen sind und sein werden, die der arbeitende Mensch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zu meistern haben wird. Voraussagen von Wissenschaftlern ergeben, daß heute in der Welt nur etwa 10% von dem bekannt ist, was im Jahre 2000 als gesichertes Wissen betrachtet werden kann. In den nächsten 30 Jahren werden demzufolge mehr technisch-wissenschaftliche Umwälzungen stattfinden als in den vergangenen 300 Jahren.

Das heißt auch: die moderne Produktion stellt ständig steigende Ansprüche an das Wissen der Menschen. In wenigen Jahren wird wirksam, was Kinder und Jugendliche heute lernen. Kinder, die 1970 in die Schule kommen, sind im Jahre 2000 36 Jahre alt und zählen dann zu den Hauptträgern der Produktion.

Es liegt auf der Hand, daß die wissenschaftlich-technische Revolution zu tiefgreifenden Wandlungen der beruflichen Vor-, Aus- und Weiterbildung führen muß, weil sie die Funktion des Arbeiters oder des Angestellten sowie

den Charakter und den Inhalt ihrer bisherigen Tätigkeiten verändert.

Diesen Erfordernissen wird das bestehende Bildungs- und Ausbildungssystem nicht gerecht.

Die Entwicklung in der Bundesrepublik stößt immer mehr an die Fesseln des monopolkapitalistischen Systems. Zwar sind die Monopole gezwungen, im Interesse ihres Profits mehr technische und naturwissenschaftliche Kenntnisse zu vermitteln, aber zugleich versuchen sie, die Jugend mit allen Mitteln von dem Einblick in die gesellschaftlichen Zusammenhänge fernzuhalten, ihre Kritik an diesem herrschenden System zu unterdrücken. Das herrschende Bildungssystem soll der Festigung und dem Ausbau der Macht des Großkapitals dienen. Die Bildungsinhalte werden im wesentlichen von den Herrschenden bestimmt. Der Mehrheit der Arbeiter- und Angestelltenkinder ist der Zugang zu höherer Bildung versperrt.

Kein Zweifel kann jedoch daran bestehen, daß der Drang der Jugend nach Aneignung der neuen Entdeckungen der Naturwissenschaft, nach Beherrschung der modernsten Technik und nach Kenntnis der Wege zum Aufbau einer neuen, humanen Gesellschaftsordnung auf die Dauer nicht zu unterdrücken ist.

Die sozialistischen Staaten machen deutlich, was es bedeutet, wenn die wissenschaftlich-technische Revolution zum Wohle des Menschen eingesetzt wird und welche großen Bildungsereserven in der arbeitenden Bevölkerung liegen. Im übrigen beweist die herrschende Klasse seit Jahrzehnten am Beispiel ihrer Kinder die Richtigkeit unserer Meinung, daß sich jedes normale Kind hohe Bildung aneignen vermag, wenn die dazu notwendigen Voraussetzungen geschaffen sind.

Die SDAJ läßt sich in ihrer bildungspolitischen Zielstellung von den Interessen und Bedürfnissen der arbeitenden Klasse leiten. Sie fordert:

Keine Bildung mehr für die Welt von gestern, für die Welt des Großkapitals, sondern demokratische Bildung und Ausbildung für die Arbeitenden, für die Welt von morgen.

Die SDAJ sieht folgende Bildungsaufgaben für die kommenden Jahre als dringlich an:

a) Gleiche Bildungsmöglichkeiten für alle.
Dieses demokratische Grundrecht bedingt eine breite Förderung und Unterstützung vor allem der sozial schwächer gestellten Schichten. Die Besetzung bestehender Bildungspflöge und -schränken sind eine wichtige Voraussetzung zur Verwirklichung des Gleichheitsgrundsatzes (Grundgesetz, Artikel 3).

Notwendige Schritte dazu sind:
• Wesentliche Erhöhung der staatlichen Ausgaben für Bildungszwecke (wichtigste Maßnahmen zur Finanzierung sind eine Gewinnsteuer für Unternehmer und eine sofortige drastische Kürzung des Rüstungsetats);
• Wirksame Ausbildungsförderung, insbesondere für die Arbeiterjugend;
• Vollbezahlte Freistellung von der betrieblichen Tätigkeit zu Bildungszwecken — durch gesetzliche und/oder tarifliche Regelung (sogenannter Bildungsurlaub); die Auswahl der Bildungsveranstaltungen liegt allein bei den Arbeitenden.

b) Ein fortschrittliches demokratisches Bildungssystem mit Inhalten die an der Humanität, dem Frieden, der Völkerverständigung, dem wissenschaftlichen Fortschritt und an einer kämpferischen Demokratie orientiert sind, ist eine wesentliche Voraussetzung, um die Zukunft zu meistern.

Es entspricht den Lebensinteressen der Arbeiterjugend,
• daß ein festes Grundlagenwissen vermittelt wird,
• daß die Bildungsinhalte von den fortschrittlichen Erkenntnissen der Natur- und Gesellschaftswissenschaften ausgehen,
• daß die Bildung frei ist von Militarismus, Völkerverhaß und Rassenhaß, von Antikommunismus,
• daß die Bildung nicht der Herrschaft über Menschen, sondern der Befreiung von Unterdrückung und Ausbeutung dient,
• daß durch eine demokratische Bildung und Ausbildung soziale Sicherheit, Entwicklung der Persönlichkeit, Recht auf Arbeit und Arbeitsplatz gewährleistet werden,
• daß für Mädchen und junge Frauen gleiche Rechte und Möglichkeiten geschaffen und garantiert und besondere Förderungsmaßnahmen getroffen werden,
• daß Bildung den Menschen in die Lage versetzt, durch die Einsicht in die gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze sein Leben bewußt zu gestalten und aktiv am gesellschaftlichen Fortschritt teilzunehmen, weil es darum geht, daß die Arbeiterjugend nicht nur die Hebel der Maschine, sondern auch die Hebel der politischen Entscheidungen fachgerecht bedienen kann.

c) Folgende strukturelle Bedingungen müssen geschaffen werden:

• eine auf die Gesamtschule vorbereitende Vorschulelehre;
• eine zehnklassige demokratische Gesamtschule, darauf aufbauend die zweiklassige Oberstufe (Abiturstufe) der Gesamtschule;
• Einführung der Jugend in die grundlegenden technischen und technologischen Prozesse der Arbeitswelt von morgen (polytechnischer Unterricht).

• nach erfolgreicher Berufsausbildung erhält jeder Jugendliche die staatliche Anerkennung als Facharbeiter, bei Erreichen bestimmter Normen in der Ausbildung des Abiturs;
• Die zur Gesamthochschule integrierten Fachschulen, Ingenieurschulen und Universitäten.

d) Der Kampf um ein fortschrittliches, einheitliches Berufsausbildungssystem, muß nach dem Inkrafttreten des Berufsbildungsgesetzes am 1. September 1969 verstärkt fortgesetzt werden. Dieses Gesetz dient den Profitinteressen des Großkapitals, es erfüllt nicht einmal die Forderungen der Gewerkschaften von 1919.

Die Berufsausbildung ist untrennbarer Bestandteil eines einheitlichen, demokratischen Bildungssystems. Die wissenschaftlich-technische Revolution und die sozialen Interessen der arbeitenden Jugend erfordern die Verbindung von allgemeiner Bildung und beruflicher Ausbildung.

Die Berufsausbildung darf nicht länger den Profitinteressen des Unternehmers unterworfen sein, das mit seinen Industrie-, Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern nahezu unumschränkt über die Berufsausbildung bestimmt.

Wir fordern:

• Einen fortschrittlichen, demokratischen und wissenschaftlichen Inhalt der Berufsbildung.

• Ein einheitliches Gesetz, das grundsätzlich für alle Berufe maßgebend ist und nicht wie das Berufsbildungsgesetz so wichtige Bereiche wie das Handwerk, den öffentlichen Dienst und die Seeschifffahrt weitgehend ausklammert.

• Eine breite berufliche Grundlagenbildung, die es ermöglicht, durch umfassend angelegte Berufsbilder im Sinne von Grundberufen und darauf aufbauende Spezialisierungen den vielseitig einsetzbaren Facharbeiter heranzubilden. Der Facharbeiter darf nicht Anhängsel einer Maschine oder eines Konzernbetriebes sein, sondern

er soll ohne Beeinträchtigung seiner sozialen Lage die neuen technischen Erfordernisse meistern können.

• Eine Berufsausbildung, die hohe naturwissenschaftlich-mathematische, fachtheoretische und fachpraktische Ausbildung verbindet und alle Lehrlinge diesen Voraussetzungen entsprechend zu einem staatlich anerkannten Facharbeiterabschluß führt.

• Den Ausbau eines auf demokratischen Inhalt orientierten zweiten Bildungsweges für junge Facharbeiter in der Weise, daß sie — neben anderen Wegen — auch über diese Form die allgemeine Hochschulreife erwerben können und daß sie eine allgemeine, kostendeckende, familienunabhängige Studienförderung bei beruflicher Weiterbildung erhalten.

• Die entscheidende Verbesserung der berufspraktischen Ausbildung in den Unternehmen und die Zurückdrängung des bestimmenden Einflusses der Unternehmensleitungen auf die betriebliche Ausbildung.

• Keine Ausnutzung der Lehrlinge im Produktionsprozeß.

• Die Kosten der Berufsausbildung sind durch eine Ausbildungsumlage der Großkonzerne aufzubringen.

• Daß die berufliche Weiterbildung von den Unternehmern und vom Staat gefördert wird. An diese Förderung dürfen keine Bedingungen für den Geförderten geknüpft werden.

• Eine vielseitige Ausbildung an modernen Aggregaten und Maschinensystemen im Betrieb oder in überbetrieblichen, modernen Lehrwerkstätten. Die Ausbilder müssen einen staatlich anerkannten fachlichen und pädagogischen Befähigungsnachweis haben.

• Die Berufsausbildung ist eine öffentliche Aufgabe, die unter der Kontrolle demokratischer Organisationen stehen muß. Die Entscheidungsbefugnis der Kammern über die Berufsausbildung ist zu überwinden. Es ist ein Bundesausschuß für berufliche Bildung zur Gestaltung und Überwachung aller berufsbildenden Maßnahmen zu schaffen. Er arbeitet nach dem Grundsatz der Selbstverwaltung bei entscheidendem Einfluß der Gewerkschaften und der Arbeiterjugendorganisationen.

• Der Bundeswehr darf kein Recht zur Lehrlingsausbildung und zur Führung anderer ziviler Ausbildungsstätten eingeräumt werden, da das der Militarisierung der Berufsausbildung Vorschub leistet.

• Ein zentrales wissenschaftliches Berufsforschungsinstitut, das die Entwicklung der Berufs- und Qualifikationsstruktur im Interesse der Arbeiter und vor allem der Arbeiterjugend zukunftsorientiert erforscht. In diesem Institut müssen die Gewerkschaften und die Vertretungen der Arbeiterjugend volle Mitbestimmung erhalten. Die Leitung und die Mitarbeiter des Instituts müssen von den Weisungen der Bundes- und Länderregierungen unabhängig sein.

• Eine eng aufeinander abgestimmte betriebliche und schulische Berufsausbildung und einheitliche Lehrpläne.

• Die schulische Berufsausbildung muß in das Berufsbildungsgesetz mit aufgenommen werden, um die Diskrepanz zwischen betrieblicher und schulischer Berufsausbildung zu beseitigen.

• Mindestens 15 Berufsschulstunden an zwei Arbeitstagen in der Fünftage-Woche sind gesetzlich festzulegen, und das Fachlehrerprinzip ist zur Norm zu erklären.

• Der Lehrermangel ist schnellstens zu beseitigen, die Klassenfrequenz ist zu senken, die ständige kostenlose Fortbildung der Lehrkräfte zu gewährleisten, ihre Bezahlung anzuhäufeln und das Berufsschulnetz unter Beachtung vielseitiger Entwicklungsmöglichkeiten der Jugend auszubauen.

• Vertreter der Berufsschullehrer müssen an den zu schaffenden Berufsausbildungsausschüssen stimmberechtigt beteiligt werden.

Eine zeitgemäße und demokratische Ausbildung und Berufsausbildung, die den Interessen der Arbeiterjugend entspricht und die den Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution gerecht wird, ist mehr als eine bloße Bildungsfrage. Sie ist vielmehr eine Frage der sozialen Sicherheit, der Zukunft der Arbeiterjugend und zugleich von Bedeutung, im demokratischen Sinne gesellschaftsverändernd zu wirken. Die Einheit von hoher Fachbildung und die Vermittlung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse ist für die Entwicklung der Jugendlichen zu gebildeten, demokratisch denkenden und handelnden Menschen erforderlich. Sie schafft günstigere Bedingungen für die Entwicklung des Klassenbewußtseins der jungen Arbeiter.

III.

Für die Mitbestimmung der Jugend in Betrieb, Schule, Universität, Staat und Gesellschaft — Für die Selbsttätigkeit der Jugend

Die wirtschaftliche Leistungskraft der BRD beruht in hohem Maße mit auf dem Einsatz jugendlicher Arbeitskraft. Die Jugendlichen aber sind von der Mitbestimmung über ihre wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Zukunft ausgeschlossen. Wie überall in dieser ungerechten Gesellschaftsordnung stehen auch im Betrieb die jungen Arbeiter an letzter Stelle der Betriebshierarchie, ihre Jugendvertreter genießen nicht einmal Kündigungsschutz.

In einer Gesellschaftsordnung, in der der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit herrscht, die Gewinnsucht der Millionäre und Rüstungsindustriellen vor sozialer Besserstellung der Arbeiterklasse steht, haben die jungen Arbeiter nur so viel Rechte, wie sie sich in Betrieben und durch ihr Auftreten in der Öffentlichkeit erringen.

Durch den Kampf um das Mitbestimmungsrecht wird die Arbeiterjugend eine bessere Ausgangsposition in ihrer Auseinandersetzung mit dem Großkapital erringen.

Die klassenbewußte Arbeiterjugend kämpft für die Zurückdrängung der Macht einer kleinen überproduktionsmittel verfügenden Gruppe, die in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft Herrschaft ausübt. Sie kämpft für die Erringung und Ausweitung von Arbeitermacht. Sie unterstützt das Grundsatz- und Aktionsprogramm des DGB und alle antimonopolistischen, nicht integrierenden Mitbestimmungsmodelle. Junge Sozialisten vermitteln ihren Kollegen am Arbeitsplatz Einsicht in die Herrschaftsverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland und in die Notwendigkeit, durch Mitbestimmung zur Schwächung der Macht der Monopole sowie zur Erhöhung des Arbeitseinflusses beizutragen. Junge Sozialisten vermitteln Klassenbewußtsein.

Das Recht der Jugend auf Mitbestimmung muß vorwiegend im Bereich der Produktion, Verwaltung, Dienstleistung, Berufsausbildung, Schul- und Hochschulbildung zur Geltung kommen. Alle jugend- und bildungspolitischen Fragen sind der Jugend zur öffentlichen Diskussion zu unterbreiten, nach deren Vorstellungen zu überarbeiten und erst dann im Parlament zu verabschieden.

Mitbestimmung der Jugend im Betrieb

Der Kampf um die gleichberechtigte, selbständige Interessenvertretung der jungen Generation im Betrieb ist Bestandteil des Kampfes um Mitbestimmung. Daher gilt es, in allen Betrieben, in denen mehr als fünf Jugend-

liche beschäftigt sind, Gewerkschafter als Jugendvertreter zu wählen.

Wir treten ein für das Mitbestimmungsrecht der Jugendvertretungen in allen Fragen, die jugendliche Beschäftigte betreffen:

- In allen Fragen der betrieblichen und schulischen Berufsausbildung;
- der betrieblichen, beruflichen Weiterbildung bzw. Umschulung;
- des Jugendarbeitsschutzes;

- der Lohnfindung;
- der Entlohnung der Jungarbeiter bzw. bei der Festsetzung der Höhe des Lehrlingsentgeltes;
- der mit den jugendlichen Beschäftigten zusammenhängenden bzw. sie betreffenden Personalfragen;
- der Höhe und des Verwendungszwecks der vom Betrieb zu zahlenden Zuwendungen für die Jugendarbeit in den Betrieben;
- der Urlaubsregelung.

Wir sind für das selbständige Vorschlagsrecht an die Unternehmensleitung in enger Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat und den Gewerkschaften sowie für das Vetorecht der Jugendvertretungen in allen Jugendfragen.

Wir fordern eine wirksame Interessenvertretung der Arbeiterjugend im Betrieb gegen die Unternehmensleitung verlangt, daß:

- die Wahl von Jugendvertretern im Betrieb mit mehr als fünf beschäftigten Jugendlichen zwingend vorgeschrieben wird;

- auch in Betrieben ohne Betriebsrat die Wahl einer Betriebsjugendvertretung gewährleistet wird. Zur Initiative für die Jugendvertreterwahl müssen die Gewerkschaften berechtigt sein.

- die Zahl der Jugendvertreter über die jetzige Regelung hinaus erhöht wird;
- die Betriebsjugendvertretung in der Ausübung ihrer Tätigkeit nicht behindert wird. Kein Jugendvertreter darf in seinem beruflichen Fortkommen benachteiligt werden.

- die Jugendvertretung durch einen wirksamen Kündigungsschutz abgesichert wird. Jugendvertretern, die Lehrlinge sind, muß eine Weiterbeschäftigung nach Beendigung der Lehrzeit gesichert werden;

- auch Jugendvertreter — soweit es sich nicht um Lehrlinge handelt — zur Wahrnehmung der Interessen jugendlicher Beschäftigter bei größerer Belegschaftszahl freigestellt werden;
- auf Konzernebene aus den verschiedenen Jugendvertretungen eine Gesamtjugendvertretung gebildet

- wird;
- mindestens ein vierzehntägiger bezahlter Bildungsurlaub zur Qualifizierung der Jugendvertreter in ihrer Funktion vom Betrieb jährlich gewährt wird;

- die Jugendvertretung freier Zugang zu allen Betriebsabteilungen hat, in denen junge Menschen bis zu 25 Jahren beschäftigt sind;
- die Jugendvertretung das Recht bekommt, eigene Sprechstunden einzuberufen und an den Sprechstunden des Betriebsrates mitzuwirken;

- die Jugendvertretung das Recht bekommt, in eigener Verantwortung mit eigenem Programm mindestens alle Vierteljahre eine Jugendversammlung einzuberufen und durchzuführen;

- ein Fünftel der beschäftigten Jugendlichen und mehr eine Betriebsjugendversammlung einzuberufen kann. Die reaktionäre Regelung, daß der Unternehmer eine Jugendversammlung fordern und somit einberufen kann, und zu allen Jugendversammlungen einzuladen ist, muß entfallen. Das Rederecht des Unternehmers in der Jugendversammlung ist von der souveränen Entscheidung der Versammlung abhängig.

- die Lehrpläne der Betriebe und Berufsschulen für Lehrlinge Gewerkschaften, Betriebsjugendvertretern, Arbeiterjugendorganisationen und Eltern offengelegt werden.

Die Jugendvertretung kann nur bei einer kontinuierlichen Arbeitsmöglichkeit die immer komplizierter werden Probleme erfassen und die Interessen der jungen Belegschaftsmit-

glieder vertreten. Die Herauslösung einer großen Zahl von Jugendvertretern durch den Militär- bzw. Ersatzdienst hilft den Unternehmensleitungen, gut arbeitende Jugendvertretungen infolge der Einberufung zum Wehr- bzw. Ersatzdienst arbeitsunfähig zu machen. Deshalb muß

- der Jugendvertreter vom Wehr- bzw. Ersatzdienst freigestellt werden.

Die Arbeiterjugend kämpft um ihr Recht auf politische Betätigung und auf freie Betätigung der Gewerkschaften in den Betrieben. Sie kämpft für das Streikrecht aller Lehrlinge.

Es liegt im Interesse der Gesamtbelegschaft, wenn es zwischen der Jugendvertretung, die die spezifischen Belange der Jugend vertritt und dem Betriebsrat, der die gesamten Interessen der Belegschaft gegenüber der Unternehmensleitung wahrnimmt, zu einer vertrauensvollen, kollegialen Zusammenarbeit kommt. Dazu ist notwendig, daß:

- ein Mitglied des Betriebsrates stimmberechtigt an allen Sitzungen der Jugendvertretung teilnehmen kann;
- der Vorsitzende der Jugendvertretung an allen Sitzungen des Betriebsrates stimmberechtigt teilnimmt;
- die Jugendvertretung stimmberechtigt an allen Betriebsratsitzungen teilnimmt, bei denen Jugendfragen, d. h. alle Fragen, die die Interessen der Arbeiterjugend betreffen, beraten werden.

Mitbestimmung der Jugend in Staat und Gesellschaft

Eine echte demokratische Willensbildung, an der die Jugend maßgeblichen Anteil hat, ist Bestandteil des Kampfes für eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft. Gemeinsam mit allen demokratischen Kräften muß die Arbeiterjugend für die Wahrung und Erweiterung demokratischer Rechte eintreten, die Notstandspolitik und den Neonazismus bekämpfen und den Kampf der demokratischen Opposition mit außerparlamentarischen und parlamentarischen Mitteln stärken.

- Die Selbständigkeit und Gleichberechtigung der Jugend, der Kampf um Demokratie verlangen die Herabsetzung der Volljährigkeit auf 18 Jahre im Zuge der Neufestsetzung des Wahlalters.

- In den Parlamenten und Ausschüssen erhalten die demokratischen Jugendorganisationen, die Betriebsjugendvertretungen, die Jugendringe des Anhörs- und Mitspracherechts. Gesetze, die den Interessen der Jugend entsprechen — wie z. B. das Recht auf Arbeit, zur Berufsausbildung, zur Chancengleichheit in der Bildung und Ausbildung, zur Gleichberechtigung der jungen Mädchen und Frauen, zur Förderung der Jugendarbeit — werden vorrangig behandelt und verabschiedet.

- Die freie Selbstbestimmung auf dem Gebiet der internationalen Jugendkontakte wird gewährleistet. Befreiung von diskriminierenden Auflagen bei internationalen Kontakten.

Um der Meinungsmanipulation und Hetze gegen die Arbeiterschaft entgegenzutreten, wie sie von der Springer-Presse und anderen reaktionären Massenmedien betrieben wird, wird gefordert:

- In den entscheidenden Gremien der Massenmedien (Fernsehen, Funk, Presse) müssen die demokratischen Jugendverbände wirkungsvoll mitbestimmen. Sie erhalten wöchentlich 10 Stunden Sendezeit in den Funk- und Fernsehanstalten. Bund und Länder müssen die unabhängige Jugendpresse verstärkt finanziell fördern. Durch gezielte Aktionen wird die Öffentlichkeit auf die Gefahren der Pressekonzentration aufmerksam gemacht. Die Selbsttätigkeit der Jugend kommt in der offensiven Verbreitung ihrer eigenen demokratischen Jugendpresse zum Ausdruck.

- Die demokratischen Jugendverbände spielen eine wesentliche Rolle bei der Erziehung der Jugend zu bewußten Demokraten. Das begründet ihre vorrangige materielle Förderungswürdigkeit. Allen Organisationen der Arbeiterjugend muß ohne Diskriminierung die

Förderungswürdigkeit zuerkannt werden. Einziges Kriterium für die Förderungswürdigkeit ist das aktive Eintreten für die Erhaltung und Erweiterung der Grundrechte der Verfassung. Für die Vergabe von Förderungsmitteln für die Jugendarbeit bestehen in den Landes- und Bundesjugendringen unabhängige Selbstverwaltungseinrichtungen.

In den Städten und Gemeinden

Die demokratischen Jugendverbände müssen an der Gestaltung kommunaler Jugendpläne mitwirken und mitentscheiden. Sie (die demokratischen Jugendverbände) müssen bei der Errichtung und Verwaltung von Jugendzentren, Jugendheimen und allen anderen der Jugend dienenden Einrichtungen entscheidende Mitbestimmungsrechte haben. Sie müssen darüber wachen, daß die finanzielle Förderung revanchistischer, militaristischer und offen und versteckt neonazistischer Jugendverbände eingestellt wird.

Auch in den Kommunen wird die Mitbestimmung nur so stark entwickelt sein, wie die Grundlagen dafür durch die Selbsttätigkeit der Jugend gegeben sind.

Mitglieder und Vertreter von Jugendverbänden, Jugendclubs, Schülerräten, Betriebsjugendvertretungen bilden in Städten und Gemeinden Aktions- und Dokumentationszentren mit unterschiedlicher Zielsetzung für punktuelle oder weitergehende Zusammenarbeit. Diese Ausschüsse können tätig werden

- als Wachsamkeitsausschüsse gegen Neonazismus und Notstandspraktiken,
- als Gremien, die Unternehmerwillkür und autoritäre Unterrichtspraktiken aufdecken und die Jugend dagegen mobilisieren,
- als Rote-Punkt-Komitees gegen Fahrpreiserhöhungen und für den Null-Tarif für die Jugend.

Weitere Anlässe für solche Gremien können sein: autoritäre Behördenentscheidungen, Polizeiwillkür, Meinungsterror der Lokalpresse usw.

In der Bundeswehr

Das Recht der Soldaten auf freie politische und gewerkschaftliche Betätigung muss gewährleistet werden. Ebenso das volle Recht auf freie Meinungsäußerung, u. a. durch Demonstrationen, Flugblatt- und Plakataktionen. In den Kasernen sind gewerkschaftliche Vertrauensleute zu wählen. Den Soldaten und ihren Vertretern ist mit dem Recht auf politische Betätigung zugleich die Kontrolle über Ausbildungsinhalte und -methoden zu ermöglichen. Bei Verstößen gegen die Menschenwürde, bei nazistischer und völkerverhetzender Propaganda in der Truppe wenden sich die gewählten gewerkschaftlichen Vertrauensleute mit Protesten an die Öffentlichkeit.

Die gewählten Vertreter der Soldaten dürfen deshalb keinerlei Repressalien ausgesetzt sein.

Wir fordern:

- Besetzung der geheimen Militärjustiz, wie sie in Truppendienstgerichten, Arrest und Verordnungen für Disziplinarstrafen geschaffen wurde;
- Verzicht auf alle Pässe für eine Wehrsteuer, die „Nichtdienenden“ auferlegt wird;
- volles Recht auf Kriegsdienstverweigerung auch während dem Dienstzeit und sofortige Freilassung vom Waffen-dienst;
- Freies Auftreten demokratischer Organisationen.

In Schulen und Berufsschulen

Demokratische, fortschrittliche Bildung und Ausbildung setzt demokratische Strukturen der Institutionen voraus. Schüler, Lehrer und Gewerkschaften müssen gemeinsam die Einhaltung demokratischer und fortschrittlicher Normen der Bildungsinhalte kontrollieren. Weiterhin muß der im Grundgesetz geforderte Grundsatz der Chancengleichheit verwirklicht werden.

Wir fordern für die Schulen und Berufsschulen:

- Abbau autoritärer Strukturen durch Demokratisierung der Schule, die nur über ein umfassendes Mitbestimmungsrecht erreicht werden kann;
- Mitbestimmung von Schülern, Referendaren und Lehrern in allen sie betreffenden Fragen auf Landesebene;
- Mitbestimmung der Schüler in allen den Schulbetrieb betreffenden Konferenzen und Organen;
- Mitbestimmung der Schüler bei der Aufstellung des Stundenplans, bei der Lehrplangestaltung, Lehrmittelauswahl, bei Schülerbeurteilung und Noten, Versetzungen und Disziplinarmaßnahmen, Teilnahme an Lehrerkonferenzen;
- Demokratische Kontrolle der Schüler über die ständige Einbeziehung sozialer und historischer Hintergründe in den Lehrplan, die Ablehnung von Antidemokratischer, antihumaner und entkommunistischer Tradition, Verbot des Auftretens von Bundeswehrpropagandisten, sowie Abwähmigkeit von pädagogischen Kräften, die in ihrer Tätigkeit nicht mit den letztgenannten Normen übereinstimmen;
- Verlegung des Religionsunterrichts in freiwillige Arbeitsgemeinschaften;
- Aufnahme von neuen Unterrichtsbe-reichen in den Bildungs- bzw. Lehrplan (Gesellschaftswissenschaft, Sexualerziehung);
- Umgestaltung von Unterrichtsfächern und deren Inhalt unter Berücksichtigung der modernen Entwicklung (Deutsch, Geschichte usw.);
- Hinzuziehung von schulexternen Spezialisten für den Unterricht; Auswahl dieser Referenten erfolgt unter Mitbestimmung der Schüler;
- Ausbau der Schülermitverwaltung zu einer einflussreichen, demokratischen Vertretung mit eigenen Rechten;
- Freie Betätigung für demokratische und sozialistische Schülerorganisationen innerhalb und außerhalb der Schule und Zurverfügungstellung von technischen Mitteln und geeigneten Räumen;
- Unterstützung und Förderung der Schülerpresse und garantierte Pressefreiheit für die Schülerzeitung;
- Erweiterung und Qualifizierung des Lehrpersonals, Ausbildung der Pädagogen nach fortschrittlichen Gesichtspunkten;
- Erweiterung der Unabhängigkeit der Lehrer und Referendare;
- Streikrecht für Lehrer, Referendare und Schüler.

Träger der Mitbestimmung der Schüler sind die unabhängigen Gremien der SMV oder neu zu bildende Schülerräte.

Diese Gremien sollten sich in über-schulischen und überregionalen Organisationen zusammenfinden.

IV.

Die Erfüllung unserer Forderungen ist eine Machtfrage

Unsere Forderungen können nur schrittweise erkämpft werden, durch Aufbau einer demokratischen Gegenmacht von unten, damit die da oben nicht mehr machen können, was sie wollen.

Der Beitrag der arbeitenden, lernenden und studierenden Jugend dieses Landes im Kampf für eine fortschrittliche demokratische Bundesrepublik kann verdoppelt und verdreifacht werden, wenn sich alle demokratischen und sozialistischen Kräfte der jungen Generation zusammenschließen. Gemeinsames Handeln ist trotz bestehender Meinungsunterschiede in verschiedenen Fragen nicht nur notwendig, sondern möglich:

- Zum gemeinsamen Kampf der arbeitenden, lernenden und studierenden Jugend und ihrer Organisationen für die Durchsetzung einer auf den Frieden orientierten Politik, gegen Neonazismus und Notstandspraxis.

- Für Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen allen Arbeiterjugendorganisationen, zwischen diesen und den progressiven Schüler- und Studentenorganisationen zur Verwirklichung der Mitbestimmung und eines demokratischen Bildungssystems.

elan-extra Dokumen- tation vom 2. Bundes- kongreß der SDAJ, Dortmund 13./14. 12. 69

Beschlüsse und Resolutionen

Europäisches Jugendwerk

Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend tritt für ein Europäisches Jugendwerk ein, das ein Beitrag sein muß zur europäischen Sicherheit. Das Jugendwerk muß beitragen zur Aktionseinheit der Jugend im Kampf für den Frieden in Europa, gewährleisten durch

- die völkerrechtlich gesicherte Anerkennung der DDR und der bestehenden Grenzen in Europa,
- durch vollständige Aufgabe des Alleinvertragsanspruchs und der Hallstein-Doktrin durch die Bundesregierung, durch westdeutsche Jugendverbände und Parteien,
- durch Beseitigung des Neonazismus und Revanchismus,
- durch Nichtigkeitsklärung des Münchner Abkommens von Beginn an,
- durch Abrüstung.

Ein Europäisches Jugendwerk, das nicht einer so formulierten europäischen Sicherheitspolitik dient, setzt sich dem Verdacht aus, Instrument einer entspannungsfördernden provokatorischen Politik gegenüber unseren Nachbarländern zu sein. Ein solches Europäisches Jugendwerk könnte von reaktionären Kräften in der Bundesrepublik mißbraucht werden, um politische Vorherrschaftspläne in Westeuropa voranzutreiben, Gedanken der Konterrevolution in die Jugend der sozialistischen Länder zu tragen und die Bevormundung der Jugend der DDR und ihrer Jugendorganisation als nichtgleichberechtigt fortzusetzen.

Die SDAJ fordert die demokratischen Jugendverbände der Bundesrepublik auf, ihre Beschlüsse zur Friedenssicherung in Europa zur Grundlage einer inhaltlichen Diskussion über ein Europäisches Jugendwerk zu machen. Damit muß dem — in den noch gültigen jugendpolitischen Verordnungen der Bundesregierung aus den Jahren 1965/67 formulierten — Anspruch entgegengetreten werden, der vorsieht: die internationale Jugendarbeit müsse als „Element der deutschen Außenpolitik“ wirken, habe dem Alleinvertragsanspruch Bonn, der Wiedervereinigung Deutschlands unter kapitalistischen Vorzeichen, der Hetze gegen die sozialistische DDR und der Rückgliederung von Teilen Polens zu dienen.

Begründung:

Alle Parteien des Bundestages fordern ein europäisches Jugendwerk, ebenfalls das „Europäische Parlament“ und der Europarat. Besonders die französische Regierung hat sich bisher der Verwirklichung dieser Pläne widersetzt, weil sie eine Konkurrenz zum Deutsch-Französischen Jugendwerk und die Bevormundung durch Bonn befürchtet. Willy Brandt führte in seiner Regierungserklärung aus: „Die Bundesregierung wünscht, ein europäisches Jugendwerk zu schaffen. Nach unseren Vorstellungen soll die Jugend osteuropäischer Länder sich daran beteiligen können.“ (28. 10. 1969). Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesjugendministerium, Westphal, sprach sich in „Bulletin“ der Bundesregierung vom 13. 11. 1969 für das „Dabeisein und Mitwirken“ der Jugend aus Ost und West aus. Wie sich dieses „Dabeisein“ aller Regierungen und insbesondere aller demokratischen Jugendverbände auf gleichberechtigter Grundlage und als Beitrag zum Frieden in Europa vollziehen soll, darüber schweigen sich die Regierungstellen aus. Kreise der CDU/CSU machen sich jedoch bereits öffentlich darüber Gedanken, wie die faschistischen Jugendorganisationen und Regierungen Portugals, Griechenlands und Spaniens zu beteiligen sind.

Angesichts der faktischen Übereinstimmung der Herrschenden mit einigen demokratischen Jugendverbänden bei der Benutzung des „wertfreien“ Begriffes „Europäisches Jugendwerk“ ist es jetzt nötig, neben den sachlichen Beratungen über Jugendaustausch, Finanzierung und gleichberechtigte Beteiligung der Jugend und ihrer Verbände die inhaltliche Diskussion dieses Projekts zu beginnen. Die Verwirklichung der politischen Forderungen nach europäischer Friedenssicherung müssen zur Voraussetzung für die Teilnahme demokratischer Jugendverbände gemacht werden.

Europäische Sicherheit

Mit der Ablösung der CDU/CSU-Regierung verbindet die Bevölkerung der Bundesrepublik große Hoffnungen auch auf die Erhaltung und Stabilisierung des Friedens und der Sicherheit in Europa und der Welt.

Der „Budapester Appell“ der sozialistischen Länder zur Einberufung einer Konferenz der Staaten für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit findet in wachsendem Maße Zustimmung auch in den westlichen Ländern. Die finnische Regierung hat sich bereit erklärt, eine solche Konferenz in ihrem Lande zu organisieren. Bisher war die Politik der Bundesregierung unter Führung der CDU/CSU ein schweres Hindernis für alle Bestrebungen, Frieden und Sicherheit in Europa zu gewährleisten und zu festigen. Der Regierungswechsel und die Tatsache, daß zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik die bestehenden europäischen Grenzen zur Kenntnis genommen werden, eröffnen Möglichkeiten für das Zustandekommen einer Europäischen Sicherheitskonferenz, an der alle europäischen Staaten gleichberechtigt teilnehmen müssen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, dem Willen der Völker nach Frieden und Sicherheit Rechnung zu tragen und der Durchführung einer Europäischen Sicherheitskonferenz keine Hindernisse in den Weg zu legen und durch keine Vorbedingungen irgendwelcher Art das Zustandekommen zu verhindern oder zu verzögern.

Dies bedeutet für die Bundesregierung im Besonderen, daß sie an die gleichberechtigte Teilnahme der DDR, die sich aufgrund ihrer aktiven Friedenspolitik schon lange für eine Europäische Sicherheitskonferenz eingesetzt hat, keine Vorbehalte oder Vorbedingungen knüpft.

Die Jugend Europas und besonders der BRD hat ein elementares Interesse am Zustandekommen dieser Konferenz, welche Möglichkeiten für eine friedliche Zukunft eröffnen kann. Wir werden uns aktiv dafür einsetzen, daß die Diskussion um die Probleme der Europäischen Sicherheit unter der Jugend unseres Landes verstärkt geführt wird,

daß die Jugendorganisationen der BRD sich zusammenfinden zu einer gemeinsamen nationalen Konferenz der Europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit, damit der Forderung der Jugend nach Frieden und Sicherheit dadurch Nachdruck verliehen wird, und das alsbaldige Zustandekommen einer Konferenz der Staaten vorgezogen wird.

Solidaritätserklärung für Spanien

Seit mehr als 30 Jahren herrscht in Spanien Faschismus — seit mehr als 30 Jahren kämpft das spanische Volk für Demokratie und Sozialismus. Tausende spanische Arbeiter, Priester, Studenten und Intellektuelle werden in den Zuchthäusern des Franco-Regimes brutal gefoltert. Todesurteile werden verhängt, täglich erneut setzen fortschrittliche Spanier Freiheit, Gesundheit und Leben aufs Spiel, weil sich das spanische Volk mit dem faschistischen Regime nicht abfinden wird.

Wir unterstützen den Kampf des spanischen Volkes und fordern:
• Freilassung aller politischen Gefangenen
• Aufhebung des Verbotes freier Gewerkschaften und demokratischer und sozialistischer Parteien
• Demokratische Wahlen in Spanien zur Schaffung einer menschenwürdigen Verfassung.

Vietnam

Der II. Bundeskongreß der SDAJ beschließt:

Die BASF ist einer der größten Produzenten von Herbiziden der BRD, solche Herbizide, besonders die vom Typ 2, 4-D und 2, 4, 5-T, C die sonst zur Unkrautbekämpfung dienen, werden in Vietnam zur Entlaubung von Wäldern und zur Erntevernichtung benutzt.

Wir fordern von der Werksleitung die Offenlegung der Produktions- und Exportziffern solcher Pflanzvernichtungsmittel gegenüber dem Betriebsrat der BASF.

Dies fordern wir besonders in bezug auf die beiden Tochterfirmen, die BASF und die DOW-Chemical Co. in den USA gemeinsam haben. Wir fordern die Schließung des Verkaufsbüros der BASF in Südvietsnam und fordern die SDAJ-Gruppen in jenen Städten, wo die BASF, DOW-Chemical oder eine ihrer Tochtergesellschaften Niederlassungen haben, zu verstärkter Agitation und Aktion auf.

Nahost

Im Juni 1967 verübte Israel einen Aggressionskrieg gegen die Vereinigte Arabische Republik, Jordanien und Syrien. Israelische Streitkräfte besetzten weite Teile arabischer Gebiete und vertrieben bzw. unterdrückten die Bevölkerung. Damit hat der Imperialismus eine gefährliche Lage geschaffen, die den Weltfrieden bedroht.

Schon durch die geschichtliche Entwicklung und durch ihre Außenpolitik bewiesen die herrschenden Kräfte Israels, daß sie mit Unterstützung des amerikanischen und westeuropäischen Imperialismus ihre Aufgabe in der Sicherung ihrer Erdölinteressen und der Bekämpfung jeglicher Freiheitsbewegungen im arabischen und afrikanischen Raum sehen.

Diese Kreise weigern sich, die UNO-Resolution vom 22. November 1967 anzuerkennen, geschweige denn zu verwirklichen. Diese Resolution verpflichtet Israel, seine Truppen aus den besetzten arabischen Gebieten abzuziehen. Die israelischen Imperialisten wollen die eroberten arabischen Gebiete annektieren. Sie starten erneute Provokationen gegen die arabische Bevölkerung.

Die Schuld für das seit 20 Jahren ungeheute arabische Flüchtlingsproblem ist beim israelischen Aggressor zu suchen, der die einheimische Bevölkerung gewaltsam aus ihren Wohngebieten vertreibt und damit gegen die Menschen- und Völkerrechte verstößt. Die Wiedereingliederung und Unterstützung der Flüchtlinge in den arabischen Staaten wird durch die unterentwickelte Wirtschaft dieser Länder unmöglich. Die Flüchtlinge werden durch die UNO und andere Hilfsorganisationen am Leben erhalten.

Eine Lösung dieses Problems wird nicht allein durch humanitäre Hilfe geschaffen, sondern muß auch auf politischem Wege gefunden werden.

Die Haltung der westdeutschen Regierung, die Israel auf Grund wirtschaftlicher Machtinteressen materiell und ideell unterstützt, verurteilen wir aufs schärfste. Westdeutsche Zeitungen versuchen den Blitzkrieg als politisches Mittel und als beispielhaft zu verherrlichen und die Volksbewegung der Araber zu diffamieren.

Wir werden versuchen, die Bevölkerung der Bundesrepublik, insbesondere die Jugend, durch politische Aktionen wie Informationsblätter, Solidaritätsdemonstrationen und auf anderen Veranstaltungen wachzurütteln.

Dieser Kampf hat nichts mit Antisemitismus zu tun. Imperialistische Eroberungspolitik, wie sie der deutsche Nazismus betrieben hat, wird nicht dadurch besser, daß sie von einer Regierung nachgeahmt wird, die sich als Sprecher der jüdischen Menschen ausgibt.

Dieser unser Kampf dient auch dem israelischen Volk. Denn die Politik der herrschenden Kreise Israels beschwört eine ernste Gefahr vor allem für das israelische Volk selbst herauf. Diese Politik bedroht den Weltfrieden. Durch die Erfüllung des UNO-

Beschlusses von 1967, durch den sofortigen bedingungslosen und totalen Abzug der israelischen Aggressoren aus den besetzten arabischen Gebieten kann eine Politik des Friedens im Nahen Osten eingeleitet werden.

Griechenland

Der 2. Bundeskongreß der SDAJ solidarisiert sich mit dem Widerstandskampf des griechischen Volkes gegen das faschistische Regime in Athen.

Unter dem griechischen Terrorregime wurden die verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten des griechischen Volkes aufgehoben und Tausende von griechischen Demokraten unter unmenschlichen Bedingungen in Kerker und Konzentrationslager verschleppt.

Die Konzerne der Bundesrepublik wollen ihre Handelsbeziehungen zu Griechenland verstärken. Für 180 Millionen DM wurden im laufenden Jahr Waren nach Griechenland geliefert, für 43 Millionen DM Waffen und Ausrüstung.

Wir fordern die Bundesregierung auf, politische, materielle und finanzielle Unterstützung für das Militärregime sofort einzustellen und stattdessen die griechischen Demokraten in der Bundesrepublik und das griechische Volk in Griechenland in seinem Freiheitskampf zu unterstützen.

Außerdem fordern wir, daß die Bundesregierung sämtliche griechische Terrororganisationen, die in der Bundesrepublik existieren und arbeiten, verbietet und die Mitglieder dieser faschistischen Gruppen ausweist.

Die SDAJ wird die Aufklärung über die Verhältnisse in Griechenland und die Unterstützung der griechischen Demokraten, insbesondere der Lambrakisjugend verstärken. Solidaritätsaktionen zugunsten des griechischen Volkes sollten in allen Städten der Bundesrepublik durchgeführt werden.

Solidaritätserklärung für Griechenland

Der II. Bundeskongreß der SDAJ hat zur Kenntnis genommen, daß das griechische Obristenregime aus dem Europa-Rat ausgetreten ist.

Wir stellen fest, daß auch dadurch der Europa-Rat nicht von seiner demokratischen Pflicht entbunden ist, das Terrorregime Griechenlands eindeutig zu verurteilen und sich von ihm zu distanzieren. Wir fordern deshalb den Europa-Rat auf, seinerseits das faschistische Obristenregime aus dem Rat auszuschließen.

US-Krieg in Laos

Die Gruppen und die Landesverbände werden aufgefordert, bei ihrer Aufklärungsarbeit und ihren Aktionen gegen den US-Imperialismus verstärkt dessen Aggressionshandlungen gegenüber Laos einzubeziehen

Lateinamerika

Mit Freude und revolutionärer Anteilnahme stellt die SDAJ die Erfolge und den wachsenden Widerstand der lateinamerikanischen Völker im Kampf gegen die Führungsmacht des kapitalistischen Systems, den US-Imperialismus, fest.

Der Massencharakter der monatelangen Streiks in Uruguay, der Kampfaktionen der mexikanischen Arbeiter und Studenten, der Streiks und Straßenkämpfe der lateinamerikanischen Antimperialisten aus Anlaß des Rockefellerbesuchs, der Machtwechsel in Peru und Bolivien zeugen die neue erfolgversprechende politische Qualität des demokratischen und antimperialistischen Kampfes an.

Mit der siegreichen sozialistischen Revolution auf Cuba ist der Sozialismus auch in Lateinamerika aus der Welt der Vorstellung zur Wirklichkeit geworden. Mit ihr wurde die Kette der imperialistischen Unterdrückung in Lateinamerika gesprengt. Seitdem gilt die Angst der Herrschenden und die Hoffnung der Beherrschten diesem von dem US-Imperialismus geschundenen und in Knechtschaft gehaltenen Subkontinent. Denn nichts was heute in Lateinamerika geschieht, ist nur von nationalem oder kontinentalem Interesse. Als strategisches Hinterland und ökonomische Kraftreserve für den US-Imperialismus kommt Lateinamerika im weltweiten Kampf zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Barbarei und Menschlichkeit, zwischen Imperialismus und Sozialismus eine überraschende Bedeutung zu.

Die cubanische Revolution hat gezeigt: Der US-Imperialismus ist auch in Lateinamerika nicht unbesieglich. Sie hat wieder einmal gezeigt, daß die Sicherung des Volkskrieges und der Aufbau des Sozialismus vor allem durch die umfassende proletarische Solidarität der sozialistischen Staaten und dabei vorrangig der Sowjetunion möglich wurde. Der amerikanische Imperialismus gibt jedoch seine hoffnungslosen Pläne, das revolutionäre Cuba abzuwürgen, nicht auf. Weiterhin bedroht er die Unabhängigkeit der Republik, unternimmt gegen das Land Provokationen und Diversionen. Die cubanische Revolution hat jedoch auch bewirkt, daß der US-Imperialismus wachsender geworden ist und sich bei zukünftigen revolutionären Aktionen der Volksmassen nicht so leicht überrumpeln läßt. Überall hat er seitdem durch den Aufbau von Gegen-Guerilla-Gruppen, die Intervention in der Dominikanischen Republik, die Erhöhung der Anzahl sogenannter „Berater“, die Inzenierung von reaktionären Militärputschen den Terror verstärkt. Die Massenverhaftungen in Brasilien nach der Entführung des amerikanischen Botschafters, das Massaker auf dem „Platz der drei Kulturen“ in Mexiko, die Ermordung Hunderte haitianischer Kommunisten sind dafür nur einige besonders bemerkenswerte Beispiele. Sie erfordern unsere praktische Solidarität.

Freiheit für alle politischen Häftlinge in den vom US-Imperialismus unterdrückten lateinamerikanischen Staaten

Die Ermordung und Inhaftierung noch so vieler revolutionär-demokratischer Kräfte und Kommunisten, darunter, um nur einige stellvertretend aus für das neue Bündnis zu nennen, der Revolutionär Che Guevara, der Priester Camillo Torres, die Kommunisten Carlos Marínella, Ciro Trujillo, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kolumbiens und Führer der revolutionären Streitkräfte, der im Oktober 1968 gefallen ist, hatten nicht vermocht, die revolutionäre Energie und den Mut der lateinamerikanischen Volksmassen einzudämmen. Die solidarische Aktions-einheit der Volkskräfte wird immer geschlossener, Vorurteile werden in Diskussionen, aber noch mehr im gemeinsamen Kampf überwunden. Immer mehr setzt sich das leninische Prinzip der Vielfalt aller Kampfmittel, sei es parlamentarischer oder außerparlamentarischer, gewaltloser oder gewalttätiger, gegen diejenigen, die ein Kampfmittel als das in jedem Land allein richtige darzustellen versuchen.

Mit dem Zusammenfallen der in vielen Ländern aufgrund der imperialistischen Unterdrückung verspätet einsetzenden industriellen mit der wissenschaftlich-technischen Revolution wächst im lateinamerikanischen Befreiungskampf die Rolle des Proletariats und seiner Partei. Immer stärker wird das Bündnis mit den anderen Volksschichten und den fort-

schriftlichen Intellektuellen. Selbst aus den Reihen der niederen Geistlichkeit und der Armee brechen immer neue antimperialistische Kräfte heraus.

Gerade der Machtwechsel in Peru zeigt das Eintreten progressiver Militärs in die antimperialistische Bewegung. Die im Oktober 1968 zur Macht gekommene Generalsregierung, die sich in der Tradition des großen peruanischen Revolutionärs Mariátegui versteht, ergreift mutige Schritte gegen den US-Imperialismus. So entsendete sie die International Petrol Company, begann mit der Bodenreform, nahm wirtschaftliche und diplomatische Beziehungen zu sozialistischen Staaten auf.

Ob es jedoch gelingt, die Erfolge des antimperialistischen Kampfes in Bolivien und Peru zu sichern, wird im entscheidenden Maße davon abhängen, inwieweit es die Militärs verstehen und gewillt sind, die Volksmassen am revolutionären Umgestaltungsprozeß zu beteiligen und für den Kampf gegen den US-Imperialismus zu mobilisieren.

Mit Abscheu stellt die SDAJ fest, daß in den letzten Jahren vor allem die Aktivität des westdeutschen Imperialismus in Lateinamerika beträchtlich zugenommen hat. Großkapital und Regierung der BRD haben dort ein neues Tätigkeitsfeld für ihre Ausbeutungsinteressen entdeckt. Insgesamt steht die Bundesrepublik mit ihrem Kapitalexport an 3. Stelle in Brasilien, Argentinien und Mexiko hat sie sich schon den 2. Platz erobert. Das von Strauß angestrebte Kapital-exportförderungsprogramm, das auch von Abs und Schiller unterstützt wurde, wird diesen Prozeß auch unter der neuen Regierung mit Steuermitteln noch beschleunigen. Außer der Erschließung von neuen Profitquellen geht es den westdeutschen Monopolen auch um die Sicherung strategischer Rohstoffe und damit den Ausbau einer von ihnen angestrebten Weltmachtstellung. So kommentierte der „Bayern-Kurier“ den Besuch des ehemaligen Wissenschaftsminister Stoltenberg, der ja bekenntlich inzwischen wieder in die Arme des Krupp-Konzerns zurückgekehrt ist, in Brasilien: „Brasilien vor allem will gemeinsam mit der Bundesrepublik die bisher nur vermuteten Urschätze feststellen. Hat man aber schon gemeinsam gesucht und gefunden, so bietet sich auch die Kooperation beim Abbau des Erzes an. Aus dieser nach dem Stoltenberg-Besuch in greifbare Nähe gerückten Perspektive kann unsere Außenpolitik insofern Nutzen ziehen, als die deutsche Entscheidung gegen den Atomwaffenstopvertrag leicht jeden Schrecken verliert, wenn die Nachschubbasis gesichert ist...“ (Bayern-Kurier, 12. April 68). Um den argentinischen Uranerz näher zu kommen, wurde ein Rahmenabkommen zwischen der Bundesrepublik und Argentinien abgeschlossen, das bezeichnenderweise von dem argentinischen Kriegsminister unterzeichnet wurde. Wesen Interessen die Lateinamerikapolitik der Regierung dient, machte der Inhaber der Rhein-nadel-Gruppe, Konsul Herbert Pavel, deutlich, der von Minister Eppler in das Kuratorium der „Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer“ berufen wurde: „Meine Liebe zu diesen Ländern stammt aus meiner Tätigkeit in Sao Paulo, wo ich... der Leitung eines der größten südamerikanischen Industriekonzerne angehörte. Durch die Vielfalt der Interessen dieses Konzerns lernte ich die Probleme Brasiliens und seiner Nachbarstaaten kennen.“ Die SDAJ kämpft gegen die Komplizenschaft des westdeutschen und des US-amerikanischen Imperialismus bei der Ausbeutung des lateinamerikanischen Kontinents und der Unterdrückung der Bevölkerung.

Im Genate von Karl Liebknecht wird die SDAJ auch weiterhin ihre vorrangige Aufgabe darin sehen, durch die Bekämpfung des Imperialismus im eigenen Lande ihren Beitrag zur Unterstützung des weltweiten Befreiungs-

kampfes zu leisten. Dem proletarischen Internationalismus verpflichtet, wird die SDAJ dabei alles tun, durch materielle und ideelle Solidarität den Befreiungskampf in jedem vom Imperialismus unterdrückten Land zu unterstützen.

Militärpolitik

Der 2. Bundeskongreß der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend in Dortmund stellt mit Empörung fest, daß die herrschende Militärpolitik eine nahtlose Fortsetzung der von CDU/CSU betriebenen Politik der Drohung mit Gewalt, der weiteren Aufrüstung und des Strebens nach atomarer Verfügungsgewalt bedeutet.

Auf der Brüsseler NATO-Tagung und zuvor in den Beratungen der Nuclearen Planungsgruppe der NATO (NPG) erarbeitet Verteidigungsminister Heilmut Schmidt aktiv an einem Geheimplan mit, der u. a. vorsieht:

Das Abfeuern eines atomaren Warnschusses über der Ostsee, das Auslegen von Atomminen in der Ostsee und an der Grenze zur DDR, den Einsatz von Atomraketen auf deutschem Boden. Nach den Brüsseler Beratungen wurde in der Presse der „reibungslose Übergang von Schröder zu Schmidt“ ausdrücklich hervorgehoben.

Die in Brüssel verabschiedeten atomaren „Leitlinien“ bedrohen die Existenz der Bundesrepublik und der anderen Völker Europas. Sie sind zugleich ein Sprengsatz gegen eine europäische Sicherheitskonferenz, von der sich die Völker Europas neue Initiativen und Fortschritte auf dem Wege zur Abrüstung und Entspannung erhoffen. Sie stehen in krassem Gegensatz zu der Erklärung der neuen Bundesregierung, sie werde sich mit ganzer Kraft für den Frieden und die Sicherheit einsetzen.

Es ist kein Zufall, daß führende Generale der Bundeswehr unmittelbar vor der Brüsseler Tagung eine geheime Denkschrift vorlegten, die darauf abzielt, die Bundeswehr fester in den Griff zu bekommen, um sie entsprechend der aggressiven nuclearen Leitlinien ausrichten zu können. Nach dem Willen der Generale Schnez, Karst und Graßhey sollen die jungen Rekruten der Bundeswehr im Geiste jenes Kadavergehorsams gedrillt werden, mit dessen Hilfe die Hitlerarmeen zum Überfall auf unsere Nachbarvölker vorbereitet wurden. Das und nichts anderes bedeutet das Anknüpfen an militaristische Traditionen, das steckt hinter der von ihnen geforderten „inneren Ordnung des Heeres“. Es ist das alte Konzept der CDU/CSU, das auch hier sichtbar wird.

Angeichts dieser gefährlichen Tendenzen fordern wir die Arbeiterjugend unseres Landes dazu auf, ihren Kampf für folgende Forderungen zu verstärken:

1. Austritt der Bundesrepublik aus dem aggressiven NATO-Pakt, aktiver Beitrag der Bundesregierung für eine europäische Sicherheitskonferenz;
2. Verzicht der Bundesregierung auf jegliche Verfügung oder Mitverfügung an ABC-Waffen;
3. Namhaftmachung und Entfernung der an der Ausarbeitung der Geheimstudie beteiligten Generale und Offiziere aus der Bundeswehr;
4. Eine Senkung der Truppenstärke und eine Herabsetzung der Wehrdienstdauer auf 12 Monate als einen Beitrag zur Abrüstung.

Wehrgerechtigkeit durch Abrüstung

Zur Diskussion über die sogenannte Wehrgerechtigkeit stellt der 2. Bundeskongreß der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend fest:

Gegenwärtig wird für eine Wehrgerechtigkeit im Sinne des Militarismus geworben. Dabei wird der Gerechtigkeitssinn junger Menschen ausgenutzt und ein Neidkomplex zwischen „dienenden“ und „nichtdienenden“, zwischen schlecht besoldeten und besser verdienenden Jugendlichen gezüchtet.

Die SDAJ fordert die Verkürzung der Wehrdienstzeit von 18 auf 12 Monate, die Verringerung der Truppenstärke und eine drastische Kürzung der Rüstungskosten. Diese Schritte, gleichzeitig verwirklicht, könnten reale Maßnahmen im Rahmen eines Abrüstungsbeitrages der BRD sein. Und diese Schritte wären ein Beitrag zur Herstellung von „Wehrgerechtigkeit“.

Die Verkürzung der Wehrdienstzeit, wie sie zur Zeit von der Bundesregierung geprüft wird, muß als Mittel zur Verringerung der Truppenstärke wirken, nicht aber als Mittel zur noch umfassenderen Militarisierung der Jugend. Unter dem Schlagwort der Wehrgerechtigkeit sollen — so fordern einige Regierungskreise und Militärs — mehr Jugendliche eingezogen werden. Von dieser Art Wehr-„Gerechtigkeit“ profitiert nur der gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtete Militarismus.

Die SDAJ stellt dem Ihre Forderungen entgegen, die auf dem Grundsatz „Wehrgerechtigkeit durch Abrüstung“ basieren. Insbesondere fordert sie:

- Angleichung des Solds an die Facharbeiterlöhne, Zahlung eines 13. Monatsgehaltes und Urlaubsgeld an Wehrpflichtige;
- Verzicht auf jede Art von Wehrsteuer für „Nicht-Dienende“;
- Steuererleichterungen für Wehrpflichtige;
- Verzicht auf ein sogenanntes „soziales Pflichtjahr für Mädchen“;
- Sicherung der Rechte für Kriegsdienstverweigerer, Verzicht auf alle Arbeitsdienst- und Uniformierungspläne für KDVer, Abschaffung der Inzestverbotlichen Prüfungsausschüsse, Quallifizierungsmöglichkeiten für KDVer (Kriegsdienstverweigerer);
- Sicherung des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung auch während der Dienstzeit;
- Freie politische und gewerkschaftliche Beteiligung der Soldaten und Kriegsdienstverweigerer. Unterrichtung der Soldaten und KDVer durch Vertreter der Gewerkschaften und demokratischen Jugendverbände während des politischen Unterrichts;
- Das Amt des Wehrbeauftragten soll durch Vertreter gewerkschaftlicher und anderer demokratischer Organisationen als Mittel der Kontrolle wahrgenommen werden.

Kriegsdienstverweigerung

Die Delegierten des 2. Bundeskongresses der SDAJ fordern Bundestag und Bundesregierung auf, sich allen Bestrebungen energisch zu widersetzen, die eine Einschränkung des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung, Artikel 4, Abs. 3 GG, verlangen.

Wir wenden uns entschieden gegen Vorhaben, Arbeitslager für Ersatzdienstleistende einzuführen.

Darüber hinaus fordern wir die sofortige Abberufung aller NPD-Mitglieder aus den Prüfungsgremien für Kriegsdienstverweigerer.

Wir fordern alle Jugendlichen, die den Kriegsdienst verweigern wollen, auf, nicht vor Prüfungsgremien zu erscheinen, in denen NPD-Mitglieder anwesend sind.

Amnestie und Rechtshilfe

Die SDAJ fordert von Bundespräsident Heinemann, seinen Einfluß und seine Möglichkeiten für eine Amnestie der jungen Demokraten einzusetzen, die

bei Demonstrationen und politischen Aktionen straffällig geworden sind. Wir erinnern ihn daran, daß er selbst kurz nach den Springer-Demonstrationen diese Forderung unterstützt hat.

Die SDAJ fordert von den Abgeordneten des neuen Bundestages und der Regierung:

- die gesetzgeberischen Voraussetzungen für diese längst überfällige Amnestie zu schaffen;
 - den von den Gerichten schon verurteilten Demokraten Straffreiheit zu gewähren;
 - über die zuständigen Ministerien die Staatsanwaltschaften anzuweisen, die mehrere tausend anhängigen Ermittlungsverfahren gegen junge Demokraten einzustellen.
- Für junge Genossen, die wegen ihrer politischen Überzeugung ein Gerichtsverfahren erwarten oder gar inhaftiert werden, wird ein Rechtshilfefond errichtet. Unsere kämpferische Solidarität gebietet auch eine materielle Unterstützung dieser Genossen.

Begründung:

Der aktive Kampf, vor allem der jungen Generation, gegen den sich stärker entwickelnden Rechtskurs in der Bundesrepublik fand u. a. seinen Ausdruck in den großen Demonstrationen gegen die Meinungsmanipulation insbesondere der Springer-Pressen, gegen die undemokratischen Notstandsgesetze, gegen den Neo-Nazismus und für die Demokratisierung der Bundesrepublik. Von der herrschenden Klasse wurden diese Aktionen durch den Einsatz der Polizei mit Wasserwerfern, Knüppeln und Tränengas beantwortet. Jetzt wird in immer verstärktem Maße auch mit den Mitteln des politischen Justizterrors gegen die Demonstranten vorgegangen.

Viele sind schon verurteilt. Einige, darunter auch SDAJ-Genossen, haben ihre Strafe abgesessen. Über 10 000 Demonstranten sind von Ermittlungsverfahren, Inhaftierungen, empfindlichen Geldstrafen bedroht.

Die neue Regierung wird sich daran messen lassen müssen, ob sie weiterhin die Auseinandersetzung mit den aktivsten jungen Demokraten mit PolizeiKnüppeln und vor den Gerichten führen will, oder ob sie mit einer Amnestie einen allerersten Schritt zur Beendigung des bisherigen Terrors der alten Regierung gegenüber der Jugend zu tun bereit ist.

Die SDAJ kann sich jedoch nicht auf eine Amnestie verlassen, sondern muß die ihr gemäßen Formen der Solidarität entwickeln. Dazu gehört auch die finanzielle Unterstützung sowie die Bereitstellung von Rechtsbeiständen für die betroffenen Demokraten.

Kaufkraftentwertung

Die Gruppen und die Landesverbände werden aufgefordert, im Rahmen des Kampfes für die sozialen Rechte der Arbeiterjugend verstärkt gegen die Kaufkraftentwertung, die Preistreibelei und gegen die demagogische Lüge von der „Lohn-Preis-Spirale“ vorzugehen.

Begründung:

Es handelt sich hierbei um ein Problem, das die gesamte arbeitende Bevölkerung und somit auch die Arbeiterjugend in besonderem Maße betrifft. Durch ständige Preistreibelei wird jeder Versuch einer Verbesserung der ökonomischen Situation der abhängigen Bevölkerung sabotiert. Die Frage des Kampfes gegen den Preisauftrieb ist eine Vorstufe zur Frage der Verteilung der gesellschaftlichen Güter. Es besteht die Möglichkeit, zu diesem Problem eine große Basis in der Bevölkerung zu erringen.

Augsburger Lehrlinge

Die Delegierten des 2. Bundeskongresses der SDAJ erklären sich so-

lidarisch mit den Augsburger Lehrlingen, die am vergangenen Mittwoch aus Protest gegen die schlechte Berufsausbildung den Unterricht an zwei Berufsschulen zeitweilig boykottierten.

Wir unterstützen aktiv die berechtigten Forderungen der streikenden Lehrlinge für eine bessere Ausbildung, gegen Heranziehung zu Hilfsarbeiten, gegen die Bevormundung und Ausbeutung der Lehrlinge durch Meister und Lehrherrn.

Die Besetzung dieser MiBstände ist ein erster Schritt zu einer besseren Berufsausbildung.

Wiedereinstellung bei der Post

Die Delegierten des 2. Bundeskongresses fordern von SPD-Minister Leber die Zurücknahme der Kündigung des in Ludwigshafen beschäftigten Fernmeldetechnikers Hans-Jürgen Moser aus Neustadt an der Weinstraße und seine sofortige Wiedereinstellung bei der Bundespost.

Unser Genosse Hans-Jürgen Moser, Landesvorstandsmitglied der SDAJ Rheinland-Pfalz wurde von der deutschen Bundespost entlassen mit der Begründung: Bruch des Arbeitsvertrages, weil er zu Beginn seiner Lehre ein Gelöbnis auf das Grundgesetz der Bundesrepublik geleistet hatte, sich aber nach Einführung der Notstandsparagrafen konsequent gegen sie stellte. Weil er sich weigerte, Leitungen zum Abhören zu schalten und sich auch nicht vom Verfassungsschutz einschüchtern ließ, mußte er gehen.

Inzwischen hatte er einen neuen Arbeitsplatz bei einer Firma, die als Fremdfirma in der BASF Aufträge ausführt. Nach wenigen Wochen wurde er bereits wieder entlassen. Auf Betreiben der BASF-Bosse hin, weil diese den Fernmeldehandwerker als Sicherheitsrisiko empfanden.

Internationaler Leninkongreß

Der Bundeskongreß der SDAJ beschließt, daß der Bundesvorstand anlässlich des 100. Geburtstages von W.I. Lenin in Hamburg einen Internationalen Lenin-Kongreß durchführt. Zahlreiche sozialistische Jugendorganisationen haben bereits beschlossen, im Lenin-Jahr verstärkt die Lehren Lenins unter der Jugend zu verbreiten. Ein solcher Beschluß wurde auch in Moskau auf der Internationalen Leninkonferenz gefaßt, wo Jugendorganisationen aus aller Welt teilgenommen hatten; 120 Jugendorganisationen, darunter auch die SDAJ, hatten zugestimmt. Das gleiche trifft auch für die Weltkonferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau zu.

Der 100. Geburtstag soll jedoch nur ein Anlaß für diesen Kongreß sein. Gerade in dieser Zeit wird vielfach die Meinung geäußert, daß der Leninismus eigentlich nur eine spezielle Weiterentwicklung des Marxismus für ökonomisch zurückgebliebene Länder oder eine besondere „russische“ Angelegenheit sei. Solche Meinungen verlangen eine Antwort von uns: Gerade in dieser Zeit ist unsere Solidarität mit dem heidenhaft kämpfenden vietnamesischen Volk und den ant imperialistischen Volkskämpfern nötiger denn je. Deshalb stellen wir in den Vordergrund die theoretische und praktische Auseinandersetzung mit dem Imperialismus.

Der Kongreß dient der theoretischen Diskussion und dem gegenseitigen Erfahrungsaustausch über die politische, praktische Arbeit der Jugendverbände. Der Kongreß soll erreichen, daß unter der Jugend der Bundesrepublik eine Diskussion über die wesentlichen Inhalte der Werke Lenins erweckt wird.

Als Empfehlung an den Bundesvorstand schlagen wir folgende Themen vor:

- Die Aufgaben einer marxistischen Jugendorganisation aus der Sicht Lenins.
- Lenins Haltung zur Koexistenz zwischen kapitalistischen und sozialistischen Staaten.
- Marxisten und Sozialdemokraten.
- Die Struktur einer revolutionären sozialistischen Partei aus der Sicht Lenins.
- „Linkaradikalismus — die Kinderkrankheit des Kommunismus“.
- Lenins Haltung zu politischen Bündnissen mit anderen Parteien und Volksschichten.
- Imperialismus und proletarischer Internationalismus.

Außerdem wird von der BK der Bundesvorstand beauftragt, anlässlich des 100. Geburtstages W.I. Lenins zu folgender Solidaritätsaktion zugunsten der FNL-Vietnam und des griechischen Widerstandes aufzurufen:

1 Stundenlohn (Spende) für die FNL und den griechischen Widerstand.

Diese Aktion wäre dem Leben und Wirken W.I. Lenins angemessen und gleichzeitig praktische internationale Solidarität.

Bildungsseminare

Der Bundesvorstand wird beauftragt, mehrtägige oder wöchentliche Seminare zu Fragen der Bildungsarbeit auf Bundesebene durchzuführen

Information, Agitation, Gruppenarbeit

Der Bundesvorstand wird beauftragt, zur Verbesserung der Information, Agitation und Gruppenarbeit folgende Schritte zu unternehmen:

1. So schnell wie möglich einen Informationsprospekt über die SDAJ zu entwerfen und diesen als Werbematerial an die Landesverbände weiterzuleiten.
2. Ein Arbeitspapier zu erstellen, das als Hilfe für die praktische SDAJ-Tätigkeit verwendet werden kann. Diese Sammelmappe soll konkrete Hinweise für die Mitglieder in bezug auf den Organisationsaufbau der Gruppe, zur Neugründung einer Gruppe, zur Zusammenarbeit mit anderen Jugendverbänden, Ideen zur Erstellung von Flugblatt- und Plakatmaterialien, sowie Referate, Ausarbeitungen u. a. aus der Organisation enthalten.
3. Die wichtigsten Beschlüsse des Bundesvorstandes für die politische Arbeit des Verbandes im INFO, der regelmäßig erscheinen soll, zu veröffentlichen.
4. Ständig in diesem INFO Referenten, die nach aktuellen Gesichtspunkten zu ergänzen sind, aufzuführen.
5. Ausgehend von der Erkenntnis, daß Kultur ein Mittel im Klassenkampf ist, stärker mit den Medien Film, Theater, Literatur und Musik (Gesang) zu arbeiten.

4. Ständig in diesem INFO Referenten, die nach aktuellen Gesichtspunkten zu ergänzen sind, aufzuführen.

5. Ausgehend von der Erkenntnis, daß Kultur ein Mittel im Klassenkampf ist, stärker mit den Medien Film, Theater, Literatur und Musik (Gesang) zu arbeiten.

150. Geburtstag Friedrich Engels

Der 2. Bundeskongreß der SDAJ beschließt, eine Kommission zur Vorbereitung und Durchführung der Aktionen und Feierlichkeiten zum 150. Geburtstag Friedrich Engels zu bilden (bestehend aus BV, LV und der Ortsgruppe Wuppertal). Die Feiern werden in Wuppertal, der Geburtsstadt Friedrich Engels, Mitte November 1970 stattfinden.

Überregionale Zusammenarbeit

Der Bundeskongreß beschließt: Schaffung der Möglichkeit zur überregionalen Zusammenarbeit der SDAJ-Genossen je nach Konzern-, Berufs- und Betriebsbereich.

Ein müder Jugendring wurde 20

36. Vollversammlung des DBJR in Hamburg/Jugendpolitische Diskussion/Beobachtet von Ulrich Sander

im Kapitalismus erst dann Sprengkraft, wenn sie in der Praxis umgesetzt wird“. Und: „Die Alternative muß konkret sein“. Ein weiteres kritisches Wort sei gestattet: Weibliche Diskussionsredner und Vorstandskandidaten aus der Arbeiterschaft wurden von den Delegierten lebhaft beklatscht – aber gewählt wurden sie nicht. Der Vorstand ist ein akademischer Männerverein: wissenschaftlicher Angestellter, Dozent, Rechtsreferendar, Diplomkaufmann, Diplomvolkswirt und zwei Lehrer, aber kein Arbeiter und keine Frau. Auch hier müßte kritische Analyse ansetzen.

der Jugend diskutiert und ausgewertet werden. Der neue Bundesvorstand wäre gut beraten, wenn er recht bald eine Broschüre mit allen Beschlüssen – aber auch mit all jenen Anträgen, die aus Zeitmangel nicht behandelt werden konnten – herausbrächte. Damit könnte etwas unternommen werden gegen die Hetze und Legenden, die die Springerpresse bereits eiligst über die JuSos verbreitet. Aus der Tatsache, daß kein Delegierter die Politik des Parteivorstandes verteidigte und viele Redner die CDU/CSU angriffen, drehte „Bild am Sonntag“: „... seit gestern im offenen Krieg mit Willy Brandt und seiner Mannschaft“. Aus der Darstellung Karsten Voigts, der einige Gruppen der APO wegen ihres bündnisschädigenden Sektierertums kritisierte, andererseits grundsätzliche Solidarität mit allen kritischen jungen Menschen bekundete, machte „BamS“ die angebliche Forderung „Unterstützung der APO“, besonders finanziell, und „Staatsunterstützung für Kommunen“. Es war kein Beschluß gefaßt worden, der auch nur im entferntesten diese Auslegung zuließ. Springer hetzt – also sind die Jungsozialisten auf dem richtigen Wege!

Termine

16. – 26.1.1970

Vertreter der Pariser Verhandlungsdelegation der DRV und der Provisorischen Regierung Südvietnam besuchen die Bundesrepublik. Einladener u.a.: Kampagne für Demokratie und Abrüstung, Jugendmagazin „elan“.

31.1. – 1.2.1970

Tagung des Zentralen Ausschusses der Kampagne für Demokratie und Abrüstung, Frankfurt/M.

21./22.2.1970

Bundesjugendtag der Arbeiter-Samariterjugend, Wiesbaden

28.2. – 1.3.1970

Grundsatzdebatte der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken, Bielefeld (Fortsetzung der Bundeskonferenz von Dortmund 1969, Teilnehmer: erweiterter Bundesausschuß)

22.3.1970

Wahlen zur Bürgerschaft (Landesparlament) in Hamburg

11./12.4.1970

Bundesausschußtagung der SJD – Die Falken

22.4.1970

100. Geburtstag von W.I. Lenin

Vor einem Jahr in Ludwigshafen beschloßen sie den Wandel. Ein ganz neues Selbstverständnis des Bundesjugendringes sollte es werden; gefordert wurde die „gesellschaftskritische Jugendarbeit“. Jetzt, ein Jahr später in Hamburg, schien vieles wieder vergessen zu sein, was man sich in der letzten Vollversammlung des DBJR gelobt hatte.

Ganz so, als wollte man für hämische Berichte in den Zeitungen Stoff liefern, überreichten die Vorstandskollegen dem scheidenden DBJR-Chef Klaus Flegel ein recht anzüglich ausgewähltes Geschenk zum just zu feiernden 40. Geburtstag: ein Paar Filzpantoffel. Halb so alt wie Flegel: der Bundesjugendring. Ihm galt keine Feier, kein Filzpantoffel. Freilich schien solch Schuhwerk die Vollversammlung unsichtbar zu tragen. Die Harmonie durfte nicht gestört werden.

Von soviel freundlicher Harmonie profitierten die eingeladenen Vertreter der Bundestagsparteien, besonders jener Herr Rollmann von der CDU, der ohne rot zu werden behauptete, die Jugend sei in den letzten 20 Jahren stets an Jugendgesetzgebung und Gestaltung des Bundesjugendplans beteiligt gewesen. Aber bereits das ganze Verfahren bot wenig Stoff für den Konflikt. „Die jugendpolitischen Vorstellungen der Parteien“ war das Hauptthema dieser 36. VV, wo doch über die jugendpolitischen Forderungen der Jugend hätte geredet werden müssen. So muteten die Referate der Abgeordneten wie verspätete Wahlkampfreden an. Ein Fragebogen des DBJR, der den Parteienvertretern zugegangen war, machte es diesen leicht, Schwierigkeiten zu umgehen – die Fragen erstreckten sich nur auf die Jugendarbeit, während die politischen Fragen und Forderungen junger Menschen ausgespart blieben. Auch blieb ungefragt, wie der Vorrang der Bildungspolitik verwirklicht werden kann, ohne die Rüstungskasse zu beanspruchen.

Einige solcher dringenden politischen Fragen legte der Hamburger Landesjugendringvorsitzende Gerhard Weber der verdutzten Jugendministerin Käte Strobel (SPD) vor. Der „Erfinderin“ des Sexualkunde-Atlas empfahl er, nun auch einen fortschrittlichen politischen Atlas herauszubringen. „Ein Atlas, in dem die tatsächlichen Grenzen in Europa gezeigt werden und nicht jene von der Wetterkarte des Fernsehens.“ Weber artikuliert auch die Fragen junger Menschen, denen man die Hilfe für die Dritte Welt preist, während in Hamburger Werften Korvettenboote auf Kiel liegen, die für die Niederschlagung der Befreiungskämpfer in Angola durch portugiesische Faschisten bestimmt sind. Er

stellte die Fragen der Jugend nach dem Verbot der NPD und nach der Haltung zur Athener Diktatur.

Meist nicht sehr konkret, dafür aber Unterstützung heischend – so sprachen die Politiker. Ministerin Strobel fand heraus, daß Mitbestimmung ein gesellschaftliches Prinzip sei, an dem die Jugend zu beteiligen wäre. Sie versprach Bildungsurlaub und verbesserte Ausbildungsförderung. Ihr Parteifreund Rudolf Hauck (Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit) sprach sich außerdem „für seine Person“ für die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes und den Ausbau der Rechte der Jugendvertreter aus. Auch stimmte er „persönlich“ einem NPD-Verbot und einer Amnestie für Demonstranten zu. Die Jugendverbände werden auf die Erfüllung dieser Zusagen drängen müssen. Ganz einfach wollte es sich CDU-Rollmann machen. Nach seiner Darlegung habe die CDU in der Opposition viel gemeinsam mit der Jugend, zum Beispiel die „Unzufriedenheit mit dem Bestehenden“. Ungeachtet der Tatsache, daß die CDU/CSU für das „Bestehende“, nämlich für kapitalistische Restauration und jugendfeindliche Praxis verantwortlich ist, sprach der clevere Rollmann von einem „natürlichen Bündnis der kritischen Jugend mit der Opposition“.

Allein gar nicht natürlich, sondern widernatürlich empfanden die Sprecher der Arbeiterjugend im DBJR das Bündnisangebot aus den Reihen der Kiesinger-Strauß-Bayern-Kurier-Partei. Christian Götz (Gewerkschaftsjugend): Das hängt doch wohl vom Inhalt der Politik ab. Die CDU müsse, wenn sie dieses Bündnis wolle, ihre Politik in wesentlichen Punkten ändern. Und Kurt Sprenger (Bundesjugendleiter der Naturfreundejugend) machte auf die Jugendfeindlichkeit der Herrschenden aufmerksam, die ihren Niederschlag in einem mangelhaften Berufsbildungsgesetz und in der Verweigerung der Mitbestimmungsrechte für die Jugend finde. Er forderte die Mitbestimmung der Betriebsjugendversammlungen und Betriebsjugendvertretungen in allen Fragen des Betriebes. Und auch Alfred Thauer (Katholische Jugendsozialarbeit) wandte sich gegen Rollmanns Empfehlung, mit einer Novellierung des Berufsbildungsgesetzes zu warten. Thauer forderte eine Revision des Gesetzes, weil es alle möglichen Interessen berücksichtigt habe, bloß nicht diejenigen der jungen Arbeiter.

Rollmann zog es vor, auf diese konkreten Entgegnungen nicht zu reagieren. Überhaupt schienen die Vertreter der Bundestagsparteien durch verbale Zugeständnisse ein gutes Klima anzustreben. Sie dachten wohl an die 5,5 Millionen jugendliche Erstwähler, die 1973 zur Wahl gehen, wenn

das Wahlalter herabgesetzt ist. Sie dachten an die jetzt 14-jährigen, die dann wahlberechtigt sein werden. Nur in zwei Fragen ergriffen die anwesenden Delegierten die Chance, die der Jugend-Boom bietet, der in Bonn bereits wirkt: sie forderten gesetzlichen bezahlten Bildungsurlaub und die Amnestie für Demonstranten. Wichtige Forderungen, aber zuwenig. Ein ganzes Forderungs- und Aktionsprogramm des Deutschen Bundesjugendringes wäre nötig. Die Hinwendung zur Politik, zur Aktion im Interesse der Jugend, zum gesellschaftspolitischen Engagement vollzieht sich schwer in diesem DBJR. Auch in der Behandlung des Antrages der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend, die als Anschlußverband dem Bundesjugendring beitreten will, zeigte sich die Diskrepanz zwischen theoretisch formuliertem „Selbstverständnis“ von Ludwigshafen und opportunistischer Praxis.

Ungeachtet der Ludwigshafener Erklärung, in der sich die Jugendringe als Sprecher für alle Bereiche bezeichnen, die die Jugend betreffen, wurde der Antrag der SDAJ mit 41 Nein-Stimmen bei vier Enthaltungen und 12 Ja-Stimmen abgelehnt. Dies, obwohl die SDAJ wirkungsvoll an der demokratischen Willensbildung der Jugend dieses Landes beteiligt ist. Der Bundesvorstand der SDAJ wies inzwischen nachdrücklich auf den Widerspruch hin, der zwischen den Kontaktbemühungen der DBJR-Verbände zu marxistisch-leninistischen Jugendorganisationen in den sozialistischen Ländern einerseits und der Abweisung junger Sozialisten hierzulande andererseits besteht. Die SDAJ in einem Schreiben an den DBJR-Vorstand, der nach der Neuwahl von Dr. Wolfgang Reifenberg (Kath. Jugend) geführt wird: „Ohne SDAJ sind die Jugendringe nicht vollständig.“

Kommunistische Jugendinternationale:

Eine Schule der Solidarität

Vom 17. Nov. bis 20. Nov. 1969 fand in Moskau eine wissenschaftliche Konferenz zum 50. Jahrestag der Kommunistischen Jugendinternationale (KJI) statt.

Vertreter aus der BRD war Willi Schwettmann, Mitglied des DKP-Parteivorstands und dort Referent für Jugend- und Studentpolitik.

Nach seiner Rückkehr sprach Ulrich Sander mit ihm.

elan: Vor 50 Jahren, vom 20. bis 26. November 1919, traf sich eine kleine Schar junger Kommunisten aus 13 verschiedenen Ländern und gründete die KJI. Wie geschah das?

Schwettmann: Es war wirklich noch eine kleine Schar, die insgesamt 14 Organisationen mit ca. 200.000 Mitgliedern vertrat. Und heute – 50 Jahre später – gibt es in über 80 Ländern kommunistische Jugendverbände mit stattlichen 70 Millionen Mitgliedern. Wer hat ähnliches in dieser Welt aufzuweisen?

Die jungen Kommunisten trafen sich 1919 in Berlin, wo militaristische Freikorps kurz vorher die deutsche Revolution erstickt hatten, wo die Reaktion eben erst Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht bestialisch hatte ermorden lassen . . .

elan: Und die Mörder leben noch . . .

Schwettmann: Ja, der damalige Hauptmann Pabst, einer der Leiter des Mordkommandos lebt noch in Düsseldorf und bezieht – klarer Fall – Staatsrente.

Aber zurück zu 1919. Die Vertreter aus den 13 Ländern mußten illegal tagen, in Wohnungen, als Taubenverein in Kneipen und auch im Atelier der berühmten Malerin Käthe Kollwitz.

elan: Was waren die Ziele der KJI?

Schwettmann: Zunächst einmal waren die jungen Kommunisten fest entschlossen, nach dem I. Weltkrieg im Geiste von Rosa und Karl der imperialistischen Kriegsfront die revolutionäre Front der kämpfenden Jugend entgegenzustellen. Zum anderen wurden Grundsätze für die nationalen und internationalen Kämpfe der Arbeiterjugend zur Verbesserung ihrer Lage erarbeitet . . .

elan: Welcher Art?

Schwettmann: Es war ein vielseitiges Programm, das 1. allgemein gültige Prinzipien enthielt und 2. konkrete Forderungen für die Verbesserung der Lage der Lehrlinge erhob . . .

elan: Auch zur Berufsausbildung?

Schwettmann: Ja, im Grunde wie für hier und heute geschrieben. Und – so etwas forderte die KJI: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Gleichberechtigung für Mädchen und junge Frauen, Wahlrecht ab 18 Jahren . . .

elan: Wahlrecht, nun ja, bald können die jungen Leute ab 18 wählen.

Schwettmann: Damit kann sich im Grunde nur einer brüsten: die Arbeiterklasse. Die CDU/CSU tut so, als sei sie schon immer dafür gewesen. Sie war es, die diese 50 Jahre alte Arbeiterjugendforderung 20 Jahre als regierende Partei hintertrieb.

elan: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit bleibt weiter aktuell! Bitte, sagen Sie etwas über die Moskauer Konferenz aus Anlaß des 50. Jahrestages der KJI.

Schwettmann: An der Konferenz nahmen Vertreter aus 17 Ländern teil, darunter noch lebende Mitbegründer der KJI, wie Raymond Guillot, ehemaliger Generalsekretär der KJI und heute Mitglied des Politbüros der Französischen KP, wie Luigi Polano – heute Mitglied des Gebietskomi-

tees der KP Italiens (Sardinien) u.v.a.m. Wir tagten im Plenum und in Arbeitsgemeinschaften.

elan: Welche Aufgaben hatte sich die Konferenz gestellt?

Schwettmann: Im wesentlichen wurden drei Komplexe herausgearbeitet:

1. Die revolutionären Traditionen der kommunistischen Jugendbewegung und ihre Bedeutung für die gegenwärtige Jugendbewegung.
2. Aktuelle Probleme der Teilnahme der jungen Generation in den demokratischen und antiimperialistischen Bewegungen, und
3. haben insbesondere die Jugendvertreter aus den sozialistischen Staaten ihre Probleme beim Aufbau des Sozialismus und im Kampf gegen den Imperialismus dargestellt.

elan: Traditionen? Verstaubte Geschichte? Sie wissen, daß einige Leute hier Wort Traditionalist sozusagen als Schimpfwort verwenden.

Schwettmann: Ich weiß, immer wenn es um Lehren von Marx, Engels, Lenin, um die Fortführung revolutionärer Kampftraditionen unserer Arbeiterklasse geht, bringt man das untaugliche Wort „Traditionalist“.

elan: Wieso untauglich?

Schwettmann: Weil es die „Tradition“ nicht gibt. Weil im Konzept „Traditionalist“ die konkreten Klassen verschwiegen werden. Die als Schimpfwort gedachte Redewendung zeigt also eine große Schwäche der Wortschöpfer, nämlich die Unfähigkeit bzw. die noch nicht vorhandene Fähigkeit, klar und offen für die arbeitenden Massen Partei zu ergreifen.

elan: Zum Beispiel?

Schwettmann: Zumindest müßte doch wenigstens von der Traditionslinie des Großkapitals und der der Arbeiterklasse unterschieden werden.

Wie meine ich das:

Es ist eben die Fortsetzung der alten Tradition des deutschen Großkapitals, wenn der Antikommunist William Schlam in „Welt am Sonntag“ fordert, daß unserer Jugend „mit liebevoller Härte . . . die traditionelle Wertordnung“ beizubringen sei, also die stockreaktionäre kapitalistische.

Andererseits ist es eine fortschrittliche Tradition, wenn Lehrlinge, Jungarbeiter, Schüler und Studenten gegen das bestehende System auftreten.

Und: Das Bündnis Bonn/Washington bei der US-Aggression gegen das Volk Vietnams – gerade angesichts der faschistischen Massaker durch US-Söldner – das ist die Tradition des Militarismus, der gesellschaftlichen Reaktion, der Unterdrückung der Völker. Die Solidarität vieler junger Menschen in unserem Lande mit dem Kampf des vietnamesischen Volkes – das ist die Tradition der Parteinahme für revolutionäre Befreiungskämpfe.

Diese Solidarität war einer der Schwerpunkte der viertägigen Beratung in Moskau. Damit wurde fortgesetzt, was ein Grundpfeiler der Arbeit der KJI war.

Magazin

Diktator Geldbach

Ein Unternehmer, der
seine eigenen Gesetze
macht

Von Wolfgang Bartels

„Wer zur Zeit der Demonstration im Betrieb fehlt, der hat heute die letzte Schicht gemacht, ob er einen Krankenschein hat oder nicht!“

Das drohte der Unternehmer Wilhelm Geldbach, laut Bericht eines Falken-Mädchens, seinen Arbeitern an.

Es begann vor einigen Wochen. Damals war der 20jährige Lagerarbeiter Hans Zielasek noch einer von ca. 300 Arbeitern des Rohrleitungs- und Flanschenwerkes Geldbach in Gelsenkirchen. Hans ist aktiver Gewerkschafter und Mitglied der SJD — Die Falken. Um sich weiterzubilden, wollte er ein mehrtägiges Seminar der Falken besuchen und beantragte bei der Personalstelle einige Tage Urlaub. Sein Gesuch wurde abgelehnt.

Die Firmenleitung hatte dazu wohl allen Grund. Denn kaum war Hans von der Schulung zurück, die er trotzdem besucht hatte, wollte er das, was er gelernt hatte, auch in die Praxis umsetzen. Da er schon ein Jahr bei Geldbach beschäftigt ist, kennt er die Mißstände im Betrieb genau. Im Seminar war vom Betriebsrat die Rede gewesen. Und davon, daß dieser sich bemühen kann, Mißstände im Betrieb aufzugreifen und zu beseitigen. Aber einen Betriebsrat gibt es bei Geldbach nicht. Nur ein paar stille Gewerkschafter, die sich nicht getrauen, den Mund aufzumachen.

So setzte sich Hans dann auch dafür ein, einen Betriebsrat zu wählen.

Geldbach bekam Wind davon — und Hans die fristlose

Kündigung. Wegen Störung des Betriebsfriedens. „Sie können ruhig vors Arbeitsgericht gehen. Dann wird die fristlose Kündigung eben in eine fristgemäße umgewandelt.“

Die Falken des Unterbezirks Gelsenkirchen solidarisierten sich sofort mit ihrem Genossen. Die IG Metall wird Hans Zielasek vor dem Arbeitsgericht vertreten. Die Falken riefen zu einer Demonstration vor Geldbachs Werktor auf, SDAJ und DKP unterstützten den Aufruf.

Hundert Kollegen trafen sich am Abend des 12. Dezember und demonstrierten zur Firma Geldbach, unter Losungen wie „Macht M. Geldbach seine eigenen Gesetze?“ und „Geldbach kann nicht länger den Diktator spielen“.

Einer der Demonstranten, der einige Tage vorher bei Geldbach gekündigt hatte, berichtete:

„Für die über 300 Mann Belegschaft gibt es nur sieben Toiletten. Zwei davon sind schon Wochen verstopft.“

Ein anderer erzählt: „Bei Geld-

bach gibt es keinen Pausenraum. Neben den Maschinen stehen ein paar Tische. Wenn Du Dein Brot ißt, fliegen Dir immer die dicken Rußflocken aus der Schmiede drauf.“

Hans Zielasek ergänzt: „Der Verbandskasten liegt immer im Meisterbüro. Wenn der Meister weg ist, kann keiner rein. Es ist schon so oft passiert, daß man Verletzungen erst nach einer langen Wartezeit behandeln konnte, weil der Meister nicht da war.“

Einige junge Arbeiter, die bei Geldbach gelernt haben, schildern ihre Lehrzeit. Einkaufen, Putzen, ja sogar Toilettenreinigen, gehören auch heute noch zu den täglichen Pflichten der Lehrlinge.

Auch mit den Löhnen nimmt es Geldbach nicht so genau. Die IG Metall hat schon mehrfach festgestellt, daß Stücklohnsätze falsch berechnet wurden.

Geldbach ist Stadtverordneter der CDU. Rund um sein Werk hat er Wohnungen aufgekauft. Aber kandidiert hat er in einem anderen Wahl-

kreis. Die Begründung dafür gibt ein Anwohner: „Hier im Arbeiterviertel wäre er nie durchgekommen.“

Hans Zielasek ist nicht der erste, der entlassen wird. Im Laufe der letzten fünf Jahre ist schon dreimal die Gründung eines Betriebsrates versucht worden. Doch immer, wenn die drei notwendigen Kollegen gefunden waren, wurde einer von ihnen entlassen. Wer einem seiner Vorgesetzten sagte, er wolle in die Gewerkschaft eintreten, wurde so unter Druck gesetzt, daß er sein Vorhaben aufgab oder die Firma verließ.

Gewerkschaftssekretär Teichmann weiß, daß es seit 1965 25 Klagen und vier Beschlußverfahren im Zusammenhang mit Geldbach gegeben hat.

Hans Zielasek, der alle diese Mißstände kritisierte, wurde ein weiteres Opfer dieser Unternehmerwillkür.

Die Demonstranten zogen die Konsequenz aus Geldbachs Verhalten: „Wir lassen uns nicht länger trimmen, Arbeiter wollen mitbestimmen!“ ■

Hans Zielasek (Mitte) bei der Demonstration junger Arbeiter: Entlassen



Rauschgift und Klassen- kampf

Diskussionsbeitrag
zu einem aktuellen
Thema

Von Marcella
Heiseler-Knipping

Der sozialistischen Jugendbewegung kann es bei der Auseinandersetzung mit dem Problem Rauschgift nicht vorrangig darum gehen, „Träume, Reisen, Trips“ o. ä. darzustellen. Auch nicht darum, die widersprüchlichen medizinischen Meldungen zu verbreiten, mit denen seit Jahren die Spalten der bürgerlichen Presse gefüllt werden (Spiegel, „Zeit“, aber auch konkret, SDS-Info u. a.), ganz nach dem Motto: „Haschu Haschisch inne Tasche haschu immer was zu nasche.“ Für uns gilt es, 1. die gesellschaftlichen Ursachen aufzudecken, 2. die psychische Funktion des Rauschgiftkonsums sowie die gesellschaftliche Funktion zu erkennen.

So wenig wie Überschwemmungen vom „reißenden Wasser“ kommen, sondern von schlecht gebauten Deichen, so wenig „brandet eine Rauschgiftwelle gegen unsere Jugend an“ (Ruhr Nachrichten v. 22. 11. 69). Richtig ist vielmehr „Die Gesetze der freien Marktwirtschaft gelten auch für den Rauschgifthandel.“ (ebenda). Die Tatsache, daß der Anteil der jugendlichen „Hascher“ ständig wächst, ist nicht mit dem „früher reif werden“ erklärt. Die Hauptursache des steigenden Rauschgiftkonsums liegt in der Erfahrung der gesellschaftlichen Widersprüche am eigenen Leibe. Ein großer Teil der haschenden Jugendlichen sind überdurchschnittlich sensibel und intelligent, und sie reagieren dementsprechend schnell und kritisch auf Widersprüche, mit denen sie unmittelbar konfrontiert sind. Statt nun den Widersprüchen nachzugehen, ihre Ursachen zu suchen und zu bekämpfen, greift man nach dem einfacheren

Mittel des „Lösens der ganzen Probleme“: man greift zu Rauschmitteln. Der Kern der gesamten Berichte über einen Hasch- oder sonstigen „Trip“ erschöpft sich in den Sätzen: „Es war alles so leicht, man sah so klar, hörte so klar...“. Damit werden individuell erfahrene Widersprüche weder beseitigt noch gesellschaftlich relevant.

Der Wunsch nach Beseitigung der Widersprüche mittels Rauschgift schlägt bald um in den bloßen Wunsch, sich abzuheben, zu entfliehen. Mit Rauschgift gelingt es, die Erfahrung der gesellschaftlichen Widersprüche in den Hintergrund treten zu lassen und das individuelle Glücksbedürfnis in den Vordergrund zu stellen. Damit ist ein ehemals kritisches Bewußtsein rückgegliedert und ungefährlich geworden.

Der Anteil der ihrem subjektiven Bewußtsein nach antiautoritären Hascher ist zweifellos ziemlich groß. Diese Tatsache hängt unmittelbar zusammen mit dem politischen und ideologischen Herangehen dieser politischen Richtung an gesellschaftliche Probleme. Diese Probleme werden nicht bis zu ihrer Wurzel analysiert, sondern deren Phänomene kritisiert, die dann beseitigt werden sollen. Unsere Haltung zu diesem Problem kann und darf nicht Gleichgültigkeit sein. Es ist eine Schwächung der gesamten antiimperialistischen Bewegung, wenn Teile der Bewegung mittels des Rauschgiftkonsums integriert werden können.

Wir können an dieses Problem nicht mit moralischen Appellen und sonstigen Floskeln herangehen. Das ist kein moralisches, sondern ein gesellschaftliches Problem. Schon ein nur politisch-liberales Herangehen bringt nicht nur die medizinischen Daten, sondern auch und gerade die psychologischen Probleme zutage.

Wir dürfen im Interesse einer starken antiimperialistischen Bewegung nicht nur die Erscheinungsformen kritisieren und bekämpfen, sondern müssen den betroffenen Jugendlichen die Ursachen bewußt machen und mit ihnen diese Ursachen bekämpfen. Unser Kampf gegen die Rauschgifte muß ausgehen von dem Ziel, widerstandsfähige Individuen zu schaffen, also Menschen, die nicht integrierbar sind. Die Arbeiterbewegung des vorigen Jahrhunderts schuf sich gegen den wachsenden Alko-



Befrelung oder Manipulation: Rauschgiftkonsumenten

holismus Abstinenzlergruppen. Das war keinesfalls ein Ausdruck übertriebener Prüderie und Enthaltbarkeit, vielmehr war es eine Reaktion auf den die Arbeiterbewegung schwächenden, immer stärker um sich greifenden Alkoholismus. Was damals die Funktion des Alkohols war, ist heute die Funktion des Rauschgifts: nämlich Übertünchen der objektiv vorhandenen Widersprüche, Demoralisierung und Zersplitterung der demokratischen und sozialistischen Bewegung, Integration eines Teiles dieser Bewegung in das herrschende System.

Warum tranken die Arbeiter damals Alkohol? Um sich von den untragbaren sozialen Verhältnissen zu befreien, um die als lebensbedrohend auftretenden Widersprüche mittels des Alkohols zu beseitigen. Die Formen, in denen heute die Widersprüche auftreten sind andere, kompliziertere; dementsprechend sind auch die Formen der Lösungen und Scheinlösungen andere.

Gehen wir zurück auf das Zitat aus den Ruhr-Nachrichten, daß „die Gesetze der freien Marktwirtschaft auch für den Rauschgifthandel gelten“. Die

Kontrolle über die Rauschmittel bedeutet Kontrolle über Menschen. Die Abhängigmachung von möglichen und tatsächlichen Gegnern ist ein bekanntes Mittel der Geheimdienste des Imperialismus und anderer Gangsterbanden. Sie schaffen sich damit wehrlose Gegner, die sie sogar so weit umfunktionieren können, daß sie wertvolle Helfer gegen stärkere Gegner werden.

Da der Rauschgifthandel in der Bundesrepublik strafrechtlich verfolgt wird, ist es ein leichtes für die politische Polizei, durch Hineintragen oder Dulden von Rauschmitteln eine oppositionelle Bewegung zu kriminalisieren und damit zu zerschlagen.

Es muß die Aufgabe der sozialistischen Jugend sein, die gesamte antiimperialistische Bewegung vor jedem Versuch zu schützen, sie mittels Rauschmitteln zu schwächen. Dabei dürfen wir uns nicht nur auf die Aufklärung über die tatsächliche Rolle des Rauschgifts im Kapitalismus beschränken, wir müssen ständig bemüht sein, diese Bewegung politisch weiterzutreiben, individuelle Widersprüche zu gesellschaftlich-relevanten Widersprüchen zu machen. ■

Milit-ABC in der Penne

Wehrkunde
in jeder Schulstube

Von Bert Holt

Als das Verteidigungsministerium noch vor den Herbstwahlen entschied, „das politische Verantwortungsbewußtsein des Bürgers für die Landesverteidigung“ müsse unbedingt „geweckt werden“, als die Bundesregierung eine Empfehlung an die Kultusminister beschloß, „in den Abschlußklassen der Volks- und Realschulen und in der Oberstufe der Gymnasien den entsprechenden Unterrichtsstoff aufzunehmen“, war keine neue Idee vom Himmel gefallen. Es war nur die Frontlinie deutlicher abgesteckt, an der zukünftig für die These „Jeder Staatsbürger ein Soldat“ gekämpft werden soll: In den anderen Schulen der Nation. Denn 70 Prozent der Kriegsdienstverweigerer sind oder waren Oberschüler.

„Entsprechenden“ Unterrichtsstoff, um solchem Übel im Kern abzuwehren, forderte schon frühzeitig der aufrechte „Deutsche Bundeswehrverband“ (DBwV), 130 000 zahlende Mitglieder stark, als offiziös geltend. Unter seinen Fittichen kämpfen Reservisten und Hinterbliebene, Angehörige der ehemaligen Wehrmacht, Wehrpflichtige, Zeit- und Berufssoldaten unserer Armee gemeinsam darum, „den Verteidigungswillen unseres Volkes zu stärken“.

Noch allerdings gilt der Beschluß der Kultusministerkonferenz, daß nicht in den Klassenzimmern für die Bundeswehr geworben werden dürfe, sondern erst hinter Kasernenmauern. In solch betrüblichem Fall, forderte der Verband in seiner Zeitschrift „Die Bundeswehr“, helfe nur eines: „Die Abschlußklassen sollten mehr die Gelegenheit wahrnehmen, Truppenteile und Einrichtungen der Bundeswehr kennenzulernen“.

Doch seitdem, wie der DBwV feststellen mußte, die „Unverfrorenheit, mit der die APO

arbeitet“ sich „im besonderen“ darin zeigt, daß dreist versucht wird, „das Verständnis für die Kriegsdienstverweigerer überall zu fördern und zu mehren“, kommen solche Versuche, den Schülern das Soldatsein schmackhaft zu machen, natürlich ein wenig spät: Es gilt, schon eher Begeisterung zur Uniform zu wecken.

Daher forderte der Verband die Schulen auf, das Ihre zu leisten, um den „Verteidigungswillen unseres Volkes zu stärken“: Es müsse nun endlich „im Rahmen des staatsbürgerlichen Unterrichts“ auch „die Bedeutung der Bundeswehr im Staatsgefüge behandelt werden“.

Niedersachsens CDU-Kultusminister Langeheine hatte diese Marktlücke schon vorher erkannt, die hehre Aufgabe der Schulen gesehen und bereits im Dezember 1968 den ersten Entwurf für einen Erlaß über die „Unterrichtung über die Aufgaben der militärischen und zivilen Verteidigung“ zusammenbosseln lassen.

Folgerichtig sprach der DBwV in seinem Hausorgan dem Kultusministerium „Dank und Anerkennung“ aus für diesen ersten Schritt, die bevorstehenden Empfehlungen der Bundesregierung vorwegzunehmen.

Die Schüler sollten, so sah es der Entwurf vor, „mit den Einrichtungen der Gesamtverteidigung (militärisch und zivil) und den Fragen der Wehr- und Dienstpflicht in ihrer Bedeutung für die Existenz unseres Staates vertraut gemacht werden“ und natürlich „müssen“ sie im Laufe dieses Un-

terrichts „erkennen, daß der Bürger bei der Sicherung der freiheitlichen und rechtsstaatlichen Ordnung nach innen und außen“ jederzeit „zum Dienst bereit sein muß“.

Um solche Dienstwilligkeit auch tatsächlich zu erreichen, wird empfohlen, am besten gleich Militärs als Lehrkräfte einzusetzen, dadurch nämlich könne der Unterricht „lebendiger und nachhaltiger gestaltet werden“.

Der Göttinger Privatdozent Dr. Ernst-August Roloff, der mit Recht in dem Papier einen „Wehrertüchtigungserlaß“ sah, belehrte die Verfasser: „Der dem Grundgesetz verpflichtete Lehrer . . . hat weder zur Wehrfreudigkeit noch zur Verneinung dieses Staates zu erziehen, sondern auf die Gewissensentscheidung vorzubereiten, die der Wehrdienst für jeden sein soll“.

Eine solche Vorbereitung auf die Gewissensentscheidung aber, beschied ihn der DBwV

in einer üblen Polemik, sei nicht „Unterrichtung“ sondern „Beeinflussung“.

Solcher Beeinflussung also werden die Schüler in Zukunft wohl kaum mehr ausgesetzt sein. Zwar hatte das hannoversche Kultusministerium seinen Entwurf noch einmal zurückgezogen, um ihn womöglich ein wenig zu redigieren — wenn auch Rudolf Rechtmann, Geschäftsführer des niedersächsischen Philologenverbandes, den Entwurf als „im ganzen durchaus tragbar“ beurteilt hatte. Da sich also eher Wohlwollen unter den Lehrern regte und heftige Zustimmung bei der einflußreichen Soldaten-Lobby ist es nun, nachdem sich die Bundeswehrführung für Wehrrtuchung an den Schulen entschieden hat, wohl an der Zeit, den Entwurf wieder aus der Schublade hervorzuholen und ihn nach dem Motto „Niedersachsen endlich einmal vorn“ der staunenden Schülerwelt zu präsentieren. ■

Erster Beruf- schulstreik

Augsburger Lehrlinge
setzen mit Kampf-
maßnahmen ein
Beispiel

Von Gerhard Ullrich

Die „AZ“ mußte am 11. Dezember 1969 feststellen: „Der erste Schulstreik in der Geschichte der Berufsschulen in Augsburg hat stattgefunden.“

Einen Tag zuvor hatten rund 1000 Schüler der gewerblichen Berufsschule I und II an der Haunstättenstraße einen 25-minütigen Streik durchgeführt. Als um 10.30 Uhr — nach einer Pause — der Unterricht wieder beginnen sollte, blieben sie auf dem Schulhof. Und sie sagten auch warum. Ihr Protest richtete sich gegen die Ausbildungsmissstände in den Lehrbetrieben, gegen die schlechte pädagogische Führung bei den Ausbildern, das getrübe Verhältnis zwischen Lehrlingen und Meistern.

Die Lehrlinge hatten erkannt, daß sie, wenn sie etwas erreichen wollen, gemeinsam und geschlossen handeln müssen. Stadtschuldirektor Niederwieser gestand ihnen dann auch nachträglich das Recht zum gemeinsamen Handeln zu. Im Gegensatz zu Vertretern der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer, die „Abhilfe von Mißständen“ ersprachen, wettete Kreis-Handwerksmeister Josef Setterle gegen die Lehrlinge. Er sprach von „gelenktem Streik“ und vertrat die Auffassung — man höre und staune — es gehöre „nicht zu den staatsbürgerlichen Pflichten, in der Jugend zu streiken“. Setterle, in dessen Einflußbereich 4000 Handwerksbetriebe fallen, mußte aber ebenfalls eingestehen, daß im Handwerk einiges faul ist und Reformen notwendig sind. Mit einem Streik von genau 25 Minuten hatten die Lehrlinge auf die Ausbildungsmisere aufmerksam gemacht. Sie werden jetzt aufpassen müssen, daß die Verhandlungen, die ihnen aufgrund ihrer „Arbeitsniederlegung“ gemacht wurden, auch gehalten werden.

Die Augsburger SDAJ-Gruppe stellte nach dem Berufsschülerstreik in einem Flugblatt fest, daß das Lehrlings-Streikrecht für höheren Lohn bzw. Erziehungsbeihilfen, eine bessere und breitere Ausbildung notwendig ist. ■

„Information für die Truppe“
Neues Lehrbuch?

Information
für die
Truppe

Hefte für
staatsbürgerliche
Bildung und
Innere Führung

HERAUSGEGEBEN
VOM BUNDEMINISTER DER VERTEIDIGUNG
FÜHRUNGSGABE DER STREIKKRÄPTE

Amnestie jetzt!

10.000 Strafverfahren laufen gegen Demonstranten

Von Reinhard Junge

„Auflauf“, „Aufruhr“, „Landfriedensbruch“ - Straftatbegriffe, die aus der Zeit der Bismarckschen Sozialistengesetze stammen; sie stehen in jenem Strafgesetzbuch (StGB), mit dem zu Kaisers Zeiten streikende Arbeiter, zur Weimarer Zeit demonstrierende Arbeitslose, unter Hitler aufrechte Antifaschisten bekämpft wurden. Diese Begriffe und die zugehörigen Straßmaß (bis zu 10 Jahren „Z“ für Rädelsührer“) wurden in einem Obrigkeitsstaat geprägt und bis heute gegen engagierte Demokraten weiterverwendet.

„Auitlaur“, „Auitruhr“, „Landesriedensbruch“ — etwa 10 000 Strafverfahren wurden eröffnet, mehr als im schlimmsten Jahr der Kommunistenverfolgungen nach 1956. Wer gegen die neuen Nazis demonstriert, beteiligt sich an einem „Auflauf“. Wer gegen Springer austritt und mit einer Auslieferungsblockade ausgleichende Gerechtigkeit gegenüber den Massenmanipulationen schaffen will, macht sich zumindest des „Auitruhrs“ schuldig. Und wer gegen Notstandsgesetze, reaktionäre Hochschul-„Reformen“ und den imperialistischen Krieg in Vietnam auf die Straße geht und sich dabei anders verhält, als es Polizeioffiziere mit ihrem Demokratiebegriff vereinbaren — der hat den „Frieden“ des Landes gebrochen. Verhaftung — Anklage — Urteil: so der Hamburger Angestellte Schmiedel, der für den angeblichen Tritt gegen das Schienbein eines Polizisten 21 Monate Gefängnis zudiktiert erhielt; so der Rechtsreferendar Pohle, der an einem Sitzstreik teilnahm und nun 15 Monate einsitzen soll; so auch der SDAJler Arthur Moses aus St. Ingbert im Saarland, der 1 000 DM zahlen oder 60 Tage sitzen soll, weil er — angeblich — einen vorläufig Festgenommenen aus den Händen der Büttel des CDU-Ministerpräsidenten Röder befreit hat und dabei einen

Polizisten geschlagen und getreten habe.

10 000 Verfahren — ein „Krebschaden an unserer Demokratie“, wie Kurt Georgi es formuliert, der Vorsitzende der Gewerkschaft Holz und Kunststoff. Er und zahlreiche andere Persönlichkeiten haben eine Amnestie-Kampagne in Gang gesetzt, die die Einstellung aller dieser Verfahren fordert. Denn, so Georgi: „Die drohende Prozeßlawine überrollt den Geist ... des Grundgesetzes.“

Alle reden von Amnestie, könnte man einen bereits häufig variierten Werbespruch noch einmal verändern: so Bundespräsident Heinemann und Justizminister Jahn (SPD). Sie

reden davon — aber was geschieht? Jahn meint, man müsse erst einmal die Gesetzesnovelle zur Änderung des Strafrechts abwarten, die, wenn sie überhaupt den konzertierten Widerstand der Reaktionäre in CDU und CSU überlebt, frühestens im Juni nächsten Jahres rechtskräftig wird.

So lange aber darf nicht gewartet werden. Wenn Brandt seinen Plan, etwas mehr Demokratie zu „wagen“, ernst gemeint hat, so muß die neue Regierung, die eine fortschrittlichere als die alte sein will — unverzüglich handeln. Andernfalls nämlich werden Hunderte Terrorurteile gefällt und sind rechtskräftig, bevor die Amnestie wirksam wird, wer-

den ein paar Dutzend fortschrittlicher Richter im Schußfeld der Pöstchenjäger unter ihnen liegen bleiben, weil sie ihrem Gewissen und nicht den vermotteten Gesetzestexten folgend, Freisprüche gefällt haben.

Amnestie jetzt — und die Strafrechtsänderung gleich danach. Aber keine halbe, mit Gummiparagrafen (wie z. B. § 111 StGB — „Aufforderung zum Begehen von Vergehen und Verbrechen“), sondern eine vollständige, am Geist des Grundgesetzes orientierte. Dies wäre nicht viel, schon gar nicht zu viel — aber ein Anfang des längst überfälligen Prozesses der Demokratisierung dieser Gesellschaft. ■

Was Schüler auf die Barrikaden treibt

Schüler kämpfen für bessere Ausbildung

Von Werner Winter

„Uns stinkt's!“ verkündeten Schüler auf einem Transparent. Sie streiken. Eine regelrechte Lawine von Streiks, Demonstrationen und Protesten von Schülern hat eingesetzt. In Siegen streikten die Schülerinnen des Mädchen-Gymnasiums so lange gegen die autoritären Methoden ihrer Direktorin, bis diese zurücktreten mußte.

In Mettmann erreichten die Schüler des Konrad-Hersbach-Gymnasiums, daß sie einen kritischen jungen Lehrer behalten durften, der schon auf der Abschußliste stand.

In Gelsenkirchen streikten die Schüler des Schalcker Gymnasiums gegen ihren Direktor, der jeden Tag in den Pausen die Unterrichtsräume rücksichtslos räumen läßt und die Schüler bei strömendem Regen auf den Schulhof jagt.

Streiks gab es auch in Bremen, Essen, Datteln, Dinslaken, Hagen und anderen Städten. In Unna mußten Schülerinnen ihr Gymnasium durch die Fen-

ster verlassen. Ihre Schule war abgesperrt worden, um zu verhindern, daß sich die Schülerinnen an einer Demonstration beteiligten.

Die Schüler fordern Behebung des Lehrermangels (in einem Gymnasium Castrop-Rauxels unterrichten z. B. nur 29 vollausgebildete Lehrer und rund 20 Aushilfskräfte bei 39 Klassen und 62 Planstellen, in dem anderen Gymnasium fallen jede Woche 130 Schulstunden aus), Beseitigung der Raumnot, mehr Arbeitsplätze für den naturwissenschaftlichen Unterricht. Die Schüler fordern, daß die Oberstufe der Gymnasien besser auf die Universität vorbereiten muß. Sie fordern Streikrecht für Schüler und Lehrer.

Eine Hauptforderung ist das Verlangen der Schüler nach Mitbestimmungsrecht in ihren Angelegenheiten. Sie sind die Sandkastenspiele in der sogenannten Schülermitverwaltung (SMV) leid. Sie sind es leid, daß sich diese Mitverwaltung darin erschöpft, den Tafeldienst einzuteilen und den Lehrern die Ausgabe von Milch und Theaterkarten abzunehmen. Sie wollen wirkliche Mitbestimmung. Sie wollen, daß die Zensur der Schülerzeitungen aufhört. Und sie wollen, daß das Schulwesen grundlegend reformiert wird.

Einen ersten Erfolg erreichten die Schüler in Gelsenkirchen. Sie haben eine Drittelbeteiligung der Schüler an der Schulkonferenz durchgesetzt. ■

2 000 Schüler besetzen das Hagener Rathaus



Eigener Nutzen — zu Lenins Ehren

FDJ-ler bereiten Lenins 100. Geburtstag vor

Von Werner Maletz



Das Bild Lenins war beim "Treffen junger Sozialisten" in Berlin im Demonstrationszug der Jugend das meistgetragene Bild.

Am 22. April 1970 werden Millionen von Menschen in aller Welt den 100. Geburtstag von Lenin begehen. Die Jugend in der DDR wird gut auf diesen Geburtstag vorbereitet sein.

In einem „Lenin-Aufgebot“ hat die Freie Deutsche Jugend (FDJ) dazu aufgerufen, im Geiste Lenins zu lernen, zu arbeiten und zu leben. Was das heute für die Jugend der DDR heißt, wird konkret formuliert, nämlich:

- die Stärkung der DDR auf allen Gebieten;
- das Studium des Marxismus-Leninismus, insbesondere der Werke Lenins;
- die lebendige Bewahrung der revolutionären Tradition der deutschen und internationalen Arbeiterklasse.

Die Stärkung der DDR auf allen Gebieten — das heißt für junge Bürger der DDR die Übernahme von verantwortungsvollen Aufgaben in der Gesellschaft, in den Betrieben,

bei Fragen der Automatisierung, das heißt auch Planungs- und Leitungsprozesse durch die Einführung, Beherrschung und Nutzung moderner Datenverarbeitungsanlagen rationell zu gestalten.

Große Worte? Nein! Natürlich sind solche Aufgaben für den größten Teil der Jugend in der Bundesrepublik fremd. Denn welcher Lehrling in der Bundesrepublik erhält eine breite Grundlagenausbildung, die ihn befähigt, an Datenverarbeitungsprogrammen zu gestalten? Andererseits sollte man nicht vergessen, daß die DDR mit an der Weltspitze in Bildungs- und Berufsausbildungsfragen steht.

Dieses Lenin-Aufgebot, daß mit dem 20. Jahrestag der DDR begonnen hat und im Oktober 1970 enden wird, umfaßt 4 Etappen.

Etappen, die durch historische Ereignisse gekennzeichnet sind, wie z. B. durch den Jahrestag der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, den 25. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus.

Während aller 4 Etappen werden sich zahlreiche Jugendliche mit den Werken u. a. Lenins beschäftigen, sie werden „Die Aufgaben der Jugendverbände“, „Drei Quellen und Bestandteile des Marxismus“, „Staat und Revolution“ studieren. Sie werden darüberhinaus aber auch Buchlesungen und Lyrikabende, Aussprachen mit Schriftstellern und Künstlern durchführen, die Singebewegung in der DDR ausbauen. Theaterstage der Jugend, Kinder- und Jugendspartakaden werden stattfinden, es werden Freundschaftszüge nach Moskau, Leningrad und andere Städte der Sowjetunion fahren.

Das Lenin-Aufgebot stellt zweifelsohne ein Kampfprogramm dar. Ein vielseitiges Kampfprogramm. Es erwartet hohe Leistungen der Jugend in der DDR. Daß die Jugend in der DDR sich für ihren Staat engagiert, stolz auf ihren Staat ist, das wissen wir. Selbst bürgerliche Presseorgane, wie z. B. der „Stern“ und die „Quick“ müssen das inzwischen feststellen.

Daß das Lenin-Aufgebot zur Stärkung der DDR beitragen wird — um das festzustellen, braucht man kein Prophet zu sein.

So ehren sie Lenin, indem sie sich nützen — wie das schon Bert Brecht formulierte und forderte. Und daß das im Sinne Lenins ist, steht außer Frage.

Volksentscheid über Wahlalter

Aber Aktionen der Jugend gehen weiter

Von Ulrich Sander

In Hessen steht eine Volksabstimmung ins Haus. Am 8. März werden die Wahlberechtigten darüber entscheiden, ob das aktive Wahlrecht bei 18 Jahren und das passive mit 21 verankert wird. Gegen die Stimmen der NPD hat das hessische Landesparlament am 11. Dezember beschlossen, diese Entscheidung entsprechend der Landesverfassung der Bevölkerung zu unterbreiten. Bei Zustimmung wird sich bereits zur Landtagswahl im November 1970 die Zahl der Wahlberechtigten um sechs Prozent erhöhen.

Dem Beschluß des Landtages gingen lebhaft Diskussionen und stark beachtete Aktionen der Jugend voraus. So hat die Frankfurter SDAJ im Sommer

und Herbst Unterschriften-Aktionen für die Wahlalterherabsetzung veranstaltet. Bis zu 1100 Unterschriften pro Tag wurden vor Betrieben und auf öffentlichen Plätzen unter eine Petition gesammelt, in der die „Rechte eines Erwachsenen“ gefordert werden: „Herabsetzung des aktiven Wahlalters auf 18, des passiven Wahlalters auf 21 Jahre; Herabsetzung der Volljährigkeit auf 18 Jahre; gleichberechtigte Vertretungen in Fragen der Berufs-, Schul- und Universitätsausbildung“.

Zur Erfüllung der beiden letztgenannten Forderungen wird es noch verstärkten Kampfes der Jugend bedürfen, denn der Landtag beschränkte sich in seinem Beschluß auf die Wahlalterherabsetzung.

Aber auch das „Wahlalter 18“ ist noch sehr gefährdet. Es setzt eine Änderung der Landesverfassung voraus, das bedeutet in Hessen eine Volksabstimmung. Und ob die Bevölkerung, die jahrelang durch die bürgerlichen Massenmedien gegen die Jugend aufgehetzt wurde, mehrheitlich eine Forderung der Jugend übernehmen wird, ist noch ungewiß. Es sei an das Beispiel Dänemark erinnert, wo die Wahlalterherabsetzung in einer Volksabstimmung scheiterte. Unter den hessischen Jugendorganisationen wird daher jetzt darüber beraten, wie sie gemeinsam eine Aufklärungskampagne unter den Wahlberechtigten entwickeln können.

Informationsstand der SDAJ in Frankfurt: Tausend Unterschriften täglich



Die Killer kommen nachts

Polizeiterror in den USA gegen Black Panther

Von Werner Winter

„Wir haben uns den schwarzen Panther zum Symbol erwählt, weil er nicht von sich aus angreift, sondern nur zurückschlägt, wenn er in die Enge getrieben wird.“ Ray Hewitt, einer der letzten Führer der Black Panther, der noch nicht im Gefängnis lan-

dete, ins Exil getrieben oder von gedungenen Killern beseitigt wurde, hat allen Grund zu dieser Charakterisierung. Die Black Panther fühlen sich tatsächlich von den Mächtigen der USA und ihrer Polizei in die Enge getrieben (siehe Reportage über die Black Panther Party, Seite 10.) In den letzten 24 Monaten wurden 28 führende Mitglieder der Black Panther von der Polizei ermordet. Zum Beispiel Bobby Hutton, 17 Jahre alt. Am 6. April 1968 hat die Polizei ein Haus in Oakland umzingelt. Ohne Waffen, blind von Tränengas mit hoherhohen Armen kommt Hutton aus dem Haus. Die Polizisten erschießen ihn von hinten. Zum Beispiel Fred Hampton. Polizisten dringen am 4. Dezember 1969 in seine Chicagoer Wohnung ein. Später behaupten die Polizisten, sie seien von einem Kugelregen empfangen worden. Fred Hampton und ein Freund, Mark Clark, sind tot, erschossen. Die ärztliche Untersuchung ereibt, daß

Hampton im Schlaf getötet wurde. Auf der Innenseite der Haustür, wo die Polizisten standen, konnten keine Einschüsse gefunden werden. Über hundert Black Panther befinden sich in Untersuchungshaft, Gefängnissen und Zuchthäusern. Zum Beispiel Huey Newton. Ein Gericht erklärte ihn des Mordes an einem Polizisten schuldig. Doch der Polizist hat sich im Handgemenge mit Newton selbst erschossen. Zum Beispiel Bobby Seale. Er wurde vor Gericht gestellt, weil er anlässlich des Parteitages der Demokratischen Partei gegen den Vietnamkrieg demonstriert hatte. Seale ist an seinen Stuhl gefesselt. Er kann sich nicht verteidigen, weil er so stark geknebelt ist, daß zeitweise seine Blutzirkulation abgeschnitten ist. Die Knebelung führte zu einer Mandelentzündung. Trotz des Fiebers wird Seale mehrfach von Polizisten und Gefängniswärtern zusammengeschlagen. Bobby Seales Urteil: 4 Jahre Gefängnis wegen Mißachtung des Gerichts.

Die geforderten Kautionen für Untersuchungshäftlinge sind ungewöhnlich hoch: bis zu 100 000 Dollar. Sie sind also gezwungen, entgegenamerikanischen Gewohnheit, in Haft zu bleiben. Oft werden die Büros der Black Panther von Polizisten überfallen. Zum Beispiel veranstalteten zwei betrunkene Polizisten in Oakland einen Feuerüberfall auf das Black-Panther-Büro. Nur weil die Pistolenhelden niemand antrafen, gab es keine Verletzten. Zum Beispiel umstellten 300 Polizisten das Hauptquartier in Los Angeles und lieferten sich eine wilde Schießerei mit den Panther. Im Justizministerium wurde eine spezielle Einsatzgruppe gegen die Black Panther gebildet. Für den FBI-Chef Edgar Hoover sind die Black Panther „eine Horde von Rowdies, die die innere Sicherheit der USA auf das schwerste gefährden“. Das scheint für Hoover genug zu sein, um die Lynchjustiz der US-Polizei zu rechtfertigen.

Wer von Ihnen ist als nächster dran?



Black Panther in New York.



„DOW sollst nicht töten“

Staatlich subventionierte Napalm-Hersteller in Niedersachsen

Von Wolfgang Bartels.

Napalm haftet fest auf der Haut und entwickelt beim Verbrennen eine Hitze von ca. 3000 Grad Celsius. Die Haut und das darunterliegende Gewebe verbrennen sofort. 35 Prozent der Betroffenen sind sofort tot, 62 Prozent sterben bis zum 40. Tag nach der Verbrennung.



Napalmpfopfer: Sie machen die Millionäre noch reicher

Von 1961 bis 1966 sind 250 000 südvietnamesische Kinder durch den Einsatz von Napalm getötet worden, 750 000 sind zu Krüppeln gemacht worden. Bis Ende 1968 wurden auf das Territorium Vietnams etwa 100 000 Tonnen abgeworfen. Der Alleinhersteller von Napalm ist der US-Konzern DOW CHEMICAL, der viertgrößte Chemie-Konzern der USA. Trotz einer mehrjährigen Kampagne unter der Parole „DOW sollst nicht töten!“ produziert Dow Chemical weiter, steigen die Dividende der Aktionäre. Jetzt streckt Dow Chemical seine Fühler auch in die Bundesrepublik aus, hilfreich unterstützt vom befreundeten hiesigen Finanzkapital. Bei Stade in Niedersachsen soll auf einem 450 Hektar großen Gelände eine Zweigniederlassung von Dow Chemical errichtet werden. Westdeutsche Banken gewährten im Frühjahr eine Anleihe von 1 Milliarde DM. Dies ist die bisher größte Finanzierungsaktion für einen US-Konzern in Europa.

Nun soll dieses Zweigwerk auch noch mit 150 Millionen DM aus Steuermitteln subventioniert werden.

Beim ersten Spatenstich verkündete der niedersächsische Kultusminister Langeheine (CDU), die Landesregierung sei stolz, daß Dow Chemical den Weg nach Niedersachsen gefunden habe. Er wünschte dem Unternehmen ein gutes Gelingen zum Wohle des Landes und der Menschen, die dort leben.

Auch Langeheine weiß, daß Napalm nur dem Wohl einer ganz kleinen Minderheit dient, nämlich der Minderheit der Kapitalisten. Je schneller die Vernichtungsmaschinerie in Vietnam läuft, je mehr Nachschub benötigt wird, desto höher werden die Profite.

Das niedersächsische Wirtschaftsministerium versucht, jeder Diskussion mit der zynischen Entschuldigung auszuweichen: „Wenn Dow das Napalm nicht herstellen würde, dann würden es eben andere tun.“

„Nie vergessen!“

Antifaschistische Jugendkundgebung in früherem KZ Struthof

Von Uwe Sommer

Damit, daß den Neonazis der Einzug in den Bundestag verwehrt wurde, dürfen sich Demokraten nicht zufriedengeben. Deshalb führen über 2500 junge Menschen, einem Aufruf der baden-württembergischen Gewerkschaftsjugend und des Landesjugendringes folgend, zum Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Struthof im Elsaß. Sie trafen mit ehemaligen Widerstandskämpfern zusammen. Dort, wo in den Jahren von 1941 bis 1945 12000 Männer und Frauen ermordet wurden, wies der DGB-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, Karl Schwab, in einer Ansprache auf die Gefahren hin, die nach wie vor den Kampf, den „schärfsten Kampf gegen die NPD“ notwendig machen, „aber auch gegen alle, die — in welcher Partei auch im-

mer — nationalistisches und militaristisches Gedankengut fördern und die Kriegsgefahr erhöhen.“

Schwab rief auch zum Kampf gegen alle faschistischen Vorgänge in der Welt auf: gegen die Verfolgung der Demokraten in Griechenland, die Unterdrückung der Farbigen in den USA und Rhodesien, gegen die faschistischen Regime in Spanien, Portugal, Zentral- und Südamerika.

Ein ehemaliger Häftling, der polnische Chefredakteur Tomasz Obamski, mahnte die Jugendlichen: „Wer die Vergangenheit vergißt, kann dazu verurteilt werden, sie noch einmal erleben zu müssen.“ Der Redner forderte eine Politik der friedlichen Koexistenz und der Schaffung eines europäischen Systems der kollektiven Sicherheit.

Der Landessekretär der Gewerkschaftsjugend, Jürgen Walter, rief die Anwesenden auf, den Kampf gegen solche Zeitgenossen weiterzuführen, die bereits wieder vergessen hätten und das Rad der Geschichte zurückdrehen wollten. Walter: „Wir sind heute in Struthof auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers zusammengekommen, um der Opfer des braunen Terrors zu gedenken und zu demonstrieren, daß es für uns kein Vergessen geben kann.“



Skifreizeiten

Veranstaltungen der NFJ sind offen für alle

Von Martin Müller

Die Naturfreundejugend hat eine beachtliche Initiative ergriffen. Die Naturfreundejugend ist der Meinung: es geht nicht an, daß nur die organisierten Jugendlichen Vergünstigungen bei den durch Bundesjugendplan und Deutsch-Französischem Jugendwerk geförderten Sportlehrgängen bekommen. Die nicht organisierten Jugendlichen sind

benachteiligt, weil die organisierten besser Bescheid wissen und die preisgünstigen Plätze belegen.

Deshalb bietet die NFJ allen interessierten Jugendlichen zwischen 16 und 30 Jahren ihre deutsch-französischen Skilehrgänge an. Sie finden sowohl in der Bundesrepublik als auch in Frankreich statt.

Auch für 12—16jährige bietet die NFJ etwas: Während der Weihnachts- und Osterferien veranstaltet sie Skifreizeiten. Wer sich näher über diese und weitere Veranstaltungen der Naturfreundejugend interessiert, kann sich wenden an: Naturfreundejugend Deutschlands, 7 Stuttgart 60, Großglocknerstraße 28, Tel.: 0711 337687/88.



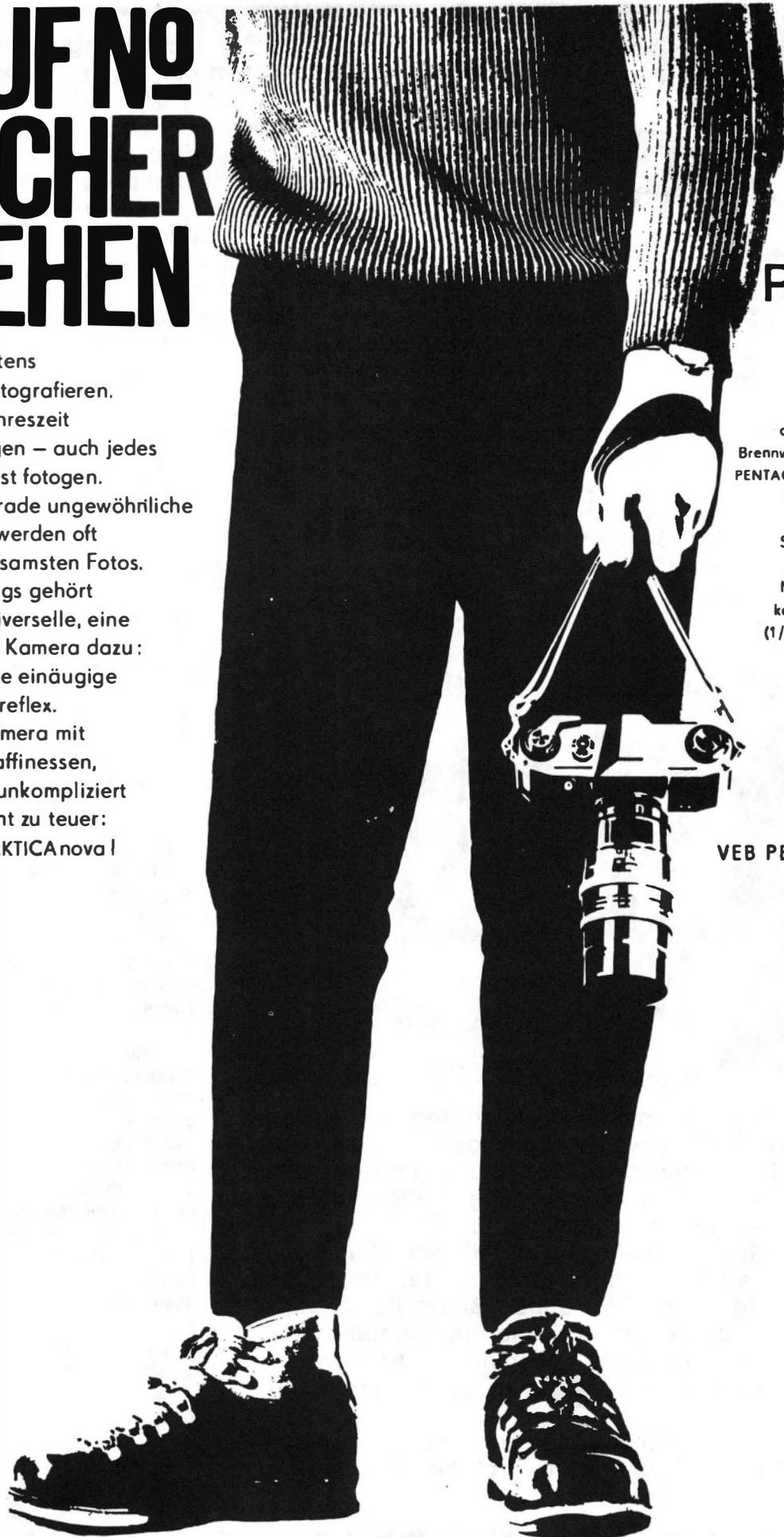
Ferientermine der allgemeinbildenden Schulen 1970

Angegeben ist jeweils der erste und letzte Ferientag.

	Ostern	Pfingsten	Sommer	Herbst	Weihnachten
Baden-Württbg.	20.3. – 6.4.	16.5. – 20.5.	24.7. – 8.9.	–	24.12. – 13.1.1971
Bayern	21.3. – 6.4.	16.5. – 25.5.	23.7. – 9.9.	–	23.12. – 7.1.1971
Westberlin	23.3. – 11.4.	15.5. – 19.5.	11.7. – 22.8.	26.10. – 2.11.	21.12. – 6.1.1971
Bremen	23.3. – 11.4.	–	26.6. – 8.8.	5. 10. – 17.10.	21.12. – 6.1.1971
Hamburg	16.3. – 31.3.	14.5. – 23.5.	11.7. – 22.8.	12.10. – 17.10.	21.12. – 6.1.1971
Hessen	23.3. – 11.4.	16.5. – 19.5.	16.7. – 27.8.	–	21.12. – 9.1.1971
Niedersachsen	19.3. – 4.4.	16.5. – 20.5.	25.6. – 5.8.	28.9. – 10.10.	21.12. – 6.1.1971
Nordrhein-Westfalen	23.3. – 11.4.	16.5. – 19.5.	18.7. – 5.9.	19.10. – 24.10.	23.12. – 9.1.1971
Rheinland-Pfalz	14.3. – 6.4.	16.5. – 19.5.	16.7. – 26.8.	28.10. – 2.11.	23.12. – 6.1.1971
Saarland	13.3. – 7.4.	16.5. – 19.5.	16.7. – 26.8.	29.10. – 3.11.	23.12. – 9.1.1971
Schleswig Holstein	23.3. – 11.4.	16.5. – 19.5.	10.7. – 20.8.	3.10. – 12.10.	21.12. – 5.1.1971

AUF NO SICHER GEHEN

Wenigstens
beim Fotografieren.
Jede Jahreszeit
ist fotogen – auch jedes
Wetter ist fotogen.
Und gerade ungewöhnliche
Motive werden oft
die wirksamsten Fotos.
Allerdings gehört
eine universelle, eine
»sichere« Kamera dazu:
die echte einäugige
Spiegelreflex.
Eine Kamera mit
allen Raffinessen,
jedoch unkompliziert
und nicht zu teuer:
die PRAKTICAnova I



PRAKTICA nova I

Echte einäugige Kleinbild-
Spiegelreflexkamera
24 x 36 mm • Wechsel-
objektive 20 mm bis 1000 mm
Brennweite • Filmeinlegeautomatik
PENTACON-Loading (PL) • Prismen-
sucher mit hellem, seitenrich-
tigem und parallaxenfreiem
Sucherbild • Fresnellinse mit
Mikroprismenraster und
Mattscheibenringfeld • Rück-
kehrspiegel • Schlitzverschluss
(1/2s bis 1/500s) • Universelles
Zubehör • Modell
PRAKTICAnova IB mit ein-
gebautem fotoelektrischem
Belichtungsmesser

VEB PENTACON DRESDEN

Lehrlinge in Aktion

„Wir brauchen ein neues Berufsbildungsgesetz!“ Tausendfach richtet sich in diesen Wochen die Forderung an die neue Bundesregierung. An die Regierung, die soviel von „inneren Reformen“ spricht und doch nicht so recht in Gang kommen mag, wenn es um die Forderungen der arbeitenden Jugend geht. Darum muß gerade jetzt Dampf gemacht werden. Nicht locker lassen, das meinten Essener Lehrlinge. Jetzt die Regierung mit ihren Versprechungen konfrontieren, das meinten hunderte Unterzeichner eines Briefes an Kanzler Brandt. Über diese und andere Aktionen berichten wir auf den folgenden Seiten. Und auch über ein positives Beispiel, neben dem „Sündenregister der Unternehmer“: die ersten Schritte zur Mitbestimmung bei der gewerkschaftlichen „Bank für Gemeinwirtschaft“.



„Ausbeutung Tag für Tag, gesichert durch den Lehrvertrag“, hieß der Sprechchor von Essener Lehrlingen bei einer Demonstration durch die Innenstadt. Die Arbeitsgemeinschaften gewerblicher und kaufmännischer Lehrlinge hatten zu einer Aktion gegen die Ausbildungsmißstände im Radio- und Fernsehtechniker-Handwerk aufgerufen. Mit der Aktion der Lehrlinge solidarisierten sich die Religionslehrer der Krupp-Betriebsberufsschule Pfarrer Otto Seber, Bruno Peter und Rolf Freitag. Ergebnis: die Krupp-Bosse erklärten alle drei als „unerwünscht“ und teilten der zuständigen Kirchenbehörde mit, daß die Lehrer nicht mehr an der Berufsschule unterrichten sollen.

Worum es in der Aktion der Essener Lehrlinge ging, erklären die Arbeitsgemeinschaften gewerblicher und kaufmännischer Lehrlinge in diesem Beitrag.

1. Es gibt in Essen einige Betriebe, wo die Ausbildungsberechtigten sich weder gar nicht um die ihnen anvertrauten Lehrlinge kümmern, unfähig sind oder praktisch überhaupt nicht vorhanden sind, also nur laut Karteikarte der Innung ausbilden. Den bemerkenswertesten Beweis für diesen Mißstand liefert eine Borbecker Firma, die 4 Lehrlinge beschäftigt. Ausbildungsberechtigt für die Radio- und Fernsehtechnikerlehrlinge ist ein Elektroinstallationsmeister(!) — etwa Mitte 70 — der sich nachweislich kaum in Essen aufhält.

2. Die Ausbildung erfolgt oft sehr einseitig. Lehrlinge arbeiten eineinhalb Jahre im Antennenbau, bauen über ein Jahr nur Autoradios ein oder üben sich ein halbes Jahr und länger im Verkauf.

3. Auch berufsfremde Arbeiten kommen vor. Ein Lehrling führte ein Dreivierteljahr lang die Kundengarantiekarte eines bekannten Essener Radio-Geschäfts. Im selben Geschäft bauen Lehrlinge auch Regale und führen Anstreicherarbeiten aus.

Wer Autosuper einbaut — in einem anderen Geschäft — darf nebenbei, weil die Ausbildung ja vielseitig sein soll, auch gleich Ölwechsel lernen und ab und zu Stoßdämpfer auswechseln.

Auch für die Renovierung des eigenen Geschäftes werden Lehrlinge bis spät in die Nacht eingesetzt.

4. Eine bekannte Essener Großhandelsfirma schickt die Lehrlinge, die einen Führerschein besitzen, regelmäßig ganz allein außerhalb Essens auf Kundendienst. Gerade diese Firma gehört nach Aussage von Herrn Dr. Lamers — Hauptgeschäftsführer der Kreishandwerkerschaft — zu den Betrieben, die eine musterzügliche Ausbildung vorweisen können.

Auch andere Firmen lassen den Kundendienst häufig von Lehrlingen durchführen. Auf der Rechnung des Kunden

wird dann allerdings Gesellenlohn berechnet.

5. In vielen Radio- und Fernsehgeschäften sind die Werkstätten für die Ausbildung völlig unzureichend eingerichtet. In einem großen Geschäft in der Essener City ist die Rundfunkwerkstatt — in der 4 Lehrlinge arbeiten — so eng, daß nicht einmal ein Fenster geöffnet werden kann. Wenn ein Lehrling eine Cola trinkt, muß gewissermaßen auch sein Nachbar den Arm heben!

6. Einige Lehrlinge müssen ihr Werkzeug (vor allem Meß- und Prüfgeräte) selbst stellen.

7. Die Bezahlung ist mehr als schlecht. Im 1. Lehrjahr erhält der Lehrling 70 DM Ausbildungsbeihilfe. Diese Ausbildungsbeihilfe steigert sich dann auf 110 DM im 2. Lehrjahr. Pro Stunde macht das etwa 30 bis 70 Pfennig für den Lehrling. Der Betrieb dagegen verdient am Lehrling nicht selten bis zu 100 DM am Tag.

8. Die Lehrlingszahlen im Radio- und Fernsehtechnikerhandwerk schlagen alle Rekorde! Auf 1 Gesellen (Techniker) kommen 4—6 Lehrlinge. In der Rundfunkwerkstatt eines großen Essener Geschäftes arbeiten etwa 20 Lehrlinge, aber nur 3 Gesellen und kein Meister! In einem Gelsenkirchener Geschäft sollen sogar 18 Lehrlinge arbeiten. Dieser Betrieb hat außerdem — sage und schreibe — noch 1 Gesellen und 1 Meister.

Sämtliche Lehrlinge werden als Gesellen nicht weiter beschäftigt. Sie gehen zur Bundeswehr, zur Ingenieurschule oder wandern in die Industrie ab, wo sie besser bezahlt werden. Ihren Platz nehmen ja für Jahr neue Lehrlinge ein.

9. Sogar Gewalttätigkeiten kommen vor! In einer kleinen Essener Firma, die praktisch von drei Lehrlingen aufrechterhalten wird (ein Geselle ist nicht da), warf der über 60 Jahre alte Meister mit einem Stuhl nach einem Lehrling und verletzte ihn dabei am Schienbein.

Nach all dem Gesagten ist es erstaunlich, daß die Durchfallquote bei der Gesellenprüfung sehr niedrig ist. Das ist aber nicht der Verdienst der Firmen. Vielmehr sind dafür folgende Gründe entscheidend:

a) der verhältnismäßig hohe Bildungsstand der Lehrlinge (die meisten Lehrlinge haben den Abschluß der Mittleren Reife)

b) die besonders gute theoretische Ausbildung an der Essener Berufsschule für Elektrotechnik

c) der persönliche Ehrgeiz der meisten Lehrlinge, die auch in ihrer Freizeit für ihren Beruf weiterlernen.

Bares Geld für Lehrlinge!

Nehmt in Anspruch, was euch zusteht! Millionen kassiert der Staat, jedes Jahr, weil er Lehrlinge unzureichend über die Möglichkeit der Ausbildungsförderung informiert. Und weil er keinen Rechtsanspruch auf Ausbildungsförderung gewährt. Geld bekommt nur, wer einen Antrag stellt. Einen Antrag stellt nur, wer über seine Rechte informiert ist.

Also: Lehrlinge und Anlernlinge, spitzt den Bleistift. Lest diesen Artikel und rechnet aus, ob in Bonn nicht einige Scheine für euch liegen.

Wenn die Leistungen des Ausbildungsförderungsgesetzes auch absolut unzureichend sind: sie sollten genutzt werden.

Vorgesehen sind Berufsausbildungsbeihilfen für Lehrlinge und Anlernlinge, die ihre Ausbildung mit der Gesellen-, Gehilfen- oder Facharbeiterprüfung abschließen.

Als Voraussetzungen für die Gewährung werden genannt:

Eignung des Auszubildenden für seinen Beruf; Leistungen, die das Erreichen des Berufsziels erwarten lassen; kein Anspruch auf sonstige nichtbetriebliche Ausbildungsbeihilfen; kein Vermögen der Eltern, aus denen die Ausbildung bestritten werden kann.

Das Gesetz geht von einem Bedarfssatz des Auszubildenden in Höhe von monatlich 200 DM — bei auswärtiger Unterbringung 240 DM — aus. Hinzuzurechnen sind die Fahrtkosten, 15 DM als Pauschalsatz für Berufsbekleidung und 7,— DM für Lernmittel. Von der Gesamtsumme wird die Brutto-Lehrlingsvergütung abgezogen.

Praktisch sieht das beispielsweise so aus:

Pauschalsatz	200,— DM
Fahrtkosten	15,— DM
Berufsbekleidung	15,— DM
Lernmittel	7,— DM
Summe	237,— DM
abzüglich	
Brutto-Lehrlingsvergütung	180,— DM
Sind vom Staat zu fordern	57,— DM

So, und nun zu den „technischen Daten“ der Eltern, die als Maßstab genommen werden.

Für den Haushaltsvorstand gelten 500,— DM als Freibetrag, für den Ehegatten 200,— DM, für jeden weiteren Familienangehörigen (außer dem Antragstellenden Lehrling) je 100,— DM, zuzüglich Wohnungsmiete. Grundlage bil-

det das Nettoeinkommen des Haushaltsvorstandes.

Beispiel:

Freibetrag des Vaters	500,— DM
Freibetrag der Mutter	200,— DM
Freibetrag für Schwester	100,— DM
Fahrtkosten	30,— DM
Wohnungsmiete	200,— DM
Summe	1030,— DM

abz. Nettoverdienst des Vaters

(Einkommen der Familie)	940,— DM
anrechnungsfreier Betrag	90,— DM

Da die Summe der Freibeträge in diesem Beispiel höher liegt, als das Einkommen der Familie, wird dem Lehrling eine Ausbildungsbeihilfe in voller Höhe bezahlt. Würde — ausgehend von diesem Beispiel — das Nettoeinkommen des Vaters über 1030 DM liegen, so verminderte sich die Ausbildungsbeihilfe um den übersteigenden Betrag.

Alle Anträge auf Ausbildungsförderung müssen an die Berufsberatung des örtlichen Arbeitsamtes gerichtet werden.

Keinen Tag verstreichen lassen! Rückwirkend wird nichts gezahlt!



„Schluß mit der Brötchenholerei. Im dritten Lehrjahr warten natürlich schwerere Aufgaben auf dich!“
(aus „aufwärts“)

Für ein Berufsbildungsgesetz, das den Forderungen der Jugend entspricht

Über 500 junge Arbeiter, Lehrlinge, Betriebsjugendsprecher, Gewerkschafter und Jugendfunktionäre haben an den Bundeskanzler einen Brief geschrieben. Sie fordern ihn auf, die Initiative für ein Berufsausbildungsgesetz zu ergreifen, das den Forderungen der jungen Generation entspricht.

Der Brief an den Bundeskanzler hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Das vom 5. Deutschen Bundestag beschlossene Berufsbildungsgesetz schafft nicht die Voraussetzungen für eine demokratische zukunftsgerichtete Berufsausbildung. Es restauriert die bestehenden Verhältnisse im Sinne der Unternehmer und negiert den Verfassungsanspruch auf bestmögliche Bildung und Ausbildung jedes Staatsbürgers. Ein Mitbestimmungsrecht für die jungen Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften wird nicht gewährleistet. Sie, Herr Bundeskanzler, haben versprochen, Kanzler der „Inneren Reformen“ zu sein. Die Wahl vom 28. September hat neue Stimmenverhältnisse in Bundestag und Bundesregierung gebracht. Wir fordern daher die neue Bundesregierung auf, die Initiative für ein Berufsausbildungsgesetz zu ergreifen, das den Anforderungen der jungen Generation entspricht.“

Der Brief wurde u. a. unterzeichnet von 28 Betriebsjugendvertretern; 18 Gewerkschaftssekretären, darunter dem Landesbezirksvorsitzenden der Gewerkschaft HBV in Hessen, Walter Katzer, dem Bundesjugendsekretär der IG Druck und Papier, Eberhard Kremer, dem Gewerkschaftssekretär Lothar Rothenstein, Frankfurt; von 29 Gewerkschaftsfunktionären; 49 Jugendleitern; von Betriebsräten wie Jürgen Köster (Velbert), Claus Pelzer (Neustadt), Gerhard Wolf (Hamburg); von sechs Jugendvertrauensleuten; dem Landesbezirksjugendausschuß der Deutschen Post-Gewerkschaft, Kiel, dem Bundesvorsitzenden des Bundes Deutscher Pfadfinder, Moritz Engehard, Jugendfunktionären der Falken, Naturfreundejugend und SDAJ, den Redaktionen der Zeitschriften „underground“ und „elan“, dem Dipl.-Psychologen Helmut Kentler, dem Karikaturisten Arno Ploog, dem Studentenvertreter im Kölner Studentenparlament Peter Bubenberger, dem Vorsitzenden des Stadtjugendringes Rheinhausen, Peter Reißland, dem Journalisten Dr. Werner Petschick.

Ich schließe mich dem Brief an Bundeskanzler Brandt an:

Name Vorname

Funktion

Anschrift

Unterschrift

Abtrennen und einsenden an:
Ulrich Sander, 46 Dortmund-Rahm, Bannenberg 29

Schritt zur Mitbestimmung

„Die Gewerkschaften sind selbst die größten Unternehmer“ lügen kapitalistische Unternehmer. Bereitwillig folgt ihnen ein Teil der bürgerlichen Presse bei der Verbreitung der Unwahrheit. Um unkontrollierte Macht und märchenhaften Reichtum in den Händen von weniger als hundert Familien zu verschleiern. Um die Ausgebeuteten von der Existenz der Ausbeuter abzulenken. Darum werden sechseinhalb Millionen Gewerkschafter diffamiert, auf die pro Kopf nicht mehr als 230 DM Gewerkschaftsvermögen entfallen.

Das ist ein Vermögen, das selbstverständlich nicht im Sparstrumpf aufbewahrt wird. Vielmehr werden damit Unternehmen gekauft und errichtet. Nicht um ebenfalls an der Ausbeutung arbeitender Menschen teilzunehmen, sondern um — soweit das die relativ bescheidenen Mittel zulassen — marktbeeinflussend aufzutreten. Daß das besonders im Bankbereich erforderlich war, liegt auf der Hand. Und hier konnten die Gewerkschaften mit einem eigenen Unternehmen den stärksten Einbruch erzielen: Gemeint ist die „Bank für Gemeinwirtschaft (BfG)“, die sich — vom Umsatz gesehen — auf den 4. Platz aller westdeutschen Banken schob. In der Bank für Gemeinwirtschaft haben sich die Gewerkschaften ein Kredit- und Finanzierungsinstitut geschaffen, daß in Teilbereichen unabhängig von den Herrschenden operieren kann. Das so auch — zumindest theoretisch — die Gewähr bieten kann, gewerkschaftliches Eigentum nach organisationspolitischen Notwendigkeiten anzulegen oder flüssig zu machen.

In diesem Unternehmen wurde nun begonnen, die gewerkschaftliche Forderung nach Mitbestimmung der Arbeitnehmer zu verwirklichen. Die anderen gewerkschaftseigenen Unternehmen sollen folgen. Nicht mit dem Ziel, eine progressive Oase im kapitalistischen Wirtschaftssystem zu schaffen, sondern um ein Beispiel zu setzen. Ein Beispiel auch gegen die inhaltlich so billige, vom Werbeaufwand so teure Verteufelung der Mitbestimmungsforderung durch die Unternehmer und ihre Verbände und Parteien. Die jetzt abgeschlossene Betriebsvereinbarung zwischen BfG-Vorstand und Gesamtbetriebsrat dieser Bank ist ein Anfang, sicherlich. Sie ist behaftet mit einigen wesentlichen Mängeln, die im Interesse der Durchsetzung der Mitbestimmungsforderung ausgebügelt werden sollten.

So ist im Jugendbereich besonders hervorzuheben, daß Jugendvertreter nun zwar eine vertragliche Grundlage für die Teilnahme an allen Betriebsratssitzungen haben (wenn es um Jugendprobleme geht, muß die gesamte Jugendvertretung teilnehmen). Aber grundsätzlich hat der Jugendvertreter im Betriebsrat nur eine beratende Stimme. Bei Jugendproblemen kann die Jugendvertretung zwar die Aussetzung von Entscheidungen für 14 Tage erzwingen, wenn sie ihr nicht genehm sind, aber danach wird doch so entschieden, wie der Betriebsrat es wünscht.

Ein starker Mangel liegt auch darin, daß

die BfG-Vereinbarung bei der Höchstzahl von fünf Jugendvertretern bleibt, wies auch das Betriebsverfassungsgesetz vor sieht und in dem Zusammenhang von den Arbeiterjugendverbänden stark kritisiert wird. Und schließlich: Kein Wort zur Möglichkeit von Betriebsjugendversammlungen. Neu ist, daß die einzelnen BfG-Jugendvertretungen eine Gesamtjugendvertretung bilden können.

Auch in anderen Teilen des Vertrages werden positive Neuregelungen durch unzureichende Formulierungen abgeschwächt. Betriebsratsmitglieder und Jugendvertreter haben Anspruch auf Teilnahme an gewerkschaftlichen Schulungen, und zwar außerhalb des tariflichen Bildungsurlaubs. Aber wenn es um die Freistellung von Betriebsräten geht, werden keine konkreten Maßstäbe gesetzt, sondern die Berücksichtigung von dienstlichen und geschäftlichen Belangen gefordert. Trotz allem, die positiven Seiten können und dürfen nicht wegdiskutiert werden:

Betriebsräte der BfG haben Einsicht in alle Unterlagen, die zur Durchführung ihrer Aufgabe erforderlich sind, einschließlich der Lohnlisten und Personalblätter. Sie bestimmen mit bei der Aufstellung von Gruppen und der Durchführung der Lehrgangsausbildung; in Fragen der Arbeitsorganisation; bei der Einführung neuer Arbeitsmethoden und -verfahren; bei Festsetzung der Gehälter und Zulagen; bei der Lohnfindung und der Anwendung neuer Entlohnungsmethoden.

Sie haben mitzubestimmen bei der Einstellung, Versetzung, Umsetzung, Kündigung, Eingruppierung und Umgruppierung der Kollegen.

Ein wesentlicher Punkt ist Abschnitt VI, Artikel 29: „Die Geschäftsleitung hat den Betriebsrat über alle geplanten Betriebsänderungen rechtzeitig und umfassend zu unterrichten. Bei geplanten Betriebsänderungen, die Nachteile für die Arbeitnehmer zur Folge haben können, hat der Betriebsrat, bzw. der Gesamtbetriebsrat ein Mitbestimmungsrecht.“

Einschränkung, Stilllegung oder Fusionierung der Bank fällt ebenfalls unter das Mitbestimmungsrecht des Gesamtbetriebsrates. Die entsprechende Abstimmung erfolgt in monatlich vorgesehenen Zusammenkünften. Das sind echte Schritte nach vorn. Doch in manchen Punkten muß der Gewerkschafter bedauern, daß halbherzig an berechtigter Forderungen aus dem eigenen Bereich vorbeigesehen wurde. Hans-Jörg Hennecke

Aktionen

„Rolltreppen laufen, Ausbildung klemmt“, „Lehrlinge gesucht als: Milchholer und Botenjunge“. Das war auf Transparenten zu lesen, mit denen junge Hamburger Gewerkschafter vor den Toren von Rheinstahl Eggers-Kehrhahn GmbH demonstrierten. Sie protestierten dagegen, daß in diesem Betrieb Lehrlinge überwiegend mit Einholen, Ausfegen und anderen Botenängen beschäftigt werden. Der Personalchef von Rheinstahl erklärte dazu: „Wir haben lediglich mit einem Lehrling Differenzen gehabt, der sich geweigert hatte, bestimmte Sachen zu tun. Wir haben das mit der Handelskammer geklärt. Der Lehrling braucht nicht mehr alles einzuholen.“ Die Gewerkschaftsjugend und die IG Metall wiesen im Zusammenhang mit der Demonstration darauf hin, daß sogar die Bestimmungen des miesen Berufsbildungsgesetzes in diesem Betrieb bei weitem nicht erfüllt werden.

2.084.000 Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten waren 1968 zu verzeichnen, teilt die IG Metall mit. 4450 dieser Unfälle liefen tödlich. Das bedeutet, daß in der Bundesrepublik alle drei Sekunden ein Arbeitsunfall gemeldet wird.

Lehrlinge und Jungarbeiter des Westberliner Bezirks Tempelhof haben sich mit einem Aufruf zur Vorbereitung einer Tempelhofer Arbeiterkonferenz an ihre jungen Kollegen gewandt. „Die Lehrjahre sind keine Herrenjahre, aber auch keine Hundejahre“, heißt es in einem Flugblatt.

Ein **Abkommen für Auszubildende in der Berufsausbildung** schloß die Frankfurter Bezirk IG Metall mit dem hessischen Arbeitgeberverband. Nach diesem Abkommen trägt künftig der Ausbildungsbetrieb die Fahrtkosten zum Besuch der Berufsschule. Die Betriebsjugendvertretung erhält ein Mit-

spracherecht bei der Festlegung der täglichen Ausbildungszeit und bei Auslegungsschwierigkeiten des Abkommens.

4179 Lehrlinge beteiligten sich an einer **Umfrage der Gewerkschaftsjugend Rheinland-Pfalz**. Wesentliche Ergebnisse waren, daß 40% bis zu einem Tag wöchentlich ausbildungsfremde Arbeiten leisten; 51,8% erhielten weniger als die vorgesehenen acht Berufsschulstunden wöchentlich; 21,1% mußten entgegen den Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes wöchentlich mehr als 45 Stunden arbeiten.

Lehrlinge der Zehlendorfer Spinnstofffabrik (Westberlin) machten die Öffentlichkeit mit der Praxis ihrer Lehrlingsausbildung bekannt: in den letzten drei Jahren fielen 3 von 4 Lehrlingen bei der Prüfung durch! Sie teilten auch mit, woran das liegt: „Das erste Vierteljahr besteht aus einer verfrühten Grundausbildung für Schlosserfertigkeiten. Damit ist die eigentliche Ausbildung im ersten Lehrjahr beendet. Die Restzeit wird mit Einkaufen, Leiterhalten verbracht. Erst kurz vor der Prüfung wird dann plötzlich von den Vorgesetzten versucht, dem Lehrling in kürzester Zeit all das zu vermitteln, was während der „Lehre“ durch organisiertes Desinteresse und sinnlose Handwerkelei versäumt wurde.“



JETZT LIEFERBAR!

Spätkapitalismus ohne Perspektive

Tendenzen und Widersprüche des westdeutschen Imperialismus am Ende der 60er Jahre
Herausgegeben vom Deutschen Wirtschaftsinstitut

X, 399 Seiten – 8° – Lelnen 14,50 M (Bestell-Nr. 5742)

Anhand ausgewählter grundsätzlicher Probleme aus den Bereichen der Ökonomie, Politik und Ideologie der westdeutschen Bundesrepublik sollen qualitativ neue Entwicklungstendenzen des westdeutschen Imperialismus der 60er Jahre gegenüber der unmittelbaren Nachkriegszeit deutlich gemacht und ein Ausblick auf die 70er Jahre gegeben werden.

Konvergenztheorie und Realität

Von Prof. Dr. Herbert Meissner

178 Seiten – 8° – 6,— M (Bestell-Nr. 5719)

Diese Schrift soll nicht nur Antwort auf die Frage geben, weshalb es keine Konvergenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus geben kann. Sie soll zugleich zeigen, wie sich die Konvergenztheorie aus der Industriegesellschaftsdoktrin heraus entwickelt hat und welche Rolle beide in den geistigen Kämpfen unserer Zeit spielen. Allgemeinverständlich und mit theoretischer Gründlichkeit werden die ökonomischen, soziologischen und politischen Begründungen der Konvergenztheorie analysiert und der Realität gegenübergestellt.

Weltanschauung in den Kämpfen unserer Tage

Von Prof. Dr. Götz Redlow

90 Seiten – 8° – 6,— M (Bestell-Nr. 5743)

In dem Werk werden die aktuellen Aufgaben und Probleme der marxistischen Philosophie als **Weltanschauung**, vor allem im Prozeß der Entwicklung des Sozialismus in der DDR als gesellschaftliches System und der Verwirklichung der technischen Revolution im Sozialismus umrissen und untersucht.

Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten

AKADEMIE-VERLAG · BERLIN

**DDR 108 Berlin, Leipzig Straße 3-4
Deutsche Demokratische Republik**

**„Unsere Lieder
sollen die
Explosionen der
Bomben
übertönen“**



Die Losung der vietnamesischen Kulturfront

Von Gabriele Sprigath



„Wie kann man den Yankee besiegen, das ist das Hauptproblem, das sich unserer Literatur und unseren Künsten in allen ihren Bereichen im ganzen Land stellt“. (Dang Thai Mai, Präsident der Union der Schriftsteller und Künstler Vietnams, 4. Kongreß in Hanoi, Januar 1968).

Wozu braucht ein Land, das alle seine Kräfte auf die Verteidigung gegen die US-Aggression richtet, in so schweren Zeiten Kunst?

„Wenn man einen Volkskrieg führt, muß man alle moralischen, geistigen, politischen und materiellen Kräfte mobilisieren. Wie soll man nun das Volk mobilisieren: dadurch, daß man zu seinem Herzen spricht. Zu seiner Seele. Man muß eine wirkliche Mobilisierung vornehmen, dem Volk geduldig den guten Grund des Kampfes erklären, die Ursachen des Kampfes. Die künstlerische und kulturelle Arbeit sind mit die wirksamsten Waffen für diese geistige, politische Mobilisierung. Deswegen messen wir der Kunst und der Literatur eine so große Bedeutung bei.“ (Cu Huy Can, stellvertretender Minister für Kultur der DRV, in einem Gespräch mit G.S., März 1969 in Paris; so auch alle weiteren Zitate).

Lieder im „grünen Brunnen“

Die vietnamesischen Bauern singen gern und viel, gemeinsam bei der Arbeit auf dem Feld – heute sind es meist Frauen, die Männer sind bei der Armee. Mitunter wird ein Mädchen oder ein junger Mann, die besonders schön singen oder besonders schön auf dem populärsten Instrument, der Flöte, spielen, in die Stadt geschickt, zur Ausbildung als Sänger oder Schauspieler – oder aber sie gründen an ihrem Arbeitsplatz eine „Kulturtruppe“.

„Bei uns in der DRV gibt es zur Zeit in Hanoi, also im Zentrum etwa 20 Kulturtruppen, Tanzgruppen, Gesanggruppen und auch Volkstheater, klassische Oper, erneuertes Theater, modernes Drama. Diese 20 Kulturtruppen sind offizielle und professionelle Truppen. Daneben haben wir in den Provinzen rund 50 Kulturtruppen. Aber neben diesen rund 70 Staatstruppen gibt es in Hanoi oder in den Provinzen Tausende von Amateurgruppen, in den Fabriken in den Kooperativen, in den Einheiten der Armee und in den Schulen. Das sind unsere ‚Baumschulen‘. Die jungen Künstler kommen aus Amateurgruppen, und wenn sie einmal von uns rekrutiert sind, werden sie in den Kunstschulen oder in den Theatern selbst ausgebildet. Wir holen sie aus den Reihen der Kinder, der Söhne und Töchter, des Volkes, d.h. unter den Arbeitern, Bauern und politischen Kadern“.

In den schweren Jahren des Bombenterrors 1965 – 1968 wurde auch das nationale Ensemble der DRV dezentralisiert: kleine Gruppen durchzogen auf Fahrrädern oder zu Fuß das Land. Drei Monate lang waren sie u.a. in Vinh Linh, der am stärksten vom US-Luftkrieg in Mitleidenschaft gezogenen Provinz, die direkt im Norden des 17. Brei-

tengrades liegt. Bis zu fünf Vorstellungen fanden am Tag statt, oft in Bombenkratern von 30 Metern Durchmesser; der Boden wurde zur Bühne eingebnet, das Publikum – Bauern und Soldaten aus allen Teilen der Provinz – saß an den Hängen, wie im antiken Theater. Einzige Bedingung für jeden Besucher der kostenlosen Veranstaltung: einen großen belaubten Zweig zur Tarnung mitzubringen; drohten Luftangriffe, verwandelte sich das Theater in Sekundenschnelle in einen „grünen Brunnen“.

Aber Vietnams Künstler, im Norden wie im Süden, singen und tanzen nicht nur: sie beteiligen sich aktiv an der

Verteidigung des Landes: das nationale Ensemble der DRV gehört zu den Eliteeinheiten der Volksmiliz von Hanoi. Es wurde bisher mit drei Medaillen von der Regierung für seine gute militärische und künstlerische Arbeit ausgezeichnet.

Kunst, eine Waffe im ideologischen Kampf

„Alle unsere Künstler stellen sich als Hauptaufgabe, mit ihrer künstlerischen Arbeit zur großen ideologischen Arbeit beizutragen, die wir im Volk und unter den Soldaten durchführen müssen. Und worin besteht im wesentlichen diese ideologische Arbeit? Sie besteht darin, den revolutionären Heroismus des ganzen Volkes zu verherrlichen, zu verallgemeinern, und wenn möglich zu verbreiten. Das ist die Grundlage für unsere Künstler. Und wie erreicht man das: sie geben Aufführungen mit patriotischem Inhalt, Aufführungen, die vom Kampf des ganzen Volkes für Unabhängigkeit und Freiheit, für eine wirkliche Demokratie bei uns sprechen. Das ist der Inhalt. Und um das zu erreichen, muß man diese Aufführungen in den traditionellen Kunstformen geben, man singt in der herkömmlichen Weise, man spielt die nationalen Musikinstrumente und man spielt Theaterstücke im traditionellen Stil“.

Ein „unterentwickeltes Land“ mit einer 3000-jährigen Kultur

Vietnams Volkskunst erwächst aus einer uralten bäuerlichen Kultur; sie ist durch Jahrhunderte vom nationalen Kampf gegen die Invasoren geprägt: Chinesen, Mongolen unter Dschingis Khan, wieder Chinesen, dann Franzosen, Japaner und Amerikaner. Das Volk war zwar immer arm, aber es ist in diesem Kampf selbstbewußt geworden. Trotz der jahrhundertlangen Oberherrschaft der Chinesen hat es seine eigene Sprache bewahrt und eine überaus reiche lebensvolle Dichtung hervorgebracht.

Vietnam verfügt über einen ungeheuren Schatz an romantischen Volksliedern und an farbenfreudigen Tänzen der nationalen Minderheiten. Da ist z.B. der Tanz Ka Tu einer Minderheit auf dem Hochland von Tay-Nguyen der die gute Reisernte feiert, und einer der populärsten Tänze, der Bambustanz: Jungen und Mädchen müssen über die Bambussprossen tanzen, die rhythmisch zusammengeschlagen werden, ohne die Füße der Tänzer zu treffen.



Sie singt für die Kämpfer der Befreiungsfront.

Der 21jährige Elektriker Nguyen Van Troi, ermordet am 15. Oktober 1964 — Vorbild der revolutionären Jugend Vietnams.

Konzert beim Vietcong

Der Sonnenschirmtanz — ein Tanz der nationalen Minderheit Meo, die in den Bergen im Nordosten lebt.



Da sind die vielen Varianten von Streichinstrumenten — von denen das Dan Bau zweifellos das bezauberndste ist und das es in keinem anderen Land der Welt gibt: über einen großen Kürbis wird eine Saite gespannt, die an einem Ende in ein Bambusgelenk mündet und bogenförmig ausschwingt. Der Musiker reißt mit der einen Hand den Ton auf der Saite an und bestimmt mit der linken die Tonhöhe und die Schwingung; die gleitenden Töne und Tonübergänge sind weich und voll, der menschlichen Stimme vergleichbar. Das Dan Bau ist ein typisches Volksinstrument, das vom Adel verachtet und von blinden Sängern bevorzugt wurde: sie trugen die Lieder von Dorf zu Dorf. Im Volksmund sagt man: „Mädchen höre nicht auf das Dan Bau, schon viele konnten dem Spieler des Monochords nicht widerstehen.“

Es gibt auch Lieder und Tänze, die vom Kampf erzählen — wie der Tanz des alten Bauern, der seinen dressierten Wespenwurm auf die Yankees losläßt — oder auch von Siegen in der Produktion: denn unter den US-Bomben die Reisproduktion auf 5 Tonnen pro Hektar zu steigern, war ein großer Sieg. Das Lied zu diesem Erfolg wird im ganzen Land gesungen und lehnt sich im Stil an die alten Volkslieder an.

„In unserer Zeit muß man Verse mit Stahl panzern und auch Dichter müssen zu kämpfen wissen“

heißt es in einem Gedicht des Präsidenten Ho Chi Minh, der zu jedem Jahresanfang für sein Volk ein Gedicht schrieb. Die Vietnamesen sind leidenschaftliche Dichter — jeder, angefangen beim einfachen Bauern bis zum größten Dichter der Revolution, To Huu, macht Verse. Die Verse des Nationalepos „Das Mädchen Khieu“ (1809) von Nguyen Du sind den Bauern noch heute geläufig, trotz hundertjährigen Analphabetentums während des französischen Kolonialismus. In Hanoi gibt es eigens eine Dichterschule, an der Tausende von jungen Dichtern ihre Gedichte einreichen. Che

Lan Vien, ein anderer großer zeitgenössischer Dichter — hat einmal geäußert, daß ohne die unzähligen Versemacher im Volk wohl kaum von Zeit zu Zeit ein großer Dichter aus dem Volk hervorgegangen wäre.

Außer Gedichten, Novellen und Romanen spielen vor allem Berichte, Erinnerungen, Tagebücher, Briefe, Zeitschriften, einfache Erfahrungsberichte aus dem Leben der Kämpfer eine große Rolle. Eines der populärsten Bücher dieser Art ist die Geschichte des 21jährigen Elektrikers Van Troi, der am 15. Oktober 1964 nach einem mißlungenen Attentat auf McNamara von den Amerikanern ermordet wurde. Der junge Schriftsteller Tran dinh Van, aus dem Süden, hat nach Angaben der Frau Van Trois seine Lebensgeschichte aufgezeichnet. Das Leben Nguyen Van Trois, das im Kampf gegen die US-Imperialisten seine Vollendung fand, ist so zum strahlendsten Vorbild der revolutionären Jugend in Vietnam geworden.

Kunst und Volksbildung

1954 hinterließen die französischen Kolonialisten 90 % der Bevölkerung als Analphabeten. Wenige Tage nach der Augustrevolution 1954 nannte Präsident Ho Chi Minh „die fremden Aggressoren, Hunger und Unwissenheit“ die drei Hauptfeinde des vietnamesischen Volkes. Seit 1958 gibt es keine Analphabeten mehr. Seit 1965, selbst unter den Bedingungen des US-Bombenterrors, ist die Zahl der Schulen auf allen Ebenen von Jahr zu Jahr gestiegen. 1968 waren rund 6 Millionen, also ein Drittel der Bevölkerung von Nord-Vietnam, Lernende. Die Kultur und die Künste können sich nicht entfalten, wenn das allgemeine Bildungsniveau der Bevölkerung sich nicht ständig weiterentwickelt: „Die fortschreitende Hebung des kulturellen Niveaus der Bevölkerung trägt dazu bei, die drei Revolutionen zu beschleunigen, die sich zur Zeit in Nord-Vietnam vollziehen: die technische, die kulturelle und die ideologische Revolution“.

(Nguyen Van Huyen, Erziehungsminister)

die
tat
die
tat
die
tat
die
tat
die
tat

Ein Blatt das kein Blatt vor den Mund nimmt!

„die tat“ informiert und kommentiert.

Sie ist ein kämpferisches Blatt.

Sie wagt, auch Unpopuläres auszusprechen.

Wer ist WER in der Bundesrepublik – was war er gestern, wie ist er zu Macht und Einfluß gekommen?

WARUM werden Reformen verhindert, wird das Grundgesetz mißachtet, wird die Freiheit bedroht?

„die tat“ wird von Journalisten gemacht, die Widerstand nicht nur vom Bürgersteig her kennen.

„die tat“ schreibt für die Jugend, für die Arbeiterschaft, für die Intelligenz, für alle, die Gerechtigkeit und Freiheit wollen, die Politiker mit brauner Weste nicht hinnehmen.

Lesen Sie „die tat“ und Sie wissen mehr.

BESTELLSCHEIN:

Ich/wir bestelle(n) die antifaschistische Wochenzeitung „die tat“ im:

Postabonnement DM 2,40 (Kassierung und Zustellung durch die Post)

Studenten- und Schüler-Abonnement DM 4,95 vierteljährlich (Lieferung im Streifband)

Studenten- und Schüler-Abonnement DM 3,— vierteljährlich (Zustellung durch die Post, Zahlung direkt an den Verlag)

Ich/wir bitte(n) um kostenlose vierwöchentliche Lieferung von Probeexemplaren.

Name

Postleitzahl und Ort

Straße

Datum und Unterschrift

Als Drucksache (20 Pf.) an Röderberg-Verlag, 6 Frankfurt/Main, Postfach 2409, senden.

Bitte, beachten Sie auch bei Ihrem Bücher- und Schallplatten-Einkauf unseren „tat“-BUCH- und SCHALLPLATTEN-VERTRIEB, der Ihnen mit einem ausgewählten Sortiment jederzeit zur Verfügung steht. Prospekte senden wir Ihnen auf Wunsch gerne kostenlos zu.

Detlev Peukert

Bücher – Waffen im Klassenkampf

Lösung des kapitalistischen Grundwiderspruchs führen muß, bedürfen die Betriebsaktionen eines gesellschaftlichen Koordinatensystems, das Einzelaktionen und solidarisches Handeln auf „großer Ebene sinnvoll verbindet. Von „Franz Mehring“ bis zur Theorie der „sozialistischen Revolution“ reicht der Spannungsbogen der Informationen.

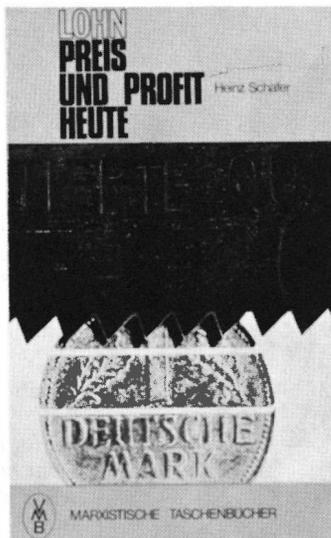
Als Einführung und als selbständiges Hilfsmittel in der Praxis dürfte das „Handbuch“ in kurzer Zeit unentbehrlich sein.

Wer darüber hinaus Interesse an einer zusammenhängenden und ausführlichen Darstellung marxistischer politischer Ökonomie hat, der sei auf zwei weitere Texte des selben Verlages verwiesen:

Walter Schellenberg, Wie lese ich „Das Kapital“?

Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt, 3,- DM

Heinz Schäfer, Lohn, Preis und Profit heute, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt, 3,- DM



Schellenberg gibt eine gut lesbare Einführung in das Hauptwerk von Karl Marx und legt den theoretischen Angelpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus überzeugend klar, indem er jede seiner Thesen am Beispiel der Bundesrepublik erhellt. Dem gegenüber liefert Heinz Schäfer eine aktuelle, mit viel Zahlenmaterial untermauerte Analyse der ökonomischen und gesellschaftlichen Kampfstellung in diesem „unserem“ Staat. Er widmet sich besonders der Polemik gegen die zahlreichen bürgerlichen Phrasen, die die wirkliche Lage vernebeln, um die Arbeiter von der richtigen Erkenntnis abzuhalten.

Gleichzeitig widerlegt er schlüssig die „linke“ Modeströmung, nach der es sich ohne und gegen die Gewerkschaften leichter kämpfen ließe.

Reports von weiteren Brennpunkten des Kampfes gegen den Imperialismus finden wir in den drei Bänden:

Die DDR – Entwicklung, Aufbau und Zukunft,

Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt, 4,- DM

Breuer, Hartmann, Lederer: Revolution in Lateinamerika, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln, 9,80 DM

v. Freyberg, Steinhaus: Dokumente und Materialien der vietnamesischen Revolution, Band I: Südvietnam, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt, 3,- DM

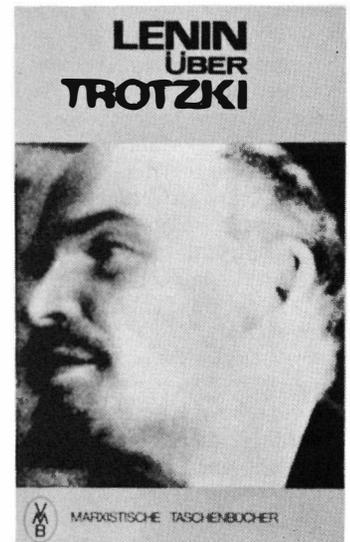
Allen drei ist gemeinsam, daß sie konkrete, also auf die Klassenlage ausgerichtete Informationen in den Vordergrund stellen.

So dürfte das DDR-Handbuch wohl die erste umfassende Veröffentlichung in der BRD sein, die Bürger der DDR selbst – Fachleute auf ihren Gebieten – zu Worte kommen läßt. Alle wichtigen Probleme des sozialistischen deutschen Staates werden hier in informativen, sachgerechten und selbstverständlich parteilich engagierten Beiträgen angepackt.

Der Vietnam-Dokumentation ist es zu verdanken, daß wir umfassendes Material über den politischen Kampf der Befreiungsfront, ihre programmatischen Dokumente und ihre militärische Strategie und Taktik erhalten. Besonders die mit Kartenskizzen bereicherte Analyse der engen Verbindung von militärischer Operation und politischer Arbeit, sowie der besonderen Praxis des Volkskrieges hilft uns, die Ursachen für die großen Erfolge gegen die Aggressoren besser zu verstehen.

Der Südamerika-Band informiert über gesamtökonomische und gesellschaftliche Probleme. Er entschleierte zum Beispiel so aktuelle Fragen wie die Rolle des westdeutschen Kapitals oder den jüngsten sogenannten Fußballkrieg und entwickelt aus den grundlegenden sozialen Widersprüchen die Strategie des antiimperialistischen Kampfes. Besonders anhand der zentralen, aber bei uns bisher fast immer verschwiegenen Dokumente der Hauptakteure – der kommunistischen Parteien – erhellt sich der reale Weg der südamerikanischen Massen hin zu einer antiimperialistischen Demokratie mit sozialistischer Perspektive.

Mit den Grundfragen der theoretischen Auseinandersetzung beschäftigen sich die beiden letzten Bücher:



Lenin über Trotzki, eingeleitet und zusammengestellt von J. Schleifstein und J. v. Heiseler, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt, 3,- DM

Juri Dawydow, Freiheit und Entfremdung, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt, 3,- DM

Gerade der in den letzten Jahren erfolgte Aufschwung der Kämpfe gegen das kapitalistische System hat mit vielen neuen Kämpfern auch eine Reihe von Theorien hervorgebracht, die zum Teil richtige weil momentan progressive Auffassungen vertreten, aber in ihrer Gesamtheit doch zu einer Vernebelung und damit Schwächung der revolutionären Kräfte führen.

Ein wichtiges Hilfsmittel im Kampf gegen die Politik der „linken“ Phrase ist die Zusammenstellung von Lenins Polemiken gegen den Trotzkiismus. Sie beweisen klar die Überlegenheit der praxisnahen marxistischen Theorie gegenüber rein im Intellektuellen steckengebliebenen Wunschträumen. Angesichts der weiten Verbreitung bürgerlicher Entstellungen des Marxismus mit dem Zweck, „Utopien vom ganzen Menschen“ a la Fischer hochzuloben, wird die gründliche und ausführliche Darstellung des marxistischen Menschenbildes in „Freiheit und Entfremdung“ helfen, besonders die Frage nach der Freiheit – welche und für wen? – richtig, also im Einklang mit der gesellschaftlichen Praxis zu beantworten.

Noch ein Wort zum Schluß: Sicher heißt Beschäftigung mit der Theorie nicht, daß wir uns jetzt durch acht Bücher zuzüglich Klassiker durchwühlen sollen, aber ich wollte dazu anregen, ausgehend von dem allerdings unbedingt erforderlichen Studium des „Handbuches“, Zugänge zur Weiterbeschäftigung mit der Theorie von Marx, Engels und Lenin zu suchen und für die Praxis aus ihr Gewinn zu ziehen.

Spätestens die September-Streiks zeigten deutlich: Die Klassenaueinandersetzungen in der Bundesrepublik erreichen eine neue Stufe. Die Vermittlung der richtigen Theorie wird heute zur unmittelbaren revolutionären Potenz und zur Vorbedingung weiterer erfolgreicher Kämpfe. Während sich Teile der Linken in der Zeit der spontanen Aktionen mit modischen, revolutionär klingenden kleinbürgerlichen Phrasen über Wasser halten konnten, erzwingt der Übergang zur organisierten Phase des Kampfes auch die systematische Beschäftigung mit der eigentlichen Wissenschaft der Arbeiterklasse, dem Marxismus-Leninismus. Aus diesem Grund und besonders aus Anlaß des 100. Geburtstages W. I. Lenins nimmt das Studium der revolutionären Theorie breiten Platz im Klassenkampf ein. Besonders wichtig und aktuell sind deshalb eine Reihe von Veröffentlichungen, die schlüssig und informativ zu brennenden Fragen der gegenwärtigen Auseinandersetzung Stellung nehmen.

Gelungener Ausdruck der lebendigen Verbindung von marxistischer Theorie und kämpferischer Betriebspraxis ist das

Handbuch für Arbeiter und Angestellte zur betrieblichen und gesellschaftlichen Praxis, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt, 7,50 DM.

Der Kern des Handbuches besteht aus einer umfassenden Analyse des Klassenkampfes an der Basis, im Betrieb. Eine Fülle von Stichworten, von „Akkord“ bis „Clara Zetkin“. Informativ Darstellung der Lage des Arbeitenden, seiner Rechte, die er sich erkämpft hat; des Zwangssystems, in das er immer noch integriert ist; hier klärt das „Handbuch“ sachgerecht auf. Seinen besonderen Wert erhält das „Handbuch“ jedoch dort, wo es darüber hinaus die Möglichkeiten des Arbeiters, sich zu wehren um im Kampf seine Lage zu ändern, untersucht. Allein 15 Stichworte finden sich direkt unter dem Begriff „Gewerkschaft“, viele weitere nehmen auf diesen wichtigen Bereich Bezug. „Anleitungen zum Handeln“ werden neben vielen anderen zum Beispiel auf die Fragen gegeben: Wie organisiert man eine Betriebsversammlung? Wie macht man eine Betriebszeitung? Sehr gut läßt sich diese Methode praktischer Beispiele am Stichwort „Betriebliche Arbeitsniederlegung“ (über 5 Seiten!) zeigen. Ziele der betrieblichen Arbeitsniederlegung, ihre Organisierung, Methoden und Formen, die Möglichkeiten von Betriebsrat und Gewerkschaft werden erörtert und am „Fall Hanomag“ beispielhaft dargelegt.

Über Fragen des Lohnkampfes und die Widerlegung des Märchens von der „Lohn-Preis-Spirale“ kommen wir zum zweiten Zentralbereich des „Handbuches“: Da der Kampf für Tagesforderungen kein Selbstzweck sein darf, sondern zur revolutionären

Es war an einem Spätsommernachmittag gegen vier Uhr. Die Gäste hatten sich vor der schwülen Hitze zum Swimmingpool im Garten gerettet. Nur in der Küche der eleganten Villa herrschte lebhaftes Treiben. Alle anderen Räume waren menschenleer. Über die breite Treppe, die zu den Zimmern im zweiten Stock führte, kam ein Mädchen. Sie war hinter der Vierwagengarage aus dem Wald aufgetaucht, hatte sich im Schutz des Buschwerks an die Säulenhalle herangeipircht und war dann blitzschnell zur Tür hineingeschlüpf.

Es war ein unscheinbares kleines Ding, von dem man nicht wußte, ob es nun sechzehn oder sechszwanzig war. Das rote Haar hing dem Mädchen lang und glatt bis auf die Schultern, die Haut war blaß, wie bei Menschen, die nicht oft an die frische Luft kommen, die Augen farblos und leer. Es trug schmutzige weiße Tennisschuhe, weiße Baumwollsockchen und ein verwaschenes blaues Kleidchen, das schwach nach Desinfektionsmitteln roch.

Während die Kleine langsam die Treppe hinaufstieg, sang sie mit hoher Kinderstimme zusammenhanglose Takte irgendeiner Melodie vor sich hin. Ab und zu hob sie den mitgenommenen Teddybär, den sie auf dem Arm trug, hoch und legte die Wange an das Fell.

Halb laufend, halb springend ging sie dann den langen Gang im zweiten Stock entlang. Sie schaute in jedes Zimmer, betrachtete die dicken Teppiche, die schönen Vorhänge, die weichen Betten und die Frisier-toiletten mit den blitzenden Spiegeln. Das Kinderzimmer schien sie besonders zu interessieren. Hier musterte sie sehnsüchtig die Puppen, Spielsachen und Stofftiere. Dann trat sie an das Fenster am Ende des Ganges und sah hinaus auf den Rasen.

Unentwegt ihr kindliches Lied singend, machte sie noch einmal die Runde durch alle Zimmer, betrachtete die blitzenden Juwelen, die teuren Parfüms auf den Ankleidetischen, probierte ein blinkendes Diamantenarmband an, hielt sich eine kostbare Perlenkette um den mageren Hals und spielte mit den Armbanduhrn, die die Hausgäste dort abgelegt hatte, um sich im Swimmingpool zu amüsieren.

Die großen Spiegel schienen eine besondere Anziehungskraft auf sie auszuüben. Mit großen Augen stellte sie sich vor jeden und spielte mit den gleißenden Dingen herum. Offenbar hatte sie noch nie zuvor so viele schöne Dinge auf einmal gesehen. Die ganze Zeit aber hielt sie den alten Teddybär fest an sich gepreßt.

Plötzlich blieb sie wie angewurzelt stehen und lauschte. Es kam jemand. Das Mädchen rannte zu dem offenen Fenster am Ende des Ganges und blieb dort einen Augenblick stehen, als überlege es sich eine Fluchtmöglichkeit. Dann lief es zurück ins Kinderzimmer. Aber der Mann, der in diesem Augenblick auf dem obersten Treppenabsatz angekommen war, hatte sie schon gesehen.



Das Mädchen kniete auf dem Fußboden des Kinderzimmers, als er eintrat, und gab seinen erstaunten Blick ganz unbefangen zurück. Es hielt ihm mit strahlenden Augen eine Puppe entgegen.

„Schönes Püppchen“, sagte sie. Ihr Mund blieb ein wenig offen und ein wenig blöde stehen.

„Was tust du hier?“ fragte er. Sie sah ihn verständnislos an und umfaßte den Teddybär.

„Lieber Teddy.“

„Wie heißt du?“ Keine Antwort. Er versuchte es noch einmal.

„Ich bin Frank Johnson. Dieses Haus gehört mir. Wo wohnst du denn?“ Er

EIN TEDDY FÜR BOB

elan-Krimi
Von Gerhard Jané

sprach langsam und deutlich, als könnten seine Worte sie auf diese Weise besser erreichen.

„Mit wem sprichst du denn da?“ erkundigte sich seine Frau, eine rundliche Blondine, etwa vierzigjährig, in rotem Badeanzug, die ihm gefolgt war. In der Hand trug sie ein Badetuch.

„Ich hab' keine Ahnung, wer sie ist und woher sie kommt!“

Die Frau stand jetzt auf der Schwelle und betrachtete das Mädchen auf dem Fußboden.

„Das ist ja noch ein Kind!“ rief sie.

„Sie redet wie eine Fünfjährige“, knurrte er.

Mrs. Johnson beugte sich über das Mädchen. „Wo wohnst du denn, Kleine?“

„So ein süßes Baby“, sagte das Mädchen und hielt ihr die Puppe entgegen. Dann schien sie einen Augenblick klarer zu werden. „Ich bin Elsie.“

„Elsie? Und wie weiter?“ fragten Mrs. Johnson und Frau einstimmig.

Aber das Mädchen hatte sich schon wieder in seine eigene Welt zurückgezogen. Es wandte seine Aufmerksamkeit den Spielsachen auf dem Fußboden zu.

„Sie ist nicht ganz normal...“, stellte Johnson fest. „Schau dir nur an, was sie für leere Augen hat.“

„Ja, und sie atmet durch den Mund. Mein Gott, sie sabbert ja sogar ein bißchen. Das arme Kind! Was sollen wir denn mit ihr machen?“ fragte Mrs. Johnson. In diesem Augenblick wehten Rufe und Gelächter vom Swimmingpool herüber.

„Auf keinen Fall dürfen die Gäste es hier sehen.“

„Ich rufe die Polizei an. Das ist das einzig Richtige. Ihre Angehörigen – wenn das Mädchen überhaupt welche hat – haben es sicher schon als vermißt gemeldet. Die werden froh sein, wenn sie wissen, wo es geblieben ist.“

Ein paar Minuten, nachdem Johnson am Telefon gekommen war, bog ein Streifenwagen in die Auffahrt ein. Johnson ging dem uniformierten Polizisten entgegen.

„Das Revier meldet mir, daß Sie einen Vagabunden in Ihrem Haus überrascht haben?“ fragte der Beamte.

Johnson nickte. „Ein Mädchen. Es scheint nicht ganz normal zu sein. Ist es bei Ihnen schon als vermißt gemeldet?“

Der Polizist schüttelte den Kopf. „Nicht das ich wüßte!“ Der Beamte folgte Johnson nach oben. Mrs. Johnson stand auf der Schwelle, und das Mädchen saß noch immer auf dem Fußboden und hielt die Puppe an sich gedrückt.

„Und Sie wissen wirklich nicht, wer die Kleine ist?“ Der Polizist nahm Notizbuch und Bleistift aus der Tasche.

„Natürlich wissen wir es nicht! Keine Ahnung!“ rief Johnson ungeduldig aus.

„Hätten wir sonst die Polizei gerufen?“

„Tja, dann werde ich dem Revier melden, daß es sich um ein junges Mädchen handelt. Man wird eine Beamtin von der weiblichen Kriminalpolizei herschicken, sie wird sich um das junge Ding kümmern.“

„Können Sie die Kleine nicht gleich mitnehmen?“ fragte Mrs. Johnson. „Wir haben Gäste, und es wäre mir peinlich, wenn man sie hier fände.“

„Tut mir leid – ich bin allein auf Streife. Wenn keine Beamtin dabei ist, darf ich sie nicht mitnehmen. Das ist gegen die Vorschrift.“

Ein unerwartetes Ereignis half ihm schließlich aus der Verlegenheit. Noch während sie sprachen, war unten ein Wagen vorgefahren. Ein Mann und eine Frau stiegen aus und kamen die Treppe herauf. Die Frau war dunkelhaarig und untersetzt und steckte in einer strahlendweißen Krankenschwesteruniform. Sie hatte ein energisches Gesicht, über das ein beinahe zärtliches Lächeln ging, als sie Elsie sah.

Der Mann war groß, hatte welliges braunes Haar, ein scharfgeschnittenes Gesicht und durchdringende stahlblaue Augen. Er nickte Johnson seine schlanke, sehnige Hand entgegen.

„Ich bin Dr. Brown. Das ist meine Krankenschwester, Mable Ashton“, sagte er gewandt.

„Frank Johnson. Und das ist meine Frau.“ „Da haben Sie ja unsere kleine Ausreißerin“, fuhr der Arzt fort, „Von Ihren Nachbarn haben wir gehört, daß sie auf Ihre Villa zu gelaufen sein soll!“

Inzwischen war Mable Ashton ins Kinderzimmer getreten, nahm das Mädchen bei der Hand und sagte: „Das war aber unartig von dir, Elsie. Mable und der Onkel Doktor haben sich sehr um dich gesorgt. Warum bist du denn weggelaufen?“

„Weggelaufen?“ wiederholte Elsie verständnislos. Dann schmierte sie die Wange an das Fell des Teddybären. „Teddy ist die ganze Zeit bei Elsie gewesen.“

„Sind Sie für dieses Kind verantwortlich?“ fragte der Polizist.

„Ja“, gab Dr. Brown zurück. „Wir waren auf dem Weg in eine Nervenheilanstalt. Als wir einen Augenblick in einem Cafe Rast machten, mußte es zur Toilette. Leider ist meine Krankenschwester nicht mitgegangen.“

Er warf Mable einen sanft tadelnden Blick zu. „Dann ist sie uns entwischt. Wir suchen Elsie schon seit Stunden.“

Mit einem erleichterten Seufzer steckte der Polizist sein Notizbuch wieder ein. „Na, dann brauchen Sie mich ja nicht mehr.“

Er ging zu seinem Wagen und nahm die Streifenfahrt wieder auf. Nach einem kurzen Gespräch mit den Johnsons brachen Dr. Brown, die Krankenschwester und Elsie ebenfalls auf.

Ein paar Minuten später sausten sie über die Autobahn.

Elsie sah die anderen beiden verärgert an. „Das hat aber reichlich lange gedauert! Habt ihr mich nicht winken sehen? Ich hab' schon gedacht, der dämliche Polizist würde mich mitnehmen.“

„Natürlich haben wir dich winken sehen“, gab der Doktor zurück, „aber ich hatte einen Platten. Das hat uns etwas aufgehalten.“



„Wir haben den Reifen so schnell wie möglich gewechselt“, fügte Mable hinzu. „Und schließlich hat ja doch noch alles geklappt. Wieviel hast du denn ergattert, Mädchen?“

Eine halbe Stunde später saßen sie im Wohnzimmer ihres Motels beisammen. Mable hatte die weiße Tracht mit einem gelben Nachmittagskleid vertauscht. Gepäck stand auf dem Teppich, und Hüte und Kleidungsstücke lagen auf den Möbeln herum. Es herrschte Aufbruchstimmung. Elsie trug jetzt ein elegantes Kostüm, das Haar hatte sie hochgekämmt. Niemand hätte in ihr das ‚arme zurückgebliebene Kind‘ wiedererkannt, das noch vor kurzer Zeit im Kinderzimmer der Johnsons gesessen hatte.

Auf dem Tisch lag der Teddybär – eine leere Hülle mit einem geschickt verborgenen Reißverschluß, daneben häufte sich glitzernder Schmuck. Brown hob die Stücke nacheinander hoch und begutachtete sie. „Zwanzigtausend, grob geschätzt“, erklärte er zufrieden. „Nicht übel. Wenn wir oft die Gegend wechseln, können wir noch lange bei dieser Masche bleiben!“

„Ihr beiden könnt gut reden“, beklagte sich Elsie. „Ihr bekommt zwei Drittel, und wenn irgendetwas schief geht, verduftet ihr, und ich kann sehen, wo ich bleibe.“

„Aber unser Plan ist doch narrensicher“, meinte Brown beschwichtigend. „Du bist eine großartige Schauspielerin, Elsie. Wenn man dich erwischt, spielst du einfach die Rolle des zurückgebliebenen Kindes, das versucht hat, aus der Klappsmühle auszubringen. Dann kommen der liebe Onkel Doktor und die liebe Schwester Mable, und nach einigen erklärenden Worten machen wir uns mit Teddy davon, der den Bauch voller Juwelen hat. Wenn die guten Leute schließlich ihren Glitzerkram vermissen, sind wir schon längst über alle Berge.“

„Die Sache gefällt mir nicht mehr“, erklärte Elsie. „Ich glaube, ich mache Schluß!“ „Und weshalb, meine Liebe?“ fragte Brown.

„Ich wette, der Kerl aus Brocklyn hat irgendetwas damit zu tun“, erklärte Krankenschwester Mable. „In den letzten vierzehn Tagen hast du ständig mit ihm zusammengesteckt. Wie heißt er überhaupt?“

„Robert Dominik. Er möchte, daß ich mit ihm zusammen in New York und Paris arbeite. Aber für solche Kinderspiele hat Bob nichts übrig. Er geht aufs Ganze.“

Brown musterte sie kalt. „Du kannst nicht so einfach abspringen. Das werde ich nicht zulassen.“

„Weshalb? Du kannst mich nicht daran hindern!“ Elsie sah aus dem großen Panoramafenster. Wenn sie lächelte, erschienen reizende Grübchen auf ihren Wangen, ihre Augen leuchteten. „Da ist ja Bob. Ich gehe mit ihm zusammen fort! Das ist schon seit Tagen geplant.“

In ihrer rechten Hand erschien plötzlich eine kleine Pistole. „Ihr beiden stellt euch an die Wand und hebt die Hände. Diesmal nehme ich den ganzen Ramsch mit. Ich hab's verdient! Ihr beiden habt ja doch nur zugesehen!“

Brown und Mable stellten sich mit finsterner Miene an die Wand. Dann klopfte es.

„Komm 'rein, Bob“, sagte Elsie. Ein gut gekleideter Mann trat ein. Sein Blick ging einmal durch den Raum und kam wieder zu Elsie zurück.

„Na, Elsie – hast du dir meinen Vorschlag überlegt? Du weißt, wenn du willst, kannst du ganz groß bei mir einsteigen!“ Seine Augen leuchteten auf wie Christbaumkerzen, als er den Schmuck auf dem Tisch sah. „Ist das der letzte Fischzug?“

„Ja. Das ganze Zeug aber aus den letzten Raubzügen ist in Mables Kosmetikkoffer. Da drüben auf der Kommode. Hol ihn her!“

„Du Biest!“ kreischte Mable wutentbrannt. „Ich muß mich doch wundern“, bemerkte Brown bekümmert. „Nach allem, was wir für dich getan haben!“ Seine Ruhe war nur gespielt. In seinen Augen blitzte es gefährlich auf. Er hoffte auf eine Chance zum Losschlagen.

Bob stellte Mables Kosmetikkoffer auf den Tisch, raffte den Schmuck zusammen und warf ihn hinein. „Eine nette Ausbeute! So, Elsie, und nun gib mir dein hübsches kleines Schießgewehr.“

Sie reichte ihm die Waffe. Er betrachtete das Trio nachdenklich.

Elsie sah ihn mit grenzenloser Bewunderung an, aber er wich ihrem Blick aus.

Ein plötzliches Mißtrauen glomm in ihren Augen auf. Als er hartnäckig schwieg, wurde ihr Verdacht zur Gewißheit.

„Das – das ist doch nicht möglich!“ stammelte sie.

Er zuckte die Schultern und machte eine kleine Bewegung mit dem Revolver.

„Tut mir leid, Elsie! Stell dich jetzt schön zu den beiden anderen. Und keine Tricks, bitte!“

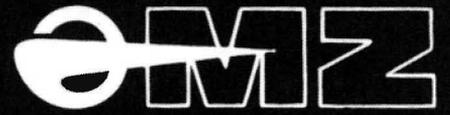
Er behielt sie im Auge, während er zum Telefon ging und sich ein Amt geben ließ. Dann wählte er eine Nummer, die er auswendig wußte.

„Bundespolizei? Hier Roger Davis, Detektiv der Versicherungsgesellschaft. Ich wollte Ihnen nur sagen, daß ich die drei berüchtigten Schmuckdiebe endlich gefaßt habe.“



5 MZ-Siege bei den Six Days, der schwersten Motorradgeländeprüfung der Welt, sprechen eine eindeutige Sprache.

Dieser 5fache MZ-Triumph beim Kampf der Internationalen Elite des Motorradgeländesports um die F.I.M.-Weltrophäe, errungen in ununterbrochener Folge von 1963 bis 1967, ist ein überzeugender Beweis für das hohe technische Niveau und die Zuverlässigkeit der MZ-Maschinen.



**VEB
MOTORRADWERKE
ZSCHOPAU**



AGIT PROPPER

IN D'DORF

Beim
Arbeitstreffen
der
Agitpropgruppen:
Abschied
vom Protestsong
Carsten Linde
berichtet

Was macht Dieter Süverkrüp? Woran arbeiten Fasia Jansen und Wolf Brannasky? Warum hörte man länger nichts von Perry Friedman? Im Düsseldorfer Naturfreundehaus antworteten Ende November die Angesprochenen selbst. Um Fragen zu stellen und zu beantworten, um zwei Tage gemeinsam hart zu arbeiten, waren sozialistische Agitprop-Gruppen, Spiel- und Songgruppen und Straßentheater-Kollektive aus allen Teilen der Bundesrepublik für ein Wochenende an den Rhein gekommen. Eingeladen hatte zu dem Arbeitstreffen der Dortmunder Pläne-Verlag. Es wurde theoretisiert über Wesen und Inhalt von Agitprop. Es wurden Erfahrungen ausgetauscht, Erfahrungen, die die Gruppen bei ihren Aktionen vor Betrieben und auf der Straße gesammelt hatten. Da alle Gruppen im Wahlkampf agitieren hatten und somit inhaltlich ähnliche Erfahrungen besaßen, sollten schließlich auch die Methoden und Formen ihrer Agitation analysiert werden. Und das nicht nur im exklusiven Kreise der Aktiven. Agitation in Aktion erfolgte am Samstagnachmittag, einem „Verkaufsoffen“, in der Düsseldorfer Innenstadt.

STÜTZ: NUN ERST RECHT AGITATION

Doch zunächst wurde Hannes Stütz sehr grundsätzlich. In einem kurzen Grundsatzreferat stellte er fest, daß die Gemeinsamkeiten der Gruppen vor allem im politischen Bereich zu suchen sind. Mit der Feststellung gewisser Konflikte, Widersprüche und Ungereimtheiten in dieser Gesellschaft kann man sich nicht begnügen. Aus der Erkenntnis, daß alle gesellschaftlichen Widersprüche ihre Ursache in der Verfügungsgewalt weniger über die Produktionsmittel haben und dadurch auch der gesellschaftlich-politische Bereich von ihnen beherrscht wird, folgere für die Agitationsgruppen, daß das kapitalistische System in Frage gestellt werden muß. Den Agitationsgruppen kommt es darauf an, aktiv für den Sozialismus einzutreten, durch alle möglichen Formen von Agitprop politische Informationen weiterzugeben, Widersprüche aufzuzeigen und als Lösungsweg den Sozialismus zu propagieren.

Stütz ging darauf ein, welche konkreten Aufgaben sich nach dem Regierungswechsel für die Agitation stellen. Er warnte davor, diesen natürlichen Wechsel der Regierungsgeschäfte als realen „Machtwechsel“ zu betrachten oder andererseits anzunehmen, daß sich nichts geändert habe. Es ist durchaus nicht gleichgültig, ob in Bonn eine Partei des Großkapitals regiert, wie es die CDU/CSU ist oder ob eine Partei an der Macht ist, deren Mitglieder zum großen Teil Arbeiter sind. Die SPD sei bei aller Vorsicht und den Bedenken, mit denen sie betrachtet werden müsse — abhängig von dem Druck von unten. Zudem seien die faschistischen Tendenzen in ihr nicht so ausgeprägt wie bei der CDU/CSU und der NPD. Die klassenneutralen Begriffe aus der Regierungserklärung Willy Brandts —

wie z. B. „Demokratisierung der Bildungspolitik“ — müssen auch von den Agitationsgruppen mit klassenmäßigen, sozialistischen Inhalten gefüllt werden, um eine Mobilisierung von unten her zu erreichen. Die positiven Ansätze der neuen Regierung müssen ausgeweitet werden. Um sie besser kontrollieren und beim Wort nehmen zu können, ist es notwendig, für eine demokratische Selbsttätigkeit der Arbeiter in den Betrieben zu kämpfen.

Da innerhalb der Agitationsgruppen grundsätzlich Einigkeit über den Inhalt und die Adressaten von Agitprop herrscht, stellte Hannes Stütz drei Fragen zur Vermittlung sozialistischer Gedanken durch Agitation auf:

1. WIE KANN AGITPROP POLITISCH WIRKSAM WERDEN?

Ausgangspunkt jeder Agitation sind die Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung. Der Widerspruch und das Nachdenken über politische Verhältnisse kann dort geweckt werden, wo Konflikte und Unzufriedenheit auftreten. Agitprop muß ständig und eindeutig Stellung beziehen, warum die Verhältnisse so sind, wie sie sind und gleichzeitig eine sozialistische Perspektive entwickeln. Das Bewußtsein derjenigen, die man zum agitieren will, ist wichtiger als politische Rechthaberei. Um nicht über die Köpfe der Angesprochenen hinwegzuagitieren, muß Agitprop unbedingt ihre persönlichen Erfahrungswerte und ihre sprachliche Ausgangslage berücksichtigen.

2. WO KANN AGITPROP POLITISCH WIRKSAM WERDEN?

Politisches Kapital kann man sowohl aus Agitprop-Veranstaltungen auf der Bühne wie auch aus Straßenagitation schlagen. Deshalb sind beide Orte nicht prinzipiell abzulehnen. Da es aber für politische Gruppen nur



Mit Weihnachtsgeschenken von besonderer Art überraschte ein Weihnachtsmann der Songgruppe „Die Conrads“ sein Publikum in der Düsseldorfer Innenstadt. Unter den Geschenken ein 200. abgestürzter Starfighter für die Bundeswehr und ein verstaubtes Hitlerbild für die NPD.

Beim Workshop: Die Kölner „Interpol“. Mit Papiertüten über dem Kopf — auf der einen Seite ein Totenkopf, auf der anderen Strauß und Thadden — entlarvten sie die politischen Gemeinsamkeiten von NPD und CDU/CSU.



selten Auftrittsmöglichkeiten gibt, die Straße zudem den Vorteil der unmittelbaren Erreichbarkeit und Agitation einer bestimmten Zielgruppe bietet, ist die Ausarbeitung und Entwicklung von Straßenagitations-Modellen und Programmen vorrangig. Um das Mißlingen dieser Veranstaltungen auf der Straße und vor Fabriken durch örtlich verschiedene Bedingungen zu vermeiden, ist ein enger Erfahrungsaustausch der aktiven Gruppen über günstige Voraussetzungen wie Tageszeit, Ort und Zielgruppe notwendig.

3. WOMIT KANN AGITPROP POLITISCH WIRKSAM WERDEN?

Mit allem, was zur Verfügung steht, sollte agitiert werden, Lieder, Texte, Sprechchöre, kabarettistische Szenen, Parolen, Aufrufe, Bilder, Musik und Filme können die Agitation abwechslungsreich und damit interessant gestalten. Wichtig ist, daß die drei Elemente Text, Musik und Geräusch sowie Bild und Schrift von jeder Gruppe eingesetzt werden, um Einseitigkeit zu verhindern. Für die Wirksamkeit dieser Elemente gilt, daß ihre Zusammenstellung und ihr Einsatz genau geplant sein sollten. Bei der Herstellung von Agitprop-Texten sollte man sich durch die herrschende bürgerliche Kunstauffassung nicht einschüchtern lassen. Wir sind berechtigt, unsere politischen Ansichten aufzuschreiben und in solche Formen zu kleiden, die wir nicht als „Kunst“ betrachten, sondern als notwendige Art der Vermittlung und Information. Aus Lenins Erkenntnis, daß in jeder Klassengesellschaft zwei Kulturen bestehen, nämlich die der Herrschenden und die der Beherrschten, folgt für uns, daß wir für Agitprop die bürgerliche Ästhetik nicht akzeptieren können, da sie unpolitisch ist. Für uns ist nicht die Schönheit unserer politischen Aktionswerke wichtig, sondern ob und welche Wirkung sie hervorrufen. Deshalb gilt für Agitprop allein der Maßstab der Wirksamkeit und politischen Umsetzbarkeit.

SCHWIERIGKEITEN BEI AGITPROP

Mit dem nötigen Handwerk zu einem Aktionsprogramm befaßten sich weitere Referate und Arbeitsgruppen. Agnes Hüfer und Peter Schütt, zwei Mitglieder der Schriftstellergruppe „Hamburg linksliterarisch“, berichteten über Schwierigkeiten und Möglichkeiten der Herstellung von Agitprop-Texten. Dieter Süverkrüp überarbeitete mit mehreren Gruppen die Arrangements eigener Lieder. Perry Friedman zeigte, wie schnell der Funke vom Sänger zum Publikum überspringen kann, wenn

man die Zuhörer richtig anspricht und ermutigt. Auch ein anonymes Publikum kann zum Mitsingen sozialkritischer Lieder bewegt werden, wenn Perrys Rezepte angewendet werden. In kleineren Werkstätten diskutierten und kritisierten die Gruppen ihre Programme. Hierbei wurden Erfahrungen ausgetauscht, Methoden erläutert und weitere Ansatzpunkte für die politische Arbeit gefunden.

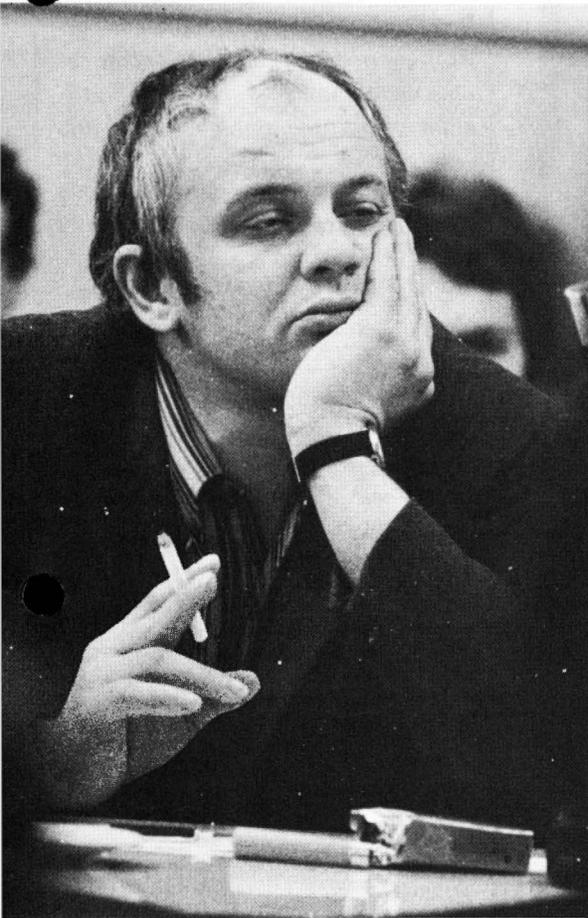
VERKAUFSOFFENER SONGTAG

Daß die Agitation selbst nicht zu kurz kam, dafür sorgten die Conrads und Dieter Süverkrüp mit einem Programm am 1. verkaufsoffenen Samstag auf dem Düsseldorfer Schadowplatz. Die Lieder, Texte und Szenen bezogen sich sehr aktuell auf die negativen Manipulationserscheinungen der Weihnachtsszeit, nämlich auf den Weihnachtsrummel und Konsumterror der Geschäftswelt.

Gleichzeitig wurde gegen den US-Krieg in Vietnam protestiert. Schon beim Aufbauen der Mikrophone und Verstärker versammelten sich die Neugierigen um die Conrads — zu Beginn und während der Darbietungen hörten rund 200 Menschen zu, begannen zu diskutieren, zu schimpfen („Geschmacklosigkeit“), Beifall zu klatschen oder mit Perry Friedman „Amis raus aus Vietnam“ und „Nazis raus aus Düsseldorf“ zu singen. Durch die Vielseitigkeit der eingesetzten Mittel gelang den Conrads eine sehr gute und direkte Agitation. Verfremdete Weihnachtslieder mit aktuellem politischem Inhalt. Kabarettsszenen (Der Weihnachtsmann beschert das deutsche Volk: die Grenze von 1937 den Ostlandrittern, die Pille für die Katholiken, ein Bild des Führers für die kopflose NPD, neue Schlagstöcke für die Polizei, usw.). Lieder und Zeitungsmeldungen über die Folterungen in Griechenland boten genug Anreiz und Zündstoff für die anschließenden Diskussionen, wozu noch Flugblätter ausgeteilt wurden.

UND ABENDS: WORKSHOP

In einem internen abendlichen Workshop demonstrierten und erläuterten die Hamburger Songgruppe mit Peter Schütt, das Kölner Straßentheater „Interpol“, der Münchener „Sati(e)r-schutzverein“ und die Münchener Songgruppe Ausschnitte ihrer Agitationsprogramme. Trotz formaler Unterschiede kam aus allen Darbietungen die sozialistische Zielsetzung deutlich zum Ausdruck. Gerade in der Vielfalt der aufgegriffenen Themen, die von Mitbestimmung bis zur NPD reichten und in den gewählten Mitteln der Information, Deutung und Agitation liegt eine



Stärke der bestehenden Agitprop-Gruppen. Ob listige Aufklärung oder plakative Provokation gewählt wurden — das Treffen in Düsseldorf bestätigte, daß die moralischen verschleiernden Protestlieder anglo-amerikanischer Prägung überwunden sind und mehrere Gruppen in verschiedenen Städten Ansatzpunkte gefunden und entwickelt haben, Lieder und Texte in konkrete politische Situationen einzubeziehen. Sie benutzen Agitprop als demokratisches Kampfmittel, Informationen weiterzugeben, die von den Massenmedien unterschlagen werden. Sie betrachten Agitprop nicht als Kunstform, der man andächtig gegenüberstehen soll, sondern als Mittel, Diskussionen und Gespräche auszulösen, und gleichzeitig als Hilfen für Auseinandersetzungen. Agitprop liefert Argumente und Slogans für Diskussionen und Aktionen. Agitprop kann politisches Bewußtsein herstellen, also im besten Sinne aufklärerisch wirken. Die Agitprop-Gruppen beziehen Stellung für den Interessenkampf der Arbeitenden und geben ihnen das Gefühl des Mutes und der Solidarität.

SO MACHT MAN S

Das erste gemeinsame Arbeitstreffen bundesdeutscher Agitprop-Gruppen in Düsseldorf war ein Erfolg. Die Gruppen, die sonst auf sich gestellt und einzeln in Aktionen arbeiten, lernten sich kennen, nahmen Kontakt miteinander auf und lernten aus den Erfahrungen anderer Gruppen. Da Agitprop nicht die Sache eines Einzelnen, sondern die von sozialistischen Kollektiven ist, sind überregionale längere Arbeitstreffen zur Koordinierung und zum Austausch von Informationen, Erfahrungen und Methoden auch in Zukunft notwendig. Wir können und müssen gemeinsam handeln, damit das „Messer Agitprop“ geschliffen wird zum Kampf gegen Faschismus, Kapitalismus und Militarismus.

Abschließend sei auf brauchbares Agitationsmaterial hingewiesen, das gute Anregungen für Gruppen enthält, die sich noch nicht mit Agitprop beschäftigt haben und eindrucksvoll zeigt, wie man's machen kann:

1. Agitprop — Eine Sammlung sehr guter, aktueller Texte (Quer-Verlag, 2 Hamburg 22, Oberaltenallee 72)
2. 4 Platten der Pläne-„Peng“-Serie (Pläne, 46 Dortmund, Humboldtstraße 16)
3. Kürbiskern-Songbuch — Die besten Lieder der Aktionen der letzten 5 Jahre. (Darnik-Verlag, München)
4. Werkhefte des Arbeitskreises für Amateurkunst (Anneliese Althoff, 42 Oberhausen, Josefplatz 3) ■

Neues von Dieter Süverkrüp . . .
. . . und von Perry Friedman?



AGITPROP

auf pläne-platten



neuerscheinungen
herbst '69

Ça ira

Dieter Süverkrüp singt Lieder der französischen Revolution
30-cm-LP/stereo mit Textbeilage

Bestell-Nr. S 11101, DM 19,-

Opposition, Opposition!

Texte von Kurt Tucholsky gesungen und gesprochen von Hanns Ernst Jäger

30-cm-LP/stereo

Bestell-Nr. S 44201, DM 19,-

Konzertierte Reaktion

oder Zustände wie im neuen Athen

Songs — Satiren — Sarkasmen Kabarett im Alleingang von und mit Dietrich Kittner aus dem Club Voltaire Hannover, live

30-cm-LP/stereo

Bestell-Nr. S 33301, DM 19,-

pläne-platten erhalten Sie im Buch- und Schallplattenhandel oder direkt vom
Verlag pläne GmbH,
46 Dortmund,
Humboldtstraße 12

Standardwerk der außerparlamentarischen Opposition

Alternativen der Opposition

Herausgegeben von Friedrich Hitzer und Reinhard Opitz.

Mit Beiträgen u. a. von: Wolfgang Abendroth, Gerhard Bessau, Werner Hofmann, Hans Heinz Holz, Heinz Jung, Gunnar Matthiessen, Martin Walser.

412 Seiten, glanzkartoniert, DM 12,60

Der Band untersucht wichtige Bereiche von Politik und Gesellschaft in der Bundesrepublik mit der Absicht, die jeweiligen Ansatzpunkte für oppositionelle Aktivität herauszuarbeiten und konkrete Wege zur Neugestaltung unserer Gesellschaft sichtbar zu machen.

Die Autoren der Analysen, Alternativmodelle, Thesen und Hinweise lassen sich dabei von der Erkenntnis leiten, daß — soll eine solche oppositionelle Aktivität auf breiterer Basis als bisher erreicht werden — an den unmittelbaren und nächstliegenden Interessen der Bevölkerungsmehrheit sowie an bereits vorhandenen Erkenntnissen angeknüpft werden muß.

Bitte fordern Sie unser ausführliches Gesamtverzeichnis bei uns an.

Handbuch für Kriegsdienstverweigerer

Entscheidung des Gewissens. Kriegsdienstverweigerer heute

Herausgegeben von Wilfried von Bredow,
Mit einem Vorwort von D. Martin Niemöller
170 Seiten, glanzkartoniert, DM 9,80

Mit dem vorliegenden Werk legt der Verlag eine Dokumentation vor, die zum ersten Mal versucht, einen Bogen zu schlagen von der politischen Situation der Bundesrepublik zu den Motiven und Gründen der Kriegsdienstverweigerung selbst. Von der Analyse der politischen Entwicklung der Bundesrepublik von 1949 bis heute ausgehend, legen 25 Kriegsdienstverweigerer detailliert ihre Motive für die Verweigerung des Wehrdienstes dar. Der bekannte Anwalt für Kriegsdienstverweigerer, Dr. Hermann Rebenburg, gibt aus seiner langjährigen Praxis dem Kriegsdienstverweigerer eine Vielzahl von juristischen und praktischen Hinweisen an die Hand, um ihm so die Argumentation zu erleichtern.

Für das Jahr 1970 rechnet das Bundesverteidigungsministerium mit 20 000 Antragstellern auf Kriegsdienstverweigerung.

Pahl-Rugenstein Verlag
5 Köln, Barbarossaplatz 2

Das Beste, was man familienlos gewordenen Kindern geben kann, ist eine neue Familie — mit einem Vater, einer Mutter und einem Geschwisterkreis.

Mit den Problemen der Betreuung verlassener, schutzbedürftiger Kinder beschäftigen wir uns seit über 10 Jahren. Wir meinen, daß nur eine Vollfamilie den erhöhten pädagogischen Anforderungen gewachsen ist. Das Vorbild eines lebensstüchtigen Vaters und das Wissen einer Mutter auf pädagogischem und wirtschaftlichem Gebiet schafft die gesunde Atmosphäre, in der Kinder gedeihen können.

Das Albert-Schweitzer-Kinderdorf mit seinem Elternprinzip stellt nur eine der Möglichkeiten dar, vom Schicksal benachteiligte Kinder für das Leben vorzubereiten.

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit!

Informationsmaterial versendet auf Wunsch:

ALBERT-SCHWEITZER-KINDERDORF E. V.,

Geschäftsstelle, 717 Schwäbisch Hall, Postfach 108.

Bankverbindungen:

Volksbank Schwäbisch Hall, Nr. 1093
Kreissparkasse Schwäbisch Hall, Nr. 78 00

Postscheckkonto Stuttgart, Nr. 533 37

An
der Seite
der Jugend —
für
das Recht
der Studenten.

Deutsche Volkszeitung

Probexemplare kostenlos
und unverbindlich durch
(Postkarte genügt)

MONITOR-VERLAG GmbH
4 Düsseldorf
Osstr. 154, Postfach 5707



Neuerscheinung!

„Innerparteiliche Opposition“

(Jungsozialisten und SPD) von Gerd Börnsen

Rechtzeitig zur Bundeskonferenz der Jungsozialisten erschien im W. Runge-Verlag das Paperback von Gert Börnsen (bisheriger 1. Sprecher des Bundeszentralrats des Sozialdemokratischen Hochschulbundes), das die Entwicklung der Jungsozialisten seit Bildung der Großen Koalition untersucht.

Gert Börnsen zeigt ebenfalls die Perspektive der Jungsozialistenarbeit auf.

Umfang 104 Seiten; Preis 4,— DM

Bei 5 und mehr Bestellungen 15 Prozent Rabatt.

70

Sozialistische Korrespondenz

● Die „Sozialistische Korrespondenz“ (SK) bringt Kommentare — Berichte — Informationen aus der sozialdemokratischen und sozialistischen Bewegung des In- und Auslandes. Zu aktuellen Fragen erscheinen regelmäßig Interviews mit bekannten Politikern der sozialistischen Bewegung.

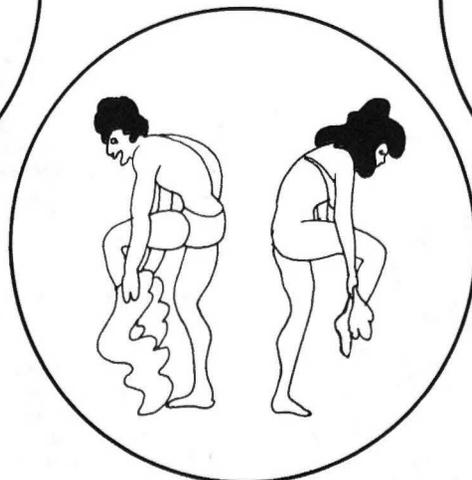
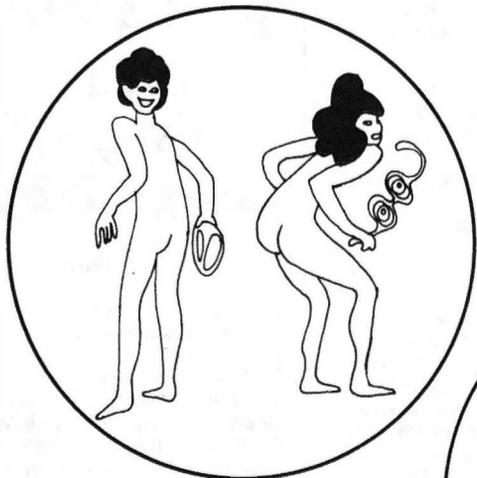
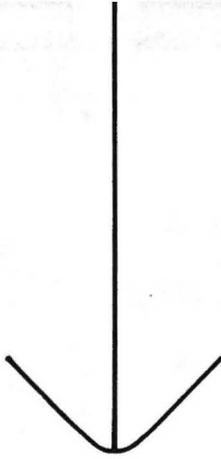
● SK informiert ausführlich über linke Plattformen, Programme und Stellungnahmen der Jungsozialisten, des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) und der SPD.

● SK berichtet über Linkstendenzen in den europäischen sozialdemokratischen Parteien.

In letzter Zeit informierte die SK u. a. über die Auseinandersetzungen in der englischen Labour-Party, über den Parteitag der holländischen Sozialdemokraten, über den Parteitag der norwegischen Sozialdemokratie, über den Parteitag des Sozialistischen Partei Frankreichs (SFIO), über die Auffassungen der Linken in der belgischen Sozialistischen Partei zu aktuellen und theoretischen Fragen. Über den 11. Kongreß der sozialistischen Internationale brachte die SK einen umfangreichen Bericht.

SK erscheint zweimal monatlich. Preis: halbjährlich DM 11,40 einschließlich Porto. Probexemplare und Bestellungen an:

W. Runge-Verlag
2 Hamburg 26, Postf. 260546





DAS SUPER- HIRN

Die NATO zieht um, muß dank de Gaulle das schöne Paris verlassen. Offiziere und Schreibtische, Akten und Sekretärinnen rollen in einem Sonderzug nach Brüssel — zusätzlich, in einem Spezialwaggon schwer bewacht, jene 14 Leinensäcke, in denen die restlichen Mitgliedstaaten ihren Verwaltungs-Etat gehortet haben. Diese letzte Meldung ist selbstverständlich top secret, strengstes Geheimnis und wird so vertraulich behandelt, daß sie

sich bis zu Arthur (Jean-Paul Belmondo) ins Kittchen durchspricht. Grund genug, vier Tage vor dem offiziellen Entlassungstermin ohne Abschiedsbrief aus der Zelle zu verschwinden.

Doch Arthur und Anatole (dargestellt von dem unübertrefflichen Spaßmacher Bourvill) haben Pech: auch das „Superhirn“ (David Niven) möchte sich gern um ein paar Millionen (25 an der Zahl, Pfund Sterling natürlich) bereichern: und so gehen zwei Teams an die Arbeit, das eine als Duo, das andere mit einem Massenaufgebot an Einsatzleitern und Fußvolk — wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte, und Arthur ist Patriot genug zuzugeben: „Wenn Frankreich noch in der NATO wäre, hätte ich das nicht getan!“ Gérard Dury hat mit seinem phantasievoll gestalteten Streifen eine köstliche Krimi-Parodie in Szene gesetzt, für die das Kinogeld nicht zu schade sein sollte.



HAG- BARD UND SIGNE

Unzufrieden wird bleiben, wer auf einen jener selchten Sex-Streifen spekuliert, die den dänischen Film in den letzten Jahren dutzendfach deklassierten, enttäuscht auch jener, der einen hartgesottenen action-Film, einen Django des 12. Jahrhunderts erwartet: trotz GITTE (Signe), die unter Beweis stellt, daß sie mehr besitzt, als ein hübsches Gesicht und ein schönes Stimmchen, trotz Oleg Vidow (Hagbard), der unter Axel Gabriels Regie an Islands rauher Küste die vier Söhne seines Königs totschlagen muß.

Erzählt wird ein uraltes Motiv aus der Island-Sage: die Geschichte einer Blutrache, der zwei Geschlechter zum Opfer fallen. 12. Jahrhundert, die Feudalgesellschaft hat sich ausgeprägt und bestimmt das Handeln der Menschen: schlechte Zeiten für eine Liebe: Hero und Leander, Romeo und Julla begegnen uns in Hagbard und Signe, weil sie uns überall dort begegnen müssen, wo die individuelle Liebe und das Klasseninteresse sich unlösbar gegenüberstehen, wo Sohn und Tochter in erster Linie Handelsobjekt ihrer Eltern, nicht aber freie Menschen sind.

Hagbard und Signe ist ein Film, bei dem man sich nicht sicher ist, ob er überhaupt gedreht werden mußte. Das Motiv ist so alt, um nicht von Könnern und Dilettanten hundertfach durchgehechelt worden zu sein, Shakespeare und Marie-Louise Fischer haben

sich seiner angenommen; seltener jene, die es verstanden haben, das Objektive, das Gesetz der Klassengesellschaft sichtbar zu machen, als jene die auf der Ebene des Subjektiven versandet sind. So ist es denn auch unmöglich, daß die Königstochter Signe den Bauernsohn Hagbard heiraten darf; weil der Vater die Intrigen nicht zu durchschauen, die Mutter den Tod ihrer Söhne nicht zu verwinden vermag — nicht aber, weil da noch ein anderer Bewerber im Hintergrund steht und eine „bessere Partie“ (wenn nicht für das Mädchen, so doch für die Eltern) wäre. Und so bleibt für Hagbard und Signe nur noch ein Gemeinsames: das Ausweichen in das Nichts, der Weg in den Tod.

MANI- PULATIO- NEN UM „Z“

Der im Westberliner Europa-center im Dezember gezeigte Film „Z“, der die Ermordung des sozialistischen Parlamentsabgeordneten Lambrakis durch Rechtsextremisten in Athen schildert, wurde von keinem westdeutschen Verleih in sein Programm aufgenommen. Erst nachdem der Streifen in Paris sechs Monate in ausverkauften Häusern lief, stieg eine amerikanische Verleihfirma, Cinerama, „ins Geschäft“ ein. Die Amerikaner ließen allerdings durchblicken, daß sie den Film als „Krimi“ laufen lassen würden — in den Anzeigen und auf Plakaten fehlt auch jeder Bezug auf den politischen Hintergrund des Filmes. Der Verleger des Doku-

mentarromans von Vassilis Vassilikos in Westberlin und der Bundesrepublik, Lothar Blauvalet, regte aus Anlaß der deutschen Erstaufführung des Films an, eine Pressekonferenz in Westberlin zu geben, bei der auch inhaltlich auf den politischen Mord und seine Hintermänner, die in der heutigen Athener Generalsjunta sitzen, eingegangen werden sollte. Die US-Firma ging widerwillig auf den Vorschlag ein und kündigte den Regisseur des Films (Costa-Gavras) und den Hauptdarsteller (Yves Montand) in Westberlin an. Die Pressekonferenz wurde allerdings wieder abgesagt: Angeblich sei der Versicherung der beiden Künstler der Flug nach Westberlin nicht sicher genug gewesen. Der Verleih weigerte sich auch, den Autor des Buches von Hamburg nach Westberlin einfliegen zu lassen (Autor? Wer interessiert sich für den Autor?).

Bei der Synchronisation des Filmes wurde peinlich darauf geachtet, jede Beziehung zum Zeitpunkt und vor allem zum Ort der Handlung, vom Regisseur dosiert gebracht, auszusparen. Auf einem Bild in einer griechischen Polizeiwache ist im Hintergrund ein Bild des Königspaares zu sehen: Die Köpfe wurden mit Lichtreflexen unkenntlich gemacht. Bei der Übersetzung des Vorspannes wurde der ironische Hinweis, daß Handlung und Personen mit tatsächlichen Ereignissen auch tatsächlich übereinstimmen aus dem Französischen nicht ins Deutsche übersetzt. Griechische Patrioten erteilten dem Westberliner Filmpublikum inzwischen auf Flugblättern den politischen Nachhilferricht. Beim Verlassen des Los wurden allen Besuchern in dieser Woche Informationen gereicht, in denen die richtigen Namen der Mörder genannt werden: Oberst Kamutsis, General Mitslu, der Fahrer des Mordwagens Gudzamanis und sein Belfahrer Emanullidis (als Fünffzellenmeldung las man nur in der „Frankfurter Rundschau“, daß als letzter der Mörder inzwischen auch Gudzamanis freigelassen wurde). Das Flugblatt des „Clubs der Freunde der EDA“ macht schließlich darauf aufmerksam, daß der bei dem Mordanschlag am 22. Mai 1963 schwerverletzte Abgeordnete Tsachuchas fünf Jahre später von Polizisten der Militärjunta im Auto erschlagen wurde, als er ins Gefängnis zu einem Verhör gebracht werden sollte. Die Bevölkerung wird in der Information darauf hingewiesen, daß die Arbeit der griechischen Patrioten mit Geldspenden unterstützt werden kann. Das Konto: K. Papanastasiou, Postcheck Berlin-West 37 85.

(Berliner Extra-Dienst)

HIER WIE ANDERS- WO

Dem jungen westdeutschen Produzenten, Regisseur und Drehbuchautor Helmut Rack ging es darum, in der Sprache seines Berufes seine Solidarität mit dem vietnamesischen Volk auszudrücken und die amerikanische Barbarei in Vietnam anzuprangern. Deshalb griff er in seinem ersten Spielfilm das Thema „Vietnam“ auf. Der Streifen trägt den Titel „Hier wie anderswo“; er entstand in Zusammenarbeit mit einigen progressiven französischen Filmkünstlern. Rack, der Publizistik studiert hat und der der sozialistischen Künstlergruppe „Die rote Nelke“ angehört, mußte seinen Film in Frankreich drehen, weil in der Bundesrepublik kein einziger Produzent seinen Streifen finanzieren wollte.

„Hier wie anderswo“ ist eine Anklage gegen die Verbrechen der USA in Vietnam. Im Mittelpunkt der Handlung, die in Paris spielt, stehen die 23jährige Koumlko (dargestellt von der japanischen Schauspielerin Koumlko Muraoka) und ihr gleichaltriger Freund Raphael. Die Gespräche der beiden jungen Leute kreisen immer um ein Thema: der Krieg in Vietnam. Diese Gespräche gibt der Regisseur als sichtbaren Ausdruck der politischen Haltung der jungen Generation in den kapitalistischen Ländern wieder, die in ihrer überwältigenden Mehrheit die Politik der US-Regierung verurteilt.

Man könnte den Vietnamfilm von Helmut Rack als einen „Dialogfilm“ bezeichnen, denn in ihm wird im Vergleich zu anderen Spielfilmen verhältnismäßig viel gesprochen. Dazu der Regisseur: „Man muß, gerade bei einem politischen Film, die Dinge benennen und nicht umschreiben!“

Ein paar Bemerkungen zur Handlung des Films. Der Regisseur hat sie sparsam angelegt. Er zeigt einen winzigen Ausschnitt aus dem Alltag junger Intellektueller, ihre Einstellung zum Geschehen in Vietnam, ihre Sorge um die Erhaltung des Weltfriedens. Der Zuschauer wird Zeuge, wie die Pariser Polizei in die Wohnung der jungen Leute eindringt, sie durchsucht, einen Freund verhaftet und mißhandelt. Mit viel

Ruhe, Sinn für das Alltägliche und das optisch Wirkungsvolle hat der Regisseur den Tagesablauf junger Franzosen eingefangen. Die Handlung spielt vor dem Hintergrund gewaltiger Vietnamdemonstrationen und des französischen Generalstreiks vom 17. Mai 1967.

Rack ging es nicht darum, einen Film über Vietnam schlechthin zu drehen, sondern einen Film, der den Charakter dieses Krieges widerspiegelt. Deshalb zeigt er, wie dieser Krieg in das Leben jedes einzelnen von uns eingreift, welche Rolle er im Bewußtsein der jungen Menschen spielt und zu welchen Entscheidungen er sie mitunter zwingt.

Der Regisseur bringt in einem Dialog zum Ausdruck, daß es um unsere Haltung den Geschehnissen in Vietnam, Lateinamerika, Südafrika, der Bundesrepublik, Spanien, Portugal, Südkorea und den USA gegenüber geht, um unsere Haltung gegenüber Staaten, in denen die Menschen immer noch ausgebeutet, unterdrückt, wegen ihrer demokratischen Gesinnung oder ihrer Hautfarbe verfolgt werden. Rack weist darüber hinaus in seinem Film nach, daß man die gesellschaftlichen Verhältnisse in den kapitalistischen Staaten grundlegend verändern muß, um zu

einer befriedigenden Lösung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu gelangen.

„Hier wie anderswo“ enthält eine Fülle gelungener Szenen. Der Regisseur experimentiert mit Bildkompositionen, mit dem Rhythmus und mit der Verbindung von Bild und Ton. Hier sind ihm Sequenzen von äußerster Expressivität und Poesie gelungen. In winzigen Nebenszenen stellt der Regisseur sein außerordentlich feines Gespür für sinnvolle, filmische Effekte unter Beweis. Effekte, mit deren Hilfe er auch die Phraseologie antidemokratischer Kräfte zu entlarven versteht. Sein Film ist eine Arbeit, in der es nicht um eine Beschreibung von äußeren Vorgängen sondern um die Auswirkungen des Vietnamkrieges auf das Bewußtsein der Jugend geht.

Rack hat seinen Film bereits mehreren westdeutschen sowie auch westberliner Verleihgesellschaften zum Verkauf angeboten. Doch überall erwartete ihn die gleiche, ablehnende Reaktion. Ein Vertreter von Transocean reagierte beispielsweise mit folgenden Worten: „Ein zu politischer Film!“ Es zeigt sich wieder einmal, daß es in der Bundesrepublik fortgeschrittenen Filmkünstlern nahezu unmöglich ist, zu arbeiten. Harald Dieter Budde



SDAJ und FDJ

Der 1. Vorsitzende der SDAJ-Würzburg berichtet von einem Treffen mit der FDJ.

Vom 29. 11. bis zum 2. 12. 69 weilten zwei Genossen der FDJ des Kreisvorstandes Schmalkalden (Bezirk Suhl) zu Gast bei der SDAJ-Gruppe Würzburg. Die Genossen aus der DDR folgten einer Einladung der SDAJ Würzburg.

In einer Aussprache mit Gewerkschaftern wurden Kontakte aufgenommen. Die SDAJ Würzburg und ihre Patenstadt Schmalkalden bereiten einen Freundschaftsvertrag vor, der voraussichtlich Ostern in der DDR unterzeichnet werden soll.

HANS-GÜNTHER WENZEL,
Würzburg

Meinungsfreiheit in der Schule

Schlechte Erfahrungen hat eine Leserin gemacht, als sie einen Aufsatz über die Wahlen schrieb.

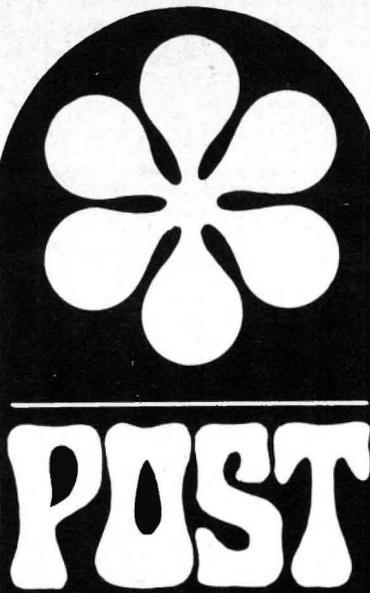
Zu unserer Abschlußprüfung gehört u. a. die Anfertigung eines Aufsatzes über das Thema „Meine Meinung zum Bundestagswahlkampf 1969“. Am letzten Berufsschultag sagte mein Klassenlehrer daraufhin, daß ich Glück gehabt hätte, daß mein Aufsatz von einem Lehrer bewertet worden sei, der meine Meinung anerkennt und mir dafür die Note „gut“ gegeben hat. Bei ihm hätte ich eine „Fünf“ bekommen.

VERA BELZ, Kassel

SMV

Zwei Schüler zum Problem der Schülermitverwaltung (SMV). Dazu zeichnete einer ein Bild.

Das Bild hat folgende Bedeutung. An der Hertener Realschule herrschen große Miß-



An
Redaktion „elan“
46 Dortmund
Brüderweg 16

Leserbriefe können
oftmals
leider nur gekürzt
veröffentlicht
werden. Wir bitten
um Verständnis.
Die Briefe
erscheinen nicht
unter
Verantwortung der
Redaktion.

stände in Bezug auf die SMV. Insbesondere ist in der Schülerzeitung der Wurm drin. Die Redakteure werden von einer Lehrerin terrorisiert und ihre Berichte zensiert. Eine Schülerzeitung ist doch eigentlich dazu da, auf die Mißstände in der Schule hinzuweisen. Ich habe mich mit einem Freund zusammengesetzt und dieses Bild entworfen. Es trifft wohl noch auf andere Schulen zu.

PETER SENGOTA, KLAUS DUTZ, Hertent



„UNDERGROUND“

Ein Leser schreibt uns über „die unumgängliche Entwicklung eines Schülermagazins unter den Bedingungen des kapitalistischen Marktes“.

Es fing damals vielversprechend an, im November 1968. „Underground“ wollte den Kampf der Schüler gegen autoritäre Herrschaftsstrukturen von der lokalen Isolation auf Bundesebene tragen. In den ersten Heften entwarf man die Strategie, die das Blatt zu einem echten Kampfinstrument der Schülerlinken machen sollte: durch engen Kontakt zur Basis, Lieferung von Informationen, konkrete Hilfe und Unterstützung des Widerstands gegen autoritäre Lehrer.

Der Kontakt zur Basis ist reduziert worden auf das Einsenden von Liebesgedichten, statt Systemkritik empfiehlt Underground, Entwicklungshelfer beim DED zu werden

oder eine romantische Reise nach Formentera.

Der Kampf ist dem bequemen Rückzug in eine Traumwelt (In Schuppen und Scheunen nistet der Beat) geopfert worden. Von dem Bekenntnis der Gründerzeit: „Wir stehen denen nahe, die sich für eine Veränderung der Gesellschaft einsetzen“, ist nicht mehr übrig geblieben als der Preis von 1,80 DM und ein bißchen KLIM-BIM.

ROLF-DIETER TAMM,
Hamburg

Menschen 2. Klasse

Der Fall des Lehrlingsheims Don Bosco ist kein Einzelfall. (elan 12/69). Das beweist ein Leserbrief. Wir bitten unsere Leser uns über ähnliche Fälle ebenfalls zu berichten.

Die gleichen Mißstände, von denen Sie in Ihrem Artikel „Lehrlinge, Menschen zweiter Klasse?“ berichten, habe ich in einem ganz anderen „Heim“, in einem Schulsanatorium in Wangen/Allgäu, miterlebt. Dies ist eine Lungenheilstätte für Jugendliche, die die Volks-, Berufs- Handels- oder Höhere Schule besuchen. Das Haus wird zwar nicht von Patres, dafür aber von Nonnen geleitet. Und auch hier muß man sagen, Lehrlinge gelten als Menschen zweiter Klasse. Ihnen gegenüber werden die Gymnasiasten privilegiert. Dies hat einen zweifachen Sinn: Die Gymnasiasten werden korrumpiert und mucken nicht auf. Die Lehrlinge werden durch die Gymnasiasten leichter klein gehalten, so daß die Nonnen leicht schalten und walten können. Das Ergebnis ist Liebedienerei, Dücken und Hinnehmen bei allen Patienten. Die Lehrlinge machen es, weil sie keinen Spielraum haben, die Gymnasiasten, weil sie ihre Pöstchen nicht verlieren wollen.

Die Nonnen nützen das dann so aus: Wie im Velberter Lehrlingsheim wird auf kurzen Haarschnitt und auf „anständige“ Kleidung Wert gelegt. Wie dort ist der Fernsraum ab 20 Uhr zu. Wie dort wird ständig betont, daß

jeder gehen kann, was für einen kranken Patienten keinesfalls möglich ist. Wie dort ist das Essen eintönig und keineswegs nach dem Geschmack der Insassen.

Ich selbst wurde, weil ich Pöstchen in diesem Heim ablehnte und mich zum Sprecher gegen diese Unterdrücker- und Privilegienordnung machte, ohne Vorwarnung innerhalb von zwei Stunden unter unwahren und beleidigenden Beschimpfungen aus der Heilstätte verwiesen. Das war im Februar, woraufhin ich auch sofort Anzeige wegen Körperverletzung und Beleidigung erstattete. Das Amtsgericht Wangen versucht aber seit dieser Zeit mittels undemokratischer Formalien, einen Prozeß zu verhindern, obwohl ich ca. 30 Zeugen für mich habe.

Alle Benachteiligten und Unterdrückten müssen zusammenstehen und sich aktiv dafür einsetzen, daß alle Heime usw. aus der Hand von Kirchen und privaten Organisationen kommen.

Auf die Verwaltung aller Heime müßten die Insassen selbst einen entscheidenden Einfluß haben. Außerdem müßte es der Öffentlichkeit jederzeit möglich sein, das Handeln und Verhalten des Heimpersonals zu beobachten und zu überwachen.

HANS JOSEPH WILLMES,
Bad Kreuznach

Fernsehkritik

Die Redaktion des elan freut sich immer über Vorschläge, wie wir unsere Zeitschrift besser machen können. Wir danken für jede Anregung.

Ich wüßte nicht, warum man die Fernsehfilme und -sendungen nicht in die elan-Filmecke miteinbeziehen sollte. Ich schaue oft Fernsehen und würde es begrüßen, wenn Ihre Kritiker ihre ausführliche und wertvolle Kritik auch über Fernsehfilme schreiben würden. Ich glaube, daß sich die elan-Filmkritik erheblich von der Filmkritik des Katholischen Filmdienstes unterscheidet.

Ich habe noch eine Bitte an Sie. Da ich elan mit großem Interesse lese, möchte ich Ihnen

helfen, die Abonnementzahlen zu erhöhen. Bitte schicken Sie mir deshalb Werbeexemplare zu 0,70 DM.
THADDÄUS HUBER,
Ortenberg

Jacke wie Hose

Zu dem Artikel über die politische Strafjustiz im Novemberheft schreibt ein Leser.

Der Anti-Springer-Demonstrant Arne Winter, so schreibt Heike Doutiné, unterscheidet sich von einem Polizisten durch nichts als einen Meinungsknopf „BILD macht dumm“ und wenn der Prozeß vorbei ist, könnten Arne Winter und viele seiner Mitdemonstranten die Badehose einpacken und an die See fahren.

Ich finde, das ist ein hartes Urteil über viele Demonstranten, die aus den politischen Prozessen sicherlich andere Schlußfolgerungen gezogen haben als die Badehose einzupacken.

HANS-JOACHIM MEYER,
Hamburg

Lob

Die Dezemberausgabe des elan hat Anklang gefunden.

Eure letzte Ausgabe des elan ist so gut, daß ich zehn Exemplare bestellen möchte, mit denen ich Leserwerbung unter Schülern und Lehrlingen betreiben werde.

T'S
Münster

Briefkontakte?

Liebe Leser, schreibt uns Eure Adressenwünsche. Wir werden Euch gern Anschriften aus den verschiedenen Ländern übersenden.

Redaktion elan

Abonnenten haben's besser . . .

ich bestelle ab
bis auf Widerruf, jedoch für mindestens ein Jahr, das Magazin für junge Leute elan.

(Jahresabonnement 13 DM einschließlich Zustellgebühr)

.....
(Unterschrift)

.....
(Anschrift)

**Weltkreisverlage
GmbH
46 Dortmund
Brüderweg 16**

Jagow versichert (fast) alles –
auch Deinen Jugendclub und
Deine Jugendgruppe und DICH!

**Udo Jagow Versicherungen
2 Hamburg 73,
Wildschwanbrook 95
Tel. 678 09 93**

Es lohnt sich!



Preise stark herabgesetzt
für Schreibmaschinen aus
Vorführung und Retouren,
trotzdem Garantie u. Umtausch-
recht. Kleinste Raten. Fordern
Sie Gratiskatalog C 286

NÖTHEL Deutschlands großes
Büromaschinenhaus
34 GÜTTINGEN, Postfach 601

Revolution in Lateinamerika

Herausgegeben von Wilhelm M. Breuer, Bernd Hartmann und Herbert Lederer

220 Seiten, glanzkartoniert, DM 9,80

Die Autoren untersuchen die tiefgreifende Krise der ökonomischen Strukturen der lateinamerikanischen Länder, die sich in neuester Zeit ständig verschärft. Auf der Grundlage der Widersprüche zwischen überholten Produktionsverhältnissen und den sich entwickelnden Produktivkräften sowie zwischen den gesellschaftlichen Klassen werden die Triebkräfte aufgezeigt, die zu einer revolutionären Umwälzung dieses Subkontinents führen. Charakter, Etappen und Programm dieser Revolution werden genau analysiert, ebenso wie die verschiedenen Auffassungen über die Führung derselben. Nach einer Darstellung der bisherigen Erfahrungen der anti-imperialistischen Befreiungsbewegung der Völker Lateinamerikas schließt das Buch mit einer Auseinandersetzung der „neomarxistischen“ Revolutionstheorie von Debray u. a.

Bitte fordern Sie unser ausführliches Gesamtverzeichnis bei uns an.

Pahl-Rugenstein Verlag
5 Köln, Barbarosaplatz 2



Peter Schütt

Klarstellung

REVOLUTION, denkt sich
der Kleinbürger, das sind:
radikale Losungen, mit dem Blut
unverdächtiger Bürger an die Vorstadtvillen
geschmiert, vergewaltigte Amtsmannswitwen,
das stoßweise Rattern von Maschinengewehren
über der Altstadt . . . REVOLUTION,
das ist für ihn: der Zerfall der Ordnung,
das verhaßte Chaos und das allgemeine
Tohuwabohu.

REVOLUTION, denkt sich
der wildgewordene Kleinbürger,
das sind: radikale Losungen, mit dem Blut
verdächtiger Bürger an die Vorstadtvillen
geschmiert, vergewaltigte Amtsmannswitwen
das stoßweise Rattern von Maschinengewehren
über der Altstadt . . . REVOLUTION,
das ist für ihn: der Zerfall der Ordnung,
das ersehnte Chaos und das allgemeine
Tohuwabohu.

REVOLUTION: im Ernstfall
sind das überzeugende Losungen,
überzeugte Amtsmannswitwen, mit dem Kampfmittel
der Überzeugung entwaffnete Soldaten . . .
REVOLUTION: das ist der geordnete Zerfall
der Unordnung, die schrittweise Überwindung
des Chaos und der zäh erkämpfte Sieg
über das kapitalistische
Tohuwabohu.